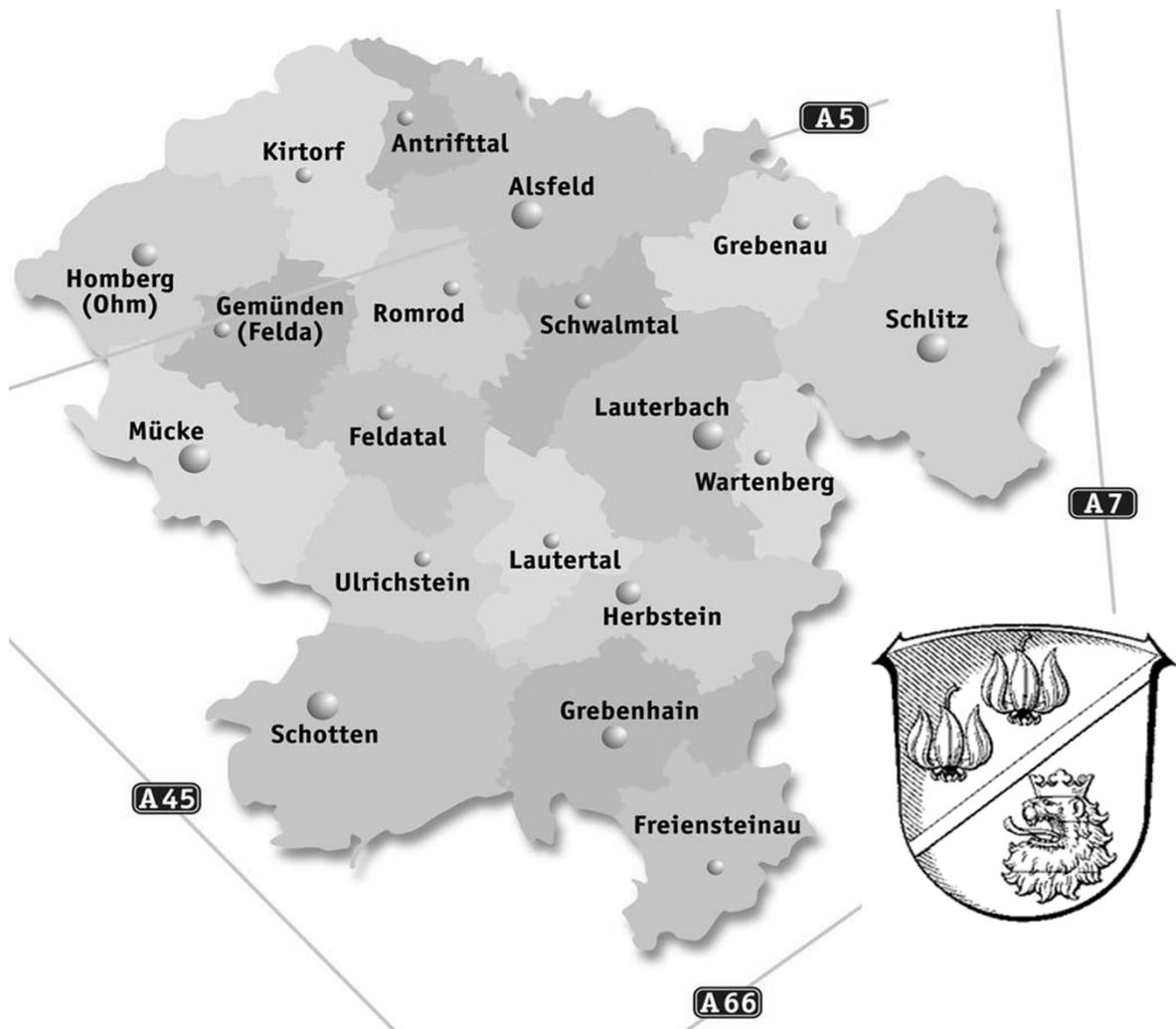


Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016



Vogelsbergkreis

Inhaltsverzeichnis:

	Seiten:
Haushaltssatzung	1 - 3
Vorbericht	4 - 22
Bewirtschaftungsregeln/Haushaltsvermerke	23 - 24
Übersicht über die Produktbereiche	25 - 30
Teilhaushalte:	
10 Organisation und Personal	31 - 53
16 Wirtschaftsförderung und Revision	54 - 67
20 Finanzen	68 - 93
30 Rechtsangelegenheiten	94 - 96
35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten	97 - 120
40 Schulen und Liegenschaften	121 - 143
43 Volkshochschule	144 - 153
50 Soziale Sicherung	154 - 176
51 Jugend	177 - 193
53 Gesundheitsdienste	194 - 198
63 Bauen und Umwelt	199 - 220
80 Veterinärwesen, Verbraucherschutz	221 - 227
90 Land- und Forstwirtschaft	228 - 233
Mittelfristige Ergebnisplanung	234
Mittelfristige Finanzplanung	235
Investitionsprogramm	236 - 270
Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	271
Übersicht über die voraussichtlichen Verbindlichkeiten	272
Übersicht über die voraussichtlichen Rücklagen und Rückstellungen	273
Übersicht über die Fraktionsmittel	274
Stellenplan	275 - 278
Übersicht über Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der verbundenen Unternehmen	279 - 282
Haushaltssicherungskonzept 2016	283

Der Kreistag hat am 15.12.2015 die Haushaltssatzung des Vogelsbergkreises für das Haushaltsjahr 2016 mit allen Anlagen beschlossen. Hierbei wurden folgende haushaltswirksame Änderungsanträge angenommen:

1. Änderungsantrag des Haupt-, Finanz-, Personal- und Gleichstellungsausschusses - Produkte 31200 und 31300:

Die Anpassung der LAG-Pauschalen wirkt sich auf die Produkte 31200 (Grundsicherung nach SGB II) und 31300 (Hilfen für Asylbewerber) des Teilhaushalts 50 aus, wobei im Produkt 31200 lediglich die Erträge aus Transferleistungen aufgrund der neuen Pauschale „kleines Asyl“ um 200.000 € höher veranschlagt werden können. Es handelt sich dabei um die Erstattung der Kosten der Unterkunft für Asylbewerber, denen der Zugang zum Leistungsbereich des SGB II offensteht.

Im Produkt 31300 erhöhen sich durch die neuen Pauschalen die kalkulierten Erträge um rund 8 Mio. €. Mit der Veranschlagung der höheren Erträge müssen jedoch auch die Aufwendungen auf der gleichen Grundlage der Zugangszahlen neu ermittelt werden. Das Amt für soziale Sicherung rechnet mit einem Zugang von abrechnungsfähigen Fällen in Höhe von 140 Personen monatlich und einem Bestand (Zahlfälle) von 940 Personen zu Beginn des Jahres. Daraus errechnet sich bei einem Betreuungsschlüssel von 100 Personen je Betreuungskraft und 120 Bedarfsgemeinschaften je Verwaltungskraft ein zusätzlicher jahresdurchschnittlicher Bedarf von 10 Bediensteten. Die Personalkosten sind demnach um rd. 580.000 € höher auszuweisen. Der Transferaufwand ist auf der gleichen Kalkulationsgrundlage mit zusätzlich rund 5,7 Mio. € zu veranschlagen. Daraus ergibt sich eine Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses im Produkt 31300 um rd. 1,9 Mio. €, der Fehlbetrag reduziert sich von 2,3 Mio. € auf nunmehr noch -453.800 €.

Die zum Ausgleich für die in den zurückliegenden Jahren nicht auskömmliche Pauschale gewährte einmalige Sonderzahlung ist als periodenfremder Ertrag zu behandeln und daher im außerordentlichen Ergebnis abzubilden. Nach einer Berechnung des Sozialministeriums vom 02.12.2015 bemisst sich diese für den Vogelsbergkreis auf ca. 1.923.000 €. Sie wird ebenfalls im Produkt 31300 veranschlagt.

2. Änderungsantrag zum Stipendienprogramm für angehende Mediziner - Produkt 41400

Für ein Stipendienprogramm für angehende Mediziner werden 20.000 Euro im Haushaltsplan 2016 eingestellt.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, für dieses Programm zeitnah entsprechende Richtlinien auszuarbeiten.

3. Änderungsantrag zur Sportförderung - Produkt 42100

Bei der Sportförderung wird die Zuwendung um 4.000 € für die Förderung der Jugendarbeit aufgestockt und zwar von 5 auf 6 Euro je beim Landessportbund gemeldeten Jugendlichen. Bei den freiwilligen Leistungen soll der für Südlink eingestellte Betrag um 4.000 Euro gekürzt werden.

Die Erläuterungen im Vorbericht, in den Teilergebnishaushalten und im Haushaltssicherungskonzept wurden nicht angepasst, hier sind die vorstehenden Ausführungen ergänzend heranzuziehen.

Haushaltssatzung 2016

Aufgrund des § 52 der Hessischen Landkreisordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 183), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.03.2015 (GVBl. I S. 158) in Verbindung mit den §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.03.2015 (GVBl. I S. 158, 188) hat der Kreistag des Vogelsbergkreises am 15.12.2015 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 wird

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	171.844.600 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	172.867.920 EUR
mit einem Saldo von	-1.023.320 EUR

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	1.923.000 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	0 EUR
mit einem Saldo von	1.923.000 EUR
mit einem Überschuss von	899.680 EUR

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	3.872.110 EUR
und dem Gesamtbetrag der	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	1.603.000 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	5.970.220 EUR
mit einem Saldo von	-4.367.220 EUR
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	4.890.220 EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	4.560.200 EUR
mit einem Saldo von	330.020 EUR
mit einem Zahlungsmittelfehlbedarf des Haushaltsjahres von	-165.090 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2016 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 4.890.220 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2016 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 2.820.000 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2016 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 110.000.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Die Hebesätze der von den kreisangehörigen Gemeinden zu erhebenden Umlage werden gemäß § 53 Abs. 2 HKO in Verbindung mit § 37 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) festgesetzt auf:

- | | |
|-------------------------------------------|---------|
| 1. Kreisumlage | 35,79 % |
| 2. Zuschlag zur Kreisumlage (Schulumlage) | 17,63 % |

der ermittelten Umlagegrundlagen.

Die Umlagen werden mit je einem Zwölftel des Jahresbetrags zum 1. eines jeden Monats fällig.

§ 6

Es gilt der vom Kreistag als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 7

Unerheblich im Sinne des § 100 Abs. 1 HGO sind

- überplanmäßige Aufwendungen bis zu 25 % des Haushaltsansatzes oder 10.000 EUR, außerplanmäßige Aufwendungen bis zu 10.000 EUR;
- überplanmäßige Auszahlungen bis zu 25 % des Haushaltsansatzes oder 50.000 EUR, außerplanmäßige Auszahlungen bis zu 50.000 EUR;
- Aufwendungen und Auszahlungen, die auf gesetzlicher, vertraglicher oder tarifvertraglicher Verpflichtung beruhen;
- zahlungswirksame Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen oder sonstige ordentliche Aufwendungen innerhalb eines Budgets, soweit diesen zahlungswirksame Mehrerträge aus privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten, Kostenersatzleistungen, Transferleistungen oder sonstigen ordentlichen Erträgen gegenüberstehen;

In Fällen, die keinen Aufschub dulden, kann der Kreisausschuss unbeschadet der Rechte aus Abs. 1 c) und d) über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bis zum Betrag von 100.000 EUR im Einzelfall bewilligen. Die besondere Dringlichkeit ist dem Kreistag darzulegen.

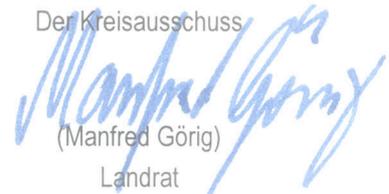
§ 8

Stellenbesetzungssperre

Für alle frei werdenden Personalstellen gilt eine Stellenbesetzungssperre von 12 Monaten. Über eine Wiederbesetzung entscheidet der Kreisausschuss nach Vorlage einer Stellenbedarfsanalyse.

Lauterbach, den 15.12.2015

Vogelsbergkreis
Der Kreisausschuss



(Manfred Görig)
Landrat

Vorbericht zum Haushaltsplan 2016

Dem Haushaltsplan ist ein Vorbericht beizufügen, der in konzentrierter Form einen Überblick über den Stand und die Entwicklung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr unter Einbeziehung der beiden Vorjahre gibt. Daneben soll der Vorbericht einen Ausblick auf wesentliche Veränderungen der Rahmenbedingungen der Planung und die Entwicklung wichtiger Planungskomponenten innerhalb des Zeitraums der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung vornehmen. Außerdem soll dargestellt werden, welche Auswirkungen sich durch die erwartete Bevölkerungsentwicklung auf den Landkreis und seine Einrichtungen voraussichtlich ergeben werden.

Bezüglich der Jahresabschlüsse ist anzumerken, dass im Laufe des Haushaltsjahres 2015 der Aufstellungstau vollständig abgebaut werden konnte. Gemäß § 112 Abs. 9 HGO wurde am 20.05.2015 der Jahresabschluss 2014 durch den KA aufgestellt, somit sind nun alle Jahresabschlüsse bis einschließlich 2014 nachgeholt worden. Geprüfte Jahresabschlüsse liegen bisher für die Jahre 2009 und 2010 vor. Der Abschluss 2009 wurde im März 2013 und der Abschluss 2010 im Juni 2015 durch den Kreistag beschlossen.

Im Jahresabschluss 2014 saldieren sich die Erträge und Aufwendungen zu einem negativen Jahresergebnis von 4.090 T€. Der Haushaltsplan 2014 ging noch von einem Fehlbedarf in Höhe von rd. 9.817 T€ aus, im Verlauf des Haushaltsjahrs hat sich die Wirtschaftslage des Kreises demnach um rund 5.727 TEUR verbessert. Eine wesentliche Verbesserung entstand im Bereich des Teilhaushalts 16 in Höhe von insgesamt 1,55 Mill. €. Hier konnten nicht geplante Finanzerträge aus der Beteiligung am Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) in Höhe von 412 T€ erzielt werden, die etatisierte Verlustzuweisung in Höhe von 1.012 T€ war demnach nicht erforderlich. Weitere Einsparmöglichkeiten in Höhe von 1,55 Mill. € ergaben sich im TH 20 insbesondere durch die eine geringere LWV-Umlage und die anhaltende Niedrigzinsphase auf dem Kreditmarkt. Der TH 50 konnte die größten positiven Veränderungen verzeichnen. Die im Haushalt 2014 geplanten ordentlichen Erträge und Aufwendungen wurden insgesamt um 2,14 Mill. € verbessert. Einen großen Anteil daran hatte die Grundsicherung nach dem SGB II, hier verbesserte sich das ordentliche Jahresergebnis im Vergleich zum Planansatz unter anderem aufgrund der guten Konjunkturlage um 1.541 T€. Im außerordentlichen Ergebnis war ein nicht erwarteter Fehlbetrag von rund 600 T€ auszuweisen, der hauptsächlich durch Rückstellungszuführungen für Versorgungsempfänger auf Grund vorzeitiger Eintritte in den Ruhestand zurück zu führen ist. Da für diese Fälle in der Vergangenheit nicht genügend Rückstellungen gebildet wurden, war dies im Jahresabschluss 2014 nachzuholen.

Haushaltsjahre 2015 und 2016

Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt führt sämtliche geplanten Erträge und Aufwendungen auf und stellt damit Ressourcenaufkommen und Ressourcenverbrauch des Verwaltungshandelns periodengerecht dar. Aus dem beschlossenen Haushaltsplan 2015 und dem vorliegenden Haushaltsplan 2016 ergibt sich folgendes Bild:

im Haushaltsjahr	2016	2015
• geplante Erträge und Finanzerträge	163.531.600 EUR	150.677.620 EUR
• geplante Aufwendungen und Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-166.592.600 EUR	-158.355.120 EUR
• geplantes Jahresergebnis	-3.061.000 EUR	-7.677.500 EUR

Das geplante Defizit des Jahresergebnisses verringert sich in Relation zum Vorjahr mit 4,6 Mio. EUR um rund 60 %.

Der Gesamtergebnishaushalt stellt sich nach dem amtlichen Muster zu § 2 GemHVO für das Haushaltsjahr 2016 wie folgt dar:

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	680.500	698.500	739.227,98
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.792.100	3.849.600	3.889.536,16
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	4.864.470	4.283.610	4.491.613,28
4.	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0,00
5.	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	67.063.990	60.396.000	59.050.094,46
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	49.089.450	34.624.300	30.897.342,52
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	40.150.220	40.485.450	39.627.413,81
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	4.511.630	5.474.020	5.326.555,54
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	550.470	538.140	3.300.968,44
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)	170.702.830	150.349.620	147.322.752,19
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-32.976.600	-30.324.580	-28.674.134,68
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-3.152.460	-3.013.200	-3.784.574,78
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-21.923.760	-20.956.270	-20.534.208,84
14.	66	Abschreibungen	-6.226.500	-6.878.730	-6.651.851,28
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-4.211.870	-4.503.150	-3.767.074,72
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-19.384.650	-19.842.800	-19.202.274,83
17.	72	Transferaufwendungen	-81.321.950	-69.768.070	-64.392.807,38
18.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-380	-370	-17.497,69
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)	-169.198.170	-155.287.170	-147.024.424,20
20.	=	Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)	1.504.660	-4.937.550	298.327,99
21.	56,57	Finanzerträge	1.141.770	328.000	704.686,63
22.	77	Zinsen und andere Finanzaufwendungen	-3.669.750	-3.067.950	-2.494.210,31
23.	=	Finanzergebnis (Nr. 21 ./. Nr. 22)	-2.527.980	-2.739.950	-1.789.523,68
24.		Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge (Nr. 10 und Nr. 21)	171.844.600	150.677.620	148.027.438,82
25.		Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 19 und Nr. 22)	-172.867.920	-158.355.120	-149.518.634,51
26.	=	Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr. 25)	-1.023.320	-7.677.500	-1.491.195,69
27.	59	Außerordentliche Erträge	1.923.000	0	999.655,50
28.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-3.598.265,37
29.	=	Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)	1.923.000	0	-2.598.609,87
30.	=	Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)	899.680	-7.677.500	-4.089.805,56
	33101,33 201	Nachrichtlich: Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge	0	0	-26.977.337,14

Die wesentlichen Positionen des Gesamtergebnishaushalts werden mit ihrem Anteil an den gesamten Erträgen/Aufwendungen des ordentlichen Ergebnisses 2016 sowie der Veränderung gegenüber den Haushaltsansätzen 2015 aufgeführt und erläutert. Anhand dieser Angaben lassen sich die einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten und ihr Einfluss auf die Haushaltslage des Kreises einordnen.

Pos.	Ansatz 2016	%-Anteil	+/- Vorjahr
01 privatrechtliche Leistungsentgelte	680.500 EUR	0,4 %	-18.000
Hierzu zählen die Entgeltforderungen, die aufgrund eines zivilrechtlichen Vertragsverhältnisses entstehen, wie z.B. Teilnahmeentgelte für Angebote der Volkshochschule, des Jugendbildungswerks oder der Jugendförderung. Ihr Einfluss auf die Gesamtwirtschaftslage des Kreises ist mit weniger als 1% Anteil an den ordentlichen Erträgen unbedeutend.			
02 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.792.100 EUR	2,3 %	-57.500
Diesen Erträgen liegt ein öffentlich-rechtlich, d.h. unmittelbar durch Gesetz, Verordnung oder Satzung geregelter Leistungsaustausch zugrunde, wie dies bei Verwaltungs- und Benutzungsgebühren der Fall ist, die für Dienstleistungen im Gesundheits-, Verkehrs- und Bauwesen oder dem Rettungsdienst erhoben werden. Die Entgelte sollen so bemessen sein, dass sie den verursachten Aufwand vollständig abdecken. Im Vergleich zum Vorjahr ist eine geringfügige Reduzierung erkennbar, sie bleiben weiter unter 3% der ordentlichen Erträge und damit ebenfalls von geringer Bedeutung.			
03 Kostenersatzleistungen und Kostenerstattungen	4.864.470 EUR	3,0 %	+580.860
Dazu zählen Erträge, die von Bund, Land, Gemeinden und sonstigen Dritten für erbrachte Leistungen des Kreises geleistet werden, wie beispielsweise Personalkostenerstattungen des Landes aufgrund der Kommunalisierung.			
04 Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0 EUR	0,0 %	0
Unter dieser Position sind gegebenenfalls Erträge aus selbst erstellten Sachanlagen zu erfassen.			
05 Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich der Erträge aus gesetzlichen Umlagen	67.063.990 EUR	41,1%	+6.667.990
Auszuweisen sind hier die Erträge aus den direkt dem Kreis zufließenden Steuern und gesetzlichen Umlagen. Dies sind Jagdsteuer, Kreisumlage und Schulumlage.			
Der Hebesatz von 35,79 % für die Kreisumlage wird für das Haushaltsjahr 2016 einmalig vom Land Hessen festgelegt. Die Schulumlage ist unter Berücksichtigung der zuzurechnenden Erträge und Aufwendungen bedarfsgerecht ermittelt worden. Daraus ergibt sich ein Hebesatz von 17,63 %. Eine genaue Berechnung ist unter dem Punkt „Berechnung der Schulumlage“ dieses Vorberichtes zu finden. Der Hebesatz der Jagdsteuer beträgt 12 %.			
Mit einem Anteil von 41,1 % an den Gesamterträgen ist hier von der für die Haushaltslage des Kreises bedeutendsten Ertragsart die Rede.			
06 Erträge aus Transferleistungen	40.776.450 EUR	24,9 %	+6.152.150
Diesen Erträgen liegt kein direkter Austausch in Form von Leistung und Gegenleistung zugrunde, wie es für den Sozialleistungsbereich kennzeichnend ist. In erster Linie werden hierunter Leistungsbeteiligungen anderer Kostenträger, Unterhaltsbeiträge oder Rückzahlungen gewährter sozialer Hilfen gefasst.			

Von ihrer Bedeutung für die Gesamterträge rangieren sie auf dem 2. Platz. Im Haushalt 2015 lag der Anteil an den Erträgen noch bei 23,0 %. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr resultiert vor allem aus dem erwarteten Anstieg der Erträge im Bereich der Hilfen für Asylbewerber.

Pos.	Ansatz 2016	%-Anteil	+/- Vorjahr
------	-------------	----------	-------------

07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeinen Umlagen	40.150.220 EUR	24,6 %	-335.230
----	-------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------	---------------	-----------------

Es handelt sich vor allem um die allgemeinen und besonderen Finanzzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Daneben sind innerhalb dieser Position im Haushalt auch die Zuweisungen für Ganztagsangebote an Schulen und die Zuweisung zu den Kosten der Grundsicherung im Alter zu finden. Auch die übergangsweise gewährte Zuweisung nach § 66 FAG für Kommunen, die auf Grund der Neuregelungen des kommunalen Finanzausgleichs im Vergleich zu der bisherigen Rechtslage benachteiligt sind, ist hier ausgewiesen.

08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	4.511.630 EUR	2,8 %	-962.390
----	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------	--------------	-----------------

Diese Erträge sind nicht zahlungswirksam. Erhaltene, passivierte Investitionszuweisungen, die direkt einem aktivierten Anlagegut zugeordnet werden können (z.B. Zuweisungen für Investitionen in Kreisstraßen) sind linear über dessen Nutzungsdauer aufzulösen und führen dann jährlich zu Erträgen. Die bis 2015 gewährten Investitionspauschalen, die nicht einzelnen Anlagegütern zugeordnet sind, werden dagegen nach § 38 Abs. 4 GemHVO jährlich mit einem Zehntel ihres Ursprungsbetrags aufgelöst.

Insbesondere durch den Wegfall der Schulbau- und Investitionspauschale reduzieren sich die Erträge um knapp 1 Mill. €. Für zukünftige Jahre ist vorgesehen, die Kreis- und Schulumlage so festzusetzen, dass ein Teilbetrag der Schlüsselzuweisung unmittelbar im Finanzhaushalt als Einzahlung verwendet werden kann. Für das Planjahr 2016 ist dies aufgrund der bei Haushaltsaufstellung noch bestehenden Unsicherheiten über die Höhe der KFA-Leistungen nicht vorgesehen.

09	sonstige ordentliche Erträge	550.470 EUR	0,3 %	+12.330
----	-------------------------------------	--------------------	--------------	----------------

Hierzu zählen alle dem laufenden Verwaltungshandeln zuzuordnenden Erträge, die nicht von den Positionen 01 – 08 erfasst werden. Dies sind hauptsächlich sogenannte Nebenerlöse, beispielsweise aus Vermietung, Verpachtung und Überlassung, Erlöse aus dem Kantinenbetrieb, Abführungen aus Nebentätigkeiten und Schadensersatzleistungen. Auch wenn die Erträge gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen sind, hat diese Veränderung aufgrund des geringen Anteils an den Gesamterträgen von deutlich unter 1% keinen nennenswerten Einfluss auf die Haushaltssituation des Kreises.

In das ordentliche Ergebnis fließen daneben die Erträge des Finanzergebnisses ein.

21	Finanzerträge	1.141.770 EUR	0,7 %	+813.770
----	----------------------	----------------------	--------------	-----------------

Dazu zählen die Erträge aus Unternehmensbeteiligungen (u.a. RhönEnergie, ZOV) sowie Zinserträge für Geldanlagen oder ausgegebene Darlehen und Mahngebühren. Sie gehören neben den Schlüsselzuweisungen und Umlageerträgen zu den allgemeinen Deckungsmitteln. Die Finanzerträge hatten in den letzten Jahren bereits keinen gewichtigen Anteil mehr an den Gesamterträgen.

Die Aufwendungen des ordentlichen Ergebnisses sind zu gliedern in die ordentlichen Aufwandspositionen des Verwaltungsergebnisses und des Finanzergebnisses. Zum Verwaltungsergebnis gehören:

11	Personalaufwendungen	-32.399.080 EUR	19,4 %	+2.074.500
----	-----------------------------	------------------------	---------------	-------------------

Diese umfassen die Entgelte und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung des Tarifpersonals sowie die Besoldungs- und Beihilfeaufwendungen der aktiven Beamtinnen und Beamten. Die Aufwendungen sind in den einzelnen Teilhaushalten nach dem derzeitigen bzw. vorhersehbaren Personalbestand und der geltenden Tarif-, Sozialversicherungs- und Besoldungsrechtslage unter der Annahme einer Tarifierhöhung von 2,5 % veranschlagt. Durch die aufgrund der Auflagen der Aufsichtsbehörde zur Haushaltsgenehmigung 2015 fortgeltende Stellenbesetzungssperre wird sichergestellt, dass jede sich bietende Möglichkeit zur Reduzierung des Aufwands geprüft wird.

Pos.		Ansatz 2016	%-Anteil	+/- Vorjahr
------	--	-------------	----------	-------------

12	<u>Versorgungsaufwendungen</u>	-3.152.460 EUR	1,9 %	+139.260
----	---------------------------------------	-----------------------	-------	----------

Diese umfassen die Verpflichtungen aus den in 2016 fälligen Versorgungsbezügen und Beihilfen für die pensionierten Beamtinnen und Beamten, die durch die Versorgungskasse Darmstadt erfüllt werden. Die Versorgungskasse finanziert ihren Aufwand über Umlagen der pensionspflichtigen Körperschaften. Diese Umlage ist als Versorgungsaufwand abzubilden.

Daneben sind als nicht zahlungswirksame Aufwendungen die Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeansprüche zukünftiger Versorgungsempfänger auszuweisen. Diese Rückstellungen sollen die aus dem Ressourcenaufkommen zu erwirtschaftende Belastung abbilden, der dem Kreis aus Pensions- und Beihilfeansprüchen seiner Beamtinnen und Beamten zukünftig erwachsen kann. Die Rückstellungen werden personenbezogen nach finanzmathematisch qualifizierten Berechnungsmethoden durch die Versorgungskasse ermittelt und jährlich angepasst. Sie reduzieren sich für die Personen, die bereits Versorgungsbezüge erhalten und erhöhen sich für den Personenkreis der noch aktiven Anspruchsberechtigten. Als Versorgungsaufwand ist der Saldo der jährlichen Veränderung der Rückstellungen abzubilden.

13	<u>Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen</u>	-21.923.760 EUR	13,2 %	+967.490
----	-----------------------------------------------------------	------------------------	--------	----------

Unter diese Position wird der gesamte Aufwand für die Unterhaltung, Instandsetzung und den laufenden Betrieb der Grundstücke, Gebäude und Anlagen (Bauunterhaltung, Energie, Fremdreinigung, Entsorgung, Ersatzbeschaffung von Ausstattung) sowie der Verwaltungs- und Geschäftsbedarf, Aufwand für ehrenamtliche Tätigkeiten, Mieten, Schulbetriebsmittel und sonstige von Dritten bezogene Leistungen gefasst.

14	<u>Abschreibungen</u>	-6.226.500 EUR	3,7 %	-652.230
----	------------------------------	-----------------------	-------	----------

Die veranschlagten Abschreibungen auf das vorhandene, abnutzungsfähige Anlagevermögen des Kreises sollen die durch die Nutzung im Hj. 2016 verursachte Wertminderung des Vermögens sichtbar machen. Die Nutzung aller im Hj. 2016 voraussichtlich im Betrieb befindlichen Sachanlagen verursacht Wertminderungen

- der Gebäude mit schulischer Nutzung	2.436.650 EUR
- der Ausstattung mit schulischer Nutzung	628.470 EUR
- der sonstigen Gebäude	425.700 EUR
- der sonstigen Ausstattung	656.990 EUR
- der Kreisstraßen	1.132.190 EUR
- aus Sonderinvestitionsprogramm 2009	946.500 EUR

Die Belastung des ordentlichen Ergebnisses wird teilweise durch korrespondierende Erträge aus der Auflösung von Sonderposten reduziert, wie diese sind die Abschreibungen nicht zahlungswirksam.

15	<u>Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen</u>	-4.211.870 EUR	2,5 %	-291.280
----	---------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------	-------	----------

Dieser Position sind die an andere öffentliche oder private Empfänger zu leistenden Zuwendungen zuzuordnen. Hierzu zählen z.B. die Zuweisungen an Vogelsberg Consult, Vogelsberg Touristik, an Vereine, Verbände, soziale Einrichtungen und an andere Schulträger (Gastschulbeiträge).

Pos.		Ansatz 2016	%-Anteil	+/- Vorjahr
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-19.384.650 EUR	11,6 %	-458.150
	Hier werden insbesondere die Umlageverpflichtungen aus LWV- und Krankenhausumlage sowie die Verbandsumlage für den Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg abgebildet. Der weitaus größte Anteil davon entfällt auf die Verbandsumlage an den Landeswohlfahrtsverband (rund 17,6 Mill. €).			
17	Transferaufwendungen	-75.624.150 EUR	45,4 %	+5.856.080
	Auch den Transferaufwendungen liegt kein Leistungsaustausch zugrunde, es wird vor allem der für Sozial- und Jugendhilfeleistungen entstehende Aufwand abgebildet.			
	Die hier zu veranschlagenden Aufwendungen haben sich deutlich erhöht. Wie bereits bei den Erträgen aus Transferleistungen vermerkt, ist dies insbesondere auf den höheren Bedarf im Bereich der Asylleistungen zurückzuführen (rd. 7,2 Mill. €).			
18	sonstige ordentliche Aufwendungen	-380 EUR	0,0 %	+10
	Die Position bildet die Sammelstelle für alle ordentlichen Aufwendungen des laufenden Verwaltungsbetriebs, die nach dem geltenden Kontenplan nicht den Positionen 11 – 17 zugeordnet werden dürfen. Dazu zählen z.B. aus dem laufenden Betrieb entstehende Steuerverpflichtungen wie Grundsteuer.			

Das Finanzergebnis als ein weiterer Teilsaldo des ordentlichen Ergebnisses enthält an Finanzaufwendungen:

22	Zinsen und andere Finanzaufwendungen	-3.669.750 EUR	2,2 %	+-601.800
	Hier wird der gesamte Zinsaufwand der Investitions- und Kassenkredite dargestellt. Planmäßig erfasst werden auch die periodenanteiligen Anspar- und Sonderbeiträge für Kredite aus dem sog. Investitionsfonds B des Landes. Die Erhöhung dieser Position liegt vor allem an der Abbildung der Zinsdienstumlage, die in den voran gegangenen Haushalten immer unter der Position 16 abgebildet wurde.			

In das geplante Jahresergebnis fließen noch die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen mit ein. Außerordentliche Erträge (z.B. Spenden, Erträge aus Vermögensveräußerungen über Buchwert, periodenfremde Erträge) sind nicht veranschlagt. Außerordentliche Aufwendungen können z.B. in Form von außerplanmäßigen Abschreibungen und Verlusten aus dem Abgang von Vermögensgegenständen unter dem Restbuchwert, periodenfremden Aufwendungen oder anderen selten oder unregelmäßig anfallenden Aufwendungen entstehen.

Die Positionen des kommunalen Finanzausgleichs (KFA), die zusammengefassten Ertrags- und Aufwandspositionen der Bereiche Sozialleistungen und Personalaufwand sowie die Berechnung der Schulumlage werden nachfolgend auf Grund ihrer Bedeutung für die Wirtschaftslage des Kreises nochmals detailliert dargestellt.

Kommunaler Finanzausgleich

Die zu erwartenden Veränderungen sind dem Schreiben des Hessischen Finanzministers vom 06.10.2015 entnommen:

Gegenüberstellung: KFA-Volumen 2016	KFA - alte Rechtslage	KFA – neue Rechtslage	Differenz * neue Rechtslage/ alte Rechtslage
<u>Erträge aus Zuweisungen Land:</u>			
<i>Schlüsselzuweisungen</i>	27.250.245 €	31.296.167 €	4.045.922 €
<i>besondere Finanzzuweisungen und Investitionspauschalen:</i>	8.822.666 €	0 €	-8.822.666 €
Zwischensumme Zuweisungen Land:	36.072.911 €	31.296.167 €	-4.776.744 €
<u>Erträge aus Umlagen (alt: 58 %)</u>			
<i>Kreisumlage</i>		44.838.992 €	35,790%
<i>Schulumlage</i>		21.937.154 €	17,510%
Zwischensumme Erträge Umlagen:	63.425.275 €	66.776.146 €	3.350.871 €
Summe Erträge KFA:	99.498.186 €	98.072.313 €	-1.425.873 €
<u>Aufwendungen KFA:</u>			
<i>LWV-Umlage:</i>		17.654.366 €	11,275%
<i>Krankenhausumlage:</i>		1.612.771 €	1,030%
Summe Aufwendungen f. Umlagen:	20.110.866 €	19.267.137 €	843.729 €
Saldo KFA:	79.387.320 €	78.805.176 €	-582.144 €
<u>Abmilderung von Übergangshärten</u> (für Verluste zu alter Rechtslage)	0 €	316.337 €	54,340%
<u>außerordentliche Zuweisung Flüchtlinge</u> (Berechnungsgrundlage nicht bekannt):	0 €	192.500 €	192.500 €
Saldo KFA nach Übergangsregelung:	79.387.320 €	79.314.013 €	-73.307 €

*) negative Werte in der Spalte Differenz stellen jeweils eine Verschlechterung dar

Dem Zuwachs bei den Schlüsselzuweisungen steht der Wegfall der besonderen Finanzzuweisungen und Investitionspauschalen des Landes entgegen. Obwohl diese in der neuen Berechnungssystematik begründete Belastung bei der vom Land vorgenommenen Berechnung der neuen Kreis- und Schulumlagehebesätze berücksichtigt werden sollte, verbleibt in der Summe eine Verschlechterung in Höhe von 1,4 Mill. €, die auch durch die geringere LWV- und Krankenhausumlage nicht vollständig ausgeglichen werden kann. Übergangsweise wird diese zusätzliche Belastung durch eine Zuweisung gem. § 66 FAG an alle Kommunen, die auf Grund der Neuregelungen des kommunalen Finanzausgleichs schlechter gestellt sind, teilweise abgemildert (= 316 T€). Zudem ist eine außerordentliche Zuweisung aufgrund der Zuweisung von Flüchtlingen, die in den maßgeblichen statistischen Daten (noch) nicht als Einwohner erfasst sind, angekündigt.

In diesen Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Schulumlage abweichend von der oben dargestellten Berechnung mit einem Hebesatz von 17,63% durch den Vogelsbergkreis annähernd kostendeckend erhoben werden soll. Unter Berücksichtigung der vom Land am 06.10.2015 bekannt gegebenen Umlagegrundlagen errechnet sich ein Ertrag von 22.087.000 €.

Im Produktbereich 03 „Schulträgeraufgaben“ sind die Produkte 20000 bis 24310, die direkt zugeordneten Erlöse und Aufwendungen des Produktes 11160 „Gebäudemanagement“, die Schulumlage sowie die Erlöse und Kosten aus der Internen Leistungsverrechnung berücksichtigt worden. Bezüglich der Zusammensetzung wird auf den Produktbereich 03 der Produktübersicht, die im Anschluss an die Bewirtschaftungsregeln zu finden ist, verwiesen.

Sozial-/Transferaufwand

Die Entwicklung des vom Vogelsbergkreis als örtlichem Träger der Sozial- und Jugendhilfe aufzubringenden Aufwands für Sozialleistungen in den Teilhaushalten 50 und 51 lässt sich zusammenfassend wie folgt darstellen:

E	Ertrag	HH-Ansatz	HH-Ansatz	Rechn.-Erg.
A	Aufwand	2016	2015	2014
E	Erstattung Transferaufwendungen	40.776.450 €	34.624.300 €	30.897.343 €
A	Transferaufwendungen	-75.624.150 €	-69.768.070 €	-64.392.807 €
E/A	Nettobelastung	-34.847.700 €	-35.143.770 €	-33.495.465 €

E	Ertrag	Veränderung	Veränderung	Veränderung	Veränderung
A	Aufwand	2016 - 2015	in %	2016 - 2014	in %
E	Erstattung Transferaufwendungen	6.152.150 €	17,8	9.879.107 €	32,0
A	Transferaufwendungen	5.856.080 €	8,4	11.231.343 €	17,4
E/A	Nettobelastung	-296.070 €	-0,8	1.352.235 €	4,0

Bei der Nettobelastung wird auf dieser Basis eine Verbesserung zum Haushaltsansatz des Vorjahres um rund 300.000 EUR erwartet, zieht man hingegen den Vergleich zum Rechnungsergebnis 2014 zeigen sich Mehrbelastungen von ca. 1,3 Mill. EUR.

Die vorstehende Abbildung stellt ausschließlich auf die reinen Sozialleistungen ab, nicht mitbetrachtet wird der Personal- und der Verwaltungsaufwand. In beiden betroffenen Teilhaushalten sind, wie den Ausführungen unter dem folgenden Berichtsteil Personal- und Versorgungsaufwendungen entnommen werden kann, bereits im laufenden Jahr Veränderungen im Personalbestand eingetreten und weitere für das Planjahr vorgesehen. Nachfolgend wird dargestellt, wie sich die Entwicklung unter Einbeziehung des Personal- und Sachaufwands sowie des auf den Kreis entfallenden Aufwands des überörtlichen Sozialhilfeträgers gestaltet:

TH	Zuschussbedarf Sozialetat (einschließlich Personal- und Sachaufwand)	HH-Ansatz 2016	HH-Ansatz 2015	Rechn.-Erg. 2014
50	Sozialhilfe örtlicher Träger	-19.955.050 €	-17.819.170 €	-15.668.142 €
51	Jugendhilfe örtlicher Träger	-20.965.300 €	-20.853.660 €	-20.065.943 €
	Summe Zuschussbedarf örtlicher Träger	-40.920.350 €	-38.672.830 €	-35.734.085 €
	LWV-Umlage (überörtlicher Träger)	-17.654.370 €	-17.493.600 €	-16.780.889 €
	Summe Zuschussbedarf Sozialetat insgesamt	-58.574.720 €	-56.166.430 €	-52.514.974 €

TH	Veränderung Zuschussbedarf Sozialetat (einschließlich Personal- und Sachaufwand)	Veränderung 2016 - 2015	Veränderung in %	Veränderung 2016 - 2014	Veränderung in %
50	Sozialhilfe örtlicher Träger	2.135.880 €	12,0	4.286.908 €	27,4
51	Jugendhilfe örtlicher Träger	111.640 €	0,5	899.357 €	4,5
	Summe Zuschussbedarf örtlicher Träger	2.247.520 €	5,8	5.186.265 €	14,5
	LWV-Umlage (überörtlicher Träger)	160.770 €	0,9	873.481 €	5,2
	Summe Zuschussbedarf Sozialetat insgesamt	2.408.290 €	4,3	6.059.746 €	11,5

Unter Einbeziehung aller Aufwands- und Ertragsarten zeigt sich, dass die Veränderung im Bereich des Sozialtats von 2014 auf 2016 wesentlich stärker ausfällt. Neben der höheren Nettobelastung der Transferaufwendungen von 1,35 Mill. EUR und der um 873 T€ höheren LWV-Umlage wirken sich insbesondere die Veränderungen der Personal- und Versorgungsaufwendungen von 2014 auf 2016 in diesem Bereich belastend aus (1,465 Mill. EUR). Allein für das Produkt Hilfen für Asylbewerber steigen die Personal- und Versorgungsaufwendungen von 2014 auf 2016 um 635 TEUR. Auf das Rechnungsergebnis 2014 wirkte einmalig entlastend, dass eine Rückstellung in Höhe von 543 T€ aufgelöst werden konnte. Daneben wirkt sich auch in dieser Darstellung die Neuordnung im kommunalen Finanzausgleich aus, weil die bisher hier veranschlagten Erträge aus der Erstattung der Wohngeldentlastung von rund 900 TEUR künftig wegfallen.

Generell ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass allen Annahmen zur Entwicklung von Erträgen und Aufwendungen die Fallzahlen, Regelsätze und Erstattungsleistungen auf dem Stand von Ende August 2015 zugrunde liegen. Im Produkt Hilfen für Asylbewerber basiert die Bedarfsermittlung beispielsweise auf der Prognose eines Bestands von 850 Hilfesuchenden zu Beginn des Haushaltsjahres 2016 und einem monatlichen Zugang von 90 Personen. Für die Kalkulation der Erträge wurde angenommen, dass zumindest die damals aktuelle Rechtslage erhalten bleibt, d.h. pauschale Erstattung von 600 EUR je Person und Monat sowie einmalige Erstattung in Höhe der vom Bund gewährten Entlastung in Höhe von 708 TEUR.

Bei Abfassung des Vorberichts (Mitte Oktober 2015) erscheint klar, dass diese Annahmen zumindest hinsichtlich der Entwicklung des Flüchtlingszustroms nicht mehr belastbar sind. Durch die im 2. Halbjahr 2015 eingetretene Entwicklung ist bereits zum Beginn des Haushaltsjahres 2016 von einem wesentlich höheren Bestand an zugewiesenen Asylbewerbern auszugehen und auch die aktuelle monatliche Zuweisung bewegt sich bereits jetzt bei rund 200 Personen pro Monat. Die nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel berechnete Anzahl aufzunehmender Flüchtlinge (Hessen: 7,3 % aller auf die Bundesrepublik entfallenden Bewerber, Vogelsbergkreis: 2 % des hessischen Kontingents) unterstellt somit nach Stand Oktober 2015 einen Zugang von insgesamt rund 1,6 Mio. Menschen jährlich bei gleichbleibender Entwicklung. Ob diese Annahme belastbar ist, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt wohl niemand verlässlich einschätzen.

Neben der rein zahlenmäßigen Entwicklung des Flüchtlingszustroms sind aber noch viele weitere Parameter zu berücksichtigen, um die haushaltsmäßigen Auswirkungen einzuschätzen. Von der zeitlichen Dauer der Anerkennungsverfahren und der Art der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) getroffenen Entscheidung und deren Umsetzung ist es abhängig, wann zugewiesene Flüchtlinge aus dem Rechtsbereich der Hilfen für Asylbewerber herausfallen und in welchen anderen Rechtskreis des SGB sie ggf. aufzunehmen sind. Bei dieser Einschätzung lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch nicht auf halbwegs belastbare Zahlen aus der Vergangenheit zurückgreifen, weil die Anerkennungsverfahren derzeit offenbar selektiv durchgeführt werden, d.h. Anträge von Menschen mit einer guten Bleibeprognose werden bevorzugt bearbeitet. Weiterhin ist entscheidend, ob es gelingt, abgelehnte Antragsteller zur zügigen Ausreise zu bewegen und den Zustrom von Menschen aus sicheren Herkunftsländern einzudämmen.

Nicht zuletzt ist auch die Ertragsseite im Haushaltsplan aktuell noch nicht annähernd verlässlich zu beziffern. Die kommunale Seite ist noch in Verhandlungen mit dem Land zur Anpassung der Flüchtlingspauschale. Daneben sind aber auch weitere Finanzierungsfragen noch völlig offen, so dass die Haushaltsansätze vor allem in den Teilhaushalten 50 und 51 im vorliegenden Haushaltsentwurf 2016 deutlich höheren Risiken unterliegen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Ob sich diese Situation im Laufe der Haushaltsberatungen im Kreistag noch etwas klärt, bleibt zunächst abzuwarten.

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Personalaufwendungen			
62000000		Entgelte Beschäftigte	-20.248.070	-18.475.590	-17.486.385,52
62001000		Leistungsentgelte	-327.900	-315.000	-299.684,37
62002000		Entgelte für Beschäftigte in Altersteilzeit	-43.470	-140.920	-243.332,73
62003000		Aufstockungsbetrag für Beschäftigte in Altersteilzeit	-18.810	-43.670	-70.165,36
62004000		Inanspruchnahme Rückstellung f. Altersteilzeit	0	201.000	365.950,81
64800000		Zuführung zur Rückstellung f. Altersteilzeit	-68.560	0	0,00
62010000		Entgelt Azubis/Prakt.	-218.180	-192.810	-182.151,30
		Entgelte Arbeitnehmer gesamt	-20.924.990	-18.966.990	-17.915.768,47
63000000		Dienstbezüge Beamte	-5.626.060	-5.353.630	-5.235.927,00
63002000		Dienstbezüge Beamte in Altersteilzeit	0	-8.030	-19.142,96
63003000		Aufstockungsbetrag für Beamte in Altersteilzeit	0	-3.060	-7.629,54
63100000		Dienstbezüge für Beamte im Vorbereitungsdienst	-149.270	-119.740	-83.058,89
		Bezüge Beamte gesamt	-5.775.330	-5.484.460	-5.345.758,39
65300000		Aufwendungen f. personenbez. Versicherungen	-74.000	-74.000	-67.741,35
65900000		Übrige sonstiger Personalaufwand	-55.650	-55.650	-53.812,80
65999900		Globale Minderausgaben Personal	0	0	0,00
		Sonstiger Personalaufwand	-129.650	-129.650	-121.554,15
		Zwischensumme: 62, 63, 65	-26.829.970	-24.581.100	-23.383.081,01
64900000		Beihilfen Bezügebereich	-210.800	-210.800	-212.279,82
64910000		Beihilfen Entgeltbereich	-12.000	-12.000	-13.659,85
		Beihilfen gesamt	-222.800	-222.800	-225.939,67
64000000		AG-Anteil zur Sozialversicherung	-4.069.010	-3.772.080	-3.444.772,74
64010000		AG-Anteil zur SV Azubi	-43.380	-38.370	-34.620,85
64002000		AG-Anteil zur SV f. Beschäftigte in Altersteilzeit	-8.670	-49.570	-83.619,94
64200000		Beiträge zur BG/Unfallversicherung	-85.790	-81.330	-81.213,22
64210000		Beiträge zur BG/Unfallversicherung - Azubis	-2.500	-2.000	-1.710,43
		Soziale Abgaben, BG/Unfallvers. gesamt	-4.209.350	-3.943.350	-3.645.937,18
64700000		ZVK Entgeltbereich	-1.697.830	-1.542.640	-1.462.267,96
64702000		ZVK f. Beschäftigte in Altersteilzeit	-2.670	-21.560	-36.381,49
64710000		ZVK Azubis	-13.980	-13.130	-9.479,38
		ZVK gesamt	-1.714.480	-1.577.330	-1.508.128,83
		Zwischensumme: 64	-6.146.630	-5.743.480	-5.380.005,68
		Personalaufwendungen insgesamt	-32.976.600	-30.324.580	-28.763.086,69
		Versorgungsaufwendungen			
64410000		Beihilfen an Versorgungsempfänger	-113.500	-113.500	-216.939,28
6452		Aufwendungen an Pensions- u. Unterstützungskassen	-1.826.660	-1.799.800	-1.760.495,50
64600000		Zuführung zu Pensionsrückstellungen	-1.212.300	-1.099.900	-1.807.140,00
=		Summe der Versorgungsaufwendungen	-3.152.460	-3.013.200	-3.784.574,78
=		Personal-/Versorgungsaufwand insgesamt	-36.129.060	-33.337.780	-32.547.661,47
		nachrichtlich:			
150631		Zuführung Versorgungsrücklage aktive Beamte	43.190	33.500	39.374,60
150632		Zuführung Versorgungsrücklage -Versorgungsempfänger	32.730	33.160	49.611,87
		Summe Versorgungsrücklage	75.920	66.660	88.986,47

Personal- und Versorgungsaufwand

Da die Personalaufwendungen im Ergebnishaushalt dezentral in allen Teilhaushalten zu veranschlagen, jedoch in der Summe gegenseitig deckungsfähig sind, bietet es sich im Sinne eines vollständigen Überblicks an, die Positionen hier im Vorbericht ausführlich darzustellen und die summarischen Abweichungen zum Vorjahr hier zu erläutern. Auf separate Erläuterungen zu den einzelnen Positionen in den Teilhaushalten wird verzichtet. Die Erläuterungen beziehen sich auf die tabellarische Zusammenstellung der vorhergehenden Seite.

Die Entwicklung des gesamten Personalaufwands geben die folgenden Tabellen wieder. Die komprimierte Darstellung fasst die Entwicklung des zahlungswirksamen Aufwands zusammen:

A	Aufwand	HH-Ansatz 2016	HH-Ansatz 2015	Rechn.-Erg. 2014
A	kalkulierter zahlungswirksamer Aufwand	-34.270.740 €	-32.438.880 €	-31.106.472 €
A	Rückstellungen Versorgung und Altersteilzeit	-1.280.800 €	-898.900 €	-1.441.189 €
A	Summe Personal- und Versorgungsaufwand	-35.551.540 €	-33.337.780 €	-32.547.661 €

Die prozentuale Veränderung ist aus der folgenden Tabelle ablesbar:

A	Aufwand	Veränderung 2016 - 2015	Veränderung in %	Veränderung 2016 - 2014	Veränderung in %
A	kalkulierter zahlungswirksamer Aufwand	1.831.860 €	5,6	3.164.268 €	10,2
A	Rückstellungen Versorgung und Altersteilzeit	381.900 €	42,5	-160.389 €	-11,1
A	Summe Personal- und Versorgungsaufwand	2.213.760 €	6,6	3.003.879 €	9,2

Der Anstieg bei den Rückstellungen aus der Versorgung und der Altersteilzeit in Höhe von 42,5% zum Vorjahr resultiert insbesondere daher, dass die bisherigen Altersteilzeitverträge im Jahr 2015 ausgelaufen sind und daher keine Inanspruchnahme aus der Rückstellung in 2016 mehr erfolgt (Vorjahr 201 T€). Es wurden in 2015 jedoch neue Vereinbarungen abgeschlossen, so dass in 2016 Rückstellungen in Höhe von voraussichtlich 69 T€ zu bilden sind. Die übrige Erhöhung entfällt auf die Pensionsrückstellungen.

Im Vergleich zum Ansatz des Vorjahres erhöht sich der zahlungswirksame Aufwand mit 2,2 Mill. EUR recht deutlich. Eine detailliertere Darstellung der Entwicklung der Tarif- und Besoldungserhöhungen (Mehraufwendungen) von 2015 auf 2016 soll im Folgenden aufgeführt werden:

<u>tariflich bedingte Veränderungen</u>	Aufwand gesamt (AG Brutto)
angenommene Tarifierhöhung ab 01.03.2016 = 2,5 % auf Ansatz 2015	503.150,00 €
Pauschalierte Einmalzahlung bis EG 8 TVöD / angenommen für 2016 - Gegenstand der Tarifverhandlungen	49.100,00 €
Leistungsentgelterhöhung Sachkonto 6201	15.830,00 €
Beiträge zur Unfallversicherung	4.460,00 €
Höhergruppierungen / Stufenaufstiege	14.810,00 €
4 neue Auszubildende für 2015- Produkt 1111	26.080,00 €
Übernahme von 3 Auszubildenden ab 07/2015 voraussichtlich AFK / SGB II / Hauptamt	58.770,00 €
Summe tariflich bedingte Veränderungen:	672.200,00 €

besoldungsrechtlich bedingte Veränderungen	
angekündigte Besoldungserhöhung für 2016 = 1 % auf den Ansatz 2015	55.000,00 €
Erhöhung der Pensionsrückstellung	112.400,00 €
Erhöhung der Umlage zur VK	26.800,00 €
Ernennung von Inspektoranw. - Mehraufwand zum Vorjahr	29.530,00 €
Beförderungen, Vollzug Stellenplan	18.500,00 €
tarifgerechte Umsetzung Rufbereitschaft:	Gesundheitsamt 20.000,00 €
	Asyl 40.150,00 €
	AVV, Beamte 10.000,00 €
Summe besoldungsrechtliche Veränderungen	312.380,00 €
Summe Veränderung durch Tarif- und Besoldungsrecht	984.580,00 €
Veränderung Personalausstattung	
Haupt- und Personalamt	
WIR-Koordination - neu ab 07.2015 – Personalkostenerstattung Land zu 100 %	51.600,00 €
AAO/Allgemeine Gefahrenabwehr	
Leitstellenadministration 30 Wochenstunden / 80 % PK-Aufwand kann über die Leitstellengebühr abgerechnet werden	37.200,00 €
0,5 Stelle ÄL-Rettungsdienst, kann zu 100 % über die Leitstellengebühr abgerechnet werden	47.920,00 €
Ausländerbehörde - angemeldete Stelle 1 EG 8 - Verwaltung	45.000,00 €
Waffenbehörde - Übernahme nach bef. Vertrag	20.640,00 €
ALRD / Dorferneuerung	
1 Stelle EG 9/10 - Nachfolge Sachgebiet DE/RE	51.600,00 €
Amt für Soziale Sicherung	
zusätzliche Stelle im Betreuungswesen	50.570,00 €
3 Vollzeitstellen / LSB im Asylbereich EG 8 /	137.800,00 €
4 Vollzeitstellen / Betreuung im Asylbereich	203.830,00 €
0,25 Stellenaufstockung Asyl	14.570,00 €
KVA - 1 Migrations-PAP, 84,8 % Bundesmittel	50.100,00 €
Heimpflege 0,64 Stellenanteile / Rückkehr Elternzeit	37.050,00 €
Schuldnerberatung Std. Aufstockung 0,5 Stellenanteile - Zusage von 44.500 zusätzlichen Zuwendungsmittel durch das Land für den Bereich Schuldnerberatung	35.050,00 €
KVA - Abordnung eines Beamten (84,8 % Bundesmittel)	55.000,00 €
Erhöhung des Ansatzes aufgrund Mehreinstellung von Azubis/Bass 84,8 % Bundesmittel	32.590,00 €
Amt für Schulen und Liegenschaften	
Aufstockung der Schulsekretariate / Umsetzung der neuen Richtlinie ca. 2 Stellenanteile	90.300,00 €
Zusätzlicher Aufwand durch Erweiterung päd. Mittagsbetreuung und betreute Grundschule / bei zusätzlicher Einrichtung der pädagogischen Mittagsbetreuung Pauschale durch das Land Hessen in Höhe von 5.112 € pro Grundschule	6.850,00 €
Gesundheitsamt	
Beschäftigung einer/eines Ärztin/Arztes, 0,5 Stellenanteile	47.920,00 €
Übernahme einer Azubi /Arzthelferin ab 07/2016 im Zweijahresvertrag im Gesundheitsamt	19.530,00 €
Jugendamt	
0,5 Stellenanteil UMF (unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) Erstattung	25.580,00 €
0,5 Stellenanteil (Vormundschaft EG 9)	27.930,00 €
0,5 Stellenanteil im Bereich - Heimaufsicht/Kindergartenaufsicht - Vollzeit	29.400,00 €

Rechtsamt	
1 Stelle Juristin	73.900,00 €
0,5 Stellenanteile mehr angemeldet - Vorzimmer	20.640,00 €
Amt für Bauen und Umwelt	
1 Stelle Naturschutz - Verstärkung	29.560,00 €
Veterinäramt (AVV)	
0,5 Stellenanteile Ärztin	34.460,00 €
10 Stundenstelle-Verwaltung - zusätzlich noch 10 Std.	12.900,00 €
Reinigung Einsparung durch Ausscheiden	-60.310,00 €
Summe Veränderung Personalausstattung	1.229.180,00 €
Summe Veränderungen insgesamt	2.213.760,00 €
Mehrbedarf durch Tarif- und Besoldungsrecht	984.580,00 €
Mehrbedarf durch Aufgaben- und Stellenerweiterung (brutto/netto):	1.229.180,00 €
davon Mehrbedarf durch Aufgabenstellung Asyl:	636.080,00 €

Wie aus der vorstehenden Tabelle ersichtlich, wird bei der Bedarfsermittlung eine Erhöhung der Besoldung der Beamten von 1% und eine Tarifierhöhung für die Beschäftigten von 2,5 % unterstellt. Die in den genannten Bereichen anzupassende Personalausstattung ist jeweils dringend erforderlich, damit die Aufgabenerfüllung auch zukünftig ordnungsgemäß erfolgen kann.

Der beim vorhergehenden Kapitel bereits erfolgte Hinweis auf die nicht belastbare Prognose der Entwicklung der Flüchtlingssituation ist auch für die Einschätzung des Personalbedarfs einzubeziehen. Bei einer stärkeren Abweichung der tatsächlichen Entwicklung von der im Zahlenwerk des Haushaltsplans angenommenen ist auch der Personalbedarf anzupassen.

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
		2016	2015	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5
1.	+ Geplantes Jahresergebnis des Gesamtergebnishaushalts	899.680	-7.677.500	-4.089.805,56
2.	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	6.226.500	6.878.730	6.661.401,52
3.	- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-4.511.630	-5.474.020	-5.326.555,54
4.	+/- Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	1.280.860	898.900	2.018.937,38
5.	+/- Erträge/Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens	0	0	-12.136,37
6.	+/- Sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge (einschließlich sonstige außerordentliche Erträge und Aufwendungen)	0	0	-7.077,58
7.	+/- Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus LuL sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	574.700	866.500	3.358.775,05
8.	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus LuL sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-598.000	-618.400	-4.163.432,97
9.	= Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 1 bis 8)	3.872.110	-5.125.790	-1.559.894,07
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	1.583.000	4.095.700	4.709.268,42
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	20.000	15.000	232.667,73
12.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögens	-5.894.300	-10.090.110	-6.504.594,69
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	113.000,00
14.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (davon: Auszahlungen aus der Gewährung von Krediten)	-75.920 0	-461.660 0	-285.674,89 0,00
15.	= Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit (Nr. 10 bis 14)	-4.367.220	-6.441.070	-1.735.333,43
16.	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	4.890.220	6.964.070	3.829.000,00
17.	- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	-4.560.200	-4.627.300	-4.532.977,26
18.	= Zahlungsmittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit (Nr. 16 und Nr. 17)	330.020	2.336.770	-703.977,26
19.	+ Einzahlungen aus fremden Mitteln	0	0	164.191.634,65
20.	+ Auszahlungen aus fremden Mitteln	0	0	-160.352.198,91
21.	= Zahlungsmittelfluss des Haushaltsjahres aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Pos. 19 J. 20)	0	0	3.839.435,74
22.	= Geplanter Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres (Summe aus Nr. 9, 15, 18 und 21)	-165.090	-9.230.090	-159.769,02
23.	+ Geplanter Zahlungsmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	-8.848.712	-11.136.433	541.147,08
24.	= Geplanter Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Nr. 22 und Nr. 23)	-9.013.802	-20.366.523	381.378,06

Finanzhaushalt

Der Gesamtfinanzhaushalt enthält alle im Haushaltsjahr zahlungswirksamen Vorgänge (Einzahlungen und Auszahlungen) und stellt somit den Zu- und Abfluss der liquiden Mittel dar. Der Finanzhaushalt nach der indirekten Methode wird in nachfolgende Teilsalden gegliedert:

- a) **Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Pos.9)** **-88.570 EUR**
Dieser bildet die Finanzierungsmittel ab, die aus laufender Tätigkeit ohne Einsatz von Fremdmitteln zur Verfügung stehen. Er soll der Maßstab für die Finanzierungskraft der Kommune sein. Ein ausgeglichenes Jahresergebnis des Ergebnishaushalts wird in der Regel dazu führen, dass der Finanzmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit nach Bereinigung nicht zahlungswirksamer Größen positiv ist.
- Bei einer gesunden Finanzwirtschaft sollte der positive Saldo mindestens so hoch sein, dass davon die Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten (Pos. 17) abgedeckt werden können, in diesem Fall könnte der Finanzmittelbedarf ausgeglichen dargestellt werden, die Kreiskasse wäre im kommenden Haushaltsjahr in der Lage, die Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, ohne dauerhaft Kassenkredite in Anspruch nehmen zu müssen.
- b) **Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit (Pos. 15)** **-4.367.220 EUR**
Er stellt alle vermögenswirksamen Ein- und Auszahlungen dar. Dieser Teilsaldo wird in der Regel negativ sein. Er stellt gleichzeitig die Obergrenze für die Aufnahme von Investitionskrediten dar.
- c) **Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit (Pos. 18)** **330.020 EUR**
Dieser Teilsaldo weist durch die Gegenüberstellung der Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und der Auszahlung aus der Tilgung von Krediten bei einem negativen Saldo den Schuldenabbau, bei einem positiven Saldo die jährliche Nettoneuverschuldung aus.
- d) **Geplanter Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf (Pos. 22)** **-4.125.770 EUR**
Er wird gebildet aus der Summe der Teilsalden a) - c) und gibt bei negativem Vorzeichen einen Hinweis auf die Höhe der (zusätzlich zum Bestand am Anfang des Jahres) benötigten Kassenkredite, ein positiver Betrag würde den Abbau bestehender Kassenkredite ermöglichen.

Saldiert mit dem voraussichtlichen Bestand der Zahlungsmittel zum Beginn des Jahres erhält man den voraussichtlichen Zahlungsmittelbestand. Der planerische Vortrag des Zahlungsmittelbestands zu Beginn des Jahres berücksichtigt den Endbestand gemäß dem Ergebnis 2014 sowie den geplanten Zahlungsmittelbedarf des Vorjahres. Er gibt an, um welchen Betrag sich der in der Bilanz 2014 ausgewiesene Bestand der Kassenkredite (88.200.000 EUR) voraussichtlich erhöhen wird.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite ist in die Haushaltssatzung aufzunehmen. Er ist im vorliegenden Satzungsentwurf mit 110 Mio. EUR höher bemessen als sich der Bedarf aus dem Finanzhaushalt 2016 ergibt, da sichergestellt werden muss, dass auch bei einem unterjährig kurzfristig höheren Bedarf die Kreiskasse jederzeit in der Lage ist, alle Zahlungsverpflichtungen pünktlich zu bedienen. Zudem muss der Betrag so bemessen sein, dass dies auch bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung des folgenden Jahres (2017) gewährleistet ist.

In den Teilfinanzhaushalten der einzelnen Budgets (Teilhaushalte) ist nur der Saldo b), Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit darzustellen. Die einzelnen Investitionsvorhaben werden jeweils im Anschluss an die Teilfinanzhaushalte erläutert.

Investitionstätigkeit und Schuldenentwicklung

Der Umfang der Investitionstätigkeit ist wegen des negativen Finanzmittelsaldos auf die aus Zuschüssen und Kreditaufnahmen zufließenden Gelder beschränkt. Er wird durch die mit Haushaltsgenehmigungen der Vorjahre erhobene Forderung der Aufsichtsbehörde, keine Neuverschuldung vorzunehmen, begrenzt.

An der Gesamtschule Schlitz sowie an der Vogelsbergschule Schotten sind umfangreiche Sanierungsmaßnahmen im Finanzplanungszeitraum geplant. Somit bildet im Investitionsprogramm der kommenden Jahre die Sanierung dieser beiden Schulen weiterhin den Investitionsschwerpunkt. Für das Jahr 2016 wurden für beide Schulen keine Ansätze etatisiert, da für die Maßnahme Gesamtschule Schotten noch Haushaltsreste aus Vorjahren in ausreichender Höhe zur Verfügung stehen. Die Maßnahme Gesamtschule Schlitzlerland, die sich ursprünglich nach Abschluss der Schottener Maßnahme anschließen sollte, kann nunmehr in einem ersten Bauabschnitt aus Mitteln des Kommunalinvestitionsförderprogramms (KIP) finanziert und damit bereits früher als bisher geplant realisiert werden. Mit einem Beginn ist hier ebenfalls bereits in 2016 zu rechnen. Weitere Informationen sind in der Produktbeschreibung zum Teilfinanzhaushalt des Produktes 11160 (Teilhaushalt 40) zu finden. Eine Übersicht über die Planung bis zum Jahr 2019 ergibt sich aus der Investitionsübersicht 2016 (im Anschluss an die Erläuterung aller Teilhaushalte).

Für den Erweiterungsbau der Max-Eyth-Schule in Alsfeld, der zur Zeit noch angemietet ist, soll die Kaufoption im Jahr 2016 in Anspruch genommen werden. Hierzu wurde bereits in 2015 eine Verpflichtungsermächtigung eingetragen.

Für Tiefbaumaßnahmen, ausnahmslos Investitionen in die Erneuerung oder Sanierung von Kreisstraßen, sind im vorliegenden Haushalt 2016 Auszahlungen von rd. 1,6 Mio. EUR vorgesehen, die einen Kreditbedarf von rd. 0,6 Mio. EUR auslösen. Zur Vorbereitung des Haushaltsplans 2016 wurden alle Kreisstraßenmaßnahmen durch Hessen Mobil Schotten in Abstimmung mit der Kreisverwaltung einer Neubetrachtung unterzogen. Die Prioritätensetzung der Maßnahmen des Investitionsprogramms wurde überprüft.

Für die grundlegende Sanierung des Kreiskrankenhauses Alsfeld waren bereits im Vorjahr Mittel eingestellt, diese sind aber nicht in Anspruch genommen worden. Die Maßnahme ist weiterhin notwendig, die Mittel werden im Haushalt 2016 und dem zugehörigen Investitionsprogramm bis 2019 neu veranschlagt und zwar mit folgenden Teilbeträgen:

2016:	1.000.000 €
2017:	3.000.000 €
2018:	4.000.000 €
<u>2019:</u>	<u>4.000.000 €</u>
Summe:	12.000.000 €

Die vom Land zugesagten Zuschüsse für die Sanierung sollen nach letzten Informationen aus dem dort aufgelegten Zusatzprogramm Krankenhäuser im Rahmen des KIP kommen. Konkrete Zusagen lagen bei Abfassung dieses Vorberichts noch nicht vor. Die Abwicklung weiterer Maßnahmen (Dachsanierung, Ersatzbeschaffung Altgeräte Medizintechnik) ist über das dem Kreis zugewiesene Bundeskontingent des KIP geplant.

Weitere vom Kreis geplante Investitionsmaßnahmen können aus den einzelnen Teilhaushalten unter dem Punkt Teilfinanzhaushalt – Investitionstätigkeit – sowie aus der Investitionsübersicht entnommen werden.

Die im HH-Planentwurf enthaltenen Investitionsmaßnahmen werden mit Ausnahme des Investitionszuschusses an das Kreiskrankenhaus Alsfeld ohne die Aufnahme neuer Schulden durchgeführt. Diese Ausnahmeregelung wurde in der Haushaltsbegleitverfügung des RP Gießen zum Haushalt 2015 ausdrücklich anerkannt. Ohne Berücksichtigung dieses jährlichen Investitionszuschusses sowie ohne den ab 2015 erstmals auch planungstechnisch abgebildeten Tilgungsanteil Land für das Konjunkturprogramm (SIP) in Höhe von 523 T€, dem in gleicher Höhe Einzahlungen aus Forderungen aus Investitionszuweisung

gegenüberstehen erreicht der Vogelsbergkreis über den Zeitraum von 2015 bis 2019 einen voraussichtlichen Schuldenabbau von rund 0,7 Mio. €.

Die Entwicklung der Verbindlichkeiten des Sonderinvestitionsprogramms ist aus der Schuldenübersicht nicht ablesbar, sie werden daher hier separat ausgewiesen:

Programm	bewilligt	davon Verbindlichkeiten Programm Land: 100 % Programm Bund: 25 %	Stand der Verbindlichkeiten 31.12.2014	voraussichtlicher Stand der Verbindlichkeiten 31.12.2015	voraussichtlicher Stand der Verbindlichkeiten 31.12.2016
Land	17.242.000	17.242.000	14.629.187	14.054.453	13.479.720
Bund	10.530.000	2.632.500	2.692.792	2.590.042	2.487.292
Summe	27.772.000	19.874.500	17.321.978	16.644.495	15.967.012

Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung

Wie aus der folgenden Übersicht ersichtlich ist, ist auch der Vogelsbergkreis durch den demografischen Wandel besonders betroffen.

Jahr (Stichtag 31.12.)	2002 *)	2005 *)	2008 *)	2011 *)	2012*)	2013 *)	2014*)
Einwohner	117.949	115.781	112.264	108.538	106.947	106.383	105.763
Einwohner je km ²	81	79	77	74	73	73	72

*) Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden.

Als drittgrößter Flächenkreis (1.458,99 km²) in Hessen weist der Vogelsbergkreis die geringste Bevölkerungsdichte auf. Die demografische Entwicklung im Vogelsbergkreis bis 2030 kann zu vier Punkten zusammengefasst werden:

- einem deutlichen Rückgang der Gesamtbevölkerung um 18 %
- einer spürbaren Alterung der Bevölkerung (-36 % bei den unter 18-Jährigen, + 32 % bei den 65- bis unter 80-Jährigen)
- einer merklichen Konzentration auf die größeren Gemeinden (weil diese langsamer schrumpfen als die kleinen) sowie
- einem räumlichen Muster etwas geringerer Rückgänge der Bevölkerung entlang einer Achse von Schlitz über Lauterbach nach Schotten

Die Gestaltung des demografischen Wandels hat im Vogelsbergkreis eine wichtige Rolle eingenommen. So konnte sich der Vogelsbergkreis auch erfolgreich unter 156 Bewerbern als einer der 21 Modellregionen für das Bundesprogramm „MORO – Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge“ durchsetzen. Die Schwerpunkte des Bundesprogramms „MORO – Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge“ lagen vor allem auf folgenden thematischen Schwerpunkten: der technischen Infrastruktur (v. a. Abwasserentsorgung) und Siedlungsentwicklung, dem Bereich Senioren, Pflege, ärztliche Versorgung und dem Bereich Jugend, Bildung, Fachkräfte. In den einzelnen Themenfeldern wurden Handlungsempfehlungen formuliert, die sich sowohl an die Akteure der Region (Kreis, Kommunen und Unternehmen) als auch an die übergeordnete Gesetzgebung (Land, Bund, EU) richten. Die Ergebnisbroschüre zum Modellvorhaben „Regionale Daseinsvorsorge“ ist im Juli 2014 erschienen.

Parallel zur strategisch-konzeptionellen Arbeit im Modellvorhaben konnte die Initialisierung und Umsetzung von drei Projekten erfolgen. Dazu zählen ein Ansatz der mobilen Jugendarbeit (KAFF-Mobil), das Unternehmernetzwerk „Fachkräftesicherung im Vogelsberg“ sowie das Modellvorhaben „E-Mobilität im Vogelsberg – neue Wege der Mobilität“. Das Angebot der mobilen Jugendarbeit ist seit September 2014 beim Jugendamt verfügbar. Das Projekt Unternehmernetzwerk „Fachkräftesicherung im Vogelsberg“ wurden im Spätsommer 2014 abgeschlossen und wird unter Federführung der IHK Gießen-Friedberg fortgeführt. Die Zwischenergebnisse zum Modellvorhaben „E-Mobilität im Vogelsberg“ wurden im September 2015 im Rahmen einer Fachtagung vorgestellt und diskutiert. Weitere erarbeitete Projektansätze konnten zudem in das Regionale Entwicklungskonzept 2014-2020 einfließen.

Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2015 – 2019

Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung wurde an Hand der vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport erlassenen Orientierungsdaten für die Finanzplanung (Erlass vom 21.09.2015) erstellt.

Mit diesen Daten, die auf den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 2015 basieren, erhalten die Kommunen Hinweise auf die nach gegenwärtigem Sach- und Rechtsstand voraussehbare Entwicklung wichtiger Ertrags- und Aufwandspositionen in ihren Haushalten.

Die wichtigsten Positionen des kommunalen Finanzausgleichs wurden mit den folgenden Prozentsätzen berechnet (jeweils auf der Basis des Vorjahresansatzes des Haushaltsplanentwurfs):

	2017	2018	2019
Schlüsselzuweisungen	+3,0 %	+3,0 %	+3,0 %
Kreisumlagegrundlagen	+3,0 %	+3,0 %	+3,0 %

Ein Teilbetrag der Schlüsselzuweisungen wird ab dem Jahr 2017 zur Finanzierung von Investitionen unmittelbar im Finanzhaushalt als Einzahlung veranschlagt und führte daher im Jahr 2017 zu einer Verschlechterung des Jahresergebnisses zum Vorjahr. Vorgesehen ist zur Einhaltung der Schutzschirmkriterien daneben die Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes ab 2017 um jährlich 0,5%-Punkte.

Bei Kostenersatzleistungen und –erstattungen wird mit Steigerungen von 2,0 %, bei Erträgen aus Transferleistungen analog zu den Aufwendungen mit 3,0 % gerechnet.

Im Finanzplanungserlass 2015 wurde zum Ausdruck gebracht, dass zur Einhaltung der beschlossenen Verschuldungsgrenzen und der Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaketes der finanzpolitische Kurs strikter Haushaltskonsolidierung auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmeseite bei Bund, Ländern und Kommunen verstärkt fortgesetzt werden muss. Nur so kann der strukturelle Haushaltsausgleich erreicht werden.

Unter Berücksichtigung dieser Einschätzungen und der Vorgaben durch den Kommunalen Schutzschirm wurden die Aufwendungen des Ergebnishaushalts, soweit nicht durch bestehende Verträge verbindliche Verpflichtungen bekannt sind, fortgeschrieben. Bei folgenden Positionen wurden entsprechend der Schutzschirmvereinbarung Steigerungsraten angesetzt:

Personal- und Versorgungsaufwendungen:	2,5 %
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (außer Mieten)	1,0 %
Abschreibungen	1,0 %
Transferaufwendungen (außer Leistungen Jugendhilfe):	3,0 %
Transferaufwendungen - Leistungen Jugendhilfe:	2,5 %

Die LWV-Umlage wurde analog zu den eigenen Transferleistungen mit einer dreiprozentigen Steigerung ab 2016 berücksichtigt.

Die fortgeschriebene mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung zeigt damit einen positiven Trend. Im letzten Jahr reduziert sich der geplante Jahresfehlbedarf auf 1,3 Mio. EUR. Der mit der Schutzschirmvereinbarung vereinbarte Abbaupfad des Haushaltsdefizits kann nach dieser Prognose eingehalten werden.

Das Ministerium machte im 2. Abschnitt des Erlasses aus dem Jahr 2015 weitere Vorgaben zur Haushalts- und Wirtschaftsführung, die - soweit sie für die Haushaltsplanung des Vogelsbergkreises bedeutsam sein könnten - nachfolgend wiedergegeben werden:

1. Qualifiziertes Haushaltssicherungskonzept

Die defizitären Kommunen sind verpflichtet, dem Haushaltsplan 2016 ein qualifiziertes Haushaltssicherungskonzept als Anlage beizufügen, das den in § 24 Abs. 4 SaU.2 und 3 GemHVO definierten Mindestinhalten entspricht (vgl. Nr. 1 des Erlasses vom 3. März 2014). Dies erfordert die konsequente Verbesserung der Haushaltssicherungskonzepte, die wesentliche Grundlage für die Haushaltsgenehmigungsverfahren sind. Bei den „Schutzschirmkommunen“ gelten die mit dem Land getroffenen Vereinbarungen. Zwingender Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes ist die Darlegung eines klaren und für die Aufsichtsbehörde nachvollziehbaren Planes (Abbaupfad), der den Haushaltsausgleich spätestens im Haushaltsjahr 2017 vorsieht. Auf der Grundlage des Durchschnitts der Defizite im ordentlichen Ergebnis des Jahresabschlüsse 2013 und 2014 und der genehmigten Haushaltszahlen 2015 haben die defizitären Kommunen ihr Defizit bis zum Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses in einem Abbaupfad mit jährlichen Abbaubeträgen zu reduzieren. Abbaubeträge sind mit konkreten in Euro pro Einwohner gerechneten Konsolidierungsmaßnahmen nachvollziehbar darzustellen. Die Konsolidierungsmaßnahmen erfordern eine fundierte und belastbare Datengrundlage. Eine Unterschreitung des Mindestabbaubetrages von 40 Euro pro Einwohner kann von den Aufsichtsbehörden ausnahmsweise dann akzeptiert werden, wenn der Ausgleich spätestens im Jahr 2017 gesichert erscheint.

2. Termingerechte Aufstellung der Jahresabschlüsse

Es wird an die Verpflichtung aller Kommunen erinnert, die Vorgaben des Erlasses vom 28. Januar 2015 (IV 2 - 15 i 01) zur Einhaltung fristgerechter Jahresabschlüsse zu beachten. Nach Nr. 1 dieses Erlasses war Voraussetzung für die Haushaltsgenehmigung 2015, dass die Kommune zumindest die Jahresabschlüsse bis 2012 aufgestellt hat oder in begründeten Ausnahmefällen zusichert, diese bis zum 31. Dezember 2015 aufzustellen. Die Kommunalaufsichtsbehörden werden auf die Einhaltung der Zusicherung achten. Die Haushaltsgenehmigung 2016 kann nur erteilt werden, wenn die Abschlüsse der Jahre bis einschließlich 2014 aufgestellt sind oder die Kommune in begründeten Ausnahmefällen zusichert, diese bis zum 31. Dezember 2016 aufzustellen.

3. Termingerechte Aufstellung der Gesamtabschlüsse

Gemäß § 112 Abs. 5 HGO hat die Gemeinde den Gesamtabschluss erstmals auf den 31. Dezember 2015 aufzustellen. Voraussetzung dafür ist, dass die Gemeinde ihren Jahresabschluss 2015 termingerecht aufgestellt hat. Die Gemeinden sind dabei, die Rückstände bei der Aufstellung ihrer Jahresabschlüsse zu reduzieren. In diesen Fällen werden die Kommunalaufsichtsbehörden die besondere Situation der Gemeinden in der Aufsichtspraxis berücksichtigen.

4. Kommunaler Finanzausgleich 2016

Mit der Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs durch Gesetz vom 23. Juli 2015 entfallen die bisherige Allgemeine Investitionspauschale und die Schulbaupauschale. Ab 2016 wird die Schlüsselmasse entsprechend erhöht. Den Gemeinden (Gv) soll ungeachtet ihrer schwierigen Haushaltssituation weiterhin die Finanzierung eines Mindestmaßes von Investitionen ermöglicht werden (vgl. LT-Drs. 19/1853, S. 72). Die Kommunalaufsichtsbehörden werden es nicht beanstanden, wenn die Gemeinden (Gv) einen Teilbetrag ihrer Schlüsselzuweisung unmittelbar im Finanzhaushalt als Einzahlung veranschlagen und verbuchen. Dieser Teilbetrag darf einen Betrag nicht überschreiten, der sich aus dem Verhältnis der bisherigen Investitionspauschale mit Ausnahme des Darlehensanteils der Schulbaupauschale zu den Schlüsselzuweisungen ergibt. Maßgeblich ist der entsprechende Durchschnittswert der Jahre 2013 bis 2015.

Bewirtschaftungsregeln - Haushaltsvermerke

Es gelten folgende Bewirtschaftungsregeln:

1. Alle Personal- und Versorgungsaufwendungen sind gegenseitig deckungsfähig (§ 20 Abs. 2 GemHVO), die zahlungswirksamen zugunsten der zahlungsunwirksamen Aufwendungen einseitig deckungsfähig. Zahlungswirksame Mehrerträge, die ausdrücklich für Personalaufwand geleistet werden, sind zweckgebunden (§ 19 Abs.1 GemHVO) und von den unter Ziffer 7 eingeräumten Möglichkeiten ausgenommen. Alle veranschlagten Auszahlungen für die Versorgungsrücklage sind gegenseitig deckungsfähig. Die den Teilhaushalten zugewiesenen Planstellen lt. Stellenplan können bei organisatorischen Änderungen im erforderlichen Umfang neu zugeordnet werden.
2. Die Aufwendungen für Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind innerhalb des Gesamtergebnishaushalts gegenseitig deckungsfähig.
3. Jeder Teilhaushalt bildet ein Budget (§ 4 Abs. 1 GemHVO).
4. Innerhalb eines Budgets sind, soweit für einzelne Produkte nicht besondere Regelungen getroffen werden,
 - a) die Ansätze der veranschlagten zahlungswirksamen Aufwendungen mit Ausnahme der Personal- und Versorgungsaufwendungen gegenseitig deckungsfähig (§ 20 Abs. 1 GemHVO),
 - b) die Ansätze der veranschlagten Auszahlungen für Investitionen und Verpflichtungsermächtigungen gegenseitig deckungsfähig (§ 20 Abs. 3 GemHVO),
 - c) zahlungswirksame Aufwendungen zugunsten von zahlungsunwirksamen Aufwendungen einseitig deckungsfähig,
 - d) zahlungswirksame Aufwendungen zugunsten von Investitionsauszahlungen einseitig deckungsfähig (§ 20 Abs. 5 GemHVO),
 - e) die Aufwendungen nicht deckungsfähig mit den Kosten aus interner Leistungsverrechnung,
 - f) Aufwendungen für freiwillige Leistungen über den vom Kreistag beschlossenen Umfang hinaus nicht zulässig.
5. Die Ansätze für Aufwendungen der einzelnen Budgets können durch Beschluss des Kreisausschusses im Rahmen der Aufstellung der Jahresrechnung übertragen werden.
6. Bewilligte über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die bis zum Ende des Haushaltsjahres in Anspruch genommen, jedoch nicht geleistet worden sind, können durch Beschluss des Kreisausschusses im Rahmen der Aufstellung der Jahresrechnung übertragen werden.
7. Zahlungswirksame Mehrerträge erhöhen die Ansätze für zahlungswirksame Aufwendungen (§ 19 Abs. 2 GemHVO) bei den nachfolgend aufgeführten Budgets bzw. Produkten. Entsprechendes gilt für Ein- und Auszahlungen.
 - 10 Teilhaushalt Organisation, Personal und Rechtsangelegenheiten: für die Produkte
 - 11100 - Selbstverwaltungsorgane
 - 11110 - Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs (auf Ebene der Buchungsprodukte)
 - 11112 – Personalvertretung
 - 16 Wirtschaftsförderung und Revision: für das Produkt
 - 57100 - Wirtschaftsförderung, Tourismus, Breitband (mit Ausnahme der Pos. 21)

- 20 Teilhaushalt Finanzen: für die Produkte
 - 61100 - Steuerangelegenheiten, Finanzausgleich (mit der Beschränkung gem. § 19 Abs 2 GemHVO)
 - 11150 - Zahlungs- und Forderungsmanagement
- 30 Rechtsangelegenheiten
- 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten: für die Produkte
 - 12100 - Kommunalwahlen und sonstige Wahlen
 - 12200 - allgemeine Ordnungsangelegenheiten (mit Ausnahme der Pos. 3)
 - 12600 - Angelegenheiten des überörtlichen Brandschutzes
 - 12700 - Organisation des Rettungsdienstes
- 40 Schulen und Liegenschaften: für die Produkte
 - 11160 - Gebäudemanagement
 - 24100 - Schülerbeförderung
 - 24300 - Projekte und Initiativen des Schulträgers, Organisation der Schulverwaltung
- 43 Volkshochschule: für die Produkte
 - 27100 - Volkshochschularbeit
 - 27110 - Projekt Hessencampus
- 50 Soziale Sicherung: für die Produkte
 - 31100 - Grundversorgung und Hilfen n.d. SGB XII (auf Ebene der Buchungsprodukte)
 - 31200 - Grundsicherung n.d. SGB II (auf Ebene der Buchungsprodukte)
 - 31300 - Hilfen für Asylbewerber
 - 32100 - Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz
 - 34300 - Betreuungsleistungen
 - 35100 - sonst. soziale Hilfen und Leistungen (auf Ebene der Buchungsprodukte)
- 51 Jugend: für die Produkte
 - 34100 - Unterhaltsvorschuss
 - 36100 - Tagesbetreuung von Kindern
 - 36200 - Kinder- und Jugendarbeit (auf Ebene der Buchungsprodukte)
 - 36300 - gesetzliche Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
- 53 Gesundheitsdienste
- 63 Bauen und Umwelt: für die Produkte
 - 52100 - Bauordnung und Bauaufsicht
 - 54200 - Kreisstraßen
- 80 Veterinärwesen, Verbraucherschutz: für die Produkte
 - 12280 - Ordnungsaufgaben der Veterinäraufsicht (mit Ausnahme der Pos. 3)
 - 41480 - Fleischbeschau
- 90 Land- und Forstwirtschaft (mit Ausnahme der Pos. 3)

Pos.	Inhalt	Summe	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	
			01	02	03	04	05	
			Innere Verwaltung	Sicherheit und Ordnung	Schulträgeraufgaben	Kultur und Wissenschaft	Soziale Leistungen	
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
			2	3	4	5	6	
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	680.500	0	25.000	0	494.750	0
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.792.100	320.000	2.381.100	70.000	0	3.500
3.	548-5	Kostensatzleistungen und -erstattungen	4.864.470	277.470	1.892.800	510.000	0	0
5.	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	67.063.990	0	0	22.087.000	0	0
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	49.089.450	0	0	0	0	46.125.650
7.	540-5	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	40.150.220	57.250	83.000	604.500	88.380	5.991.300
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	4.511.630	299.090	14.260	102.230	0	9.290
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	550.470	370.330	15.500	142.600	5.040	13.000
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	170.702.830	1.324.140	4.411.660	23.516.330	588.170	52.142.740
11.	62,	Personalaufwendungen	-32.976.600	-5.149.060	-3.908.610	-6.060.710	-585.870	-8.178.990
12.	644-6	Versorgungsaufwendungen	-3.152.460	-2.331.190	-27.390	-39.010	-22.030	-532.420
13.	60,61,	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-21.923.760	-3.999.540	-682.000	-13.980.690	-391.900	-376.600
14.	66	Abschreibungen	-6.226.500	-3.403.550	-131.900	-575.760	-7.790	-4.380
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-4.211.870	0	-84.300	-879.000	-27.350	0
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-19.384.650	0	-60.000	0	0	0
17.	72	Transferaufwendungen	-81.321.950	0	0	0	0	-61.483.110
18.	70,74,	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-380	-250	0	-130	0	0
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-169.198.170	-14.883.590	-4.894.200	-21.535.300	-1.034.940	-70.575.500
20.	=	Verwaltungsergebnis	1.504.660	-13.559.450	-482.540	1.981.030	-446.770	-18.432.760
21.	56,57	Finanzerträge	1.141.770	170.000	0	0	0	0
22.	77	Finanzaufwendungen	-3.669.750	0	0	0	0	0
23.	=	Finanzergebnis	-2.527.980	170.000	0	0	0	0
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-1.023.320	-13.389.450	-482.540	1.981.030	-446.770	-18.432.760
25.	59	Außerordentliche Erträge	1.923.000	0	0	0	0	1.923.000
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	1.923.000	0	0	0	0	1.923.000
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	899.680	-13.389.450	-482.540	1.981.030	-446.770	-16.509.760
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	15.711.860	2.856.780	0	11.005.410	0	0
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-15.711.860	-297.210	0	-13.067.360	-32.000	-270.000
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0	2.559.570	0	-2.061.950	-32.000	-270.000
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	899.680	-10.829.880	-482.540	-80.920	-478.770	-16.779.760

Pos.	Inhalt	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich
		06	07	08	09	10	12
		Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Gesundheitsdienste	Sportförderung	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	Bauen und Wohnen	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6
1.	50 Privatrechtliche Leistungsentgelte	160.750	0	0	0	0	0
2.	51 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	358.000	0	0	611.500	0
3.	548-5 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	262.000	0	0	10.000	20.000	0
6.	547 Erträge aus Transferleistungen	2.963.800	0	0	0	0	0
7.	540-5 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	149.000	7.500	0	0	0	957.200
8.	546 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	2.450	0	0	0	0	813.960
9.	53 Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	4.000
10.	= Summe der ordentlichen Erträge	3.538.000	365.500	0	10.000	631.500	1.775.160
11.	62, Personalaufwendungen	-3.544.580	-1.561.300	-23.150	-15.950	-751.900	-47.710
12.	644-6 Versorgungsaufwendungen	-116.620	20.360	0	-5.430	24.480	-22.140
13.	60,61, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-176.410	-106.500	0	-10.000	-20.000	-2.031.000
14.	66 Abschreibungen	-2.460	-1.610	-20.360	0	0	-1.132.190
15.	71 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-339.000	-2.000.000	-89.000	0	0	0
17.	72 Transferaufwendungen	-19.788.840	-50.000	0	0	0	0
19.	= Summe der ordentlichen Aufwendungen	-23.967.910	-3.699.050	-132.510	-31.380	-747.420	-3.233.040
20.	= Verwaltungsergebnis	-20.429.910	-3.333.550	-132.510	-21.380	-115.920	-1.457.880
22.	77 Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
23.	= Finanzergebnis	0	0	0	0	0	0
24.	= Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-20.429.910	-3.333.550	-132.510	-21.380	-115.920	-1.457.880
25.	59 Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
26.	79 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
27.	= Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
28.	= Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-20.429.910	-3.333.550	-132.510	-21.380	-115.920	-1.457.880
29.	95 Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0	178.500	0	0	0	0
31.	= Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0	178.500	0	0	0	0
32.	= Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-20.429.910	-3.155.050	-132.510	-21.380	-115.920	-1.457.880

Pos.	Inhalt	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich			
		13	15	16			
		Natur- und Landschaftspflege	Wirtschaft und Tourismus	Allgemeine Finanzwirtschaft			
		EUR	EUR	EUR			
		1	2	3			
2.	51 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	47.000	1.000	0			
3.	548-5 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	1.889.200	3.000	0			
5.	55 Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	44.976.990			
7.	540-5 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	0	32.212.090			
8.	546 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	0	0	3.270.350			
9.	53 Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0			
10.	= Summe der ordentlichen Erträge	1.936.200	4.000	80.459.430			
11.	62, Personalaufwendungen	-2.873.010	-275.760	0			
12.	644-6 Versorgungsaufwendungen	-57.230	-43.840	0			
13.	60,61, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-78.220	-70.900	0			
14.	66 Abschreibungen	0	0	-946.500			
15.	71 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-270.220	-523.000	0			
16.	73 Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-57.000	-500	-19.267.150			
18.	70,74, Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0			
19.	= Summe der ordentlichen Aufwendungen	-3.335.680	-914.000	-20.213.650			
20.	= Verwaltungsergebnis	-1.399.480	-910.000	60.245.780			
21.	56,57 Finanzerträge	0	0	971.770			
22.	77 Finanzaufwendungen	0	0	-3.669.750			
23.	= Finanzergebnis	0	0	-2.697.980			
24.	= Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-1.399.480	-910.000	57.547.800			
25.	59 Außerordentliche Erträge	0	0	0			
26.	79 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0			
27.	= Außerordentliches Ergebnis	0	0	0			
28.	= Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-1.399.480	-910.000	57.547.800			
29.	95 Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	1.671.170			
30.	96 Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-2.045.290			
31.	= Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-374.120			
32.	= Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.399.480	-910.000	57.173.680			

*** Ende der Liste "Produktübersicht - Teilergebnishaushalt" ***

Pos.	Inhalt	Summe	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	
			01	02	03	04	05	
			Innere Verwaltung	Sicherheit und Ordnung	Schulträgeraufgaben	Kultur und Wissenschaft	Soziale Leistungen	
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
			2	3	4	5	6	
1.	820	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	1.583.000	0	0	45.000	0	0
2.	822	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	20.000	20.000	0	0	0	0
3.	823	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
		= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	1.603.000	20.000	0	45.000	0	0
1.	840	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-1.276.500	0	-210.000	-16.500	0	0
2.	841	Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	-1.500.000	-1.300.000	-200.000	0	0	0
3.	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.617.500	0	0	-50.000	0	0
4.	843	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-1.500.300	-860.800	-64.500	-560.000	-15.000	0
5.	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-75.920	-48.380	-1.690	-1.540	-490	-13.880
		= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-5.970.220	-2.209.180	-476.190	-628.040	-15.490	-13.880
		= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-4.367.220	-2.189.180	-476.190	-583.040	-15.490	-13.880

Pos.	Inhalt	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich
		06	07	08	09	10	12
		Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Gesundheitsdienste	Sportförderung	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	Bauen und Wohnen	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0	0	1.015.000
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	0	0	1.015.000
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0	-1.000.000	-50.000	0	0	0
3.	842 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	-1.567.500
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.810	0	0	-120	-1.070	-460
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-3.810	-1.000.000	-50.000	-120	-1.070	-1.567.960
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-3.810	-1.000.000	-50.000	-120	-1.070	-552.960

Pos.	Inhalt	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich			
		13	15	16			
		Natur- und Landschaftspflege	Wirtschaft und Tourismus	Allgemeine Finanzwirtschaft			
		EUR	EUR	EUR			
		1	2	3			
1.	820	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	523.000		
3.	823	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0		
	=	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	523.000		
1.	840	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0	0	0		
3.	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0		
4.	843	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0		
5.	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.920	-2.560	0		
	=	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.920	-2.560	0		
	=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-1.920	-2.560	523.000		

*** Ende der Liste "Produktübersicht - Teilfinanzhaushalt" ***

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation und Personal

Budgetverantwortung

Ulrich Schäfer (kommissarischer Leiter)

Produkte

 11100 Selbstverwaltungsorgane
 11110 Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs
 11111 Personalservice
 11112 Personalvertretung
 28100 Kulturpflege

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	29,75
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	171.270	129.410	249.556,10
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	57.250	0	3.000,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	1.880	2.340	2.443,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	80.370	64.440	78.280,01
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	310.770	196.190	333.308,86
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-3.175.920	-2.956.550	-2.548.947,94
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-2.063.130	-2.020.280	-2.137.524,78
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.009.190	-2.648.390	-2.551.135,77
14.	66	Abschreibungen	-513.690	-446.040	-346.642,94
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-27.350	-27.350	-23.851,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-8.789.280	-8.098.610	-7.608.102,43
20.	=	Verwaltungsergebnis	-8.478.510	-7.902.420	-7.274.793,57
23.	=	Finanzergebnis	0	0	0,00
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-8.478.510	-7.902.420	-7.274.793,57
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	3.305,95
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-648.987,13
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-645.681,18
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-8.478.510	-7.902.420	-7.920.474,75
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	335.430	345.165	399.739,26
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-514,66
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	335.430	345.165	399.224,60
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-8.143.080	-7.557.255	-7.521.250,15

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation und Personal
 Produkt 11100 Selbstverwaltungsorgane

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	50.000	0	0,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	2.500	4.000	4.348,17
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	52.500	4.000	4.348,17
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-720.470	-643.130	-641.825,05
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-46.150	-162.140	-109.892,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-359.430	-379.210	-312.762,39
14.	66	Abschreibungen	-29.380	-17.930	-17.819,56
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.155.430	-1.202.410	-1.082.299,00
20.	=	Verwaltungsergebnis	-1.102.930	-1.198.410	-1.077.950,83
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-1.102.930	-1.198.410	-1.077.950,83
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	869,69
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	869,69
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-1.102.930	-1.198.410	-1.077.081,14
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.102.930	-1.198.410	-1.077.081,14

11100 Selbstverwaltungsorgane

Verantwortlich:	Heike Bohl
Beschreibung:	Organisation und Abwicklung der Arbeit der Kreisorgane Sitzungsdienst Bürgerinformation Vertretung des Vogelsbergkreises in Verbänden und Organisationen Zusammenarbeit mit dem Hess. Landkreistag interne und externe Darstellung des Vogelsbergkreises in den Medien Zusammenarbeit mit den Presseorganen
Grundlage:	Kommunale Verfassungsgrundlagen, Hess. Landkreisordnung, Hauptsatzung des Vogelsbergkreises, weitere Satzungen des Landkreises und interne Regelungen
Ziele:	ordnungsgemäße Abwicklung der Gremienarbeit Optimierung der Sitzungsabwicklung unter Einsatz des Informationssystems „More-Rubin“, zeitnahe Versorgung der Mitglieder der Kreisgremien mit Sitzungsunterlagen und Informationen, Information der Öffentlichkeit und Verwaltung unter Einsatz der verschiedenen Medien
Kennzahlen:	Anzahl der abgewickelten Sitzungen Mengenumsatz an verarbeiteten Sitzungsunterlagen zeitliche Belastungen der Sitzungstätigkeit

Anzahl Sitzungen	2012	2013	2014
Kreisausschuss	11	12	12
Kreistag	8	5	6
Ausschüsse	26	19	17
Ältestenrat	8	7	8
insgesamt:	53	43	43

Anzahl Tagesordnungspunkte	2012	2013	2014
Kreisausschuss	146	160	196
Kreistag	84	62	64
Ausschüsse	71	42	50
Ältestenrat	26	18	20
insgesamt:	327	282	330

Zeitl. Belastungen der Sitzungstätigkeit (in Std.)	2012	2013	2014
Kreisausschuss	11:54	12:28	11:33
Kreistag	23:55	14:08	16:42
Ausschüsse	29:12	24:16	18:55
Ältestenrat	05:28	04:23	04:03

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt**3 Kostenersatzleistungen und –erstattungen**

Für das Projekt WIR-Koordination erstattet das Land dem Kreis einen Zuschuss in Höhe von 50.000 €. Dieser wird sowohl in 2016 wie auch 2017 gezahlt.

9 Sonstige ordentliche Erträge

Die Erträge in diesem Kontenbereich setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

- 2.000 € Erlöse von Verkäufen, Ersatz von Telefon-, Porto- und Fahrtkosten
- 500 € Verkaufserlöse durch Bewirtung bei Kreistagssitzungen

Bisher wurden unter dieser Position auch die Nebenerlöse aus der Ablieferung von Nebentätigkeiten verbucht. Ab dem Haushaltsjahr 2016 werden diese über die sonstigen periodenfremden Erträge im außerordentlichen Ergebnis abgebildet. Bei den Nebentätigkeiten handelt es sich um die Tätigkeiten des Landrates in Aufsichtsräten etc, die jeweils im laufenden Kalenderjahr für das zurückliegende Jahr betrachtet werden und daher periodenfremd anfallen.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

7.200 €	Büromaterial und Drucksachen der Verwaltung
27.000 €	Aufwendungen für die Dienstwagen der politisch Verantwortlichen
225.000 €	Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich Tätige
7.800 €	Bücher, Zeitschriften und Ergänzungslieferungen
5.000 €	Porto und Postkosten
4.100 €	Telefonkosten
9.200 €	Reisekosten
12.000 €	sonstige Betriebskosten
35.000 €	Geschäftsführungskosten der Fraktionen
6.000 €	Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit, z. B. Verfügungsmittel, Ehrengeschenke, Ehrenpreis für Sozialarbeit oder Umweltpreis im jährlichen Wechsel
3.000 €	Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit Gleichstellungs- und Migrationsbeauftragte
6.000 €	Aufwendungen für Partnerschaften des Kreises und für Partnerschaftsveranstaltungen
1.000 €	Aufwendungen für PR- und Werbemaßnahmen/Kommunikation
10.000 €	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung
910 €	Unfallversicherung für die Mitglieder des Kreistages und des Kreisausschusses zur Absicherung aller Aktivitäten in Wahrnehmung des Mandates
220 €	Gebühren

Ansätze für Porto- und Versandkosten, Telefonkosten, Reisekosten, Büromaterial, Drucksachen und Dienstfahrzeuge konnten auf Grund des Rechnungsergebnisses 2014 und der Hochrechnung aus dem 2. Quartalsbericht 2015 neu festgelegt und ermittelt werden.

In der Summe wird der Haushaltsansatz für das Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um rund 20.000 € reduziert.

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation und Personal
 Produkt 11110 Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	29,75
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	91.850	87.770	112.673,50
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	57.250	0	0,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	1.880	2.340	2.443,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	77.830	60.400	73.931,84
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	228.810	150.510	189.078,09
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.947.570	-1.872.350	-1.530.177,69
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-49.280	-32.060	-78.399,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.649.760	-2.269.180	-2.238.373,38
14.	66	Abschreibungen	-484.310	-428.110	-319.871,47
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-5.130.920	-4.601.700	-4.166.821,54
20.	=	Verwaltungsergebnis	-4.902.110	-4.451.190	-3.977.743,45
23.	=	Finanzergebnis	0	0	0,00
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-4.902.110	-4.451.190	-3.977.743,45
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	2.436,26
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-272,13
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	2.164,13
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-4.902.110	-4.451.190	-3.975.579,32
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	335.430	345.165	399.739,26
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-514,66
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	335.430	345.165	399.224,60
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-4.566.680	-4.106.025	-3.576.354,72

11110 Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs

Verantwortlich:	Herr Ulrich Schäfer
Beschreibung:	Verwaltungsgliederung – Geschäftsverteilung Geschäftsanweisungen und interne Regelungen Posteingang und –ausgang – Betrieb Info-Zentrale Hauptgebäude Organisation und Betreuung der Telekommunikation und Informationstechnik Datenschutz – Zentrale Beschaffung notwendiger Wirtschaftsgüter (Bürobedarf, -einrichtungen, -maschinen) Hausdruckerei Gebäudebelegung Kantinenbetrieb Fuhrpark/Fahrdienste Organisation von internen und externen Fortbildungen
Grundlage:	Allgemeine Geschäftsgrundlage (Erfordernis) als interner Dienstleister – Interne Verwaltungsanordnungen und Geschäftsanweisungen – Dienstvereinbarungen
Ziele:	Besorgung der lfd. Geschäfte der Verwaltung Zeitgerechte Versorgung der Fachämter mit sachlicher Verwaltungsausstattung – schnelle Verfügbarkeit bei minimaler Lagerhaltung ausreichende organisatorische Grundlagen für den Verwaltungsablauf Der CO ² -Ausstoß des Fuhrparks wird jährlich um 10 % reduziert
Kennzahlen:	zeitgerechte Verfügbarkeit des Bürobedarfs und der Einrichtungen zügige Postauslieferung ins Haus (zwischen 2,5 und 4 Std.) und extern Zahl der Beratungen und Unterstützungen durch Info-Zentrale CO ² -Ausstoß des Fuhrparks, Auslastung des Fuhrparks, Anteil regenerativer Kraftstoffe

Zeitgerechte Verfügbarkeit des Bürobedarfs, -einrichtungen

Verfügbarkeit	2012		2013		2014	
	Anzahl Artikel	Prozentual	Anzahl Artikel	Prozentual	Anzahl Artikel	Prozentual
bis 7	1.981	87,08%	1.458	66,45%	2.034	78,93%
8 bis 14	208	9,14%	505	23,02%	348	13,50%
15 - 30	63	2,77%	192	8,75%	151	5,86%
über 30	23	1,01%	39	1,78%	44	1,71%
	2.275		2.194		2.577	

Zahl der Postein- und ausgänge

Die Posteingänge des Vogelsbergkreises werden innerhalb von 2,5 und 4 Stunden nach Eingang im Haus gestempelt und in die Postfächer der Fachämter verteilt. Von dort werden sie mindestens einmal täglich zu den Außenstellen gebracht oder von Mitarbeitern der Fachämter zur weiteren Bearbeitung abgeholt.

	2012	2013	2014
Posteingänge	121.063	107.702	102.923
Postausgänge	218.780	199.564	215.219
insgesamt	339.843	307.266	318.142

Zahl der Beratungen und Unterstützungen durch die Info-Zentrale

	2012	2013	2014
Anträge	235	86	233
Beratungen (Auskunft extern)	2.059	2.878	8.058
Beratungen (Auskunft intern)	3.223	949	4.064
Telefonauskünfte	24.844	24.178	29.509
Besucher			6.993
insgesamt	30.361	28.091	41.864

Fuhrpark

CO ² -Ausstoß	2011	2012	Veränd.in %	2013	Veränd.in %	2014	Veränd.in %
gefahrenre km	523.443	533.696	1,96	529.946	-0,70	569.843	7,53
CO ² -Ausstoß in kg	82.056	81.140	-1,12	77.704	-4,23	78.432	0,94
CO ² -Ausstoß Durchschnitt	157	152	-3,18	147	-3,29	138	-6,12

Auslastung Fuhrpark	2011	2012	Veränd. in %	2013	Veränd. in %	2013 (ohne E-Mobile)	2014	Veränd. in %	2014 (ohne E-Mobile)
Anzahl Fahrzeuge	30	31	3,33	33	6,45	30	33	0,00	30
gefahrenre km	523.443	533.696	1,96	529.946	-0,70	519.351	569.843	7,53	559.248
Nutzungstage	5.507	5.655	2,69	5.963	5,45	5.663	6.116	2,57	5.792
km je Kfz/Durchschn.	17.448	17.216	-1,33	16.059	-6,72	17.312	17.268	7,53	18.642
Nutzung je Kfz/Durchschn.	184	182	-1,09	181	-0,55	189	185	2,21	193

Fortbildungen

Fortbildung	2012	2013	2014
mehrfährige Fortbildung	17	12	10
fachspez. Fortbildung	321 Kurse/562 Teilnehmer	282 Kurse/526 Teilnehmer	297 Kurse/533 Teilnehmer
allgem. Fortbildung	15 Kurse/127 Teilnehmer	12 Kurse/108 Teilnehmer	16 Kurse/145 Teilnehmer
insgesamt:	353	306	323

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt**3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen**

Die Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

- 52.700 € Erstattung von Personalkosten durch Krankenhäuser & ÖPNV
Das KKH Alsfeld erstattet die Umlagezahlungen an die Versorgungskasse
- 500 € Erstattung von Personalkosten durch private Unternehmen
- 2.350 € Erstattungen für den Pflegestützpunkt
- 7.000 € Kostenerstattung der Städte und Gemeinden für die Geodateninfrastruktur
- 23.000 € Kostenerstattung für den arbeitsmedizinischen Dienst

Im Rahmen des arbeitsmedizinischen Dienstes verpflichtet sich der Kreis, die gesetzlichen Aufgaben des betriebsärztlichen Dienstes nach den gesetzlichen Grundlagen durchzuführen. Dafür erhält der Kreis entsprechend der geleisteten Einsatzzeiten eine Erstattung der Personalkosten gem. der vorher getroffenen Vereinbarungen.

- 6.300 € Kostenerstattung durch den ZAV (jahresbezogene Pauschalzahlung für die Inanspruchnahme von Personal gem. der neuen Vereinbarung zwischen dem ZAV und dem Kreis)

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen

Hierunter fallen Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land für die Geodateninfrastruktur. Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit mit allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden wird eine gemeinsame, regionale Geodateninfrastruktur (GDI) aufgebaut. Der Personenkreis der Nutzer soll damit erhöht und ein offener und fachübergreifender Zugang zu allen verfügbaren Geodaten ermöglicht werden. Für die Umsetzung der Maßnahme wird im Jahr 2016 ein Ansatz von 71.250 € bei den Aufwendungen und ein Gesamtertrag in Höhe von 64.250 € (vom Land und den Gemeinden) veranschlagt (siehe Pos. 3 und 13)

8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten

Veranschlagt ist ein Ertrag aus der Auflösung von passivierten Sonderposten aus der Zuweisung von Mitteln für Arbeitsplatzausstattungen im Rahmen der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben durch die Deutsche Rentenversicherung. Zudem sind Zuschüsse vom GKV (Spitzenverband Bund der Pflegekassen) für die Einrichtung und Softwareausstattung des Pflegestützpunktes etatisiert. (die Anschaffung erfolgte ebenfalls über das Produkt 11110).

9 Sonstige ordentliche Erträge

Die Erträge setzen sich aus folgenden Positionen und Beträgen zusammen:

- 20.000 € für Erlöse aus der Abrechnung „externer Druckaufträge“, sowie Porto-, Telefon- und Fahrtkosten. Mit dem ZAV wurde eine neue Portokostenerstattung im Jahr 2015 abgeschlossen. Die Erträge erhöhen sich daher um ca. 16.000 €.
- 500 € für den Ersatz von Telefonkosten (Verrechnung mit Entgelt und Gehalt). Es werden Kostenerstattungen für Privatgespräche und Faxe der Bediensteten vereinnahmt. Diese haben sich in den letzten Jahren deutlich reduziert, da die Bedienstete i. d. R. mit dem privaten Handy solche Gespräche führen.
- 600 € für Erstattungen von MitarbeiterInnen für Gesundheitskurse
- 650 € für Erträge aus dem Ersatz für Nebentätigkeiten. Eine Abrechnung erfolgt meist erst im Laufe des Haushaltsjahres für das vergangene Haushaltsjahr. Eine Verbuchung erfolgt sodann auf dem Produktsachkonto der periodenfremden Erträge (Konto 5989).
- 56.000 € Erlöse aus dem Kantinenbetrieb

11 Personalaufwendungen

In diesen Aufwendungen sind auch die Aufwendungen für allgem. personenbezogene Versicherungen in Höhe von 74.000 € enthalten. Es handelt sich um Beiträge der Haftpflicht-, Eigenschaden- und Spezialstrafrechtsschutzversicherung sowie der Versicherung für Sonderveranstaltung des Jugendamtes. Die Beiträge ermitteln sich je nach Versicherung

nach den Einwohnerzahlen, der Anzahl der Beschäftigten, der Anzahl der Heim- und Pflegekinder.

13

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

Bezeichnung / Begründung	Ansatz
Haltung der Dienstfahrzeuge	185.900 €
Unterhaltung Fernsprechanlage	21.500 €
Elektrische Arbeitsmittelüberprüfung	5.000 €
Ämterbudget (Betriebskosten der Verwaltungseinheiten einschl. KVA)	663.300 €
<i>davon Büromaterial und Drucksachen der Verwaltung</i>	<i>155.600 €</i>
<i>davon Bücher, Zeitschriften und Gesetztestexte</i>	<i>67.060 €</i>
<i>davon Porto und Versandkosten</i>	<i>190.000 €</i>
<i>davon Telefonkosten</i>	<i>69.000 €</i>
<i>davon Reisekosten</i>	<i>101.500 €</i>
<i>davon sonstige Betriebskosten</i>	<i>82.700 €</i>
Gebühren	6.900 €
Einrichtungskosten	88.200 €
Umzugs- und Montagekosten	10.000 €
Ehrengeschenke, Nachrufe	1.200 €
Benutzerentgelte EDV (Datenübertragungskosten)	215.000 €
Kosten des Amtsblattes, Inserate	67.600 €
Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	315.500 €
Beiträge mit Wirkung für alle Verwaltungszweige (u.a. HLT, DLT, KGSt, KAV und HVSV; Anhebung des Beitragssatzes beim HVSV)	70.600 €
Betriebskosten EDV	809.730 €
Aufwendung für Fort- und Weiterbildung, Schulen	4.500 €
Instandsetzung von Einrichtungen und Ausstattungen	1.290 €
Inanspruchnahme von Diensten- Geodateninfrastruktur	71.250 €
Aufwand für Arbeitsmedizinischer Dienst	4.600 €
Personalkostenerstattung Bereich Schulen	41.130 €
Digitale Akte- doppelte Monitore (KVA; AfSS)	30.000 €

Gerade im Bereich der Fort- und Weiterbildung erhöht sich der Ansatz um 60.000 €. Hintergrund hierfür ist, dass in den kommenden Jahren viele MitarbeiterInnen aus dem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis ausscheiden. Zur Weiterbewältigung der Aufgaben müssen MitarbeiterInnen qualifiziert werden. Weiterhin ist durch die Einführung eines Leistungsentgeltes ein gesonderter Fortbildungsbedarf gegeben.

Eine weitere Änderung ergibt sich im Bereich der EDV. Hier werden im Jahr 2016 u. a. bedingt durch die gestiegene Anzahl der zu betreuenden Arbeitsplätze und Benutzer höhere Betriebskosten für Software- und Hardwarepflegekosten, die Unterstützung durch externe Spezialisten und den durchzuführenden weiteren Maßnahmen fällig. Weiter wird im AfSS und der KVA die digitale Akte eingeführt. Hierzu müssen die Arbeitsplätze jeweils mit zwei Monitoren ausgestattet werden. Der Ansatz wird insgesamt um rund 230.000 € erhöht.

14

Abschreibungen

Die vermögenswirksamen Anschaffungen (Einrichtung/EDV/Software) sind zu aktivieren und grundsätzlich linear auf die Nutzungsdauer des angeschafften Anlagegutes zu verteilen. Diese Abschreibungen stellen den Werteverzehr bzw. Ressourcenverbrauch des Anlagevermögens innerhalb eines Haushaltsjahres dar.

29

Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen

Der in Pos. 13 etatisierte Betrag enthält anteilig Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 270.000 €, die dem Bereich der Grundsicherung (Produkt 31200) zuzurechnen sind (Betriebskosten, Haltung der Dienstfahrzeuge, Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung und EDV). Diese Aufwendungen werden durch die interne Leistungsverrechnung dem Produkt 31200 zugerechnet. Daneben sind die Aufwendungen, die sich aus der Schulträgerschaft ergeben, dem Budget 40 – Schulverwaltung zuzurechnen (Gegenbuchung bei Produkt 24300). Es handelt sich um die Personalkostenerstattung Schulen und Aufwendungen für die Zentralen Dienste (Ämterbudget) in Höhe von 65.430 €. Beim Rechnungsergebnis ist zudem noch die Fremdreinigung dem Produkt 24300 zugeordnet worden. Diese wird seit 2014 vom Amt für Schulen und Liegenschaften bewirtschaftet.

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation und Personal
 Produkt 11111 Personalservice

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	29.420	41.640	136.882,60
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	29.420	41.640	136.882,60
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-374.200	-310.100	-250.308,48
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-1.957.480	-1.816.230	-1.943.762,78
14.	66	Abschreibungen	0	0	-8.951,91
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-2.331.680	-2.126.330	-2.203.023,17
20.	=	Verwaltungsergebnis	-2.302.260	-2.084.690	-2.066.140,57
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-2.302.260	-2.084.690	-2.066.140,57
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-648.715,00
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-648.715,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-2.302.260	-2.084.690	-2.714.855,57
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-2.302.260	-2.084.690	-2.714.855,57

11111 Personalservice

Verantwortlich: Frau Christa Wiese

Beschreibung: Personalplanung – Stellenplanung – Stellenbewirtschaftung – Stellenbemessung – Stellenbewertung
 Personalentwicklungsplanung
 Personaleinstellungsverfahren (Betreuung von Einstellung bis Ausscheiden aus Arbeits- oder Dienstverhältnis) für Beamte und Tarifpersonal
 Personalabrechnung incl. Sozialversicherungs- und Steuerangelegenheiten sowie weitere Ansprüche aus dem Dienst-/Tarifrecht (Bsp. Beihilfen, Reisekosten)
 Betreuung der Aus- und Fortbildung sowie Einstellungs- und Auswahlverfahren
 Beurteilungswesen
 Personalentwicklung
 Arbeitsschutz (Bsp. Schwerbehindertenrecht)
 Gleichstellung – Frauenförderplan und dessen Umsetzung

Grundlage: Öffentliches Dienstrecht und Tarifrecht, Arbeitsschutzvorschriften und Gleichstellungsgesetz, Sozialgesetzbuch, Einkommenssteuer-/Lohnsteuerrecht, Dienstvereinbarungen im Personalentwicklungsbereich

Ziele: angemessene personelle Versorgung der Fachämter
 gesetzliche/dienstrechtliche und tarifgerechte Behandlung der Beschäftigten (insbes. hinsichtlich finanzieller Ansprüche)
 Gleichbehandlung der Beschäftigten
 qualifikationsbezogener Einsatz der Beschäftigten mit Leistungsoptimierung durch Aus- und Fortbildung sowie weiterer Personalentwicklungsmaßnahmen

Kennzahlen: Zahl der Personaleinstellungsverfahren
 Zahl der Betreuungsfälle / Abrechnungsfälle der Beschäftigten
 Zahl und Umfang der Fortbildungsmaßnahmen
 Stellenzahl

Personaleinstellungen	2012		2013		2014	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Beschäftigte	8	17	12	16	11	20
Beamte	2	0	1	3	5	2
insgesamt:	10	17	13	19	16	22

jährl. Abrechnungsfälle	2012	2013	2014
Geschlecht	männlich/weiblich	männlich/weiblich	männlich/weiblich
Beschäftigte	7.709	7.868	7.748
Beamte	1.475	1.449	1.485
Azubis/Prakt.	222	235	259
Betreuungsfälle	673	609	772
insgesamt:	10.079	10.161	10.264

Anzahl Bedienstete	2012		2013		2014	
Geschlecht	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Tarifbeschäftigte (Arbeiter, Angestellte)	159	407	172	409	171	413
Beamte (inkl. Anwärter)	56	60	54	62	59	65
Personen in Ausbildung	8	16	6	16	6	14
insgesamt:	223	483	232	487	236	492

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Bei der Kostenerstattung handelt es sich um die Erstattung von Personalkosten im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit. Diese werden erstattet für:

- Hausmeisterbetreuung für Sporthallen bei außerschulischer Nutzung
- sportärztliche Beratungsstelle
- Bücherei Gesamtschule Homberg
- Erstattung durch Arbeitsverwaltung für Altersteilzeitarbeitsverhältnisse

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation und Personal
 Produkt 11112 Personalvertretung

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Ordentliche Aufwendungen Personalaufwendungen	-133.680	-130.970	-126.636,72
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-10.220	-9.850	-5.471,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-143.900	-140.820	-132.107,72
20.	=	Verwaltungsergebnis	-143.900	-140.820	-132.107,72
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-143.900	-140.820	-132.107,72
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-143.900	-140.820	-132.107,72
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-143.900	-140.820	-132.107,72

11112 Personalvertretung

Verantwortlich: Herr Peter Sukdolak

Beschreibung: Interessenvertretung und Beratung der Beschäftigten des Vogelsbergkreises

Grundlage: Hess. Personalvertretungsgesetz

Ziele: Vertretung der Rechte der Beschäftigten des Vogelsbergkreises
vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Dienststellenleitung zum Wohle der Beschäftigten

Kennzahlen:

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation und Personal
 Produkt 28100 Kulturpflege

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	0	3.000,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	40	40	0,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	40	40	3.000,00
		Ordentliche Aufwendungen			
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-27.350	-27.350	-23.851,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-27.350	-27.350	-23.851,00
20.	=	Verwaltungsergebnis	-27.310	-27.310	-20.851,00
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-27.310	-27.310	-20.851,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-27.310	-27.310	-20.851,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-27.310	-27.310	-20.851,00

28100 Kulturpflege

Verantwortlich: Frau Heike Bohl

Beschreibung: Umsetzung der gültigen Vereinsförderrichtlinien; Bearbeitung aller Anträge zur Kulturförderung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel

Grundlage: Beschlüsse Kreistag und Kreisausschuss

Ziele: Bearbeitung aller Anträge innerhalb von 4 Wochen nach Eingang

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

15 Aufwendungen für Zuweisungen u. Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwendungen
Der Ansatz berücksichtigt die Förderung der Musikschulen mit 20.450 €, verschiedene Mitgliedsbeiträge sowie den Kulturförderpreis in Höhe von 3.000 €, sowie Zuschüsse für Vereine und überregionale Veranstaltungen in Höhe von 3.900 €.

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation und Personal

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0,00	5.521	5.521	
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	20.000	0	15.000	119,00	102.699	55.199	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	20.000	0	15.000	119,00	108.220	60.720	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-850.800	0	-819.460	-427.792,92	-5.677.524	-2.324.174	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-40.400	0	-38.070	-55.251,91	-320.807	-159.207	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-891.200	0	-857.530	-483.044,83	-5.998.331	-2.483.381	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-871.200	0	-842.530	-482.925,83	-5.890.111	-2.422.661	

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation und Personal
 Produkt 11100 Selbstverwaltungsorgane

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	-124.734,33	-153.476	-153.476	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.110	0	-2.590	-3.191,19	-31.721	-19.281	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-3.110	0	-2.590	-127.925,52	-185.197	-172.757	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-3.110	0	-2.590	-127.925,52	-185.197	-172.757	

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation und Personal
 Produkt 11110 Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0,00	5.521	5.521	
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	20.000	0	15.000	119,00	102.699	55.199	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	20.000	0	15.000	119,00	108.220	60.720	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-850.800	0	-819.460	-303.058,59	-5.524.048	-2.170.698	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.610	0	-1.680	-1.662,53	-25.051	-10.611	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-854.410	0	-821.140	-304.721,12	-5.549.099	-2.181.309	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-834.410	0	-806.140	-304.602,12	-5.440.879	-2.120.589	

11110 Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs

Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

2 Einzahlungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Vermögens

Etatisiert sind erwartete Einzahlungen aus dem Verkauf alter abgängiger Dienstwagen (20.000 €).

4 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Anlagevermögen

Für den Fuhrpark sind Mittel in Höhe von 210.000 € veranschlagt. Hier steht u. a. der Ersatz von 4 Dienstwagen und einem Hausmeisterdienst-Fahrzeug (ca. 75.000,00 €) an. Ferner ist die Erweiterung des Fuhrparks um 1 Fahrzeug für die Allgemeine Gefahrenabwehr vorgesehen. Der Erwerb dieses Fahrzeuges war bereits für das Jahr 2015 geplant worden, musste jedoch auf 2016 verschoben werden, da das Amt für Soziale Sicherung- Sachgebiet Asyl dringend einen zusätzlichen Kleinbus benötigte.

Im Bereich der Einrichtungskosten ist ein Ansatz von 169.500 € vorgesehen. Es sollen zwei 24-Stunden-Leitstellenstühle, ein Kassenautomat für eine Außenstelle, ein Rollregal für das Aktenarchiv Jugendamt, mehrere Kopiersysteme für die Verwaltung sowie weitere allgemeine Ersatzbeschaffungen angeschafft werden.

Für die EDV müssen Ersatzbeschaffungen von Servern u. a. technischen Geräten vorgenommen werden. Weiterhin sind Investitionen für den Ausbau der IT-Sicherheit und des eGovernments zu tätigen. Lizenzaktualisierungen sind vorgesehen, um sicherzustellen, dass die eingesetzte Software weiterhin betrieben werden kann. Hierfür sind finanzielle Mittel in Höhe von 471.300 € vorzusehen.

5 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen

Es handelt sich um die Zuführung zur Versorgungsrücklage der Beamten gemäß § 2 Hessisches Versorgungsrücklagengesetz.

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation und Personal
 Produkt 11111 Personalservice

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungs-ermächtigungen	2015		Gesamt-auszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-33.330	0	-33.520	-50.049,74	-262.005	-128.685	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-33.330	0	-33.520	-50.049,74	-262.005	-128.685	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-33.330	0	-33.520	-50.049,74	-262.005	-128.685	

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation und Personal
 Produkt 11112 Personalvertretung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-350	0	-280	-348,45	-2.028	-628	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-350	0	-280	-348,45	-2.028	-628	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-350	0	-280	-348,45	-2.028	-628	

Teilhaushalt/Budget 16 Wirtschaftsförderung und Revision
Budgetverantwortung

Dr. Eckhard Köhler-Hälbig

Produkte

11120 Prüfungs- und Beratungsdienste

11130 Finanzaufsicht über die Kommunen

57100 Wirtschaftsförderung, Tourismus, Breitband

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	321.000	250.000	303.192,80
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	3.000	3.000	100.518,56
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	0	18.348,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	1.000	1.000	1.996.649,30
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	325.000	254.000	2.418.708,66
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.038.940	-1.022.190	-1.023.772,45
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-139.520	-126.400	-288.402,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-140.900	-75.900	-124.817,97
14.	66	Abschreibungen	0	0	-6.812,39
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-523.000	-503.500	-2.420.158,56
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-500	-500	-105,90
18.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	-15.856,23
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.842.860	-1.728.490	-3.879.925,50
20.	=	Verwaltungsergebnis	-1.517.860	-1.474.490	-1.461.216,84
21.	56,57	Finanzerträge	0	1.000	514.094,44
23.	=	Finanzergebnis	0	1.000	514.094,44
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-1.517.860	-1.473.490	-947.122,40
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	382.673,00
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-2.263.000,00
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-1.880.327,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-1.517.860	-1.473.490	-2.827.449,40
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.517.860	-1.473.490	-2.827.449,40

Teilhaushalt/Budget 16 Wirtschaftsförderung und Revision
 Produkt 11120 Prüfungs- und Beratungsdienste

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	320.000	250.000	303.192,80
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	1.000	1.000	575,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	321.000	251.000	303.767,80
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-573.050	-556.470	-544.039,52
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-42.670	-23.350	-77.220,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-70.000	-15.000	-51.968,08
14.	66	Abschreibungen	0	0	1.320,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-685.720	-594.820	-671.907,60
20.	=	Verwaltungsergebnis	-364.720	-343.820	-368.139,80
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-364.720	-343.820	-368.139,80
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-364.720	-343.820	-368.139,80
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-364.720	-343.820	-368.139,80

11120 Prüfungs- und Beratungsdienste

Verantwortlich: Herr Heiko Häse

Beschreibung: Finanzkontrolle über die kreisangehörigen Kommunen, Zweckverbände sowie den Landkreis

Grundlage: HGO, HKO, GemHVO, VOB, VOL, VOF, Antikorruptionserlass

Ziele: Alle Kommunen und Verbände verfügen zumindest über drei geprüfte Jahresabschlüsse. Sicherstellung, dass die Finanzwirtschaft der kreisangehörigen Kommunen, Verbände und des Landkreises im Einklang mit der gültigen Rechtslage erfolgt.

Kennzahlen: Übersicht über den derzeitigen Bearbeitungsstand der vorgelegten Eröffnungsbilanzen und Jahresabschlüsse. Anzahl Kassenprüfungen/-bestandsaufnahmen, Anzahl der Submissionen, Verwendungsbestätigungen und Prüfung von Auftragserweiterungen.

	Eröffnungsbilanz			JA 2008*		JA 2009	
	Prüfauftrag Datum	Unterlagen vollständig prüffähig	Anmerkung / aktueller Stand der Prüfung	Prüfauftrag Datum	Anmerkung / aktueller Stand der Prüfung	Prüfauftrag Datum	Anmerkung / aktueller Stand der Prüfung
Alsfeld	07.10.2010		beendet				
Antrifttal	17.01.2014	17.01.2014	beendet			28.04.2015	Mitten in P.
Feldatal	21.11.2012	01.07.2013	beendet			30.04.2015	
Freiensteinau	14.10.2011	17.07.2013	beendet			15.10.2014	Endphase
Gemünden	16.03.2011		beendet	06.11.2012	beendet	03.04.2014	beendet
Grebenau	17.01.2014	17.01.2014	beendet			29.04.2015	Mitten in P.
Grebenhain	15.08.2011	02.07.2013	beendet			25.08.2014	beendet
Herbstein	10.12.2012	23.01.2014	beendet			24.04.2015	Endphase
Homberg Ohm	20.09.2012		beendet				
Kirtorf	23.12.2013	20.12.2013	beendet			30.04.2015	Endphase
Lauterbach	27.04.2011		beendet			24.07.2014	Endphase
Lautertal	01.07.2010		beendet			30.04.2012	beendet
Mücke	30.09.2010		beendet	19.09.2014	Endphase	30.04.2015	
Romrod	31.03.2013	01.07.2013	beendet			23.12.2014	Endphase
Schlitz	13.12.2011		beendet				
Schotten	26.10.2010		beendet			07.12.2011	beendet
Schwalmtal	05.12.2013	05.12.2013	beendet			19.03.2015	beendet
Ulrichstein	24.01.2014	24.04.2015	Mitten in P.				
Wartenberg	29.01.2014	29.01.2014	beendet			31.03.2015	Endphase
Vogelsbergkreis	27.06.2011		beendet			23.05.2012	beendet
MausMedienzentrum				04.02.2009	beendet	02.03.2010	beendet
ZV Vulkan-Radweg	08.11.2010		beendet			28.04.2014	beendet
ZV Naturpark	16.02.2011		beendet			19.10.2012	beendet
HLT	02.05.2011		beendet				
AV Ohm-Seenbach	30.11.2011		beendet	17.12.2012	beendet	01.07.2014	beendet
ULV	25.03.2013		beendet				
ZV Soziale Dienste Kirtorf	25.03.2013		beendet				

ZV Stadt-Land-Schloss							
AV Antrifttal	06.08.2014		beendet				
AV Kirtorf	01.07.2014	xxx	Unterbrechung				

	JA 2010		JA 2011		JA 2012		JA 2013		JA 2014	
	Prüauftrag Datum	Anmerkung / aktueller Stand der Prüfung	Prüauftrag Datum	Anmerkung / aktueller Stand der Prüfung	Prüauftrag Datum	Anmerkung / aktueller Stand der Prüfung	Prüauftrag Datum	Anmerkung / aktueller Stand der Prüfung	Prüauftrag Datum	Anmerkung / aktueller Stand der Prüfung
Alsfeld										
Antrifttal										
Feldatal										
Freiensteinau										
Gemünden	01.10.2014	beendet								
Grebenau										
Grebenhain										
Herbstein										
Homberg Ohm										
Kirtorf										
Lauterbach										
Lautertal	01.03.2013	beendet	28.02.2014	beendet	14.02.2015	Endphase				
Mücke	30.04.2015									
Romrod										
Schlitz										
Schotten	04.06.2012	beendet	13.12.2012	beendet	16.05.2014	beendet	21.06.2015	Endphase		
Schwalmtal										
Ulrichstein										
Wartenberg										
Vogelsbergkreis	17.04.2013	beendet	07.10.2013	Endpahse	21.03.2014		04.12.2015			
MausMedienzentrum	31.03.2011	beendet	27.03.2012	beendet	17.04.2013	beendet	03.06.2014	beendet	27.04.2015	beendet
ZV Vulkan-Radweg										
ZV Naturpark	10.06.2013	beendet	17.12.2013	beendet	23.07.2014	beendet	19.02.2015	beendet		
HLT	26.04.2012	beendet	26.04.2012	beendet	24.09.2013	beendet	08.07.2014	beendet		
AV Ohm-Seenbach	19.06.2015	Endphase								
ULV										
ZV Soziale Dienste Kirtorf										
ZV Stadt-Land-Schloss										
AV Antrifttal										
AV Kirtorf										

Vorprüfung = Anforderung der Unterlagen / Sichtung auf Vollständigkeit / erste Gespräche

Mitten in Prüfung = Unterlagen liegen vor / inhaltliche Prüfung / Gespräche

Endphase = letzte Abstimmungen der offenen Posten / Umbuchungen /Erstellung Bericht

* hier sind nur die doppischen Jahresabschlüsse aufgeführt, alle kameraleen Jahresabschlüsse 2008 sind geprüft

Stand 24.09.15

Anzahl	2012	2013	2014
Kassenprüfung/ -bestandsaufnahmen	30	30	36
Submissionen	138	101	108
Submissionen für Externe	10	5	2
Verwendungsbestätigungen Kreis	10	5	9
Verwendungsbestätigungen für Externe	28	15	7
Prüfung von Auftragserweiterungen	28	3	12
Prüfung Schlussrechnungen Kreis	140	110	88
Prüfung vor Ort Baustellen Kreis	20	22	11
Prüfung Vergabe ohne Submission	22	33	41
Prüfung Vergabevorschläge	138	134	108
externe Prüfaufträge	3	0	0
Prüfung von Leistungsverzeichnissen	138	134	108
EU VOF Verhandlungsverfahren LP 1-3		2	0
Interessenbekundungen HAD		12	16
EU-VOL Strom			1
EU-VOL Reinigung			1

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte**
Veranschlagt sind die lt. Satzungsregelung zu erwartenden Erträge für erbrachte Prüfleistungen des Revisionsamts.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Nach dem Erlass zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung von doppelten Jahresabschlüssen für die Haushaltsjahre bis einschl. 2013 des HMdIS vom 30.07.2014, dürfen Rechnungsprüfungsämter Dritte zur Bewältigung des Arbeitsvolumens einbeziehen. Der bisher veranschlagte Aufwand dient der Beschäftigung eines Leiharbeitnehmers, der mit der Rechnungsprüfung beauftragt wurde. Der bisher veranschlagte Aufwand muss für das Jahr 2016 angepasst werden, da der Leiharbeitnehmer auch im ganzen kommenden Jahr weiter beim Kreisausschuss beschäftigt ist.

Teilhaushalt/Budget 16 Wirtschaftsförderung und Revision
 Produkt 11130 Finanzaufsicht über die Kommunen

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Ordentliche Aufwendungen Personalaufwendungen	-190.130	-172.290	-171.779,95
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-53.010	-42.790	-66.220,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-243.140	-215.080	-237.999,95
20.	=	Verwaltungsergebnis	-243.140	-215.080	-237.999,95
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-243.140	-215.080	-237.999,95
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-243.140	-215.080	-237.999,95
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-243.140	-215.080	-237.999,95

11130 Finanzaufsicht über die Kommunen

Verantwortlich: Herr Dr. Eckhard Köhler-Häbig

Beschreibung: Genehmigung von gemeindlichen Haushaltssatzungen, Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe, Bürgschaften, Gewährverträgen und kreditähnlichen Zahlungsverpflichtungen;
 Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit, Erstellen von Beurteilungsbogen und Stellenplananalysen;
 Erteilung von Auflagen zur Haushaltskonsolidierung und Auswertung von Haushaltssicherungskonzepten;
 Mitwirkung bei der Erstellung der kommunalen Finanzstatistiken;
 Befreiung der Eigenbetriebe von Vorschriften des EigBG;
 Auswertung der gemeindlichen Rechnungsergebnisse sowie der Jahresabschlüsse von Eigenbetrieben und Eigengesellschaften;
 Aufgaben nach den Richtlinien über die Gewährung einer Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock;
 Prüfung und Stellungnahme zu Anträgen auf Gewährung von Investitionsfondsdarlehen;
 Mitwirkung im Rahmen der Abwicklung des kommunalen Finanzausgleichs;
 Prüfen von Anzeigen wirtschaftlicher Betätigung

Grundlage: §§ 92 – 127 Hessische Gemeindeordnung

Ziele: Die Haushaltswirtschaftsplanung der Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreises soll so überwacht werden, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist.

Kennzahlen: Alle Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreises haben einen zumindest ausgeglichenen Ergebnishaushalt, oder falls der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden kann, ein entsprechendes Haushaltssicherungskonzept, dass zukünftig die Handlungsfähigkeit der Kommunen über einen Haushaltsausgleich wieder herstellt.

Kommune	Jahresbezogener Ausgleich des ordentl. Ergebnis-HH/Plandaten						
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Alsfeld	nein	nein	nein	nein	nein	ja	ja
Antriftal	nein	nein	nein	nein	nein	ja	ja
Feldatal	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Freiensteinau	ja	nein	ja	ja	ja	ja	ja
Gemünden	nein	nein	nein	ja	nein	ja	ja
Grebenua	nein	nein	nein	nein	nein	nein	ja
Grebenhain	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Herbstein	nein	ja	nein	nein	nein	ja	nein
Homberg	nein	nein	ja	nein	nein	nein	nein
Kirtorf	ja	nein	ja	ja	ja	ja	ja
Lauterbach	nein	nein	nein	nein	nein	nein	ja
Lautertal	nein	ja	nein	nein	nein	nein	ja
Mücke	ja	ja	nein	nein	ja	ja	ja
Romrod	nein	nein	nein	nein	nein	nein	ja
Schlitz	ja	nein	nein	nein	ja	ja	ja
Schotten	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Schwalmtal	nein	nein	nein	ja	ja	ja	ja
Ulrichstein	ja	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Wartenberg	nein	nein	nein	nein	ja	ja	ja

Teilhaushalt/Budget **16** **Wirtschaftsförderung und Revision**
Produkt **57100** **Wirtschaftsförderung, Tourismus, Breitband**

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.000	0	0,00
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	3.000	3.000	100.518,56
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	0	18.348,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	1.996.074,30
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	4.000	3.000	2.114.940,86
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-275.760	-293.430	-307.952,98
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-43.840	-60.260	-144.962,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-70.900	-60.900	-72.849,89
14.	66	Abschreibungen	0	0	-8.132,39
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-523.000	-503.500	-2.420.158,56
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-500	-500	-105,90
18.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	-15.856,23
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-914.000	-918.590	-2.970.017,95
20.	=	Verwaltungsergebnis	-910.000	-915.590	-855.077,09
21.	56,57	Finanzerträge	0	1.000	514.094,44
23.	=	Finanzergebnis	0	1.000	514.094,44
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-910.000	-914.590	-340.982,65
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	382.673,00
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-2.263.000,00
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-1.880.327,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-910.000	-914.590	-2.221.309,65
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-910.000	-914.590	-2.221.309,65

57100 Wirtschaftsförderung, Tourismus

Verantwortlich: Herr Dr. Eckhard Köhler-Hälbig

Beschreibung: Unterstützung und Beratung der Verwaltungsleitung und der Kreisgremien in den Bereichen

- Regional-/Wirtschaftsförderung (Vogelsberg Consult)/Geopark Vulkanregion Vogelsberg e.V.
- Tourismus (Region Vogelsberg Touristik)
- Beratung und Antragsstellung Wohnraumförderung für Kreisbürger
- Aufsichtsbehördliches Schornsteinfegerwesen

Grundlage: WiFö: Vertrag VB-Consult-VBK/ Betrauungsakt Dezember 2014
 Tourismus: Vertrag VB-Touristik-VBK/Gesellschaftsvertrag September 2014
 Wohnraumförderungsgesetz 2001 / Hess. Ausführungsgesetz 2004 /
 Schornsteinfegerhandwerksgesetz November 2008 / Gesetz über Zuständigkeiten
 Schornsteinfegerwesen in Hessen 2012

Ziele:

- Förderung von Existenzgründungen/Steigerung komm. Wirtschaftskraft/
Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze
- Vermarktung der Region und ihrer Angebote/Schutz und Erhalt geologisches Erbe
- Entwicklung und Verbesserung von Tourismusangeboten
- Verbesserung der Wohnraumversorgung der Kreisbevölkerung
- Aufsichtsfunktionen

Kennzahlen:

- Wirtschaftsförderung: Summe akquirierte Projektmittel/Anzahl Beratungen.
- Tourismus: Entwicklung regionale Wertschöpfung im VBK / Übernachtungszahlen
- Wohnungsbauförderung: Antragszahlen/Bewilligungen/Fördervolumen
- Schornsteinfegerwesen: Zahl der Verfahren ab 2014

Wirtschaftsförderung/ Regionalentwicklung:

	2012	2013	2014
Akquirierte Projektmittel	460.000 €	428.460 €	306.852 €
Unternehmensberatungen	366	453	234

Entwicklung regionale Wertschöpfung im VBK /Übernachtungszahlen

	2012	2013	2014
Übernachtungen	488.819	473.220	484.530
durchschnittliche Aufenthaltsdauer (Übernachtungen)	2,6 Tage	2,5 Tage	2,5 Tage

Schornsteinfegerwesen:

	2014
Verfahren	77

Wohnungsbauförderung: Antragszahlen /Bewilligungen/Fördervolumen

Anträge auf	2012		2013		2014	
	Anträge	Bewilligungen	Anträge	Bewilligungen	Anträge	Bewilligung
Hessenbaudarlehen	6	3/225.000	3	1/80.000	1	1/80.000
Hessendarlehen	5	2/130.000	10	5/420.000	2	0/0
Zuschüsse behinderten gerechter Umbau	6	6/29.400	17	17/111.740	22	3/16.300
Mietwohnungsbau	0	0	0	0	0	0
Mietwohnungsmod.	0	0	0	0	0	0
Kfw/Bafa	nur Beratung		(nur Beratung)		(nur Beratung)	
Summe	17	11	30	23	25	4
Fördervolumen	754.400	384.400	1.224.740	611.740	398.300	96.300

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt**13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**

Dieser Haushaltsansatz umfasst den Beitrag des Vogelsbergkreises für den Verein Geopark Vogelsberg (50.000 € jährlich), die Kosten für den Unternehmerdialog (10.000 €) und die Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung (5.900 €). Weiter werden hier auch die Kosten der Ersatzvornahmen im Rahmen der Schornsteinfegeraufsicht abgebildet (5.000 €). Ein Teil der hier entstandenen Aufwendungen werden in Pos. 3 im Rahmen der Erlöse wieder vereinnahmt (3.000 €).

Der Unternehmerdialog soll eine fortlaufende Gesprächsrunde von Politik und Wirtschaft sein. Gemeinsam mit Unternehmen verschiedener Branchen soll eine Beratung stattfinden und Lösungen erarbeitet werden, wie der Vogelsbergkreis als Wirtschaftsstandort gestärkt und besser vermarktet werden kann.

15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen oder Sonstige sind im Jahr 2016 etatisiert für

Beitrag an Vogelsberg Touristik GmbH	100.000 €
Zuweisung an Vogelsberg Consult	377.000 €
davon für Projekt Fachkräftesicherung	100.000 €
Regionalmanagement Mittelhessen GmbH	20.000 €
Förderung des Regionalimages	20.000 €

Zusätzlich ist erstmals ein Betrag von 10.000 € für die kritische Begleitung des Planungs- und Genehmigungsverfahrens der SÜEDLINK-Trasse vorgesehen. Der Vogelsbergkreis hat sich durch Kreisausschussbeschluss dem in der sog. Hamelner Erklärung zusammengefassten Verbund der vom möglichen Trassenverlauf betroffenen Regionen und Landkreise angeschlossen. Die Geschäftsführung des Verbunds liegt beim Landkreis Hameln-Pyrmont. Die zur Interessenwahrnehmung erforderlichen Aufwendungen werden von den angeschlossenen Körperschaften anteilig erstattet.

16 Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen

Ein Teil der Gebühreneingänge, die vom Kreis erhoben werden, sind an die Schornsteinfeger weiterzuleiten.

Teilhaushalt/Budget 16 Wirtschaftsförderung und Revision

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
3.	823 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens = Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	98.000,00	98.000	98.000	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen = Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-6.440	0	-6.000	-203.653,72	-802.698	-776.938	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-6.440	0	-6.000	-105.653,72	-704.698	-678.938	

Teilhaushalt/Budget 16 Wirtschaftsförderung und Revision
 Produkt 11120 Prüfungs- und Beratungsdienste

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungs-ermächtigungen	2015		Gesamt-auszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.150	0	-1.720	-1.725,01	-21.864	-13.264	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-2.150	0	-1.720	-1.725,01	-21.864	-13.264	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-2.150	0	-1.720	-1.725,01	-21.864	-13.264	

Teilhaushalt/Budget 16 Wirtschaftsförderung und Revision
 Produkt 11130 Finanzaufsicht über die Kommunen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungs-ermächtigungen	2015		Gesamt-auszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.730	0	-1.290	-1.589,12	-11.770	-4.850	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.730	0	-1.290	-1.589,12	-11.770	-4.850	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.730	0	-1.290	-1.589,12	-11.770	-4.850	

Teilhaushalt/Budget 16 Wirtschaftsförderung und Revision
 Produkt 57100 Wirtschaftsförderung, Tourismus, Breitband

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
3.	823 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	98.000,00	98.000	98.000	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	98.000,00	98.000	98.000	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.560	0	-2.990	-200.339,59	-769.063	-758.823	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-2.560	0	-2.990	-200.339,59	-769.063	-758.823	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-2.560	0	-2.990	-102.339,59	-671.063	-660.823	

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
Budgetverantwortung

Renate Stiebing

Produkte

 11140 Haushaltsplanung, Finanzcontrolling, Rechnungswesen
 11150 Zahlungs- und Forderungsmanagement
 42100 Sportförderung
 60000 Maßnahmen Konjunkturprogramm 2009
 61100 Steuerangelegenheiten, Finanzausgleich
 61200 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	103.000	101.000	123.108,64
5.	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	67.063.990	60.396.000	59.050.094,46
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	32.212.090	31.292.270	30.640.078,67
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	3.270.350	3.441.550	3.306.553,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	3.219,03
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	102.649.430	95.230.820	93.123.053,80
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-915.590	-875.440	-814.380,51
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-139.590	-132.870	-151.839,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-32.000	-50.000	-19.848,83
14.	66	Abschreibungen	-966.860	-960.710	-980.247,78
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-2.089.000	-2.270.000	-37.019,63
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-19.267.150	-19.705.700	-19.063.338,53
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-23.410.190	-23.994.720	-21.066.674,28
20.	=	Verwaltungsergebnis	79.239.240	71.236.100	72.056.379,52
21.	56,57	Finanzerträge	1.141.770	327.000	189.621,37
22.	77	Finanzaufwendungen	-3.669.750	-3.067.950	-2.493.507,31
23.	=	Finanzergebnis	-2.527.980	-2.740.950	-2.303.885,94
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	76.711.260	68.495.150	69.752.493,58
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	76,98
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	76,98
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	76.711.260	68.495.150	69.752.570,56
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	1.671.170	926.800	993.847,92
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-2.045.290	-25.179.690	-25.894.252,10
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	-374.120	-24.252.890	-24.900.404,18
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	76.337.140	44.242.260	44.852.166,38

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
 Produkt 11140 Haushaltsplanung, Finanzcontrolling, Rechnungswesen

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-353.080	-340.730	-292.969,79
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-48.960	-46.550	-51.709,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-12.000	-12.000	-2.075,16
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-414.040	-399.280	-346.753,95
20.	=	Verwaltungsergebnis	-414.040	-399.280	-346.753,95
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-414.040	-399.280	-346.753,95
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-414.040	-399.280	-346.753,95
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-414.040	-399.280	-346.753,95

11140 Haushaltsplanung, Finanzcontrolling, Rechnungswesen

Verantwortlich: Frau Katja Müller

Beschreibung: Aufstellung des Haushaltsplans, der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und der Vorgaben des Kreistags und Kreisausschusses; Beratung der Ämter in Fragen der Budgetbewirtschaftung; Aufbau und Durchführung der internen Kostenrechnung und des Berichtswesens auf Basis vereinbarter Ziele und Kennzahlen; Aufstellung des Jahresabschlusses (Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung).

Grundlage: HKO, HGO, GemHVO, HGB, div. Steuergesetze

Ziele: Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Verfahrensablaufs unter Einhaltung der Terminplanung und Fristen zu Haushaltsplan und Jahresabschluss; Erfüllung der gesetzlichen Berichtspflichten

Kennzahlen: Feststellung Entwurf Haushaltsplan
Aufstellung Jahresabschluss
2 Berichte je Haushaltsjahr (gleichzeitig Berichte nach Schutzschirmvereinbarung)

	2012	2013	2014
Feststellung Entwurf Haushaltsplan	03.11.2011	08.11.2012	07.11.2013
Aufstellung Jahresabschluss	20.03.2014	10.11.2014	20.05.2015
Halbjahresberichte		30.08.2013 / 25.02.2014	01.09.2014 / 26.02.2015

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Ansatz berücksichtigt die Druckkosten des Haushaltsplans, die Aufwendungen für die weiterhin erforderliche Anpassung der Buchhaltungssoftware an gesetzliche Bestimmungen sowie den Anpassungs-/Beratungsbedarf aufgrund der Aufstellung des Gesamtabschlusses ab dem Jahr 2015.

Es erfolgt ein Ansatz in Höhe von 12.000 €. Mit einer Änderung bei den Kosten ist nicht zu rechnen.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
 Produkt 11150 Zahlungs- und Forderungsmanagement

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	103.000	101.000	116.446,39
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	103.000	101.000	116.446,39
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-539.360	-511.710	-499.686,91
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-90.630	-86.320	-100.130,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-20.000	-18.000	-16.739,19
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-649.990	-616.030	-616.556,10
20.	=	Verwaltungsergebnis	-546.990	-515.030	-500.109,71
21.	56,57	Finanzerträge	170.000	170.000	188.948,72
23.	=	Finanzergebnis	170.000	170.000	188.948,72
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-376.990	-345.030	-311.160,99
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-376.990	-345.030	-311.160,99
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-376.990	-345.030	-311.160,99

11150 Zahlungs- und Forderungsmanagement

Verantwortlich: Herr Reinhold Braun

Beschreibung: Abwicklung des Zahlungsverkehrs; Sicherstellen der Liquidität; ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Kassenmittel; Verwahren von Wertgegenständen; Erstellen der Abschlüsse; Führen und Aufbewahren der Bücher; Belege und Konten; Statistiken; Mahnwesen; Beitreibung öffentlich-rechtlicher und Zwangsvollstreckung privatrechtlicher Forderungen des Kreises und der kreisangehörigen Kommunen sowie Dritter.

Grundlage: Hessische Landkreisordnung; Verordnung über die Kassenführung der Gemeinden (GemKVO); Hessisches Verwaltungsvollstreckungsgesetz (HessVwVG) und Vollstreckungskostenordnung (VKO)

Ziele: Zeitnahes Mahnen der Forderungen und rechtzeitige Leistung der Ausgaben; effiziente Bewirtschaftung der Kassenmittel; ordnungsgemäßes Führen der Bücher; erfolgreiche Vollstreckung

Kennzahlen: erledigte Vollstreckungsaufträge
neu eingegangene Anträge

	2012	2013	2014
erledigte Anträge	8.975	8.532	8.039

Neuanträge	2012	2013	2014
eigene Ersuchen	1.407	1.340	1.092
fremde Ersuchen	6.990	7.001	6.723

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Nach dem Hess. Verwaltungsvollstreckungsgesetz haben die Gemeinden und die sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts (z.B. GEZ, IHK, Handwerkskammern) einen Kostenbeitrag für die Vollstreckungstätigkeit des Kreises zu leisten. Von den kreisangehörigen Gemeinden werden 48.000 Euro und von den sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts 55.000 Euro Erträge erwartet.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Ansatz beinhaltet die Kosten des unbaren Zahlungsverkehrs.

21 Finanzerträge

Bei nicht fristgerechten Zahlungen werden von den Pflichtigen Mahn- und Beitreibungsgebühren beim Einzug der Forderungen erhoben. Es wird hier ein Ansatz von 170.000 Euro etatisiert. Zum Vorjahr ist mit keiner Veränderung zu rechnen.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
Produkt 42100 Sportförderung

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-23.150	-23.000	-21.723,81
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	-20.000	0,00
14.	66	Abschreibungen	-20.360	-14.210	-7.509,00
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-89.000	-70.000	-37.019,63
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-132.510	-127.210	-66.252,44
20.	=	Verwaltungsergebnis	-132.510	-127.210	-66.252,44
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-132.510	-127.210	-66.252,44
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-132.510	-127.210	-66.252,44
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-132.510	-127.210	-66.252,44

42100 Sportförderung

Verantwortlich:	Frau Renate Stiebing
Beschreibung:	Beratung und finanzielle Förderung der Sportvereine zur Pflege des Sports im Rahmen des Art. 62 a der Hessischen Verfassung sowie der Sportförderrichtlinien des VBK
Grundlage:	Art. 62 a der Hessischen Verfassung, Sportförderrichtlinien des Vogelsbergkreises
Ziele:	80 % der Anträge im Bereich Sportförderung werden ab dem Vorliegen der vollständigen Unterlagen innerhalb von 28 Tagen beschieden.
Kennzahlen:	Anzahl der eingegangenen Anträge, Bescheiderteilung hierzu innerhalb von 28 Tagen

Anzahl der eingegangenen Anträge	2011	2012	2013*	2014
Anträge insgesamt	80	130	93	95
Bescheide innerhalb 28 Tage	74	117	41	83
Quote:	92,50%	90,00%	44,09%	87,37%

* Der Rückgang der Quote in 2013 resultiert aus der von Januar bis Mai 2013 unbesetzten Stelle.

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
 In den Jahren 2014 und 2015 wurden jeweils 20.000 Euro für Beratungsleistungen zur Erstellung eines regionalen Sportentwicklungsplans etatisiert. Dieser soll im Zusammenwirken mit den Städten und Gemeinden und dem Sportkreis als interkommunales Projekt entstehen. Unter der Voraussetzung, dass dieses durch das Land gefördert wird, reichen die verfügbaren Haushaltsmittel aus um in einer ersten Stufe eine Bestandserhebung und Bedarfsermittlung durchzuführen und daraus Handlungsschwerpunkte abzuleiten. Für 2016 sind daher keine weiteren Mittel vorgesehen.
- 15 Aufwendungen für Zuweisungen u. Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwendungen**
 Nach den geltenden Sportförderrichtlinien können Sportvereine für kleinere Baumaßnahmen (bis 30.000 EUR im Einzelfall) und die Beschaffung langlebiger Sportgeräte einen Zuschuss von 10 % der förderfähigen Kosten erhalten. Daneben fördert der Kreis die Jugendarbeit der Sportvereine bisher mit einem Betrag von 3,00 Euro für jedes jugendliche Vereinsmitglied. Mit dem höheren Ansatz soll die Förderung der Jugendarbeit auf 5,00 Euro aufgestockt werden.
- Zur Förderung größerer Investitionen der Sportvereine (> 30.000 Euro) sind zusätzlich im Finanzhaushalt Investitionszuschüsse in Höhe von 50.000 EUR eingeplant.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
 Produkt 60000 Maßnahmen Konjunkturprogramm 2009

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0	0	6.662,25
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	795.060	795.060	795.064,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	3.022,13
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	795.060	795.060	804.748,38
		Ordentliche Aufwendungen			
14.	66	Abschreibungen	-946.500	-946.500	-946.495,00
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	-606.000	-630.216,53
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-946.500	-1.552.500	-1.576.711,53
20.	=	Verwaltungsergebnis	-151.440	-757.440	-771.963,15
21.	56,57	Finanzerträge	6.170	0	0,00
22.	77	Finanzaufwendungen	-582.700	0	0,00
23.	=	Finanzergebnis	-576.530	0	0,00
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-727.970	-757.440	-771.963,15
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-727.970	-757.440	-771.963,15
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	727.970	0	0,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	727.970	0	0,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	0	-757.440	-771.963,15

60000 Maßnahmen Konjunkturprogramm

Verantwortlich:	Frau Renate Stiebing
Beschreibung:	Konjunkturprogramm des Landes Hessen zur Stabilisierung der konjunkturellen Entwicklung und zur Beseitigung eines erheblichen Investitions- und Instandhaltungsstaus in den hessischen Schulen
Grundlage:	Gesetz zur Förderung von Infrastrukturinvestitionen in Hessen vom 05.02.2009, Förderrichtlinien zur Umsetzung des Hess. Sonderinvestitionsprogramms sowie des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Bundes
Ziele:	Ordnungsgemäße Abwicklung der Förderprogramme unter Einbeziehung der beteiligten Fachämter, korrekte vermögens-, ergebnis- und finanzrechnerische Behandlung aller Vorgänge, regelmäßige Berichterstattung an Ministerien, Banken und Kreisgremien

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten

Die im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms gewährten Zuweisungen des Bundes sowie die Tilgungsbeiträge des Landes sind in der Bilanz des Vogelsbergkreises als Sonderposten erfasst. Diese werden über die gesamte Laufzeit des Konjunkturprogramms (30 Jahre) linear aufgelöst. Die Differenz aus der Summe der Auflösung der Sonderposten zu den Abschreibungen und der Zinsbelastung stellt nicht gedeckten Aufwand dar. Dieser kann mit dem auf die Schulen entfallenden Aufwand ab dem Haushaltsjahr 2016 erstmals auch bei der Ermittlung der kostendeckenden Schulumlage berücksichtigt werden.

14 Abschreibungen

Alle im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms getätigten Anschaffungen (Einrichtung/EDV/Gebäude) sind als Investitionen zu aktivieren und abzuschreiben. Zur Vermeidung ungleichmäßiger Haushaltsbelastungen wurden alle Anlagegüter unabhängig von ihrer tatsächlichen Nutzungsdauer beginnend mit der Inbetriebnahme linear über die gesamte Laufzeit des Konjunkturpaktes abgeschrieben. Auf diese Weise ist gewährleistet, dass sich die unter der vorstehenden Position 8 erfassten Erträge und die Aufwendungen über die gesamte Laufzeit gleichmäßig entwickeln

22 Finanzaufwendungen

Die von den öffentlichen Schulträgern erhobene Zinsdienstumlage wurde bisher immer im Rahmen der Aufwendungen für Umlagen (Position 16) abgebildet. Da es sich im Kern jedoch um eine Zinszahlung handelt, ist diese aufgrund neuer statistischer Vorgaben ab 2016 unter den Finanzaufwendungen etatisiert.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
 Produkt 61100 Steuerangelegenheiten, Finanzausgleich

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
5.	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	67.063.990	60.396.000	59.050.094,46
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	31.612.490	30.671.300	30.016.435,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	2.475.290	2.646.490	2.511.489,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	196,90
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	101.151.770	93.713.790	91.578.215,36
		Ordentliche Aufwendungen			
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	-1.034,48
14.	66	Abschreibungen	0	0	-26.243,78
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-19.267.150	-19.099.700	-18.433.122,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-19.267.150	-19.099.700	-18.460.400,26
20.	=	Verwaltungsergebnis	81.884.620	74.614.090	73.117.815,10
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	81.884.620	74.614.090	73.117.815,10
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	76,98
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	76,98
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	81.884.620	74.614.090	73.117.892,08
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-2.045.290	-25.179.690	-25.894.252,10
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	-2.045.290	-25.179.690	-25.894.252,10
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	79.839.330	49.434.400	47.223.639,98

61100 Steuerangelegenheiten, Finanzausgleich

Verantwortlich: Frau Renate Stiebing

Beschreibung: Berechnung, Veranlagung und Abwicklung der Jagdsteuer;
Berechnung, Abstimmung und Abführung der Umsatzsteuer der Betriebe gewerblicher Art
Feststellung, Veranlagung und Abwicklung aller Ansprüche nach Finanzausgleichsgesetz;

Grundlage: HKO, HGO, FAG, KAG, AO, UStG, Haushaltssatzung, Jagdsteuersatzung

Ziele: rechtssichere Festsetzung der Jagdsteuer bis zum 30.06.;
ordnungsgemäße Bearbeitung aller Finanzausgleichsvorgänge und Umsatzsteuermeldungen

Kennzahlen: Anzahl der Bescheide,
Anzahl der erfolgreichen Widersprüche / Klagen

Bescheide Jagdsteuer	2012	2013	2014
Anzahl Bescheide	310	304	321
Anzahl Widersprüche / Klagen	4 / 3	3 / 0	4 / 0
erfolgreiche Widersprüche/Klagen	0 / 0	0 / 0	0 / 0

Bescheide FAG	2012	2013	2014
Anzahl Bescheide	38	38	38
Anzahl Widersprüche / Klagen	0	0	0

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 5 Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen**
Der Ansatz umfasst die Erträge der Kreisumlage in Höhe von 44.838.990 € sowie die Schulumlage mit 22.087.000 €. Die Berechnungsgrundlagen wurden dem Schreiben des Hessischen Ministeriums der Finanzen (HMdF) vom 06.10.2015 entnommen. Der Hebesatz der Kreisumlage wurde wie vorgegeben mit 35,79 % (Vorjahr 41,0 %); der Hebesatz der Schulumlage mit 17,63 % (Vorjahr 17,0 %) angesetzt.

Daneben wurden Erträge aus der Erhebung der Jagdsteuer mit 138.000 € veranschlagt.

- 7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen**
Etatisiert sind entsprechend des Schreibens des HMdF vom 06.10.2015 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 31.296.160 €. Weiter ist in dieser Position noch eine Zuweisung in Höhe von 316.330 € enthalten, die nach § 66 FAG nur übergangsweise gewährt wird, weil die Neuregelungen des FAG zu einer Benachteiligung des Vogelsbergkreises gegenüber der bisherigen Rechtslage führen. Mit der Zahlung aus dem Übergangsfonds sollen in 2016 zunächst 54,34 % der berechneten Verluste ausgeglichen werden, dieser Ausgleich wird in den Folgejahren sukzessive weiter reduziert.
- 8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen**
Veranschlagt ist der Ertrag aus der Auflösung von Sonderposten aus der Zuweisung der Allgemeinen Investitionspauschale (430.000 €) sowie der Schulbaupauschale (2.045.290 €), die der Kreis bis zum Jahr 2015 erhalten hat. Der Abschreibungszeitraum dieser pauschalen Zuweisungen beträgt 10 Jahre.

- 16 Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen**
Der Ansatz berücksichtigt die an das Land zu zahlende Krankenhausumlage in Höhe von 1.612.780 €, dies entspricht einem Umlagehebesatz von 1,03 % (Vorjahr 1.606.100 €). Für die Verbandsumlage an den LWV hat das HMdF einen Hebesatz von 11,275 % ermittelt, daraus errechnet sich ein Ansatz für die LWV-Umlage in Höhe von 17.654.370 (Vorjahr 17.493.600 €).
- 30 Kosten für interne Leistungsbeziehungen**
Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus der Schulbaupauschale werden dem Budget 40 – Schulverwaltung zugerechnet (Gegenbuchung bei Produkt 24300).

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
 Produkt 61200 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	599.600	620.970	623.643,67
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	599.600	620.970	623.643,67
		Ordentliche Aufwendungen			
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-2.000.000	-2.200.000	0,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-2.000.000	-2.200.000	0,00
20.	=	Verwaltungsergebnis	-1.400.400	-1.579.030	623.643,67
21.	56,57	Finanzerträge	965.600	157.000	672,65
22.	77	Finanzaufwendungen	-3.087.050	-3.067.950	-2.493.507,31
23.	=	Finanzergebnis	-2.121.450	-2.910.950	-2.492.834,66
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-3.521.850	-4.489.980	-1.869.190,99
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-3.521.850	-4.489.980	-1.869.190,99
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	943.200	926.800	993.847,92
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	943.200	926.800	993.847,92
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-2.578.650	-3.563.180	-875.343,07

61200 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Verantwortlich:	Frau Renate Stiebing
Beschreibung:	Führung der Anlagenbuchhaltung zur Dokumentation der Vermögenslage des Kreises; Schuldenmanagement Unterstützung und Beratung der Verwaltungsleitung sowie der Kreisgremien im Rahmen der Beteiligungssteuerung bezogen auf alle Beteiligungen, Erstellung des Beteiligungsberichtes
Grundlage:	HKO, HGO, GemHVO, HGB, Inventar- und Jahresabschlussrichtlinie, Beschlüsse, Mitteilungen und Richtlinien der EU-Kommission zum Beihilferecht
Ziele:	vollständige Erfassung des Bestands und der wertmäßigen Veränderung der Vermögensgegenstände und Sonderposten in der Anlagenbuchhaltung; vollständige Erfassung der Kreditverbindlichkeiten, Aufbau eines bedarfsorientierten Schuldenmanagements Aufbau einer bedarfsorientierten Beteiligungssteuerung
Kennzahlen:	Jahresabschlussergebnisse der Beteiligungsunternehmen

Beteiligungsbericht/Beteiligungswert/Erträge für den Kreishaushalt

Jeweils auf der Grundlage der Jahresabschlüsse der Beteiligungen zum 31.12.2014

Beteiligung	2012		2013		2014	
	Beteiligungswert	jährl. Rendite	Beteiligungswert	jährl. Rendite	Beteiligungswert	jährl. Rendite
ZOV	42.985.651,38	20.777,77	42.985.651,38	-598.781,38	42.985.651,38	412.254,64
	Eigenkap.rendite	0,05%	Eigenkap.rendite	-1,39%	Eigenkap.rendite	0,96%
RhönEnergie	460.350,00	62.668,40	460.350,00	62.668,40	464.665,00	100.155,03
	Eigenkap.rendite	13,61%	Eigenkap.rendite	13,61%	Eigenkap.rendite	21,55%
Sparkasse	55.944.832,17	0,00	55.944.832,17	0,00	55.944.832,17	0,00
	Eigenkap.rendite	0%	Eigenkap.rendite	0%	Eigenkap.rendite	0%

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen

Unter dieser Position sind die Zinsdiensthilfen, die im Rahmen der Schutzschirmvereinbarung vom Land an den Vogelsbergkreis gezahlt werden, etatisiert.

15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Diese Position beinhaltet eine am Verlust des Geschäftsjahres 2014 orientierte Zuweisung an die Kreiskrankenhaus Alsfeld GmbH zur Liquiditätssicherung. Die im letzten Jahr zusätzlich veranschlagten Aufwendungen in Höhe von 200.000 € zur Vorbereitung einer möglichen Fusion sind nicht erneut vorgesehen.

21 Finanzerträge

Für Guthaben auf Kontokorrentkonten und kurzfristige Geldanlagen sind aufgrund des niedrigen Zinsniveaus kaum Erträge zu erwirtschaften, es werden 1.000 € angesetzt.

Bedeutsamer sind die erwarteten Gewinnausschüttungen des ZOV (904.600 €) und der RhönEnergie Osthessen (60 T€) jeweils in der Größenordnung des Vorjahresergebnisses.

22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Ansatz berücksichtigt die Zinsen für Investitionskredite (677.700 €) sowie die Zinsen für Kassenkredite und Kontokorrentzinsen (1.301.000 €). Kassenkreditzinsen wurden mit einem jahresdurchschnittlich zu verzinsenden Betrag von 102 Mio. € kalkuliert. Aufgrund der Schutzschirmvereinbarung werden zudem die an die WI-Bank zu zahlen Zinsen für die erfolgte Entschuldung in Höhe von 614.850 € eingeplant (Gegenposition zu Pos. 7).

Weitere 493.500 € sind als Aufwand aus der Auflösung von Ansparraten für Investitionsfondskredite etatisiert. Diese sind zur periodengerechten Zuordnung gleichmäßig auf die gesamte Laufzeit der Kredite zu verteilen.

29 Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen

Der auf den Bereich der Schulen entfallende Zinsanteil an den Investitionskrediten und die Auflösung der Ansparraten für den Investitionsfonds B in Höhe von insgesamt 943.200 € ist dem Budget 40 – Schulen und Liegenschaften zuzurechnen (Gegenbuchung bei Produkt 243000).

Teilhaushalt/Budget

20 Finanzen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	523.000	0	3.204.000	3.087.319,45	21.692.131	19.600.131	
3.	823 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	15.000,00	30.000	30.000	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	523.000	0	3.204.000	3.102.319,45	21.722.131	19.630.131	
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-1.050.000	0	-3.050.000	-92.979,00	-17.206.776	-5.006.776	
3.	842 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-22.004,67	-4.065.846	-4.065.846	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	-620,96	-78.641	-78.641	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.320	0	-397.630	-3.244,28	-422.474	-409.194	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.053.320	0	-3.447.630	-118.848,91	-21.773.738	-9.560.458	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-530.320	0	-243.630	2.983.470,54	-51.606	10.069.673	

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
 Produkt 11140 Haushaltsplanung, Finanzcontrolling, Rechnungswesen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.590	0	-1.240	-1.528,77	-12.506	-6.146	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.590	0	-1.240	-1.528,77	-12.506	-6.146	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.590	0	-1.240	-1.528,77	-12.506	-6.146	

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
 Produkt 11150 Zahlungs- und Forderungsmanagement

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungs-ermächtigungen	2015		Gesamt-auszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.730	0	-1.390	-1.715,51	-14.968	-8.048	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.730	0	-1.390	-1.715,51	-14.968	-8.048	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.730	0	-1.390	-1.715,51	-14.968	-8.048	

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
 Produkt 42100 Sportförderung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-50.000	0	-50.000	-85.479,00	-391.776	-191.776	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-50.000	0	-50.000	-85.479,00	-391.776	-191.776	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-50.000	0	-50.000	-85.479,00	-391.776	-191.776	

42100 Sportförderung**Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt****1 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen**

Die aktuellen Sportförderrichtlinien sehen vor, dass Baumaßnahmen und Sanierungen vereinseigener Sportstätten, soweit sie der Sportausübung im öffentlichen Interesse dienen, mit 10 % der zuwendungsfähigen Gesamtkosten gefördert werden. Zuschüsse ab einem Betrag von 3.000 € werden als Investitionszuschuss aktiviert und sind daher im Finanzhaushalt zu veranschlagen. Für das Haushaltsjahr 2016 wird wie in den Vorjahren ein Ansatz in Höhe von 50.000 € vorgesehen, der Betrag reicht erfahrungsgemäß aus, um alle abrechnungsfähigen Anträge zu bedienen.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
 Produkt 60000 Maßnahmen Konjunkturprogramm 2009

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahres- abschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungs- ermächtigungen	2015		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	523.000	0	523.000	530.319,45	8.458.131	6.366.131	
3.	823 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	15.000,00	30.000	30.000	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	523.000	0	523.000	545.319,45	8.488.131	6.396.131	
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0	0	0	-7.500,00	-1.815.000	-1.815.000	
3.	842 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-22.004,67	-4.065.846	-4.065.846	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	-620,96	-78.641	-78.641	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	0	0	0	-30.125,63	-5.959.487	-5.959.487	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	523.000	0	523.000	515.193,82	2.528.644	436.644	

60000 Maßnahmen Konjunkturprogramm 2009**Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt****1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und –zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen**

Es handelt sich hierbei um den als Zuschuss auszuweisenden Tilgungsanteil des Landes an den Krediten des Sonderinvestitionsprogramms 2009, der in 2016 mit 523.000 € bilanziert wird.

Die Auszahlung des zugehörigen Tilgungsbetrages in Höhe von 677.000 € wird im Teilfinanzhaushalt nicht abgebildet, weil die Teilfinanzhaushalte lediglich die der Investitionstätigkeit zugeordneten Zahlungsvorgänge abbilden. Die Tilgung ist in dem im Finanzhaushalt unter Position 17 „Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und Anleihen“ ausgewiesenen Betrag enthalten.

Weil der Tilgungsanteil nicht als „echter“ Investitionszuschuss fließt, muss er bei der Ermittlung des zulässigen Investitionskreditbetrages unberücksichtigt bleiben, die zulässige Kreditaufnahme übersteigt den Teilsaldo „Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit“ des Finanzhaushalts um diesen Betrag.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
 Produkt 61100 Steuerangelegenheiten, Finanzausgleich

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	2.681.000	2.557.000,00	13.234.000	13.234.000	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	2.681.000	2.557.000,00	13.234.000	13.234.000	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0	0	2.681.000	2.557.000,00	13.234.000	13.234.000	

61100 Steuerangelegenheiten, Finanzausgleich**Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt****1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und –zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen**

Für das Haushaltsjahr 2016 erfolgt unter dieser Position kein Ansatz weil im Rahmen der Neuregelungen des Kommunalen Finanzausgleichs die allgemeine Investitionspauschale und Schulbaupauschale abgeschafft wurde.

Zwar lässt das neu gefasste Finanzausgleichsgesetz (FAG) zu, einen Teil der allgemeinen Deckungsmittel des Ergebnishaushalts in den Finanzhaushalt zu überführen, die für den Vogelsbergkreis nach der Mitteilung des HMdF vom 06.10.2015 errechneten allgemeinen Finanzausweisungen sind jedoch nicht ausreichend bemessen, um die Ausfälle aus den seither erhaltenen besonderen Finanzausweisungen und Investitionspauschalen zu kompensieren. Weil der Kreisumlagehebesatz im ersten Jahr des neuen FAG vom Land vorgegeben wurde und unklar ist, ob der Anteil der seitherigen Schulbaupauschale auf die Schulumlage umgelegt werden kann, wurde für 2016 auf diese Mittelumschichtung verzichtet. Für die Folgejahre ist dies in dem Umfang, um den die Umlagen erhöht werden können, wieder vorgesehen.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
 Produkt 61200 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-1.000.000	0	-3.000.000	0,00	-15.000.000	-3.000.000	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	-395.000	0,00	-395.000	-395.000	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.000.000	0	-3.395.000	0,00	-15.395.000	-3.395.000	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.000.000	0	-3.395.000	0,00	-15.395.000	-3.395.000	

61200 Vermögen- und Schuldenverwaltung

Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

1 **Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen**

Für die grundlegende Sanierung des Kreiskrankenhauses Alsfeld sieht das Investitionsprogramm in den Jahren 2016 bis 2019 Auszahlungen von insgesamt 12 Mio. € vor, davon 1 Mio. € in 2016, die restlichen 11 Mio. € in den Jahren 2017 bis 2019 (siehe auch Vorbericht). Der Gesamtbetrag entspricht der Summe, die auch im Investitionsprogramm 2015 bis 2018 bereits vorgesehen und mit dem Land Hessen als für die Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser verantwortlicher Instanz abgestimmt war. Auch vom Land wird weiterhin ein Betrag in mindestens dieser Größenordnung erwartet. Der im Kreishaushalt für das Jahr 2016 angesetzte Betrag ist zunächst als Anlaufrate gedacht, da die Sanierungsentscheidung gegebenenfalls auch von den Ergebnissen des eingeleiteten Interessenbekundungsverfahrens beeinflusst wird. In welcher Form und in welchen zeitlichen Tranchen die eingeplante Beteiligung des Kreises realisiert wird, ist daher derzeit noch offen.

Teilhaushalt/Budget 30 Rechtsangelegenheiten

Budgetverantwortung

Dr. Arno Wettlaufer

Produkte

11170 Rechtsangelegenheiten

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	1.000	0,00
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	3.000	3.000	9.466,98
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	3.000	4.000	9.466,98
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-121.970	-107.850	-101.421,85
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-19.230	-20.550	-30.117,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-42.000	-42.000	-62.221,90
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-183.200	-170.400	-193.760,75
20.	=	Verwaltungsergebnis	-180.200	-166.400	-184.293,77
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-180.200	-166.400	-184.293,77
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-180.200	-166.400	-184.293,77
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-180.200	-166.400	-184.293,77

11170 **Rechtsangelegenheiten**

Verantwortlich: Herr Dr. Arno Wettlaufer

Beschreibung: Führung der Rechtsstreitigkeiten des Vogelsbergkreises in der Sozialgerichtsbarkeit, der Verwaltungsgerichtsbarkeit, der Zivilgerichtsbarkeit einschließlich Arbeitsgerichtsbarkeit sowie der Finanzgerichtsbarkeit.
 Rechtliche Beratung des Landrates, der Kreisgremien, der Ämter der Kreisverwaltung (ohne das Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten (AAO) sowie von Gesellschaften und Zweckverbänden, an denen der Vogelsbergkreis beteiligt ist, und - in Einzelfällen - von kreisangehörigen Gemeinden.
 Durchführung von Anhörungsverfahren in Widerspruchsangelegenheiten der Kreisverwaltung (ohne AAO) und von OWi-Verfahren (insbesondere in Bauangelegenheiten).
 Ausbildung von Rechtsreferendaren in der Verwaltungsstation und von Jura-Studenten im Rahmen der praktischen Studienzeit.

Grundlage: Prozessführung: SGG, VwGO, ZPO/ArbGG, FGO; Beratung: fachspezifische Rechtsvorschriften; Anhörungsverfahren: §§ 7-12 HAGVwGO; Owi-Verfahren: OwiG; Ausbildung: § 34 und § 9 Abs. 1 Nr. 3 HessJAG

Ziele: Beratung in rechtlichen Angelegenheiten sowie Herstellung von Rechtssicherheit

Kennzahlen: Anzahl neue Rechtsstreite, Behördliche Kostenfestsetzungsverfahren, Anzahl der beim Anhörungsausschuss registrierten Widerspruchsverfahren

	2012	2013	2014
Anzahl der neuen Rechtsstreite	173	74	91
Behördl. Kostenfestsetzungsverfahren	47	29	39
Anzahl der beim Anhörungsausschuss registrierten Widerspruchsverf. des Rechtsamtes	49	48	90

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte**
 Der Bereich der Bußgelder in Bauangelegenheiten wurde ans Amt für Bauen und Umwelt abgegeben. Die zu erhebenden Gebühren werden zukünftig im anderen Fachamt abgebildet. Der Haushaltsansatz wurde daher vollständig gestrichen.
- 3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen**
 Es handelt sich um Rückflüsse von Gerichtskosten. Dieser Haushaltsansatz steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den geführten Rechtsstreitigkeiten und wird auf gesetzlicher Grundlage gehandhabt.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
 Es handelt sich um sachliche Aufwendungen für die Führung der Rechtsstreitigkeiten des Vogelsbergkreises sowie für die Kostenfestsetzungsverfahren, die aufgrund von Erstattungsverpflichtungen durchgeführt werden. Sämtliche Aufwendungen haben eine gesetzliche Grundlage und sind durch das Rechtsamt regelmäßig nicht steuerbar.

Teilhaushalt/Budget 30 Rechtsangelegenheiten
 Produkt 11170 Rechtsangelegenheiten

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-730	0	-590	-728,92	-7.141	-4.221	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-730	0	-590	-728,92	-7.141	-4.221	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-730	0	-590	-728,92	-7.141	-4.221	

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten

Budgetverantwortung

Siegfried Simon

Produkte

 11180 Kommunalaufsicht
 12100 Kommunalwahlen und sonstige Wahlen
 12200 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten
 12600 Angelegenheiten des überörtlichen Brandschutzes
 12700 Organisation des Rettungsdienstes
 12800 Zivil- und Katastrophenschutz

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	25.000	25.000	30.453,28
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.303.100	1.934.100	1.786.311,65
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	998.200	998.200	1.005.489,78
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	83.000	71.500	64.925,73
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	14.260	14.260	14.258,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	15.500	15.000	17.318,65
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	3.439.060	3.058.060	2.918.757,09
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-3.012.110	-2.780.030	-2.608.900,86
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-15.840	-20.800	-16.405,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-654.000	-373.500	-344.104,89
14.	66	Abschreibungen	-131.900	-51.580	-82.453,92
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-84.300	-55.200	-53.907,93
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-60.000	-79.600	-84.577,40
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-3.958.150	-3.360.710	-3.190.350,00
20.	=	Verwaltungsergebnis	-519.090	-302.650	-271.592,91
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-519.090	-302.650	-271.592,91
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-4.462,98
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-4.462,98
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-519.090	-302.650	-276.055,89
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-519.090	-302.650	-276.055,89

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
 Produkt 11180 Kommunale Rechtsaufsicht

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	200	200	0,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	200	200	0,00
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-109.910	-107.600	-104.366,12
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-10.000	0	0,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-119.910	-107.600	-104.366,12
20.	=	Verwaltungsergebnis	-119.710	-107.400	-104.366,12
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-119.710	-107.400	-104.366,12
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-119.710	-107.400	-104.366,12
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-119.710	-107.400	-104.366,12

11180 Kommunale Rechtsaufsicht

Verantwortlich:	Herr Siegfried Simon
Beschreibung:	Allgemeine Rechtsaufsicht über die Gemeinden und Verbände; Anwendung förmlicher Aufsichtsmittel; Stellungnahmen und Entscheidungen zu Eingaben, Petitionen und Beschwerden; Aufgabenwahrnehmung des Dienstvorgesetzten in Disziplinarangelegenheiten gegenüber kommunalen Wahlbeamten; Erstattung von Ehrensold; Mitwirkung in Verfahren zur Verleihung von Orden und Pflegemedailles; Verleihung von Landesehrenbriefen; Genehmigungen der Gründungen, Erweiterungen, Auflösungen und Satzungsänderungen von Wasser-, Boden- und Zweckverbänden; Geschäftsstelle des Anhörungsausschusses, Rentenversicherungsangelegenheiten
Grundlage:	Hess. Gemeindeordnung; Hess. Landkreisordnung; Hess. Disziplinargesetz; Aufwandsentschädigungsgesetz; Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen; Pflegemedaille-Stiftungserlass; Ehrenbrief-Stiftungserlass; Wasserverbandsgesetz; Hessisches Wasserverbandsgesetz; Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit; HessAGVwGO; Sozialgesetzbuch
Ziele:	Sicherstellung, dass die Gemeinden und Verbände im Einklang mit den Gesetzen verwaltet und dass die im Rahmen der Gesetze erteilten Weisungen von den Gemeinden befolgt werden; kundenorientierte Umsetzung des Sozialversicherungsrechts.
Kennzahlen:	Anzahl und Art der behördlichen Maßnahmen zur rechtskonformen Umsetzung der sich aus den vorgegebenen Determinanten des Zuständigkeitsbereichs (z. B. Zahl der Einwohner, Gemeinden, Verbände, Jagdbezirke, Ehrensoldempfänger) ergebenden gesetzlichen Pflichtaufgaben.

Anzahl	2012	2013	2014
Entscheidungen, Maßnahmen	159	183	237
Stellungnahmen:	63	55	67
Angelegenheiten der Rentenversicherung	745	638	580

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Da ein laufender Rechtsstreit beim Verwaltungsgerichtshof (VGH) anhängig ist, wird ein Ansatz von 10.000 € etatisiert. Auf Grund der zunehmenden Komplexität der anfallenden Vorgänge (z.B. bei der Anwendung aufsichtsbehördlicher Zwangsmittel) könnte es notwendig werden, Beratungsleistungen bei entsprechend spezialisierten Sachverständigen in Anspruch zu nehmen. Diese würden im Konto 6771 Aufwendungen für Sachverständige, Rechtsanwälte und Gerichtskosten verbucht.

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
 Produkt 12100 Kommunalwahlen und sonstige Wahlen

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	0	0	4.094,78
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	0	0	4.094,78
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-23.210	-22.690	-22.483,42
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-60.000	-5.000	0,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-83.210	-27.690	-22.483,42
20.	=	Verwaltungsergebnis	-83.210	-27.690	-18.388,64
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-83.210	-27.690	-18.388,64
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-83.210	-27.690	-18.388,64
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-83.210	-27.690	-18.388,64

12100 Kommunalwahlen und sonstige Wahlen

Verantwortlich: Herr Siegfried Simon

Beschreibung: Durchführung von Kommunalwahlen und Direktwahlen; Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben im Wahlkreis bei Wahlen zum Europäischen Parlament, zum Hessischen Landtag sowie im Rahmen von Volksabstimmungen, Volksentscheiden und Volksbegehren; Mitwirkung in kommunalen Wahlprüfungsverfahren

Grundlage: Europa-, Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlgesetz

Ziele: Ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen und Abstimmungen

Kennzahlen: Einhaltung der wahlrechtlichen Vorgaben und Fristen

Art der Wahl	2012	2013	2014
Landtagswahl (LTW), Europawahl (EW) Kreistagswahl (KW), Direktwahl Landrat (DW) Stichwahl Landrat (SW), Volksabstimmung (VA)	Keine Wahlen	LTW	EW
Wahlberechtigte	-	86.907	86.636

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Für die in 2016 durchzuführenden Kommunalwahlen werden keine Kostenersatzleistungen und -erstattungen gewährt.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Am 06.03.2016 finden Kreistagswahlen statt. Dabei entstehen dem Vogelsbergkreis Kosten für die Durchführung der Wahlen. Diese werden mit einem Ansatz in Höhe von 60.000 € im Haushalt etatisiert.

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
 Produkt 12200 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.078.100	1.059.100	1.283.350,65
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	976.000	976.000	979.104,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	7.000	7.000	8.657,65
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	2.061.100	2.042.100	2.271.112,30
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.719.880	-1.611.340	-1.540.268,50
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-7.250	-6.980	-9.717,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-158.500	-153.500	-130.003,75
14.	66	Abschreibungen	0	0	-36.620,69
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-19.600	0	0,00
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-60.000	-79.600	-84.577,40
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.965.230	-1.851.420	-1.801.187,34
20.	=	Verwaltungsergebnis	95.870	190.680	469.924,96
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	95.870	190.680	469.924,96
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	95.870	190.680	469.924,96
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	95.870	190.680	469.924,96

12200

Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Verantwortlich:	Herr Siegfried Simon
Beschreibung:	<p>1. <u>Ausländerbehörde</u></p> <p>a) Entscheidung über Aufenthalts- sowie Arbeitsgenehmigungen, aufenthaltsbeendende Maßnahmen, Integrationsmaßnahmen, Visa-Angelegenheiten</p> <p>b) Mitwirkung bei Einbürgerungen</p> <p>c) Staatsangehörigkeitsfeststellungsverfahren</p> <p>d) Namensänderungen</p> <p>e) Standesamtsaufsicht</p> <p>2. <u>Waffen-, Jagd-, Gewerbe- und Ordnungsbehörde</u></p> <p>a) Maßnahmen im Waffen- und Sprengstoffwesen</p> <p>b) Maßnahmen im Jagd- und Fischereiwesen</p> <p>c) Überwachung und Erlaubniserteilung im Bereich Gaststätten und Gewerbe</p> <p>d) Fachaufsicht und Maßnahmen im Versammlungswesen und allgemeinen Ordnungsrecht</p> <p>e) Gewährung von Unterhaltssicherungsleistungen an Wehrpflichtige</p> <p>3. <u>Verkehrsbehörde</u></p> <p>a. Lenkung des Straßenverkehrs (z. B. durch Verkehrszeichen- und Einrichtungen, Genehmigung von Großraum- und Schwerverkehr sowie von Veranstaltungen auf Straßen, Gefahrgutüberwachungsmaßnahmen</p> <p>b. Entscheidungen über die Zulassung von Fahrzeugen, Überwachung der Halterpflichten, Zwangsmaßnahmen</p> <p>c. Entscheidungen in Fahrerlaubnisangelegenheiten, Maßnahmen nach dem Mehrfachtäterpunktesystem, Nachschulungsanordnungen</p>
Grundlage:	<p>1. AufenthG, AufenthV, FreizügG/EU, BeschV, BeschVerfV, AsylVfG, IntV, VAHAufenthG, StAG, PStG, PStV, NamÄndG</p> <p>2. WaffG, HSOG, USG, GewO, HWO, GastG, SchwarzArbG, BJagdG, HJagdG, HfischG, VersammlungsG</p> <p>3. HStrG, StVG, StVO, StVZO, FZV, GGBefG, FStrG, FeV, EG-Führerscheinrichtlinien, PBefG, IntKfzVO, BKrFQG, EG-FGV, GeBOST</p>
Ziele:	<p><u>Umsetzung der gesetzlich vorgegebenen Pflichtaufgaben:</u></p> <p>1. im Bereich des Aufenthalts- und Asylrechts, Personenstandswesens, Staatsangehörigkeitsrechts</p> <p>2. zur Sicherstellung des Allgemeinen Ordnungsrechts, Waffen-, Jagd-, Fischerei- und Wirtschaftsverwaltungsrechts</p> <p>3. zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung des Straßenverkehrs</p>
Kennzahlen:	Anzahl und Art der behördlichen Maßnahmen zur rechtskonformen Umsetzung der sich aus den vorgegebenen Determinanten des Zuständigkeitsbereichs (z. B. Anzahl der Einwohner, Gemeinden, Ausländer, Gewässer, Abwasseranlagen, Lagerstätten, Schäden, Waffenrechtsinhaber, Jagdausübungsberechtigten, Jagdbezirke, Inhaber gaststätten- oder gewerberechtl. Erlaubnisse, Wehrpflichtigen, Straßenkilometer, Fahrerlaubnisinhaber, Kraftfahrzeuge) ergebenden gesetzlichen Pflichtaufgaben.

Art und Anzahl der Maßnahmen		2012	2013	2014
zu 1 a:	Bescheide, Stellungnahmen	3.015	3.186	4.130
zu 1 b:	Beratung, Vorprüfung	51	52	87
zu 1 c:	Bescheide	13	18	17
zu 1 d:	Bescheide	12	7	9
zu 1 e:	Prüfungen und Beischreibungen in Standesämtern (Anzahl Standesämter)	18	18	18
zu 2 a:	Erlaubnisentscheidungen , Widerrufsbescheide, Kontrollen*	4.216	2.412	2.994
zu 2 b:	Erlaubnisentscheidungen , Widerrufsbescheide, Prüfungen	1.287	1.423	1.745
zu 2 c:	Kontrollen, Abnahmen, Stellungnahmen, Erteilung und Widerruf von Erlaubnissen	1.667	1.592	1.501
zu 2 d:	(Widerspruchs-) Bescheide, Erlaubnisentscheidungen, Widerrufsbescheide, fachaufsichtliche Beratungen	71	53	47
zu 2 e:	Bescheide über die Leistungsgewährung	50	45	34
zu 3 a:	Lenkung des Straßenverkehrs (StVO, Fahrgutgesetz, PBefG, etc.)	1.950	2.073	2.571
zu 3 b:	Zulassung von Fahrzeugen zum Straßenverkehr	27.794	27.177	26.806
zu 3 c:	Zulassung von Personen zum Straßenverkehr	5.498	5.265	5.883
Summe Verkehrsbehörde		35.242	34.515	35.260

* Die Abnahme der Fälle im Waffenrecht erklärt sich daraus, dass in 2013 keine "Großaktionen" durchgeführt wurden. Es wurden also nicht wie in den Vorjahren alle Waffenbesitzer angeschrieben wg. Aufbewahrung und/oder Gebührenerhebung Regelüberprüfung. In 2014 wird die Fallzahl wieder steigen.

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte

Der Ansatz umfasst die Erträge aus den Verwaltungsgebühren und Bußgeldern der Bereiche Führerschein- und Zulassungswesen und sonstige Verkehrsangelegenheiten, Ausländer-, Personenstands- und Staatsangehörigkeitsrecht sowie den Waffen-, Jagd-, Fischerei- und Gewerbeangelegenheiten.

2016 wird im Bereich des Zulassungswesens mit höheren Verwaltungsgebühren durch die Zunahme der Zulassungen gerechnet (siehe Pos. 16). Weiter sind für den Bereich der Waffenbehörde mit Mehreinnahmen in Höhe von ca. 24.000 € zu rechnen. Alle 3 Jahre muss eine Regelüberprüfung der Waffenbesitzer erfolgen. Die Gebühren von rund 2.000 geprüften Personen werden im Jahr 2016 erhoben. Auch im Bereich der Jagdbehörde ist im Vergleich zum Vorjahr eine erhebliche Änderung eingetreten. Jagdscheine haben grundsätzlich eine

Gültigkeit von 3 Jahren. Im Jahr 2016 wird mit weniger Einnahmen gerechnet, da eine Verlängerung in diesem Jahr nur bei wenigen Personen vorgesehen ist.

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Es handelt sich um die Erstattung des Landes gemäß § 5 Kommunalisierungsgesetz und beinhaltet Personalkosten zum Stichtag 31.12.2004 sowie anteilige Sachkosten und einen Pauschbetrag von jährlich 1.700 € pro beihilfeberechtigtem Bediensteten zum Stichtag 31.12.2004.

9 Sonstige Ordentliche Erträge

Hierbei handelt es sich insbesondere um Gebühren aus Altfällen und sonstigen betrieblichen Erträgen. Der Ansatz ist an die Rechnungsergebnisse der letzten Jahre angepasst worden.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Ansatz beinhaltet schwerpunktmäßig den Aufwand zum Erwerb von Kfz-Plaketten und Führerscheinen in Höhe von 80.000 €, die vertragliche Vergütung für die im Auftrag der Zulassungsstelle durchgeführten Entstempelungen von Kraftfahrzeugen in Höhe von 25.000 € sowie die Beschaffung von Aufenthaltsbescheinigungen (elektronische Aufenthaltstitel) in Höhe von 25.000 €.

15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Es handelt sich um die Weiterleitung der Jagdabgabe (18.500 €) und die Weiterleitung der Gebühreneingänge für Jägerprüfungen (1.100 €). Wie in Pos. 2 beschrieben reduziert sich folglich auch die Weiterleitung der Jagdabgabe, da weniger Jagdscheine verlängert werden müssen.

Die Aufwendungen für die Weiterleitung der Jagdabgabe und der Gebühren für die Jägerprüfungen werden ab dem Haushaltsjahr 2016 unter der Position 15 (früher unter Pos. 16) abgebildet, da es sich um Kostenerstattungen handelt.

16 Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen

Es handelt sich hierbei um Weiterleitung der KBA-Gebühren (60.000 €). Die entsprechenden Erträge hierzu fließen in die Pos. 2 ein. Durch die steigende Anzahl an Zulassungen wird der Ansatz für die KBA-Gebühren um 5.000 € erhöht.

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
 Produkt 12600 Angelegenheiten des überörtlichen Brandschutzes

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	25.000	25.000	30.453,28
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	25.000	25.000	7.219,00
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	35.000	35.000	31.193,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	11.330	11.330	11.328,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	96.330	96.330	80.193,28
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-203.230	-210.910	-53.906,07
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-4.150	-6.620	-2.675,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-132.000	-72.000	-109.790,63
14.	66	Abschreibungen	-77.640	-26.610	-23.404,00
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-55.200	-55.200	-53.907,93
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-472.220	-371.340	-243.683,63
20.	=	Verwaltungsergebnis	-375.890	-275.010	-163.490,35
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-375.890	-275.010	-163.490,35
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-4.462,98
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-4.462,98
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-375.890	-275.010	-167.953,33
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-375.890	-275.010	-167.953,33

12600 **Angelegenheiten des überörtlichen Brandschutzes**

Verantwortlich:	Herr Dr. Sven Holland
Beschreibung:	Überörtlicher Brandschutz, Fachaufsicht über örtl. Feuerwehren, Feuerwehrleistungsübungen, Statistiken Abstimmung Alarmpläne Vorbeugender Brandschutz, brandschutztechn. Stellungnahmen, Durchführung Brand- /Gefahrenverhütungsschauen Durchführung von Feuerwehrlehrgängen, Festlegung jährl. Lehrgangsplan, organisatorische Durchführung und Prüfungsabnahme
Grundlage:	Hess. Gesetz über Brandschutz und Allgem. Hilfen und den Katastrophenschutz, ergänzende Verordnungen und Feuerwehrdienstvorschriften ergänzende Gesetze.
Ziele:	Sicherstellung des Brandschutzes auf Kreisebene Ausbildung der Feuerwehr durch Feuerwehrlehrgänge
Kennzahlen:	Zahl der durchgeführten Feuerwehrlehrgänge und Teilnehmerzahlen Zahl der durchgeführten Gefahrenverhütungsschauen Tätigkeiten im Baugenehmigungsverfahren Zahl der brandschutztechnischen Stellungnahmen

Zahl der durchgeführten Feuerwehrlehrgänge und Teilnehmerzahlen:

Art des Lehrgangs	2012		2013		2014	
	Anzahl	Teilnehmer	Anzahl	Teilnehmer	Anzahl	Teilnehmer
Grundlehrgang	4	120	4	113	4	121
Sprechfunklehrgang	4	74	3	56	5	93
Atemschutzlehrgang	4	76	1	24	3	64
Maschinenlehrgang	2	46	4	65	2	42
Truppführerlehrgang	3	73	2	46	2	44
CSA			1	9	2	17

Zahl der tatsächlich durchgeführten, objektbezogenen Gefahrenverhütungsschauen

	2012	2013	2014
Anzahl	17	3	21

Tätigkeiten im Baugenehmigungsverfahren:

	2012	2013	2014
Anzahl	246	309	268

Zahl der brandschutztechnischen Stellungnahmen:

	2012	2013	2014
Anzahl	87	102	146

- Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt**
- 1 Privatrechtliche Leistungsentgelte**
Bei diesen Entgelten in Höhe von 25.000 € handelt es sich um die Erstattung der Kommunen für die Atemschutzstrecke. Es werden für die Ausbildung regelmäßig Durchgänge an der Atemschutzstrecke für die Einsatzkräfte der Städte und Gemeinden angeboten.
- 2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte**
Der Ansatz für die Gefahrenverhütungsschauen wird für das Jahr 2016 nicht verändert und daher mit 25.000 € etatisiert (100 Veranstaltungen a. 250 €).
- 7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgem. Umlagen**
Es handelt sich um den Zuschuss für die Feuerwehrausbildung.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Die Aufwendungen setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:
- 35.000 € Unterhaltungsaufwand Atemschutzstrecke (notwendig für Betrieb der Anlage)
 - 15.000 € 6- Jahresprüfung Atemschutzgeräte inkl. Ersatzteilbeschaffung
 - 29.500 € Ersatzbeschaffung von 24 Atemschutzgeräte und 54 Atemschutzmasken
 - 2.000 € Kosten für Wettkämpfe, Ausbildung
 - 35.000 € Feuerwehrausbildung
Hier werden die Aufwendungen im Rahmen der Feuerwehrausbildung verbucht, die durch den Zuschuss vom Land ausgeglichen werden (Pos. 7)
 - 3.500 € Ausstattung Brandschutzaufsichtsdienst
 - 1.000 € Schutz- und Dienstkleidung
 - 1.000 € Aufwendung für die Brandschutzerziehung
 - 10.000 € Unterhaltungsaufwendungen für eigene Fahrzeuge und Ausrüstung
- 14 Abschreibungen**
Die Landkreise haben aufgrund § 4 (2) des Hessischen Gesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfen und den Katastrophenschutz (HBKG) die bei Einrichtungen und Anlagen des überörtlichen Brandschutzes und der Allgemeinen Hilfe gegenüber den örtlichen Bedürfnissen anfallenden Mehrkosten zu tragen. Dieser Verpflichtung kommt der Vogelsbergkreis durch eine pauschale 10%ige Beteiligung der zuwendungsfähigen Kosten entsprechender Ausrüstungen und Anlagen, die überörtlich genutzt werden, nach. Etatisiert wurden hierzu unter dem Produkt Brandschutz die Abschreibungen auf vergebene aktivierungsfähige Zuschüsse sowie auf die Atemschutzübungsstrecke.
- 15 Aufwendungen für Zuweisungen u. Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwendungen**
Die Aufwendungen setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:
- 47.000 € Aufwendungen überörtlicher Brandschutz
Der Vogelsbergkreis beteiligt sich an den Kosten der Feuerwehren mit überörtlichen Aufgaben. Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe gem. § 4 (1) HBKG.
 - 8.200 € Zuweisung Kreisfeuerwehrverband
Zuschuss an Kreisfeuerwehrverband und Kreisjugendfeuerwehr

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
 Produkt 12700 Organisation des Rettungsdienstes

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.200.000	850.000	495.742,00
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	22.000	22.000	22.291,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	2.930	2.930	2.930,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	8.500	8.000	8.661,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	1.233.430	882.930	529.624,00
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-896.360	-797.910	-832.647,12
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-2.580	-4.040	-2.341,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-209.000	-81.000	-65.283,55
14.	66	Abschreibungen	-41.720	-12.430	-18.877,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.149.660	-895.380	-919.148,67
20.	=	Verwaltungsergebnis	83.770	-12.450	-389.524,67
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	83.770	-12.450	-389.524,67
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	83.770	-12.450	-389.524,67
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	83.770	-12.450	-389.524,67

12700 Organisation des Rettungsdienstes

Verantwortlich:	Herr Dr. Sven Holland
Beschreibung:	Rettungsdienst - Bereichsplanung - Geschäftsführung Bereichsausschuss Überprüfung Leistungserbringer Rettungsdienst Sicherstellung rettungsdienstl. Versorgung bei größeren Schadensereignissen Betrieb zentrale Leitstelle Rettungsdienst Gebührenabwicklung Rettungsdienstgebührensatzung
Grundlage:	Hess. Rettungsdienstgesetz – DIN Vorschriften
Ziele:	Versorgung der Kreisbevölkerung mit rettungsdienstlichen Leistungen
Kennzahlen:	Zahl der rettungsdienstlichen Leistungen gem. Leitstellenstatistik

Leistung	2012	2013	2014
Krankentransport	2.307	2.691	2.953
Notfalltransport	9.433	9.627	9.699
Rettungshubschrauber	143	122	167
NEF	3.379	3.739	3.522
Kein Einsatz/Transport	1.320	1.486	1.588

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte**
Die Planung erfolgt anhand der neu errechneten Leitstellengebühr. Im Haushalt 2016 sind Erträge in Höhe von 1.200.000 € zu etatisieren.
- 3 Kostenersatzleistung und -erstattung**
Die Erstattung der Personalaufwendungen durch das Land erfolgt gem. § 8 des hessischen Rettungsgesetzes mit einer Förderung von 0,20 € pro Einwohner.
- 8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen**
Auflösung von Sonderposten zwecks Beschaffung von Digitalfunk-Softwarekomponenten und -lizenzen für das Einsatzleitsystem der Leitstelle.

13

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

- 16.000 € Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätige
Der Vogelsbergkreis hat gemäß gesetzlicher Vorgaben einen Leitenden Notarzt und Organisatorischen Leiter vorzuhalten. Diese sind ehrenamtlich tätig. Die Aufwandsentschädigung richtet sich nach Landesvorgaben.
- 14.000 € Mehrbedarf durch Reorganisation der Aufwandsentschädigung für die Kreisbrandmeister
- 25.000 € Unterhaltungskosten und besondere Ausrüstungsgegenstände. Unterhaltung der Geräte und Fahrzeuge, die dem Kreis vom Land Hessen überlassen wurden und in dem Bereich des Fernmeldewesens, Umweltschutzes und bei besonderen Lagen eingesetzt werden.
- 8.000 € Ersatzbeschaffung Headsets und Betriebskosten Flottenserver
- 15.000 € Gutachter- und Beratungskosten. Der Ansatz wurde an die zu erwartenden Aufwendungen angepasst.
- 15.000 € Unfallversicherung Notärzte im Rettungsdienst
- 13.000 € Schutz und Dienstkleidung Leitstelle, OLRD, LNA
- 3.000 € Betriebskosten OLRD-Fahrzeug
- 100.000 € Kosten für Fachanwalt/Vergabeverfahren Rettungsdienst

Der Ansatz von 100.000 € ergibt sich auf Grund der Installation von neuen Rettungswachen im Vogelsbergkreis. Es ist mit Widerständen seitens der Krankenkassen und Mitbewerbern zu rechnen, da diese die Rettungswachen finanzieren müssen bzw. sich an der Vergabe beteiligen werden. Um juristischen Auseinandersetzungen vorbeugend reagieren zu können, wird entsprechend fachliche Unterstützung benötigt.

14

Abschreibungen

Dargestellt werden die vermögenswirksamen Anschaffungen auf dem Produkt direkt zugeordnete Einrichtung und Software.

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
 Produkt 12800 Zivil- und Katastrophenschutz

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	48.000	36.500	33.732,73
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	48.000	36.500	33.732,73
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-59.520	-29.580	-55.229,63
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-1.860	-3.160	-1.672,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-84.500	-62.000	-39.026,96
14.	66	Abschreibungen	-12.540	-12.540	-3.552,23
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-9.500	0	0,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-167.920	-107.280	-99.480,82
20.	=	Verwaltungsergebnis	-119.920	-70.780	-65.748,09
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-119.920	-70.780	-65.748,09
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-119.920	-70.780	-65.748,09
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-119.920	-70.780	-65.748,09

12800 Zivil- und Katastrophenschutz

Verantwortlich: Herr Dr. Sven Holland

Beschreibung: Zivil- und Katastrophenschutzplanung
 Aufstellen und Ausbilden Regie-Einheit des Landrates
 Zuweisung von Bundes-/Landesmittel für KatS-Einheiten
 Fachaufsicht KatS-Einheiten zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft
 KatS-Übungen
 Ernährungssicherstellung

Grundlage: Hess. Gesetz über Brandschutz und Allgem. Hilfen und den Katastrophenschutz

Ziele: Sicherstellung einer der jeweiligen Lage angepasste Gefahrenabwehr durch KatS-Einheiten/-einrichtungen
 Maßnahmen zur Aufrechterhaltung wichtiger Lebensgrundlagen im Verteidigungsfall

Kennzahlen: Anzahl und Umfang durchgeführter Übungen

Anzahl und Umfang durchgeführter Übungen

Ausbildung und Übungen	2012		2013		2014	
	Anzahl	Teilnehmerstd.	Anzahl	Teilnehmerstd.	Anzahl	Teilnehmerstd.
Stab/Techn. Einsatzleitung	14	883	12	900	2	120
Info/Kommunikation	7	462	14	380	10	420
G-ABC Zug	4	1.950	9	192	12	240
Sanitäts-/ Betreuungszug	26	2.550	72	3.663	27	2.650

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgem. Umlagen

Die Erträge setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

- 12.500,00 € Zuweisung für laufende Zwecke vom Bund
- 35.500,00 € Zuschuss Land für Fahrzeuge

13/15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie Zuweisungen und Zuschüsse

Die Aufwendungen setzten sich wie folgt zusammen:

- 7.000 € Aufwendungen für Fahrzeuge, Treibstoff, Versicherungsbeiträge
- 4.150 € Aufwendungen für Büromaterial, Berufskleidung/ Arbeitsschuttmittel
- 11.400 € Instandhaltung Einrichtungen und Ausstattungen, Lizenzen u. Konzessionen
- 1.000 € Mieten Stellplatz
- 1.500 € Telefonkosten
- 1.700 € Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung, Reisekosten
- 1.250 € Beiträge für Unfallversicherung, Berufsgenossenschaften
- 3.500 € Zuschuss an Gemeinden und sonstige Bereiche
- 48.000 € Weiterleitung/ Verwendung von Bundes-/Landeszuschüsse
- 9.500 € Zuschüsse für laufende Zwecke an Gemeinden und sonstige Bereiche unter Pos. 15

14 Abschreibungen

Der Abschreibungsansatz in Höhe von 12.540 € ist auf den Investitionszuschuss zum Isolierkrankenhaus in Schotten zurückzuführen.

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	14.648,73	14.648	14.648	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	14.648,73	14.648	14.648	
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-210.000	0	-60.000	-60.200,00	-977.800	-587.800	
2.	841 Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	-200.000	0	0	0,00	-200.000	0	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-64.500	0	-168.000	0,00	-294.919	-170.419	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.070	0	-820	-1.002,45	-7.124	-2.844	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-475.570	0	-228.820	-61.202,45	-1.479.843	-761.063	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-475.570	0	-228.820	-46.553,72	-1.465.195	-746.415	

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
 Produkt 12200 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-440	0	-360	-439,28	-3.489	-1.729	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-440	0	-360	-439,28	-3.489	-1.729	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-440	0	-360	-439,28	-3.489	-1.729	

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
 Produkt 12600 Angelegenheiten des überörtlichen Brandschutzes

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Gesamtwerte								
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-210.000	0	-60.000	-60.200,00	-664.200	-274.200	
2.	841 Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	-200.000	0	0	0,00	-200.000	0	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-21.500	0	0	0,00	-21.500	0	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-270	0	-200	-241,36	-1.572	-492	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-431.770	0	-60.200	-60.441,36	-887.272	-274.692	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-431.770	0	-60.200	-60.441,36	-887.272	-274.692	
Ohne Projektzuordnung								
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-210.000	0	-60.000	-60.200,00	-664.200	-274.200	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-21.500	0	0	0,00	-21.500	0	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-270	0	-200	-241,36	-1.572	-492	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-231.770	0	-60.200	-60.441,36	-687.272	-274.692	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-231.770	0	-60.200	-60.441,36	-687.272	-274.692	
V.22.7 Gebäude Atemschutzstrecke Alsfeld								
2.	841 Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	-200.000	0	0	0,00	-200.000	0	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-200.000	0	0	0,00	-200.000	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-200.000	0	0	0,00	-200.000	0	

12600 **Angelegenheiten des überörtlichen Brandschutzes**

Position: **Erläuterungen Teilfinanzhaushalt**

1 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen

Die Landkreise haben aufgrund § 4 (2) des Hessischen Gesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfen und den Katastrophenschutz (HBKG) die bei Einrichtungen und Anlagen des überörtlichen Brandschutzes und der Allgemeinen Hilfe gegenüber den örtlichen Bedürfnissen anfallenden Mehrkosten zu tragen. Dieser Verpflichtung kommt der Vogelsbergkreis durch eine pauschale 10%ige Beteiligung der zuwendungsfähigen Kosten entsprechender Ausrüstungen und Anlagen, die überörtlich genutzt werden, nach. Hier sind für 2016 60.000€ Investitionszuschüsse an die Gemeinden anzusetzen.

Im Zuge des Neubaus der Feuerwache Alsfeld wurde ein Stellplatz für das Fahrzeug Gerätewagen Atemschutz Strahlenschutz (GW-AS) geschaffen. Für den Stellplatz wird einmalig 150.000 € als Zuschuss gezahlt.

2 Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.

Die bestehende Atemschutzübungsanlage soll am jetzigen Standort weiterbetrieben werden. Dafür ist das Gebäude zu erwerben. Für das Jahr 2016 werden Mittel in Höhe von 200.000 € angesetzt.

4 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagenvermögen

Um im Ernstfall bedarfsgerechte Hilfe leisten zu können und entsprechende gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben zu erfüllen, ist es unerlässlich, dass der Vogelsbergkreis auch im Falle eines Chemikalienunfalls Einsatzbereit ist. Deshalb sind 6 neue Chemikalienschutzanzüge anzuschaffen. Dafür werden einmalig 21.500 € bilanziert.

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
 Produkt 12700 Organisation des Rettungsdienstes

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	14.648,73	14.648	14.648	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	14.648,73	14.648	14.648	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-43.000	0	-168.000	0,00	-273.419	-170.419	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-210	0	-150	-187,72	-1.218	-378	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-43.210	0	-168.150	-187,72	-274.637	-170.797	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-43.210	0	-168.150	14.461,01	-259.989	-156.149	

12700 Organisation des Rettungsdienstes

Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

4 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen

Damit es im Rahmen des Katastrophenschutzes der Leitstelle möglich gemacht werden kann, freie Krankenhausbetten abzufragen, wird das Programm IVENA eingeführt. Die Einführungskosten belaufen sich auf 18.000 €. Weiter werden 15.000 € für die Software-Schnittstelle C4-IVENA benötigt.

Als Investition ist vorgesehen, ein Einsatzfahrzeug für den organisatorischen Leiter des Rettungsdienstes anzuschaffen. Die veranschlagten Investitionskosten belaufen sich auf ca. 10.000 €.

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
 Produkt 12800 Zivil- und Katastrophenschutz

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0	0	0	0,00	-313.600	-313.600	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-150	0	-110	-134,09	-844	-244	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-150	0	-110	-134,09	-314.444	-313.844	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-150	0	-110	-134,09	-314.444	-313.844	

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften

Budgetverantwortung

Peter Schwärzel

Produkte

11160 Gebäudemanagement

20000 Sicherstellen des Schulbetriebs der Schulen im Vogelsbergkreis

24100 Schülerbeförderung

24300 Projekte und Initiativen des Schulträgers, Organisation der Schulverwaltung

24310 Betrieb eines Medienzentrums

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	70.000	582.000	541.078,00
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	510.000	0	22.200,54
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	604.500	581.500	528.339,05
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	399.440	402.250	411.785,67
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	431.600	437.700	496.346,48
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	2.015.540	2.003.450	1.999.749,74
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-6.146.350	-6.052.430	-5.935.948,85
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-52.570	-48.510	-96.316,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-14.817.040	-14.893.150	-14.591.226,93
14.	66	Abschreibungen	-3.465.620	-3.462.640	-3.363.208,06
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-879.000	-949.000	-889.165,41
18.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-380	-370	-1.641,46
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-25.360.960	-25.406.100	-24.877.506,71
20.	=	Verwaltungsergebnis	-23.345.420	-23.402.650	-22.877.756,97
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-23.345.420	-23.402.650	-22.877.756,97
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	48.430,09
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-384.602,29
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-336.172,20
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-23.345.420	-23.402.650	-23.213.929,17
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	13.526.760	34.863.430	34.326.640,52
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-13.364.570	-12.652.130	-11.689.331,91
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	162.190	22.211.300	22.637.308,61
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-23.183.230	-1.191.350	-576.620,56

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
 Produkt 11160 Gebäudemanagement

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	297.210	288.950	286.744,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	431.600	437.700	484.291,67
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	728.810	726.650	771.035,67
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-856.620	-835.990	-803.696,12
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-15.070	-14.520	-16.149,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-8.584.040	-8.705.150	-8.550.109,80
14.	66	Abschreibungen	-2.889.860	-2.896.010	-2.748.729,48
18.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-380	-370	-1.641,46
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-12.345.970	-12.452.040	-12.120.325,86
20.	=	Verwaltungsergebnis	-11.617.160	-11.725.390	-11.349.290,19
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-11.617.160	-11.725.390	-11.349.290,19
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	48.223,56
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-382.133,29
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-333.909,73
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-11.617.160	-11.725.390	-11.683.199,92
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	11.041.660	11.069.890	9.940.906,39
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-439.810	-446.050	-445.282,03
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	10.601.850	10.623.840	9.495.624,36
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.015.310	-1.101.550	-2.187.575,56

11160 Gebäudemanagement

Verantwortlich:	Frau Silke Kraft
Beschreibung:	Ingenieurleistungen bei Planung und baulicher Unterhaltung kreiseigener Immobilien, kaufmännische Leistungen bei deren Bewirtschaftung
Grundlage:	HBO, VOB, BGB, HGO, GemHVO, Kreistagsbeschlüsse
Ziele:	Ökonomisch und ökologisch optimiertes Bauen und Sanieren kreiseigener Liegenschaften, Reduzierung des Primärenergieaufwands und kostenoptimale Bewirtschaftung
Kennzahlen:	Erreichen der Passivhausbauweise bei allen Neubauten und angenähert bei allen Gesamtsanierungskonzepten, Reduzierung des durchschnittlichen Heizwärmebedarfs aller Liegenschaften von 125 kWh/m ² ,a auf 50 kWh/m ² ,a bis 2020 (Beurteilungsmaßstab "Heizgradtage")

Beschreibung	2012	2013	2014
Nettogrundfläche (NGF = alle Haupt- und Nebennutzflächen) in m²	220.245	220.379	217.893
Wärmeversorgung			
Heizenergieverbrauch gemessen in kWh	23.569.388	22.427.144	17.074.588
durchschnittlicher Heizenergieverbrauch je m ² Nettogrundfläche und Jahr	108	102	78
Heizgradtage in Kd (nach IWU Darmstadt) langjähriger Mittelwert = 2.319 Kd (100 %)	2.346	2.455	1.918
Abweichungen vom Mittelwert	1%	6%	-21%
Temperaturbereinigter Heizenergieverbrauch je m² NGF und Jahr auf Basis von 2.319 Kd (Kelvin * Heiztage)	106,8	96,1	94,7
Stromversorgung			
Stromverbrauch gemessen in kWh pro Jahr	4.101.201	4.230.848	4.183.786
durchschnittlicher Stromverbrauch je m² NGF und Jahr	18,6	19,2	19,2
Mittelwert aus Verbrauchssummen 2011 bis 2013 = 4084500 kWh/a			
prozentuale Entwicklung auf Basis des vg. Mittelwertes	0%	4%	2%

Über die Kennzahl Beurteilungsmaßstab "Heizgradtage" ist eine aussagekräftige Darstellung des Jahresheizenergieverbrauchs möglich, da dieser die tatsächlichen Temperaturverhältnisse eines Jahres widerspiegelt.

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

9

Sonstige ordentliche Erträge

Die Position umfasst folgende Ansätze:

- Erträge aus Vermietung, Verpachtung und Sonstigen Betriebskostenerstattungen 411.900 €
- Einnahmen aus Schadensfällen mit Erstattungsanspruch 19.700 €

Die sonstigen ordentlichen Erträge reduzieren sich insgesamt um 6.100 € gegenüber dem Vorjahr. Dies ist im Wesentlichen auf den Rückgang von Schadensfällen mit Erstattungsanspruch zurückzuführen.

13

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Position umfasst folgende Ansätze:

• Aufwand Ersteinrichtung	10.000 €
• Gebäudebewirtschaftungskosten (Energie, Wasser, Abwasser, Contracting)	3.241.200 €
• Kosten für Reinigungsmaterial	25.500 €
• Schadstoffuntersuchungen	10.000 €
• Bauunterhaltungskosten	2.066.000 €
• Sicherheitstechnische Überprüfungen und Wartungen	82.830 €
• Aufwendungen für externe Dienstleistungen	50.000 €
• sonstige bezogene Leistungen (Abfallentsorgung, Wäschereidienste etc.)	130.900 €
• Aufwendungen für Fremdreinigung	1.578.650 €
• Mietkosten	1.248.360 €
• Versicherungsbeiträge	106.600 €
• Kosten Schadensfälle mit Erstattungsanspruch	34.000 €

Aufgrund aktueller Verträge reduzieren sich die prognostizierten Gebäudebewirtschaftungskosten gegenüber dem Vorjahr um 175.700 €.

Zur Finanzierung der anstehenden beitragspflichtigen Maßnahmen der Städte und Gemeinden, zur Umsetzung dringender Instandsetzungen und zur Sicherstellung der allgemeinen Bauunterhaltung sind für die Schulen 1.850.000 € sowie für die Verwaltungs-, Wohn- und sonstigen Gebäude 216.000 € etatisiert. In der Summe entspricht dies dem Vorjahresansatz. Nach KGST-Empfehlung sind 1,5 % des Neubauwertes pro Jahr für die Instandhaltung aufzuwenden. Dies entspricht einem Aufwand für den aktuellen Gebäudebestand von rd. 6.055.000 €.

Durch das Ausscheiden von kreiseigenem Personal werden im Reinigungswesen weitere Vergaben von Dienstleistungen an Externe erforderlich. Die Kosten für diese zusätzlichen Reinigungsdienstleistungen, ein zu verzeichnender Anstieg der Vertretungsreinigungen sowie allgemeine Kostensteigerungen führen zu einem prognostizierten Mehraufwand gegenüber dem Vorjahr von 104.200 €.

Trotz Übernahme eines weiteren Mietverhältnisses in die Zuständigkeit der Liegenschaftverwaltung reduzieren sich die Mietkosten um 35.740 €. Die Einsparung kann durch den Ankauf des Erweiterungsgebäudes Max-Eyth-Schule und dem damit verbundenen Wegfall der Mietzahlungen erzielt werden.

Bei den Versicherungsbeiträgen wird durch Vertragsoptimierungen eine weitere Reduzierung um 8.400 € erreicht.

Zusammen mit weiteren Einsparungen bei den übrigen Ansätzen reduziert sich der Gesamtaufwand für Sach- und Dienstleistungen gegenüber dem Etat 2015 um insgesamt 121.110 €.

18

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die Position weist die Summe der fällig werdenden Grundsteuer für die Liegenschaften aus, die nach dem Grundsteuergesetz (GrStG) nicht für einen öffentlichen Dienst oder Gebrauch genutzt werden. Der Ansatz berücksichtigt die aktuellen Erhöhungen der Grundsteuerhebesätze.

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
 Produkt 20000 Sicherstellung des Schulbetriebes der Schulen im Vogelsbergkreis

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	512.000	464.112,00
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	510.000	0	1.772,87
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	8.480	8.350	8.398,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	518.480	520.350	474.282,87
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-4.450.320	-4.435.180	-4.333.940,25
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-713.000	-713.000	-648.195,47
14.	66	Abschreibungen	-194.860	-188.380	-189.115,36
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-830.000	-905.000	-846.187,37
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-6.188.180	-6.241.560	-6.017.438,45
20.	=	Verwaltungsergebnis	-5.669.700	-5.721.210	-5.543.155,58
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-5.669.700	-5.721.210	-5.543.155,58
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-2.469,00
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-2.469,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-5.669.700	-5.721.210	-5.545.624,58
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-5.669.700	-5.721.210	-5.545.624,58

20000 Sicherstellung des Schulbetriebs der Schulen im Vogelsbergkreis

Verantwortlich:	Herr Berthold Habermehl
Beschreibung:	- Bereitstellung der Schulbudgets - Zahlung und Erhebung der Gastschulbeiträge - Ausstattung der Schulen mit der erforderlichen Einrichtung und Geräten
Grundlage:	Hessisches Schulgesetz
Ziele:	Erhaltung und Fortentwicklung eines möglichst wohnortnahen Bildungsangebotes in zeitgemäß ausgestatteten Schulen
Kennzahlen:	Schülerzahlen

Schülerzahl (nach Schulformen gegliedert)	2012	2013	2014
Grundschule	3.466	3.379	3.467
Sekundarstufe I	5.651	5.444	5.217
Sekundarstufe II (ohne FOS und BG)	831	698	697
Sonderschule und Praktisch Bildbare	312	292	261
Berufsschule (incl. FOS und BG)	3.751	3.693	3.776
insgesamt:	14.011	13.506	13.418

Position: Erläuterungen

- 3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen**
Unter diesem Teilansatz sind ab 2016 die Erträge an Gastschulbeiträgen für alle Schulformen abgebildet (bis 2015 Pos. 2). Gegenüber den Ansätzen von 2015 werden aufgrund rückläufiger Schülerzahlen geringfügig geringere Erträge erwartet.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
In dieser Position sind die Aufwendungen für nachfolgende Bereiche für alle Schulen zusammengefasst:
- Schulbetriebskosten incl. Schulbudgets 610.000 EUR
 - Bauunterhaltung (Schulbudgets) 93.000 EUR
 - Reisekosten 10.000 EUR
- 15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüssen sowie besondere Finanzaufwendungen**
Unter dieser Position sind die Gastschulbeiträge etatisiert.

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
 Produkt 24100 Schülerbeförderung

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	0	0	55,50
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	0	0	55,50
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-68.660	-65.750	-65.407,60
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-5.540	-5.340	-5.978,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.850.000	-3.850.000	-3.894.068,53
14.	66	Abschreibungen	0	0	22,09
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-3.924.200	-3.921.090	-3.965.432,04
20.	=	Verwaltungsergebnis	-3.924.200	-3.921.090	-3.965.376,54
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-3.924.200	-3.921.090	-3.965.376,54
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-3.924.200	-3.921.090	-3.965.376,54
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-3.924.200	-3.921.090	-3.965.376,54

24100 Schülerbeförderung

Verantwortlich:	Herr Erich Schöniger
Beschreibung:	Sicherstellung der Schülerbeförderung durch: <ul style="list-style-type: none"> - Übernahme der notwendigen Schülerbeförderungskosten im öffentlichen Personennahverkehr bzw. durch andere Beförderungsarten nach Prüfung der Anspruchsberechtigung gem. § 161 Hess. Schulgesetz in Form von Schülerjahreskarten oder Einzelerstattungen und - Organisation eines freigestellten Schulbusverkehrs zu den Förderschulen und Schulen für Praktisch Bildbare
Grundlage:	§ 161 Hessisches Schulgesetz
Ziele:	Sicherstellung der Beförderung zur zuständigen bzw. nächstgelegenen aufnahmefähigen Schule des gewählten Bildungsganges zu möglichst wirtschaftlichen Kosten
Kennzahlen:	Anzahl Schülerjahreskarten, Anzahl Einzelerstattungen, Anzahl der Busse und km-Leistungen im freigestellten Schülerverkehr

Anzahl	2012	2013	2014
Schülerjahreskarten	6.090	5.810	5.674
Einzelerstattungen	487	468	451
Busse freigestellter Schulbusverkehr	28	28	29
km-Leistung freigestellter Schulbusverkehr	816.396	784.700	813.390

Position: Erläuterungen

- 3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen**
Durch die zum Schuljahr 2011/2012 erfolgte Umstellung auf die kreisweite Clever-Card entfallen die Fahrtkosteneigenanteile der Eltern von Schülern, denen seither nur die fiktiven Schülerbeförderungskosten erstattet wurden.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Die Schülerzahlen und damit auch die Fahrschülerzahlen im Vogelsbergkreis sind weiterhin rückläufig. Trotz rückläufiger Schülerzahlen ist durch die Tarifsteigerung des RMV mit einem Ausgabevolumen wie im Hj. 2015 zu rechnen.

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
 Produkt 24300 Projekte und Initiativen des Schulträgers, Organisation der Schulverwaltung

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	70.000	70.000	76.966,00
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	0	0	20.372,17
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	604.500	581.500	528.339,05
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	93.750	104.950	116.643,67
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	12.054,81
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	768.250	756.450	754.375,70
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-724.690	-670.660	-688.769,66
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-31.960	-28.650	-74.189,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.640.000	-1.595.000	-1.484.384,20
14.	66	Abschreibungen	-379.580	-377.140	-424.284,31
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-25.000	-20.000	-20.000,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-2.801.230	-2.691.450	-2.691.627,17
20.	=	Verwaltungsergebnis	-2.032.980	-1.935.000	-1.937.251,47
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-2.032.980	-1.935.000	-1.937.251,47
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	206,53
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	206,53
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-2.032.980	-1.935.000	-1.937.044,94
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	2.485.100	23.793.540	24.385.734,13
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-12.924.760	-12.206.080	-11.244.049,88
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	-10.439.660	11.587.460	13.141.684,25
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-12.472.640	9.652.460	11.204.639,31

24300 Projekte und Initiativen des Schulträgers, Organisation der Schulverwaltung

Verantwortlich: Herr Berthold Habermehl

Beschreibung: - Projekte, Programme und Maßnahmen zur Verbesserung und Abrundung der schulischen Rahmenbedingungen insbesondere Betreuungsangebote, Mittagessenversorgung und Ganztagsangebote
 - Schwimm- und Verkehrsunterricht
 - Versicherungsschutz für Schülerinnen und Schüler

Grundlage: Hessisches Schulgesetz

Ziele: Flächendeckende, verlässliche Betreuungs-, Mittagessens- und Ganztagsangebote

Kennzahlen: Teilnehmerzahlen in Betreuungsangeboten und an der Mittagessenversorgung, Schülerzahlen

Anzahl	2011	2012	2013	2014
Grundschulen mit Betreuungsangebot	23	22	23	23
Grundschüler im Betreuungsangebot	447	501	590	672
Pädagogische Mittagsbetreuung	17	19	21	22

Unterhaltung Active-Boards:

Schule	Anzahl Boards	kw/h pro Tag	kw/h im Jahr (bei 190 Tagen)	jährliche Kosten (mit 0,21 € kw/h)
Gerhart-Hauptmann-Schule	20	9,6	1.824,00	383,04 €
Brüder-Grimm-Schule Alsfeld	1	0,48	91,20	19,15 €
Albert-Schweitzer-Schule Alsfeld	57	27,36	5.198,40	1.091,55 €
Stadtschule	13	6,24	1.185,60	248,95 €
Geschwister-Scholl-Schule	47	22,56	4.286,40	900,05 €
Max-Eyth-Schule	49	23,52	4.468,80	938,35 €
Erich-Kästner-Schule	6	2,88	547,20	114,90 €
Grundschule Katzenberg	5	2,4	456,00	95,75 €
Grundschule Groß-Felda	5	2,4	456,00	95,75 €
Windbergschule	9	4,32	820,80	172,35 €
Pestalozzi-Schule S.f.L	7	3,36	638,40	134,05 €
Pestalozzi-Schule	7	3,36	638,40	134,05 €
Astrid-Lindgren-Schule	8	3,84	729,60	153,20 €
Oberwaldschule	31	14,88	2.827,20	593,65 €
Freiherr-vom-Stein-Schule	11	5,28	1.003,20	210,65 €
Helmut-von-Bracken-Schule Herbstein	4	1,92	364,80	76,60 €
Grundschule Homberg	14	6,72	1.276,80	268,10 €

Ohmtalschule Homberg	39	18,72	3.556,80	746,85 €
Grundschule Kirtorf	8	3,84	729,60	153,20 €
Eichbergschule Lauterbach	17	8,16	1.550,40	325,55 €
Schule an der Wascherde	41	19,68	3.739,20	785,15 €
Alexander-von-Humboldt Schule	39	18,72	3.556,80	746,85 €
Vogelsbergschule Lauterbach	34	16,32	3.100,80	651,10 €
Reinickendorf-Schule	8	3,84	729,60	153,20 €
Gudrun-Pausewang-Schule Maar	3	1,44	273,60	57,45 €
Lautertalschule	3	1,44	273,60	57,45 €
Grundschule Kunterbunt	8	3,84	729,60	153,20 €
Gesamtschule Nieder-Ohmen	35	16,8	3.192,00	670,25 €
Grundschule Oberes Ohmtal	13	6,24	1.185,60	248,95 €
Grundschule Antrifttal Romrod	8	3,84	729,60	153,20 €
Dieffenbachschule	13	6,24	1.185,60	248,95 €
Gesamtschule Schlitzerland	34	16,32	3.100,80	651,10 €
Grundschule Schotten	17	8,16	1.550,40	325,55 €
Vogelsbergschule Schotten	32	15,36	2918,4	612,8
Digmudis-Schule	7	3,36	638,40	134,05 €
Grundschule Schwalmtal	7	3,36	638,4	134,05
Schlossbergschule Ulrichstein	4	1,92	364,80	76,60 €
MPS Angersbach	17	8,16	1550,4	325,55
Summe	681	326,88	62.107,20	13.041,19 €

Position: Erläuterungen

2 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Es handelt sich um die Elternbeiträge für die in Regie des Schulträgers geführten Betreuungsangebote an Grundschulen.

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen

Der Teilansatz setzt sich zusammen aus

- dem Landeszuschuss (Pauschale) für die Betreuungsangebote an den Grundschulen in Höhe von 133.000 EUR, der an die jeweiligen Träger der Maßnahmen weitergeleitet, bzw. zur Finanzierung der durch den Vogelsbergkreis direkt getragenen Maßnahmen eingesetzt wird, und
- dem lfd. Landeszuschuss für die ganztägig arbeitenden Schulen in Höhe von 471.500 EUR, zur Finanzierung von Personal- und Sachkosten.

13

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Teilansatz setzt sich aus den folgenden Ausgabeansätzen zusammen:

• Bauunterhaltung im Rahmen von Neueinrichtungen von Fachräumen und Küchen	30.000 EUR
• Betreuungsangebote an Grundschulen	52.000 EUR
• Ganztagsangebote (Personal- und Sachmittel)	471.500 EUR
• Ganztagsangebote (Ergänzungsausstattung Kreis)	30.000 EUR
• Schwimmunterricht	270.000 EUR
• Personenbezogene Versicherungen	635.000 EUR
• Sachkosten Kreiselternbeirat	1.000 EUR
• Sachkosten Kreisschülerrat	500 EUR
• Sachkosten Gestaltungswettbewerb	5.000 EUR
• Programm Schule@Zukunft - lfd. Kosten	75.000 EUR
• Activboards – lfd. Kosten	70.000 EUR

Gegenüber dem Hj. 2015 erhöht sich der Aufwand um insgesamt 45.000 EUR. Die Erhöhung resultiert aus Mehraufwand für die Ausweitung der Ganztagsangebote (23.000 EUR), für die gesetzliche Unfallversicherung (22.000 EUR) und für die Unterhaltung der Activboards (10.000 EUR). Demgegenüber verringert sich der Aufwand für die Ergänzungsausstattung der Ganztagsangebote um 10.000 EUR.

15

Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüssen sowie besondere Finanzaufwendungen

Die Ansatz beinhaltet die besonderen schulischen Initiativen (Zuschuss AZN Kirtorf, Projekt Schuljahr der Nachhaltigkeit).

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
 Produkt 24310 Betrieb eines Medienzentrums

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-46.060	-44.850	-44.135,22
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-30.000	-30.000	-14.468,93
14.	66	Abschreibungen	-1.320	-1.110	-1.101,00
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-24.000	-24.000	-22.978,04
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-101.380	-99.960	-82.683,19
20.	=	Verwaltungsergebnis	-101.380	-99.960	-82.683,19
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-101.380	-99.960	-82.683,19
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-101.380	-99.960	-82.683,19
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-101.380	-99.960	-82.683,19

24310 Betrieb des Medienzentrums

Verantwortlich: Herr Berthold Habermehl

Beschreibung: Unterhaltung und Betrieb eines modernen Medienzentrums gemeinsam mit dem Landkreis Gießen und der Stadt Gießen. Bereitstellung zeitgemäßer Unterrichtsmedien für die Schulen im Ausleihvertrieb. Erstellung von einheitlichen Hardwarestandards und Netzwerkkonzepten für die Schulen und entsprechende Konfiguration von Hardwareneuausstattungen. Sicherstellung eines leistungsfähigen EDV-Supports für die Schulen.

Grundlage: Hessisches Schulgesetz

Ziele: Sukzessiver Ausbau zu einem digitalen Medienportal und einem online gestützten Supportzentrum für die Schulen.

Kennzahlen: Ausleihvorgänge, Anzahl der eingesetzten Rechner, Supportfälle

Anzahl	2011	2012	2013	2014
Ausleihe Medien	2.298	1.973	2.755	2.918
eingesetzte Rechner	3.134	3.156	3.485	3.490
Anzahl Supportfälle	384	402	429	771
Online-Ausleihungen	nicht erfasst	nicht erfasst	nicht erfasst	nicht erfasst

Online-Ausleihungen sind vorhanden und nehmen zu, können jedoch nicht durch das System erfasst werden. Aufgrund der Erhöhungen der Online-Ausleihungen nehmen die Ausleihen der Medien vor Ort ab.

Position: Erläuterungen

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der v. g. Teilansatz in Höhe von 30.000 EUR beinhaltet den Sachkostenbeitrag für das gemeinsam mit dem Landkreis Gießen und der Stadt Gießen betriebene Medienzentrum.

15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse

Es handelt sich um den nach dem Hess. Schulgesetz zu entrichtenden Beitrag an das Hess. Institut für Landespädagogik für die Bereitstellung der audiovisuellen Medien (früherer Beitrag an Landesbildstelle).

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	45.000	0	48.000	402.106,67	1.076.728	896.728	
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	217.900,00	444.507	444.507	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	45.000	0	48.000	620.006,67	1.521.235	1.341.235	
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-16.500	0	-35.000	0,00	-278.500	-262.000	
2.	841 Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	-1.300.000	0	0	0,00	-1.671.312	-371.312	
3.	842 Auszahlungen für Baumaßnahmen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017:</i>	-50.000 -----	-1.650.000 -----	-4.155.000 -----	-3.163.669,40 -----	-31.482.140 -----	-17.725.433 -----	-1.650.000
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-570.000	0	-555.000	-630.849,27	-4.211.694	-2.711.694	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.590	0	-1.240	-1.521,22	-14.182	-7.822	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.938.090	-1.650.000	-4.746.240	-3.796.039,89	-37.657.830	-21.078.263	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.893.090	-1.650.000	-4.698.240	-3.176.033,22	-36.136.594	-19.737.027	

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
 Produkt 11160 Gebäudemanagement

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	295.900,00	384.674	384.674	
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	217.900,00	427.900	427.900	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	513.800,00	812.574	812.574	
2.	841 Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	-1.300.000	0	0	0,00	-1.671.312	-371.312	
3.	842 Auszahlungen für Baumaßnahmen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017:</i>	0	-1.650.000	-4.105.000	-3.163.669,40	-30.903.854	-17.347.146	-1.650.000
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-10.000	0	-60.000	-231.559,88	-737.351	-712.351	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-450	0	-360	-439,28	-3.433	-1.633	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.310.450	-1.650.000	-4.165.360	-3.395.668,56	-33.315.950	-18.432.443	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.310.450	-1.650.000	-4.165.360	-2.881.868,56	-32.503.376	-17.619.868	

11160 Gebäudemanagement

Bezeichn. Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

841 Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten

Der Betrag ist vorgesehen für den vom Kreistag beschlossenen Ankauf des seither angemieteten Erweiterungsbaus der Max-Eyth-Schule in Alsfeld. Der geschlossene Mietvertrag enthält eine Kaufoption zum Mai 2016, es wurde nachgewiesen, dass der Erwerb die wirtschaftlichste Variante der Nutzung des Gebäudes ermöglicht.

842 Auszahlungen für Baumaßnahmen

Der Ansatz des laufenden Jahres war vorgesehen für die Baumaßnahmen

- Jugendheim Landenhausen: Der Neubau des Speisesaals kann bis Ende 2015 fertiggestellt werden.
- Verwaltungsgebäude Lauterbach: Die Sanierung des Altbaus Goldhelg 20 konnte in 2015 abgeschlossen werden.
- Vogelsbergschule Schotten: Durch eine Beschwerdeführung zur Architektenvergabe verzögerte sich der Baubeginn des Erweiterungsbaus um mehrere Monate, so dass die im Vorlauf zur Sanierung zwingend notwendige Fertigstellung des Neubauteils erst zum Sommer 2016 erfolgen kann. Aus der ursprünglich gestaffelten Umsetzung der beiden Maßnahmen Schlitz und Schotten stehen noch ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung. Diese werden in 2016 ganz auf den Standort Schotten konzentriert, so dass mit den daraus verfügbaren Haushaltsmittel und ohne zusätzlichen Haushaltsansatz in 2016, lediglich durch Ansatz einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1 Mio. € in den Sommerferien 2016 als 2. Bauabschnitt mit der Sanierung des Bestands begonnen werden kann.
- Gesamtschule Schlitzlerland: Nachdem die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ergeben hat, dass an diesem Standort ein Neubau der Sanierung vorzuziehen ist, war der Baubeginn bisher für 2018 vorgesehen. Durch das Kommunalinvestitionsförderprogramm des Bundes ist es nunmehr möglich, einen Teil der Baumaßnahme (Heizzentrale und Mittagsbetreuung) bereits vorgezogen umzusetzen. Die dafür benötigten Mittel werden nicht im Haushaltsplan veranschlagt, das entsprechende Gesetz enthält alle haushaltsrechtlichen Regelungen. Im Haushaltsjahr 2016 werden daneben für den anschließenden 2. Bauabschnitt die notwendigen VOF-Verfahren für die Beauftragung der Architekten- und Ingenieurleistungen umgesetzt, so dass die Planungsleistungen in 2017 zielgerichtet auf die Baufortsetzung in 2018 erfolgen können. Dieses Vorgehen wird mit einer zusätzlich veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 650.000 € abgesichert.

843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen

Geplant ist die sukzessive Ausstattung von stark frequentierten WC-Anlagen mit energie- und kosteneffizienten Hochleistungs-Händetrocknern

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
 Produkt 20000 Sicherstellung des Schulbetriebes der Schulen im Vogelsbergkreis

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0,00	21.350	21.350	
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0,00	10.907	10.907	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	0,00	32.257	32.257	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-200.000	0	-200.000	-153.308,28	-1.656.402	-856.402	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-200.000	0	-200.000	-153.308,28	-1.656.402	-856.402	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-200.000	0	-200.000	-153.308,28	-1.624.145	-824.145	

20000 Sicherstellung des Schulbetriebs der Schulen im Vogelsbergkreis**Bezeichn.:** **Erläuterungen Teilfinanzhaushalt**

843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen
Bei diesem Ansatz handelt es sich um den Teil der Schulbetriebskosten der aus haushaltsrechtlichen Gründen mit dem investiven Anteil (Beschaffung von selbständig nutzbaren Gegenständen, die dem Anlagevermögen zuzuordnen sind) im Finanzhaushalt abgebildet wird. Die Höhe dieses Anteils ergibt sich aus Erfahrungswerten der Vorjahre.

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
 Produkt 24100 Schülerbeförderung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-130	0	-100	-121,96	-973	-453	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-130	0	-100	-121,96	-973	-453	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-130	0	-100	-121,96	-973	-453	

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
 Produkt 24300 Projekte und Initiativen des Schulträgers, Organisation der Schulverwaltung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	45.000	0	48.000	106.206,67	670.704	490.704	
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0,00	5.700	5.700	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	45.000	0	48.000	106.206,67	676.404	496.404	
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-16.500	0	-35.000	0,00	-278.500	-262.000	
3.	842 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-50.000	0	-50.000	0,00	-578.286	-378.286	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-360.000	0	-295.000	-245.981,11	-1.814.561	-1.139.561	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.010	0	-780	-959,98	-9.776	-5.736	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-427.510	0	-380.780	-246.941,09	-2.681.124	-1.785.584	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-382.510	0	-332.780	-140.734,42	-2.004.720	-1.289.180	

24300 Projekte und Initiativen des Schulträgers, Organisation der Schulverwaltung

Bezeichn.: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen

Sportanlage Grebenhain: 16.500 €

Der Ansatz ist vorgesehen als Zuschuss an die Gemeinde Grebenhain für die Sanierung der gemeindlichen Sportanlage, die von der Oberwaldschule mitgenutzt wird. Der Vogelsbergkreis beteiligt sich zur Abdeckung der schulischen Interessen an den Kosten für die grundlegende Sanierung der Sportanlage in direkter Nachbarschaft der Schule.

842 Auszahlungen für Baumaßnahmen

Ganztagsangebote: 50.000 €

Bei diesem Ansatz handelt es sich um die investiven Anteile des für Ganztagsangebote entstehenden Bedarfs. Vorgesehen ist die Neueinrichtung von Küchen und die notwendige Ausstattungsergänzung schon vorhandener Küchen für die Mittagessenversorgung.

843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen

Sonderprogramm Schule@Zukunft: 135.000 €

Die EDV-Ausstattung an den Schulen bedarf einer kontinuierlichen Erneuerung und Verbesserung. Das Programm muss deshalb auch in den kommenden Jahren fortgeführt werden. Hierzu wird im Hj. 2016 wieder ein Landeszuschuss von 45.000 Euro erwartet (Pos. 820). Der Ausgabenansatz dient vorrangig der Beschaffungen von EDV-Ausstattungen. Mit dem gegenüber dem HH 2015 erhöhten Ansatz sollen schwerpunktmäßig die Verwaltungsrechner an den Schulen ausgetauscht werden. Weitere Ausgabemittel (nicht investiver Aufwand) sind im Ergebnishaushalt veranschlagt.

Ausstattungsprogramm für Berufsschulen: 200.000 €

Für die notwendige Erneuerung der Werkstattausstattung in den Berufsschulen besteht ein erheblicher Gesamtinvestitionsbedarf. Die Beschaffungen sollen entsprechend den Prioritätenlisten der beiden Berufsschulen sukzessive in den nächsten Jahren erfolgen.

Sonderprogramm Activboards: 25.000 €

Der Ausstattungsgrad der Schulen hat mit annähernd 700 Activeboards einen Stand erreicht, der annähernd einer Vollausstattung gleichkommt. Der Ansatz dient noch einzelnen Ergänzungsausstattungen, vorwiegend in Fachräumen.

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
 Produkt 24310 Betrieb eines Medienzentrums

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	0,00	-3.379	-3.379	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	0	0	0	0,00	-3.379	-3.379	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0	0	0	0,00	-3.379	-3.379	

*** Ende der Liste "Teilfinanzhaushalt" ***

Teilhaushalt/Budget 43 Volkshochschule

Budgetverantwortung

Monika Schenker

Produkte

27100 Volkshochschularbeit

27110 Projekt Hessencampus

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	494.750	494.750	540.309,87
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	88.380	88.380	88.375,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	0	0	1.132,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	5.000	5.000	3.141,61
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	588.130	588.130	632.958,48
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-585.870	-555.600	-524.361,81
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-22.030	-21.160	-23.454,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-391.900	-391.900	-437.030,94
14.	66	Abschreibungen	-7.790	-10.310	-16.500,02
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.007.590	-978.970	-1.001.346,77
20.	=	Verwaltungsergebnis	-419.460	-390.840	-368.388,29
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-419.460	-390.840	-368.388,29
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	50,00
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-1.696,45
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-1.646,45
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-419.460	-390.840	-370.034,74
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-32.000	-32.000	0,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	-32.000	-32.000	0,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-451.460	-422.840	-370.034,74

Teilhaushalt/Budget 43 Volkshochschule
 Produkt 27100 Volkshochschularbeit

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	494.000	494.000	540.219,87
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	88.380	88.380	88.375,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	5.000	5.000	3.141,61
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	587.380	587.380	631.736,48
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-487.340	-462.240	-443.588,28
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-22.030	-21.160	-23.454,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-380.900	-380.900	-424.321,17
14.	66	Abschreibungen	-4.850	-6.850	-12.019,60
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-895.120	-871.150	-903.383,05
20.	=	Verwaltungsergebnis	-307.740	-283.770	-271.646,57
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-307.740	-283.770	-271.646,57
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	50,00
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-1.696,45
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-1.646,45
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-307.740	-283.770	-273.293,02
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-26.000	-26.000	0,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	-26.000	-26.000	0,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-333.740	-309.770	-273.293,02

27100 Volkshochschularbeit

Verantwortlich: Frau Monika Schenker

Beschreibung: Planung, Angebot und Durchführung von allgemein zugänglichen Bildungsveranstaltungen in den Bereichen der allgemeinen, politischen, beruflichen und kulturellen Bildung, der Gesundheitsbildung, Eltern-, Familien- und Frauenbildung

Grundlage: Hessisches Weiterbildungsgesetz, Satzung der Volkshochschule des Vogelsbergkreises vom 21.05.2003.

Ziele: 1. Grundversorgung an Weiterbildung sicherstellen (§ 2 HWBG)
2. Innovative Kursangebote
3. Kursangebote in allen Städten und Gemeinden des Kreises

Kennzahlen: zu 1) Weiterbildungsdichte = durchgeführte Unterrichtseinheiten je 1000 Einwohner
zu 2) 40 „neue“ Kursangebote je Semester
zu 3) 100 Kursangebote in Zweigstellen (außer Alsfeld und Lauterbach) je Semester

	2012	2013	2014
Unterrichtseinheiten je 1000 Einwohner	119	115	135
neue Kursangebote pro Semester	74	92	96
Anzahl Kursangebote in Zweigstellen	251	251	236

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 1 Privatrechtliche Leistungsentgelte**
Es handelt sich um Teilnehmerentgelte von Einzelpersonen und Auftraggebern.
- 7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen**
Unter dieser Position ist der Landeszuschuss nach dem Hessischen Weiterbildungsgesetz (HWBG) etatisiert. Dieser ist abhängig von der Einwohnerzahl sowie von der Anzahl der förderfähigen Unterrichtseinheiten.
- 9 Sonstige ordentliche Erträge**
Hierbei handelt es sich u.a. um Erträge aus Vermietungen sowie für Anzeigen im Programmheft.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Die Position umfasst schwerpunktmäßig die Honorare für Kursleiter und Zweigstellenleiter einschließlich der Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige in Höhe von 314.000 €. Daneben enthält der Posten Sachkosten für die Kurse, Beiträge an Verbände sowie die Fortbildungsaufwendungen für Kursleiter.

Teilhaushalt/Budget 43 Volkshochschule
 Produkt 27110 Projekt Hessencampus

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	750	750	90,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	0	0	1.132,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	750	750	1.222,00
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-98.530	-93.360	-80.773,53
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-11.000	-11.000	-12.709,77
14.	66	Abschreibungen	-2.940	-3.460	-4.480,42
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-112.470	-107.820	-97.963,72
20.	=	Verwaltungsergebnis	-111.720	-107.070	-96.741,72
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-111.720	-107.070	-96.741,72
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-111.720	-107.070	-96.741,72
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-6.000	-6.000	0,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	-6.000	-6.000	0,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-117.720	-113.070	-96.741,72

27110 Hessencampus

Verantwortlich:	Frau Monika Wüllner
Beschreibung:	Entwicklung und Erprobung von neuen, regional orientierten Bildungsdienstleistungen. Kooperation mit dem Hessischen Kultusministerium
Grundlage:	Hessisches Weiterbildungsgesetz Regionale Kooperationsvereinbarung vom 30.08.2013
Ziele:	1. Bildungsverbund der Verbundpartner Volkshochschule des Vogelsbergkreises, Vogelsberg Consult GmbH, Max-Eyth-Schule Alsfeld, Vogelsbergschule Lauterbach, Staatliche Technikakademie Alsfeld festigen und erweitern. 2. Neue pädagogische Dienstleistungen in den Zusammenhang der Regionalentwicklung stellen. 3. Ressourcenschonende Strukturen schaffen.
Kennzahlen:	Anzahl der durchgeführten Bildungsberatungen Anzahl der Anfragenden nach Bildungsberatung Anzahl der Nutzer des Selbstlernzentrums Anzahl der Besuche im Selbstlernzentrum (neu ab 2014)

	2012	2013	2014
Anzahl der durchgeführten Bildungsberatungen	81	0	103
Anzahl der Anfragenden nach Bildungsberatung	46	0	44
Anzahl der Nutzer der Selbstlernzentren	58	0	0
Anzahl der Besuche im Selbstlernzentrum (neu ab 2014)			250

Anmerkung: 2013 waren weder die Stelle Bildungsberatung noch die Stelle Lernberatung besetzt, da die Regionale Kooperationsvereinbarung zu HC zwischen Land und Kreis erst am 31.08.2013 abgeschlossen wurde. Es wurden daher 2013 keine Beratungen etc. durchgeführt bzw. keine Anfragen über HC dokumentiert.

Seit dem Jahr 2014 umfasst die Kennzahl der durchgeführten Bildungsberatungen auch Förderberatungen zum Bildungsprämiegutschein.

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 1 Privatrechtliche Leistungsentgelte**
Unter dieser Position werden Mieterlöse vom Kreidekreis e.V. für die Mitbenutzung des Büros Bildungsberatung i.H.v. 270 € sowie erwartete Einnahmen aus Förderberatungen zum Bildungsprämiegutschein und sonstigen Erträgen veranschlagt.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Aufwendungen für Sachkosten (Fahrtkosten für Bildungsberatung, Arbeits- und Lernmittel, Weiterbildung) sind in Höhe von 7.000 € etatisiert. Zudem ist der Honoraraufwand der Kursleiter in Höhe von 4.000 € vor allem für die Bildungsberatung außerhalb Lauterbachs etatisiert, um das Beratungsangebot in der Fläche weiterhin aufrechterhalten zu können.

Teilhaushalt/Budget

43 Volkshochschule

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungs-ermächtigungen	2015		Gesamt-auszahlungs-bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-15.000	0	-8.000	-14.975,31	-44.894	-29.894	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-490	0	-400	-487,82	-3.773	-1.813	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-15.490	0	-8.400	-15.463,13	-48.668	-31.708	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-15.490	0	-8.400	-15.463,13	-48.668	-31.708	

Teilhaushalt/Budget 43 Volkshochschule
 Produkt 27100 Volkshochschularbeit

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-12.000	0	-5.000	-6.760,75	-27.405	-15.405	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-490	0	-400	-487,82	-3.773	-1.813	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-12.490	0	-5.400	-7.248,57	-31.179	-17.219	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-12.490	0	-5.400	-7.248,57	-31.179	-17.219	

27100 Volkshochschularbeit

Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

4 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen

Hier wurde die Anschaffung von Hardware für einen EDV-Raum in Alsfeld sowie Monitore einkalkuliert. Daher wird für 2016 der Ansatz von 12.000 € etatisiert.

Teilhaushalt/Budget 43 Volkshochschule
 Produkt 27110 Projekt Hessencampus

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungs-ermächtigungen	2015		Gesamt-auszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-3.000	0	-3.000	-8.214,56	-17.488	-14.488	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-3.000	0	-3.000	-8.214,56	-17.488	-14.488	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-3.000	0	-3.000	-8.214,56	-17.488	-14.488	

27110 Hessencampus**Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt****4 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen**

Veranschlagt sind Investitionskosten für eventuell ausfallende technische Ausstattungsgegenstände des Selbstlernzentrums und des Beratungsraums (PC´s, Monitore, Beamer) in Höhe von 3.000 €. Dieser Betrag wurde ebenfalls in den letzten Jahren so veranschlagt.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
Budgetverantwortung

Werner Köhler

Produkte

 31100 Grundversorgung und Hilfen n.d.SGB XII
 31200 Grundsicherung nach dem SGB II
 31300 Hilfen für Asylbewerber
 33100 Förderung der Wohlfahrtspflege
 34300 Betreuungsleistungen
 35100 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.500	4.000	1.540,00
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	45.115.650	31.590.900	27.430.067,16
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	5.991.300	7.339.800	7.209.643,22
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	9.290	5.040	17.068,02
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	13.000	8.000	702.820,06
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	51.132.740	38.947.740	35.361.138,46
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-7.997.620	-6.621.350	-6.265.999,59
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-518.400	-460.240	-685.688,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-376.600	-302.000	-369.793,93
14.	66	Abschreibungen	-4.380	-4.380	445.864,60
17.	72	Transferaufwendungen	-60.133.110	-49.378.940	-44.157.553,18
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-69.030.110	-56.766.910	-51.033.170,10
20.	=	Verwaltungsergebnis	-17.897.370	-17.819.170	-15.672.031,64
21.	56,57	Finanzerträge	0	0	970,82
23.	=	Finanzergebnis	0	0	970,82
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-17.897.370	-17.819.170	-15.671.060,82
25.	59	Außerordentliche Erträge	1.923.000	0	10.146,74
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-7.227,78
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	1.923.000	0	2.918,96
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-15.974.370	-17.819.170	-15.668.141,86
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0	990.000	1.087.714,66
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-270.000	-283.775	-270.443,69
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	-270.000	706.225	817.270,97
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-16.244.370	-17.112.945	-14.850.870,89

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
 Produkt 31100 Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	862.000	842.190	924.770,79
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	5.738.000	5.423.000	5.350.979,27
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	13.000	8.000	43.161,39
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	6.613.000	6.273.190	6.318.911,45
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.020.390	-833.670	-763.626,16
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-212.190	-163.110	-212.881,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-9.500	-9.500	-6.434,55
14.	66	Abschreibungen	0	0	-42.843,08
17.	72	Transferaufwendungen	-14.175.000	-13.855.000	-13.069.899,29
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-15.417.080	-14.861.280	-14.095.684,08
20.	=	Verwaltungsergebnis	-8.804.080	-8.588.090	-7.776.772,63
21.	56,57	Finanzerträge	0	0	970,82
23.	=	Finanzergebnis	0	0	970,82
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-8.804.080	-8.588.090	-7.775.801,81
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	8.300,67
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-154,96
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	8.145,71
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-8.804.080	-8.588.090	-7.767.656,10
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0	990.000	1.087.200,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0	990.000	1.087.200,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-8.804.080	-7.598.090	-6.680.456,10

31100 Grundversorgung und Hilfen n. d. SGB XII

Verantwortlich: Frau Heidrun Baß

Beschreibung: Sicherung des notwendigen Lebensunterhalts durch die Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch einmalige und laufende Leistungen.
Hilfen für Kranke, behinderte und pflegebedürftige Menschen durch die Hilfe zur Gesundheit, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und Hilfe zur Pflege. Die Hilfen werden ambulant oder stationär erbracht.
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten. Abdeckung besonderer Bedarfslagen durch die Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, Altenhilfe, Übernahme von Bestattungskosten und Hilfe in sonstigen Lebenslagen.

Grundlage: SGB XII (Sozialhilfe)

Ziele: Sicherstellung eines Mindeststandards des menschenwürdigen Daseins (soziokulturelles Existenzminimum). Hilfe für Personen, die aufgrund besonderer Umstände (z. B. Alter, Krankheit, Behinderung) einer besonderen Unterstützung bedürfen.

Kennzahlen: Die Ausgaben der Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII werden entscheidend durch die Veränderungen bei den Fallzahlen beeinflusst. Weitere Einflussfaktoren sind Änderungen bei anderen Sozialleistungen (z.B. Wohngeld). Folgende Kennzahlen bilden die Veränderungen ab:

1. Fallzahlenentwicklung im Jahresvergleich
2. Veränderungen des Aufwandes
3. Dichte der Empfänger pro 1.000 Einwohner im Vogelsbergkreis

Hilfeart	2011		2012		2013		2014	
	Fallzahlen	je 1.000 Einw.						
Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb v. Einrichtungen	119	1,10	133	1,23	123	1,10	144	1,40
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (a.v.E)	728	6,70	773	7,15	828	7,70	910	8,60
Eingliederungshilfe	325	2,99	308	2,85	320	2,99	296	2,78
Einwohner Vogelsbergkreis	108.538		108.027		106.861		106.383	

Hilfeart	2011		2012		2013		2014	
	Aufwand	je Fall						
Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb v. Einrichtungen	547.546 €	4.601 €	713.591 €	5.365 €	625.793 €	5.088 €	644.065 €	4.473 €
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (a.v.E.)	3.631.448 €	4.988 €	3.605.912 €	4.664 €	4.460.936 €	5.388 €	5.053.720 €	5.554 €
Eingliederungshilfe	2.347.448 €	7.306 €	2.339.817 €	7.596 €	2.516.697 €	7.570 €	2.961.620 €	10.005 €

Position: Erläuterungen

6 Erträge aus Transferleistungen

Veranschlagt sind die Erträge aus der Heranziehung von Unterhaltspflichtigen, die Erstattungen vorrangig verpflichteter Leistungsträger (z. B. Rententräger), die Rückzahlungen durch die Hilfeempfänger wegen überzahlter oder darlehensweise gewährter Leistungen sowie aus geleisteten Kostenbeiträgen. Zudem wurden die Erstattungen sozialer Hilfen durch das Land etatisiert.

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen

Veranschlagt ist die Zuweisung des Landes für die Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung. Die Erhöhung der Zuweisung resultiert aus steigenden Transferaufwendungen im Bereich der Grundsicherung, da die Nettoausgaben ab 2014 zu 100% erstattet werden.

9 Sonstige ordentliche Erträge

Hier werden die nach befristeter Niederschlagung erzielten Einnahmen für Aufwenderersatz, Kostenersatz, übergeleitete Unterhaltsansprüche und Rückzahlung gewährter Hilfen (Rückzahlung von gewährten Darlehen), veranschlagt.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Für das das Benchmarking werden 9.000 € etatisiert.

17 Transferaufwendungen

3110010 - Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII:

Der Ansatz für Transferaufwendungen wird auf 1.061.000 € angehoben. Die Fallzahlen insgesamt sind nahezu konstant, jedoch liegt eine hohe Fluktuationsrate vor. Die Hilfe zum Lebensunterhalt nach Kapitel 3 SGB XII wird u.a. gewährt, wenn für einen vorübergehenden Zeitraum (mehr als 6 Monate) volle Erwerbsminderung vorliegt. Da in diesen Fällen ein Anspruch auf SGB II-Leistungen ausgeschlossen ist, erfolgt ein Wechsel in das Sozialleistungssystem des SGB XII verbunden mit Erstattungsansprüchen des SGB II-Trägers (Verfahren nach § 44 a SGB II). Dies führt zu höheren Aufwendungen. Des Weiteren führen die jährlichen Regelsatzanpassungen sowie die Umsetzung der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts im Rahmen der Regelbedarfsstufe 3 zu einer Erhöhung der individuellen Leistungsansprüche.

3110020 - Hilfe zur Pflege:

Die Aufwendungen für die ambulante Pflege erhöhen sich in der Summe um 35.000 €. Die Ansatzerhöhung begründet sich vor allem durch Steigerung der Fallzahlen im Bereich der Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen. Ein erweitertes Angebot an ambulanter Betreuung (neuer Pflegedienste) führt zu einer verstärkten Inanspruchnahme von ambulanten Pflegeleistungen.

Der Ansatz für den Bereich der Hilfe in Einrichtungen kann auf Grund der Anhebung der Leistungen der Pflegekasse nach dem Pflegestärkungsgesetz 1 reduziert werden.

Insgesamt reduziert sich daher der Ansatz für Transferleistungen im Bereich der Hilfe zur Pflege in der Summe um 116.000 €.

3110030 - Eingliederungshilfe:

Der Ansatz zur „Eingliederungshilfe“ ist aufgrund der gesunkenen Fallzahlen im Bereich der Heilpädagogischen Leistungen für Kinder und im Bereich der familienentlastenden Dienste in der Gesamtsumme auf 2.895.000 € reduziert worden.

3110040 - Hilfe zur Gesundheit:

Der Ansatz wird für das Jahr 2016 mit 775.000 € etatisiert, so dass kein Anstieg zum Vorjahr zu verzeichnen ist. Durch den Anspruch auf die obligatorische Weiterversicherung nach dem SGB V bleiben die Fallzahlen konstant. Beim anspruchsberechtigten Personenkreis handelt es sich überwiegend um ältere, erwerbsunfähige Personen, die häufiger Krankenversorgung benötigen. Die Ausgaben in der Zukunft sind schwer einzuschätzen.

3110050 - Hilfe in anderen Lebenslagen:

Der Ansatz wird für das Jahr 2016 mit 75.000 € etatisiert, so dass kein Anstieg zum Vorjahr zu verzeichnen ist. Die Hilfe in anderen Lebenslagen beinhaltet überwiegend die Übernahme von Bestattungskosten für bedürftige Angehörige.

3110061 - Grundsicherung nach § 41 Abs. 2 SGB XII wegen Erreichen der Altersgrenze

Der Ansatz wird für das Jahr 2016 um 2 % (50.000 €) angehoben, da mit einer Fallzahlensteigerung zu rechnen ist und durch die bisherige gesetzlich vorgeschriebene Regelsatzanpassung höhere individuelle Leistungen ausgezahlt werden. Da die Nettoaufwendungen im vollen Umfang durch den Bund getragen werden, hat die Erhöhung keine Auswirkungen auf das Ergebnis des Kreishaushaltes.

3110062 - Grundsicherung nach § 41 Abs. 3 SGB XII wegen dauerhafter voller Erwerbsminderung

Der Haushaltsansatz des Vorjahres wird um 300.000 € erhöht, da die Fallzahlen kontinuierlich steigen. Die Umsetzung des Urteils des Bundessozialgerichtes zur Regelbedarfsstufe 3 führt daneben zu höheren individuellen Leistungen an die Hilfeempfänger. Da aber ab dem Haushaltsjahr 2014 eine 100%ige Erstattungen der Aufwendungen erfolgt, sind die Transferaufwendungen für die Grundsicherung wegen dauerhafter voller Erwerbsminderung auch hier ergebnisneutral.

3110070 – Leistungen für Bildung und Teilhabe

Die Ansätze für Transferaufwendungen bleiben mit 12.000 € unverändert.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
Produkt 31200 Grundsicherung nach dem SGB II

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.500	3.000	1.130,00
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	24.946.650	26.285.910	24.479.826,24
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	179.800	1.883.800	1.824.009,78
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	9.290	5.040	17.068,02
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	116.718,66
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	25.138.240	28.177.750	26.438.752,70
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-4.409.700	-4.341.230	-4.302.607,14
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-234.980	-223.950	-400.505,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-361.600	-287.000	-363.132,11
14.	66	Abschreibungen	-4.380	-4.380	504.108,10
17.	72	Transferaufwendungen	-27.045.710	-29.547.640	-27.407.552,66
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-32.056.370	-34.404.200	-31.969.688,81
20.	=	Verwaltungsergebnis	-6.918.130	-6.226.450	-5.530.936,11
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-6.918.130	-6.226.450	-5.530.936,11
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-7.072,82
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-7.072,82
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-6.918.130	-6.226.450	-5.538.008,93
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	514,66
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-270.000	-283.775	-270.443,69
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	-270.000	-283.775	-269.929,03
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-7.188.130	-6.510.225	-5.807.937,96

31200 Grundsicherung nach dem SGB II

Verantwortlich:	Frau Marina Fölsing
Beschreibung:	Gewährung von Leistungen zum Lebensunterhalt und Leistungen zur Eingliederung in Arbeit nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) für erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen. Umfasst sind Dienstleistungen (Information, Beratung und umfassende Unterstützung mit dem Ziel der Eingliederung in Arbeit) sowie Geld- und Sachleistungen. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll die Eigenverantwortung der Leistungsberechtigten stärken und dazu beitragen, dass sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können.
Grundlage:	Sozialgesetzbuch, Zweites Buch (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende, Kommunalträger-Abrechnungsverwaltungsvorschrift (KoA-VV)
Ziele:	Zur Feststellung und Förderung der Leistungsfähigkeit der Jobcenter erstellt das BMAS auf Grundlage des neu geschaffenen § 48 a SGB II seit Januar 2011 Kennzahlenvergleiche. Die bundeseinheitlichen Kennzahlen werden als entsprechende Quoten ermittelt und dienen als Messindikator für die mit dem Land Hessen nach § 48 b SGB II vereinbarten Zielen: Ziel 1: Verringerung der Hilfebedürftigkeit Ziel 2: Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit Ziel 3: Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug
Kennzahlen:	zu Ziel 1: Kennzahl ist die „Veränderung der Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt“: <u>Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt im Bezugsmonat</u> Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt im Bezugsmonat des Vorjahres zu Ziel 2: Kennzahl für die Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit ist die „Integrationsquote“: <u>Summe der Integrationen in den vergangenen 12 Monaten</u> Durchschnittlicher Bestand der eLb in den vergangenen 12 Monaten zu Ziel 3: Kennzahl ist die „Veränderung des Bestands an Langzeitleistungsbeziehern“: <u>Zahl der Langzeitleistungsbezieher im Bezugsmonat</u> Zahl der Langzeitleistungsbezieher im Bezugsmonat des Vorjahres

Die Quoten zu den vorgenannten Kennzahlen werden seit Anfang des Jahres 2011 ermittelt. Es existieren keine vergleichbaren Kennzahlen für die Zeit vor dem 01.01.2011. Die Quoten, die einer monatlichen Veränderung unterliegen, werden unterjährig dem Kreisausschuss in den Quartalsarbeitsmarktberichten vorgelegt.

Position: Erläuterungen

- 6 Erträge aus Transferleistungen**
Veranschlagt sind die im Zusammenhang mit der Trägerschaft nach dem SGB II stehenden Erstattungen des Bundes an den Vogelsbergkreis als Kommunales Jobcenter für das Arbeitslosengeld II einschließlich der Kosten der Unterkunft, die Eingliederungsleistungen und den Verwaltungskostenanteil.
- 7 Erträge aus Zuweisungen u. Zuschüssen für laufende Zwecke u. allgemeine Umlagen**
Das Bundesprogramm Perspektive 50plus endet zum 31.12.2015. Es erfolgt keine Ausfinanzierung. Die Ansätze werden daher auf 0 € gesetzt. Etatisiert sind noch Mittel im Rahmen von Landesprogrammen (Arbeitsmarktbudget sowie Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget).

- 8 **Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen**
Veranschlagt ist der Ertrag aus der Auflösung von passivierten Sonderposten aus erhaltenen Investitionszuschüssen.
- 13 **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Zum 01.01.2017 muss die kommunale Satzung des Vogelsbergkreises zur Angemessenheit der Aufwendungen für die Unterkunft im SGB II und SGB XII-Bereich fortgeschrieben werden. Grundlage hierfür ist eine neue Datenerhebung (tatsächliche Mietwerte im Vogelsbergkreis) sowie deren entsprechende Auswertung im Rahmen eines sog. „schlüssigen Konzeptes“ im Jahr 2016. Für die Erstellung des schlüssigen Konzeptes ist ein Ansatz in Höhe von 40.000 € angesetzt worden.

Ende des Jahres 2015 führt die KVA ein neues Steuerungsmodell im Bereich der Eingliederung ein. Für das Jahr 2016 ist nicht auszuschließen, dass Beratungsbedarf durch die Fachfirma besteht. Es wird daher ein Ansatz in Höhe von 10.000 € etatisiert.
- 17 **Transferaufwendungen**
Veranschlagt sind die Leistungen an Arbeitsuchende nach dem SGB II für das Arbeitslosengeld II, die Kosten für Unterkunft und Heizung, die Eingliederungsleistungen einschließlich der Landesprogramme (siehe Erl. Pos. 7) sowie die Leistungen zur Bildung und Teilhabe.
- 30 **Kosten aus internen Leistungsbeziehungen**
Der für den Bereich der Grundsicherung entstehende Aufwand für Sach- und Dienstleistungen wurde teilweise zentral beim Produkt 11110 – Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs etatisiert (Betriebskosten einschließlich EDV, Haltung der Dienstfahrzeuge, Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung). Diese Aufwendungen werden durch die interne Leistungsverrechnung dem Produkt 31200 zugerechnet.

Teilhaushalt/Budget 50 **Soziale Sicherung**
Produkt 31300 **Hilfen für Asylbewerber**

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	19.303.000	4.312.800	2.019.969,97
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	19.303.000	4.312.800	2.019.969,97
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.512.470	-486.500	-318.202,34
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-20.930	-18.360	-3.400,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-500	-500	-14,27
14.	66	Abschreibungen	0	0	-16.783,22
17.	72	Transferaufwendungen	-18.222.900	-5.357.300	-3.161.702,90
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-19.756.800	-5.862.660	-3.500.102,73
20.	=	Verwaltungsergebnis	-453.800	-1.549.860	-1.480.132,76
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-453.800	-1.549.860	-1.480.132,76
25.	59	Außerordentliche Erträge	1.923.000	0	1.846,07
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	1.923.000	0	1.846,07
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	1.469.200	-1.549.860	-1.478.286,69
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	1.469.200	-1.549.860	-1.478.286,69

31300 Hilfen für Asylbewerber

Verantwortlich:	Herr Hans-Ulrich Merle
Beschreibung:	Gewährung des notwendigen Bedarfes an Ernährung, Unterkunft und Heizung einschließlich Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt an Asylbewerber und zur Ausreise verpflichtete Ausländer, Betreuung der Flüchtlinge. Die Leistungen werden nach § 3 AsylbLG oder § 2 AsylbLG analog den Bestimmungen des SGB XII bzw. den §§ 4 – 6 AsylbLG erbracht.
Grundlage:	Hessisches Gesetz über die Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen (Landesaufnahmegesetz), Asylbewerberleistungsgesetz, SGB XII in analoger Anwendung.
Ziele:	Sicherstellung des Bedarfes zum Lebensunterhalt während der Durchführung des Asylverfahrens.
Kennzahlen:	Im Bereich Asyl werden keine Kennzahlen ausgewiesen.

Position: Erläuterungen

6 Erträge aus Transferleistungen

Der Ansatz der zu genießenden Erträge stieg zum Stand der Mittelanmeldungen für das Jahr 2016 um ca. 6,8 Mio. €. Die Landeszuwendung wurde mit 600 € Erstattungsbetrag pro Person zuzüglich einer einmaligen Bundeszuwendung von 708 T€ kalkuliert. Zudem ist mit höheren Erlösen durch Erstattungsansprüche des SGB II-Trägers zu rechnen, die jedoch zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung noch nicht absehbar waren. Beim Wechsel des Leistungsberechtigten ins SGB II während des laufenden Monats werden von Seiten des Sachgebietes Asyl an den Leistungsberechtigten vorerst selbst die Leistungen weitergezahlt, damit während der Umstellungsphase der Lebensunterhalt sichergestellt werden kann. Die als Vorleistungen erbrachten monetären Leistungen werden sodann durch den SGB II-Träger erstattet.

17 Transferaufwendungen

Veranschlagt sind die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) für die Aufnahme und Unterbringung der ausländischen Flüchtlinge (Lebensunterhalt, Kosten für die Unterbringung, Krankenhilfe).

Die Zahl der Flüchtlinge und die Zahl der Berechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden im Vogelsbergkreis nicht unerheblich ansteigen. Bei Berechnung der Ansätze für das Haushaltsjahr 2016 ist davon ausgegangen worden, dass bis Ende 2015 knapp 850 AsylbLG-Anspruchsberechtigte im Kreis leben und im Laufe des Jahres 2016 monatlich weitere rund 90 Personen hinzukommen. Für den Haushaltsansatz wurden daher 11.709.600 € etatisiert. Ob die Berechnung für das Jahr realistisch ist, kann aus heutiger Sicht nicht festgestellt werden. Die Zahlen und Haushaltsansätze in diesem Bereich sind mit vielen „Unbekannten“ kalkuliert, da nicht klar ist, wie viele Leistungsberechtigte den Vogelsbergkreis zugewiesen werden und anschließend in den Rechtskreis des SGB II wechseln. Wie viele in ihre Heimat zurückkehren werden bzw. wie sich der Aufwand für die Gesundheitshilfe tatsächlich entwickeln wird, ist ebenfalls aus heutiger Sicht nicht abschätzbar.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
 Produkt 33100 Förderung der Wohlfahrtspflege

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.670	-1.650	-1.577,51
17.	72	Transferaufwendungen	-6.000	-6.000	-5.903,94
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-7.670	-7.650	-7.481,45
20.	=	Verwaltungsergebnis	-7.670	-7.650	-7.481,45
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-7.670	-7.650	-7.481,45
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-7.670	-7.650	-7.481,45
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-7.670	-7.650	-7.481,45

33100 Förderung der Wohlfahrtspflege

Verantwortlich: Herr Hans-Dieter Herget

Beschreibung: Einrichtungen, Dienste, Vereine der freien Wohlfahrtspflege werden vom Vogelsbergkreis finanziell unterstützt, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Grundlage: Art. 20 GG, I. Buch Sozialgesetzbuch, Beschlüsse der Kreisgremien zum Haushaltsplan.

Ziele: Hilfesuchende Menschen finden außerhalb der Kreisverwaltung geeignete Einrichtungen, Dienste und Vereine vor, die selbst Hilfen gewähren oder weitervermitteln.

Kennzahlen: Kennzahlen können nicht definiert werden. Die Zielerreichung wird in einem ständigen sozialplanerischen Prozess überprüft.

Position: Erläuterungen

17 Transferaufwendungen

Es handelt sich um Mitgliedsbeiträge in Höhe von 672 € und um Zuwendungen an Vereine und Wohlfahrtsverbände auf Kreisebene in Höhe von 5.328 €.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
 Produkt 34300 Betreuungsleistungen

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.000	1.000	410,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	1.000	1.000	410,00
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-321.930	-246.970	-196.814,00
17.	72	Transferaufwendungen	-70.000	-70.000	-66.443,35
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-391.930	-316.970	-263.257,35
20.	=	Verwaltungsergebnis	-390.930	-315.970	-262.847,35
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-390.930	-315.970	-262.847,35
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-390.930	-315.970	-262.847,35
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-390.930	-315.970	-262.847,35

34300 **Betreuungsleistungen**

Verantwortlich: Herr Hans-Dieter Herget

Beschreibung: Mit dem am 01.07.2014 in Kraft getretenen „Gesetz zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörde“ sind die Aufgaben für die Betreuungsbehörde deutlich erweitert worden. Über die seitherige Unterstützung der Betreuungsgerichte hinaus ist jetzt ihre Anhörung durch das Betreuungsgericht vor einer Betreuerbestellung obligatorisch. In jedem Einzelfall muss ein qualifizierter Sozialbericht erstellt werden. Die Betreuungsbehörde hat außerdem die Pflicht, Hilfen zu vermitteln, die eine Betreuerbestellung entbehrlich machen. Diesem Ziel dient auch die Beratung von Einzelpersonen im Hinblick auf vorsorgende Verfügungen. Im Rahmen ihrer Netzwerkarbeit soll die Betreuungsbehörde ehrenamtliche Betreuer/innen gewinnen, sie in ihr Aufgabengebiet einführen, fortbilden und sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen. Bei zivilrechtlichen Unterbringungen leistet die Betreuungsbehörde Hilfestellung. Sie kooperiert mit Betreuungsvereinen und anderen freigemeinnützigen und privaten Organisationen. Die Betreuungsbehörde führt selbst Betreuungen, wenn es die Besonderheiten des Einzelfalls erfordern. Der Vogelsbergkreis bezuschusst Betreuungsvereine zur Sicherstellung ihres Auftrages.

Grundlage: Betreuungsgesetz, Betreuungsbehördengesetz, Bürgerliches Gesetzbuch, Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Beurkundungsgesetz

Ziele: Die Betreuungsbehörde leistet ihren Beitrag dazu, dass Menschen, die wegen Erkrankung oder Behinderung im psychischen, geistigen oder körperlichen Bereich ihre Angelegenheiten nicht selbst besorgen können, durch Dritte die nötige Unterstützung erhalten oder geeignete gesetzliche Betreuer/innen eingesetzt werden. Alle Menschen aus dem Vogelsbergkreis, bei denen ein Betreuungsgericht das Erfordernis einer Betreuerbestellung festgestellt hat, erhalten geeignete gesetzliche Betreuer/innen.

Kennzahlen: Anzahl der durch Gerichtsbeschluss bestehenden Betreuungen, Anzahl Neuverfahren.

Anzahl	2012	2013	2014
Betreuungen	2.732	2.820	2.785
davon Neuverfahren:	629	655	631

Position: **Erläuterungen**

2 **Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**
Die Betreuungsstelle erhebt geringe Gebühren für die Beglaubigung von Betreuungsverfügungen.

17 **Transferaufwendungen**
Unter dieser Position sind die Zuschüsse an Betreuungsvereine zur Unterstützung ihrer Arbeit etatisiert.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
 Produkt 35100 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	4.000	150.000	5.500,16
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	73.500	33.000	34.654,17
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	542.940,01
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	77.500	183.000	583.094,34
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-731.460	-711.330	-683.172,44
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-50.300	-54.820	-68.902,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-5.000	-5.000	-213,00
14.	66	Abschreibungen	0	0	1.382,80
17.	72	Transferaufwendungen	-613.500	-543.000	-446.051,04
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.400.260	-1.314.150	-1.196.955,68
20.	=	Verwaltungsergebnis	-1.322.760	-1.131.150	-613.861,34
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-1.322.760	-1.131.150	-613.861,34
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-1.322.760	-1.131.150	-613.861,34
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.322.760	-1.131.150	-613.861,34

35100 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Verantwortlich: Herr Werner Köhler

Beschreibung: Hilfen für Frauen durch die Fachberatungsstelle „Frauen (und Kinder) in Not“ durch Beratungsschutz und Hilfeangebote in Fällen von häuslicher Gewalt. Sonstige Hilfen im Rahmen der Familien und Frauenförderung (z.B. Verhütungsmittelfonds), Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz, Zuschüsse an soziale Einrichtungen im Vogelsberg, Leistungen zur Integration in den Arbeitsmarkt. Betrieb eines Pflegestützpunktes in gemeinsamer Trägerschaft mit Pflege- und Krankenkassen. Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket für Bezieher von Kinderzuschlag oder Wohngeld.

Grundlage: Lastenausgleichsgesetz, Gewaltschutzgesetz, freiwillige Leistungen, § 92c SGB XI und Allgemeinverfügung des Hessischen Sozialministeriums vom 08. Dezember 2008, § 6 b BKGG und der Verordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörde für die Gewährung der Leistungen nach § 6 b BKGG.

Ziele: Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz, Schutz und Unterstützung von durch Gewalt bedrohten Frauen (Kindern), Aufrechterhaltung sozialer Infrastruktur, Förderung des Übergangs Schule in den Beruf, Beratung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen in allen Fragen rund um das Thema Pflege, Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Bildung, Kultur, Sport.

Position: Erläuterungen

6 Erträge aus Transferleistungen

Die Position beinhaltet Erträge nach dem beruflichen Rehabilitierungsgesetz in Höhe von 4.000 €. Die Leistungsbeteiligung des Bundes beim Bildungspaket wird zukünftig beim Produkt 31200 abgebildet.

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen

Veranschlagt wurden Landesmittel aus dem Kommunalisierungs-Budget für den Bereich Gewaltschutz in Höhe von 64.500 €, die Zuweisung des Landes für Spätaussiedler in Höhe von 1.000 € sowie die Zuweisung für Qualifizierungsmaßnahmen von Ehrenamtlichen in Höhe von 8.000 €.

17 Transferaufwendungen

Der Ansatz berücksichtigt unter anderem Mittel für:

Leistungen nach § 276 des Lastenausgleichsgesetzes	15.000 €
Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt und Gesellschaft	170.000 €
Bildungs- und Teilhabeleistungen f. Bezieher v. Kinderzuschlag u. Wohngeld	148.500 €
Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte	261.500 €
<u>davon</u> Altenhilfe	6.000 €
Betreuungsarbeit in sozialen Brennpunkten	1.000 €
Beratungsangebote n. d. Gewaltschutzgesetz	20.000 €
Familien- u. Frauenförderung, Verhütungsmittelfond	32.500 €
Jugend- u. Drogenberatungsstelle (Suchthilfe)	150.000 €
Jugend- u. Drogenberatungsstelle (Prävention)	15.000 €
Vogelsberger Lebensräume	30.500 €
Aids-Hilfe Fulda-VB	3.500 €
Selbsthilfegruppen	3.000 €

Aufgrund der steigenden Zahl der Asylbewerber wurde der Ansatz für die Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt und Gesellschaft um 50.000 € zum Vorjahr erhöht, um die notwendigen Sprachkurse für diesen Personenkreis finanzieren zu können.

Zwei wesentliche Säulen der Finanzierung der Jugend- und Drogenberatung sind die freiwilligen Mittel, die der Kreis auf vertraglicher Grundlage zahlt und die Vergütung von Eingliederungsleistungen, die die JDB im Bereich Suchtberatung für Kunden der KVA erbringt (§ 16a Nr. 4 SGB II). Aufgrund der Einnahmen aus Eingliederungsleistungen konnten die freiwilligen Mittel im Jahr 2013 um 70.000 € auf 132.000 € reduziert werden. In der Praxis hat sich gezeigt, dass der Bedarf der KVA an Eingliederungsleistungen im Bereich Suchtberatung zurückgegangen ist. Das liegt zum einen an den gesunkenen Fallzahlen der KVA und zum anderen daran, dass ein immer größer werdender Teil der Zielgruppe bereits erreicht worden ist. Mit der Erhöhung der freiwilligen Mittel um 18.000 € werden die reduzierten Einnahmen aus Eingliederungsleistungen kompensiert.

Im Transferbereich kommen noch Aufwendungen für Leistungen nach dem beruflichen Rehabilitierungsgesetz (4.000 €) sowie Aufwendungen für Qualifizierungsmaßnahmen für Ehrenamtliche (4.000 €) hinzu, die jedoch zu 100% erstattet werden (unter Pos. 6 und 7 etatisiert). Zudem fallen Aufwendungen für die Ehrenamtscard (500 €) und für das Lokale Bündnis für Familie (10.000 €) an.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen = Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	25.800,82	31.079	31.079	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	-20.567,20	-20.567	-20.567	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen = Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-13.610	0	-10.670	-12.770,07	-110.591	-54.831	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-13.610	0	-10.670	-7.536,45	-100.079	-44.319	

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
 Produkt 31100 Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-4.740	0	-3.830	-4.340,41	-39.353	-20.393	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-4.740	0	-3.830	-4.340,41	-39.353	-20.393	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-4.740	0	-3.830	-4.340,41	-39.353	-20.393	

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
 Produkt 31200 Grundsicherung nach dem SGB II

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	25.800,82	31.079	31.079	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	25.800,82	31.079	31.079	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	-20.567,20	-20.567	-20.567	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-7.070	0	-5.600	-6.916,64	-57.653	-28.053	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-7.070	0	-5.600	-27.483,84	-78.221	-48.621	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-7.070	0	-5.600	-1.683,02	-47.141	-17.541	

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
 Produkt 31300 Hilfen für Asylbewerber

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-580	0	0	0,00	-2.320	0	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-580	0	0	0,00	-2.320	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-580	0	0	0,00	-2.320	0	

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
 Produkt 32100 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0,00	-88	-88	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	0	0	0	0,00	-88	-88	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0	0	0	0,00	-88	-88	

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
 Produkt 35100 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.220	0	-1.240	-1.513,02	-11.176	-6.296	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.220	0	-1.240	-1.513,02	-11.176	-6.296	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.220	0	-1.240	-1.513,02	-11.176	-6.296	

Teilhaushalt/Budget

51 Jugend

Budgetverantwortung

Dagmar Scherer

Produkte

34100 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

36100 Tagesbetreuung von Kindern

36200 Kinder- und Jugendarbeit

36300 Gesetzliche Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	160.750	178.750	168.464,83
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	750,00
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	262.000	235.000	194.938,85
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	3.973.800	3.033.400	3.467.275,36
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	149.000	144.000	98.631,69
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	2.450	840	2.051,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	4.548.000	3.591.990	3.932.111,73
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-3.725.950	-3.395.900	-3.209.712,76
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-130.640	-126.360	-169.437,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-176.410	-165.410	-111.750,82
14.	66	Abschreibungen	-2.460	-850	-380.155,76
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-339.000	-398.000	-185.115,27
17.	72	Transferaufwendungen	-21.138.840	-20.359.130	-20.209.963,49
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-25.513.300	-24.445.650	-24.266.135,10
20.	=	Verwaltungsergebnis	-20.965.300	-20.853.660	-20.334.023,37
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-20.965.300	-20.853.660	-20.334.023,37
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	525.375,18
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-257.294,64
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	268.080,54
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-20.965.300	-20.853.660	-20.065.942,83
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0	842.200	866.600,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0	842.200	866.600,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-20.965.300	-20.011.460	-19.199.342,83

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
 Produkt 34100 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	1.010.000	970.000	870.296,72
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	1.010.000	970.000	870.296,72
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-181.370	-171.980	-167.483,70
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-14.020	-13.520	-15.005,00
14.	66	Abschreibungen	0	0	-397.175,25
17.	72	Transferaufwendungen	-1.350.000	-1.260.000	-1.089.741,15
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.545.390	-1.445.500	-1.669.405,10
20.	=	Verwaltungsergebnis	-535.390	-475.500	-799.108,38
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-535.390	-475.500	-799.108,38
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	93.891,59
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	93.891,59
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-535.390	-475.500	-705.216,79
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-535.390	-475.500	-705.216,79

34100 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Verantwortlich: Frau Petra Jung

Beschreibung: - Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz an anspruchsberechtigte allein erziehende Mütter und Väter,
- Durchsetzung von übergegangenen Unterhaltsansprüchen gegenüber dem familienfernen Elternteil

Grundlage: Unterhaltsvorschussgesetz (UVG), Bundesrichtlinien zum UVG, SGB I und X, BGB, ZPO, Unterhaltsgrundsätze des OLG Frankfurt am Main

Ziele: Bescheiderteilung innerhalb von max. 3 Monaten ab Antragsstellung in 75 % der Fälle.

Kennzahlen: Anzahl der innerhalb von 3 Monaten erteilten Bescheide / Anzahl der Anträge im Vergleichszeitraum

Anzahl	2012	2013	2014
Neuanträge	240	244	292
Bescheiderteilung innerhalb von 3 Monaten	196	197	273
Bescheiderteilung später als 3 Monate	44	47	19
<i>Quote</i>	<i>81,67%</i>	<i>80,74%</i>	<i>93,49%</i>

2011: von 20 Bescheiderteilungen wurden 13 Anträge wegen ausreichender Unterhaltszahlung abgelehnt

2012: von 37 Bescheiderteilungen wurden 22 Anträge wegen ausreichender UH-zahlung abgelehnt

2013: von 48 Bescheiderteilungen wurden 22 Anträge wegen ausreichender UH-zahlung abgelehnt

2014: von 57 (negativen) Bescheiderteilungen wurden 28 Anträge wegen ausreichender UH-zahlung abgelehnt

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

6 Erträge aus Transferleistungen

Leistungen Dritter sowie Erstattungsbeträge des Landes: Anteil des Bundes und des Landes Hessen zu je 1/3 an den Gesamtaufwendungen.

17 Transferaufwendungen

Unterhaltsvorschussleistungen an Berechtigte; Anteil des Bundes und des Landes Hessen zu je 1/3 an den vereinnahmten Unterhaltszahlungen (Leistungen Dritter). Es wird eine Erhöhung des Ansatzes um 90.000 € vorgenommen, da die Fallzahlen der letzten Jahre kontinuierlich höher gegangen sind.

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
 Produkt 36100 Tagesbetreuung von Kindern

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	94.000	88.000	71.122,68
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	92.000	92.000	50.196,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	840	840	844,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	186.840	180.840	122.162,68
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-223.770	-217.650	-182.092,27
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-8.810	-8.470	-9.437,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-24.000	-24.000	-16.865,84
14.	66	Abschreibungen	-850	-850	-1.528,10
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-5.000	0	0,00
17.	72	Transferaufwendungen	-875.000	-780.000	-731.688,01
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.137.430	-1.030.970	-941.611,22
20.	=	Verwaltungsergebnis	-950.590	-850.130	-819.448,54
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-950.590	-850.130	-819.448,54
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	3.148,28
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-4.657,66
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-1.509,38
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-950.590	-850.130	-820.957,92
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-950.590	-850.130	-820.957,92

36100 Tagesbetreuung von Kindern

Verantwortlich: Herr Helmut Benner

Beschreibung: Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung; Anwerbung, Beratung Qualifizierung und Vermittlung von Tagespflegepersonen; Bezuschussung von Kindergarten- und Kindertagesstättenbeiträge sowie Tagespflegekosten

Grundlage: Sozialgesetzbuch VIII; §§ 22-25, §§ 43, 45, § 74, § 90

Ziele: 1. Weiterer Ausbau des Angebotes an Tagespflegeplätzen für unter 3- jährige
2. Unter Berücksichtigung der erfahrungsgemäß hohen Fluktuation die Grundqualifizierung von mindestens 30 Personen

Kennzahlen: 1. Anzahl der neugeschaffenen Tagespflegeplätze
2. Anzahl der Teilnehmer/innen am Grundqualifizierungskurs

Anzahl	2012	2013	2014
Tagespflegeplätze für unter 3-Jährige insgesamt	210	196	171
davon: neue Tagespflegeplätze	15	12	39
Teilnehmer Grundqualifizierungskurse	25	20	15

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

6 Erträge aus Transferleistungen

Der Ansatz beinhaltet den Kostenersatz von Kostenbeitragspflichtigen und anderen Trägern, sowie Erstattungen aus Überzahlungen in der Tagespflege und bei Kindergartengebühren. Die Position erhöht sich um 6.000 €.

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen

Es handelt sich um die Landesförderung für die Fachdienste Kindertagespflege sowie die hälftige Erstattung der Kosten nach Ziffer 13.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Zur Sicherstellung der Qualifizierung, Fortbildung sowie Öffentlichkeitsarbeit in der Tagespflege werden 24.000 € in 2016 etatisiert.

15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Es handelt sich hierbei um Investitionszuschüsse an freie Träger. Zurzeit liegen keine Anträge auf (Um-)bau von Jugendräumen oder Jugendeinrichtungen vor. Es verbleibt daher beim Ansatz von 5.000 € auch für das Jahr 2016.

17 Transferaufwendungen

Gestiegene Aufwendungen in Höhe von 95.000 € für Tagespflege (lt. Satzung) und erhöhte Kindergartengebühren. Im Jahr 2015 wurde eine Änderung der Tagespflegesatzung vorgenommen. Darin wurden die Landeszuschüsse zur Kindertagespflege lt. Kinderförderungs-gesetz und eine geringfügige Anhebung der Stundensätze eingearbeitet. Hintergrund war neue Tagespflegepersonen gewinnen zu können und den Verlust der bisher schon qualifizierten Kräfte einzudämmen.

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
 Produkt 36200 Kinder- und Jugendarbeit

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	157.750	175.750	164.961,83
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	82.000	82.000	64.138,85
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	57.000	52.000	48.435,69
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	1.610	0	1.207,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	298.360	309.750	278.743,37
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-434.000	-420.300	-443.789,41
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-119.410	-113.410	-81.879,62
14.	66	Abschreibungen	-1.610	0	10.358,69
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-15.000	-15.000	-32.415,92
17.	72	Transferaufwendungen	-136.740	-131.740	-76.608,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-706.760	-680.450	-624.334,26
20.	=	Verwaltungsergebnis	-408.400	-370.700	-345.590,89
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-408.400	-370.700	-345.590,89
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-408.400	-370.700	-345.590,89
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0	0	0,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-408.400	-370.700	-345.590,89

36200 Kinder- und Jugendarbeit

Verantwortlich: Frau Silvia Lucas

Beschreibung:

- außerschulische Jugendbildung
- Förderung von Partizipationsmodellen für Kinder und Jugendliche
- Koordinierung des Bundesprojektes „Vielfalt tut gut“
- Ferienfreizeitangebote, Unterstützung von Kindern aus einkommensschwachen Familien
- Betreuung von Kindern in drei Spiel- und Lernstuben
- Fortbildungs- und Unterstützungsangebote für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit
- Beratung und finanzielle Unterstützung der Jugendarbeit aus Mitteln der Jugendförderungsrichtlinie
- eigenständige Durchführung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit mit eigenem Personal an drei Standorten und mit externem Personal an weiteren zwei Standorten
- Begleitung und finanzielle Unterstützung der Projekte der schulbezogenen Jugendarbeit und der Jugendberufshilfe
- Mädchenarbeit
- Betreuung des Kinder- und Jugendparlaments

Grundlage: SGB VIII, insbesondere §§ 11-14, 29
 Hess. Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch, bes. 3. Teil
 KA-Beschlüsse Jugendförderungsrichtlinie, RiLi zur Unterstützung von Kindern aus einkommensschwachen Familien, KA- und KT-Beschlüsse zur Durchführung schulbezogener Jugendarbeit
 Hessisches Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit
 Förderprogramme des Bundes, z. B. „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ (ehemals „Vielfalt tut gut“), MORO, Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge

Ziele:

- Flächendeckende präventive Angebote der Jugendsozialarbeit zur frühzeitigen Bearbeitung möglicher Problemlagen von Kindern und Jugendlichen.
- Mobile bedarfsgerechte und erreichbare Angebote der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendbildungsarbeit.
- Unterstützung und Förderung der verbandsgebundenen Jugendarbeit und der ehrenamtlichen Jugendarbeit der Vereine.
- Bereithaltung attraktiver Freizeit-, Bildungs- und Erholungsangebote für Kinder und Jugendliche.
- Entlastung von Familien in den Ferien.
- Gewährleistung von Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
- Sicherstellung gelingender Übergänge Jugendlicher von der Schule in den Beruf durch gezielte Bildungsmaßnahmen und Angebote der schulbezogenen Jugendarbeit und der Jugendberufshilfe.

Kennzahlen: Anzahl der Teilnehmer/innen an Kinder- und Jugendfreizeiten, Seminaren und Projekten der außerschulischen Bildungsarbeit, Anzahl der Qualifizierungsangebote für Jugendleiter/innen und ausgestellte Jugendleiter/innencards im Landkreis, Fördersummen gem. der Jugendförderrichtlinien und Anzahl der geförderten Gruppen, Umfang der über Bundesprogramme akquirierten Fördersummen

Anzahl Teilnehmer	2012	2013	2014
Freizeiten	134	189	198
Seminare	806	726	542
insgesamt	940	915	740

Anzahl	2012	2013	2014
Teilnehmer Qualifizierungsangebote	17	32	20
ausgestellte Jugendleiter/innencards	31	45	55

	2012		2013		2014	
	Betrag insgesamt	Anzahl Gruppen	Betrag insgesamt	Anzahl Gruppen	Betrag insgesamt	Anzahl Gruppen
Förderung						
nach Jugendförderrichtlinien	0	0	6.284	19	9.316	27
durch Bundesprogramme	30.000	0	30.000	12	30.000	9
	30.000	0	36.284	31	39.316	36

**Die Jugendförderrichtlinie war von 2010 bis 2012 außer Kraft gesetzt, daher erfolgte keine Förderung*

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 1 Privatrechtliche Leistungsentgelte**
 Durch den Wegfall der Freizeiteinrichtung Eckmannshain zum 31.12.2014 wird der Haushaltsansatz um 20.000 € reduziert, da keine Nutzungsentgelte mehr für dieses Zeltlager anfallen. Weiter fallen in der Einrichtung Landenhausen Erlöse von 9.000 € weg, da durch den Umbauarbeiten weniger Betten zur Verfügung stehen. Diese Position gleicht sich mit den Mehrerlösen durch die Erhöhung der Zeltplatzgebühr aus. Hier werden 5.500 Übernachtungen mit 2 € berechnet.
- 3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen**
 Verwaltungskostenzuschuss des Landes für die außerschulische Bildungsarbeit.
- 7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen**
 Für das Projekt „Demokratie leben“ werden höher Zuweisungen erwartet, es werden daher 55.000 € etatisiert. Der Ertrag aus Landeszuschüssen wird weiterhin in Höhe von 2.000 € erwartet.
- 8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen**
 Für das Jugendamt wurde das KAFF-Mobile angeschafft. Dafür wurden Zuweisungen vom Land/ Bund gezahlt, die mit der Bildung eines Sonderpostens jährlich aufgelöst werden müssen. Der Sonderposten dient als Ausgleich für die jährliche Abschreibung des Fahrzeugs.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
 Hierrunter fallen alle Aufwendungen, die mit der Durchführung der Freizeitmaßnahmen und dem Betrieb der kreiseigenen Jugendeinrichtung Landenhausen zusammenhängen.
- 15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwendungen**
 Förderung der Jugendgruppen in Höhe von 15.000 €.

17

Transferaufwendungen

Der Ansatz berücksichtigt unter anderem 55.000 Euro aus dem Projekt „Demokratie leben“ Die erhöhte Förderung (Zuwachs um 5.000 €) bedingt höhere Weitergabe der Fördermittel (analog Pos. 7). Weitere 61.000 Euro wurden für die außerschulische Bildungsarbeit, 7.000 Euro für Beihilfen zur Kinder- und Jugenderholung, 3.500 € für die Mädchenarbeit und 10.240 € für Beratungsangebote für arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene eingestellt. Hier sind im Vergleich zum Vorjahr keine Veränderungen eingetreten.

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
 Produkt 36300 Gesetzliche Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.000	3.000	3.503,00
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	750,00
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	180.000	153.000	130.800,00
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	2.869.800	1.975.400	2.525.855,96
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	3.052.800	2.131.400	2.660.908,96
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-2.886.810	-2.585.970	-2.416.347,38
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-107.810	-104.370	-144.995,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-33.000	-28.000	-13.005,36
14.	66	Abschreibungen	0	0	8.188,90
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-319.000	-383.000	-152.699,35
17.	72	Transferaufwendungen	-18.777.100	-18.187.390	-18.311.926,33
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-22.123.720	-21.288.730	-21.030.784,52
20.	=	Verwaltungsergebnis	-19.070.920	-19.157.330	-18.369.875,56
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-19.070.920	-19.157.330	-18.369.875,56
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	428.335,31
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-252.636,98
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	175.698,33
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-19.070.920	-19.157.330	-18.194.177,23
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0	842.200	866.600,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0	842.200	866.600,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-19.070.920	-18.315.130	-17.327.577,23

36300 Gesetzliche Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Verantwortlich: Frau Martina Beyer

Beschreibung: Förderung der Erziehung in der Familie
 Ambulante, teilstationäre und stationäre Leistungen der Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Hilfen für junge Volljährige
 Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
 Schutz von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege und in Einrichtungen (Heimaufsicht, Pflegekinderdienst), Entgeltvereinbarungen
 Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren
 Beistandschaften, Pflegschaften und Vormundschaften für Kinder und Jugendliche sowie
 Auskunft über die Nichtabgabe von Sorgeerklärungen
 Beurkundung und Beglaubigung
 Jugendhilfeplanung

Grundlage: Sozialgesetzbuch (SGB) VIII, Hess. Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (HKJGB), SGBI, IX, X, XII, Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), Adoptionsvermittlungsgesetz (AdVermG), Jugendgerichtshilfegesetz (JGG), Freiwilliges Gerichtsgesetz (FGG)

Ziele:

1. Als ersten Schritt zur Wirkungsevaluation erfolgt eine Gesamtbetrachtung der Zielerreichungsgrade bezogen auf die Zielvereinbarungen der einzelnen Hilfeplanverfahren in drei sozialpädagogischen Tagesgruppen, die als Tandempartner gemeinsam mit dem Amt für Jugend, Familie und Sport im Bundesprojekt „Wirkungsorientierte Jugendhilfe- Modellprogramm Qualifizierung der Hilfen zur Erziehung durch wirkungsorientierte Ausgestaltung der Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen“ gearbeitet haben
2. Beratungsangebote nach der Geburt eines Kindes, dessen Eltern nicht miteinander verheiratet sind, werden innerhalb von 2 Wochen nach Eingang der Geburtsmitteilung erteilt.
3. Mitteilung an die Eltern über die Verpflichtung zur Zahlung von Kostenbeiträgen innerhalb von einer Woche nach Hilfebeginn.

Kennzahlen:

1. Zielerreichungsgrad
2. Bearbeitungsdauer in Tagen/Bearbeitung innerhalb 2-Wochenfrist
3. Bearbeitungsdauer in Tagen/Bearbeitung innerhalb einer Woche nach Hilfebeginn

1. Zielerreichungsgrad	2012	2013	2014
junge Menschen	30	31	33
Zielerreichungsgrad	76%	69%	73%
Einschätzung d. Hilfe durch Beteiligte	90%	85%	73%

Zielerreichungsgrad und Einschätzung der Hilfe wurde gemeinsam abgefragt.
 Erstmals in 2010 wurde die Einschätzung der Hilfe durch die Beteiligten vorgenommen.

2. Bearbeitungsdauer in Tagen/ Bearbeitung innerhalb 2-Wochen-Frist	2012	Prozent	2013	Prozent	2014	Prozent
Anschreiben innerhalb von 2 Wochen	56	34,57	41	37,27	47	32,64
Beratung im Vorfeld erfolgt	97	59,87	66	60,00	96	66,67
Anschreiben später als 2 Wochen	9	5,56	3	2,73	1	0,69
gesamt	162		110		144	

3. Bearbeitungsdauer in Tagen/ Bearbeitung innerhalb einer Woche nach Hilfebeginn	2012	Prozent	2013	Prozent	2014	Prozent
Anschreiben innerhalb einer Woche	104	65,41	162	75,70	108	63,53
Anschreiben im laufenden Monat	14	8,81	27	12,62	22	12,94
Anschreiben im Folgemonat	28	17,60	17	7,94	19	11,18
Anschreiben später	13	8,18	8	3,74	21	12,35
gesamt	159		214		170	

Mitteilung an die Eltern über die Verpflichtung zur Zahlung von Kostenbeiträgen innerhalb von 1 Woche nach Hilfebeginn.

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Die Personalkostenerstattungen des Landes für die Übernahme von Landesaufgaben erhöht sich in der Summe auf 120.000 €. Zudem sind unter dieser Position Personal- und Sachkostenerstattungen für die Frühen Hilfen in Höhe von 60.000 € etatisiert.

6 Erträge aus Transferleistungen

Veranschlagt ist der Kostenersatz von Kostenbeitragspflichtigen für die Hilfe zur Erziehung und der Eingliederungshilfe sowie die Erstattungen von Jugendhilfeträgern und Sozialleistungsträgern. Da diese Erstattungen bei Fallabgaben anfallen, diese aber nicht vorhersehbar sind (z.B. Wegzug des die Kostenzuständigkeit auslösenden Elternteils aus dem Vogelsbergkreis) können die Ergebnisse großen Schwankungen aufweisen.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Kosten für Heimaufsicht (Fachstelle Jugendhilfeeinrichtungen) und KiTa-Aufsicht (Fachstelle Kindertageseinrichtungen) und für die Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt. Die Ansatzsteigerung ergibt sich aus +5.000 € für die Finanzierung erforderlicher Veranstaltungen und Fortbildungen im Sozialraumprojekt.

15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Hierbei handelt es sich um die ganzjährig angebotene schulbezogene Jugendsozialarbeit sowie einer sozialräumlichen Ausweitung auf alle Kommunen im Vogelsbergkreis. Die Personalkosten, die für diesen Bereich entstehen werden an anderer Stelle berücksichtigt.

17 Transferaufwendungen

Der Ansatz für erhöht sich um rund 600.000 € auf Grund der Inanspruchnahme von Jugendhilfeleistungen von natürlichen Personen außerhalb von Einrichtungen. Zusätzlich zu den Individualhilfen werden folgende Kosten ebenfalls berücksichtigt:

Kosten für soziale Gruppenarbeit	45.000 €
Erziehungsberatungsprojekt	70.000 €
Intensivierung Pflegestellenakquise	121.000 €

Insgesamt zeigt sich die erhebliche Inanspruchnahme der Frühen Hilfen für den Kleinkindbereich, die im Haushalt 2015 bereits prognostiziert wurde.

Teilhaushalt/Budget

51 Jugend

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	16.090,00	23.996	23.996	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	16.090,00	23.996	23.996	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	-16.090,00	-23.996	-23.996	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-4.080	0	-3.190	-3.915,76	-35.973	-19.653	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-4.080	0	-3.190	-20.005,76	-59.969	-43.649	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-4.080	0	-3.190	-3.915,76	-35.973	-19.653	

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
 Produkt 34100 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-270	0	-180	-219,65	-3.297	-2.217	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-270	0	-180	-219,65	-3.297	-2.217	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-270	0	-180	-219,65	-3.297	-2.217	

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
 Produkt 36100 Tagesbetreuung von Kindern

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0,00	7.906	7.906	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	0,00	7.906	7.906	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	0,00	-7.906	-7.906	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-200	0	-160	-193,68	-1.909	-1.109	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-200	0	-160	-193,68	-9.816	-9.016	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-200	0	-160	-193,68	-1.909	-1.109	

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
 Produkt 36200 Kinder- und Jugendarbeit

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen = Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	16.090,00	16.090	16.090	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen = Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	0	0	0	-16.090,00	-16.090	-16.090	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0	0	0	0,00	0	0	

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
 Produkt 36300 Gesetzliche Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.610	0	-2.850	-3.502,43	-30.765	-16.325	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-3.610	0	-2.850	-3.502,43	-30.765	-16.325	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-3.610	0	-2.850	-3.502,43	-30.765	-16.325	

Teilhaushalt/Budget

53 Gesundheitsdienste

Budgetverantwortung

Renate Meudt

Produkte

41400 Maßnahmen der Gesundheitspflege

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	155.000	155.000	192.185,19
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	0	0	2.372,47
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	7.500	13.000	7.500,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	162.500	168.000	202.057,66
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.338.810	-1.327.780	-1.183.884,29
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	20.360	19.750	0,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-65.500	-52.000	-47.223,78
14.	66	Abschreibungen	-1.610	-1.220	-6.151,72
17.	72	Transferaufwendungen	-50.000	-30.000	-25.290,71
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.435.560	-1.391.250	-1.262.550,50
20.	=	Verwaltungsergebnis	-1.273.060	-1.223.250	-1.060.492,84
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-1.273.060	-1.223.250	-1.060.492,84
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-443,54
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-443,54
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-1.273.060	-1.223.250	-1.060.936,38
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	178.500	180.000	180.000,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	178.500	180.000	180.000,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.094.560	-1.043.250	-880.936,38

41400 Gesundheitsdienste

Verantwortlich: Frau Renate Meudt

Beschreibung:

- Hygiene und Umweltmedizin
 - Die Bevölkerung vor Schäden zu schützen, die sich aus Verunreinigungen der Umwelt (z.B. Trink- und Badewasser) oder Infektionen (auch Seuchen/Pandemien/in Gesundheitseinrichtungen erworben) ergeben;
 - Gelbfieberimpfung, Reisemedizinische Beratung
- Schulgesundheitspflege: Feststellung der Schulfähigkeit, Früherkennung von Erkrankungen und besonderem Förderbedarf sowie Durchführung von sportärztlichen Vorsorgeuntersuchungen bei D/E-Kader-Athleten;
- Gremienarbeit: Teilnahme an Hilfeplankonferenzen zur Wiedereingliederung der Klienten, Präventionsarbeit (Arbeitskreis Prävention, Projekt HaLT, Runder Tisch gegen Gewalt, MRE-Netzwerk), Jugendhilfeausschuss;
- Begutachtung: Zu diesem Bereich gehören die amtsärztlichen, vertrauensärztlichen, verkehrsmedizinischen Begutachtungen. Mittels der Ergebnisse der Begutachtung sollen u.a. leistungsrechtliche Entscheidungen der Auftraggeber ermöglicht werden;
- Sozialmedizin: Begutachtung für leistungsrechtliche Entscheidungen der Auftraggeber. Auftraggeber sind überwiegend Behörden;
- Sozialpsychiatrischer Beratungsdienst: personenzentrierte Beratung und Hilfen für Menschen mit psychischer Erkrankung und Behinderung sowie für Personen mit Suchtproblemen und Suchterkrankungen. Eine weitere Aufgabe ist die Beratung von Angehörigen und des sozialen Umfelds;
- Medizinalaufsicht: Erfassung aller im Vogelsbergkreis tätigen Personen, die im Gesundheitsbereich tätig sind (Ärzte, Zahnärzte, Heilhilfskräfte, Heilpraktiker, etc.);
- Arbeitsmedizinische Betreuung: die Verbesserung des Arbeitsschutzes der Mitarbeiter der Kreisverwaltung und der Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreises.

Grundlage: Hessisches Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (HGöGD) - GVBl. I S. 659 - vom 28. September 2007, zuletzt geändert am 07. September 2012; Arbeitssicherheitsgesetz, Fahrerlaubnisverordnung (FeV), BAT/TVöD, Hessisches Beamten-Gesetz, Heilpraktikergesetz, WaffenG, SGB II, SGB V, SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz), SGB XI, SGB XII, Hessisches Schulgesetz, Infektionsschutzgesetz (IfSG), IfSG-Hygiene-Verordnung, Trink-WVO-2001, zuletzt geändert 22.12.2011, EG-Badegewässer-RL, Verordnung über die Qualität und Bewirtschaftung der Badegewässer (VO-BGW), Medizinproduktegesetz (MPG), Hessisches Verwaltungskostengesetz, Hessische Verwaltungskostenordnung.

Ziele:

- Effiziente und bürgernahe Aufgabenerledigung;
- Kontinuierliche Überwachung von Infektionserkrankungen der Bevölkerung, um drohende Gefahren festzustellen und erforderliche Maßnahmen zu ergreifen. (SARS, Pocken, Vogelgrippe-Pandemie, Schweinegrippe, EHEC/HUS etc.).
- Hilfestellungen bei (psychischen) Krisensituationen.
- Durchführung der Aufgaben unter Berücksichtigung der gesetzlichen Grundlagen und der von den Fachgesellschaften vorgegeben Leitlinien/Produktkataloge.
- Ökonomische und ökologische Nutzung der Ressourcen.
- Berücksichtigung des Leitbildes des Vogelsbergkreises.

Kennzahlen:

- 1.) Anzahl der Untersuchungen
- 2.) Anzahl der Begehungen
- 3.) Anzahl der Belehrungen

Anzahl	2012	2013	2014
Untersuchungen	3.705	1.935	1.649
Belehrungen	1.017	968	978
	4.722	2.903	2.627

Anzahl	2012	2013	2014
Einschulungsuntersuchungen	847	862	844
Jugendzahnärztliche Untersuchungen	2.780	2.454	2.547
Sozialpsychiatrische Untersuchungen	73	87	73
SdPI Kontakte	569	495	462
Hilfepankonferenz	252	262	258
Gelbfieber-Impfungen (WHO-zert.)	77	56	81
Arbeitsmedizinische Untersuchungen	514	763	1028
Sportmed. Untersuchungen	71	61	20
Sozialmedizinische Untersuchungen		187	424
Hygienische Überwachung		43	80

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Hierbei handelt es sich um die Gebühren, die für die Leistungen des Kreisgesundheitsamtes eingenommen werden.

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgem. Umlagen

Der Haushaltsansatz für das Jahr 2016 reduziert sich in der Summe auf 7.500 €. Hintergrund hierfür ist, dass der Zuschuss im Rahmen der Leader-Förderung und der Gesundheitskonferenz wegfällt. Die Position umfasst somit nur noch die Landeszuweisungen für laufende Zwecke (Projekt HalT - "Hart am Limit").

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Ansatz umfasst Mittel zur Abdeckung des Arznei- und Laborbedarfs sowie Aufwendungen für externe Untersuchungen und Impfstoffe in Höhe von 40.000 €. Zudem sind Gelder für die Öffentlichkeitsarbeit (9.000 €) und für Arbeitskreise/Netzwerke (2.000 €) etatisiert. Die Ansätze in Höhe von 7.000 € Aufwendungen für ein „Blockpraktikum“ und 7.500 € Aufwendungen für „Gesundheitskonferenz“ wurden leicht erhöht. Durch den Wegfall der o.g. Zuweisungen durch das Land entsteht dem Vogelsbergkreis ein zusätzlicher Aufwand für die Gesundheitskonferenz von 3.000 €.

In der Summe erhöht sich der Gesamtansatz der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 13.500 €. Die steigende Anzahl von Asylsuchenden und neu zugewiesenen Aufgaben im Bereich „Demografie und Ärztemangel“ können als Ursache für die Etaterhöhung zugeschrieben werden.

14 Abschreibungen

Der Ansatz umfasst die Abschreibung auf vorhandene Anlagegüter.

- 17** **Transferaufwendungen**
Veranschlagt sind Unterbringungskosten gem. § 30 Infektionsschutzgesetz für die zwangsweise Einweisung von Patienten mit TBC-Erkrankung (5.000 €). Hierbei handelt es sich um reine Unterbringungskosten und nicht um die von der GKV zu tragenden Krankenhausbehandlungskosten. Zudem sind wieder die Aufwendungen für das Projekt HalT - "Hart am Limit" in Höhe von 25.000 € veranschlagt.
- 29** **Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen**
Die im Zusammenhang mit den Einschulungsuntersuchungen sowie schulzahnärztlichen Untersuchungen stehenden Aufwendungen sind dem Budget 40 – Schulverwaltung zuzurechnen (Gegenbuchung bei Produkt 24300).

Teilhaushalt/Budget 53 Gesundheitsdienste
 Produkt 41400 Maßnahmen der Gesundheitspflege

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0,00	2.100	2.100	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	0,00	2.100	2.100	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	0,00	-1.163	-1.163	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0,00	-5.436	-5.436	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	0	0	0	0,00	-6.600	-6.600	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0	0	0	0,00	-4.500	-4.500	

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt

Budgetverantwortung

Bernhard Hofmann

Produkte

 51100 Immissionsschutz
 52100 Bauordnung und Bauaufsicht
 52300 Denkmalschutz und -pflege
 54200 Verwaltung der Kreisstraßen
 55400 Gewässer- und Naturschutz

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	656.500	656.500	811.313,47
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	30.000	30.000	0,00
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	957.200	955.000	955.000,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	813.960	1.607.740	1.571.264,85
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	4.000	7.000	3.193,30
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	2.461.660	3.256.240	3.340.771,62
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.554.860	-1.477.520	-1.437.358,14
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-49.530	-44.680	-174.140,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.088.520	-1.828.520	-1.779.604,45
14.	66	Abschreibungen	-1.132.190	-1.941.000	-1.918.525,38
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-41.000	-41.000	-5.737,81
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-57.000	-57.000	-54.253,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-4.923.100	-5.389.720	-5.369.618,78
20.	=	Verwaltungsergebnis	-2.461.440	-2.133.480	-2.028.847,16
22.	77	Finanzaufwendungen	0	0	-703,00
23.	=	Finanzergebnis	0	0	-703,00
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-2.461.440	-2.133.480	-2.029.550,16
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	29.597,56
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-30.550,56
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-953,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-2.461.440	-2.133.480	-2.030.503,16
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-2.461.440	-2.133.480	-2.030.503,16

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
 Produkt 51100 Immissionsschutz

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	10.000	10.000	0,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	10.000	10.000	0,00
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-15.950	-15.930	-18.038,17
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-5.430	-3.790	-2.951,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-10.000	-10.000	0,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-31.380	-29.720	-20.989,17
20.	=	Verwaltungsergebnis	-21.380	-19.720	-20.989,17
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-21.380	-19.720	-20.989,17
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-21.380	-19.720	-20.989,17
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-21.380	-19.720	-20.989,17

51100 Immissionsschutz

Verantwortlich: Herr Bernhard Hofmann

Beschreibung: Menschen, Tiere und Pflanzen, der Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter sind vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen u. a.) und, soweit es sich um genehmigungsbedürftige Anlagen handelt, auch vor Gefahren, erheblichen Nachteilen und erheblichen Belästigungen zu schützen. Dabei werden im Rahmen der Zuständigkeit des Landkreises die Einhaltung der Rechtsquellen bei Anzeigen nicht genehmigungsbedürftiger Anlagen geprüft, Anlagen wiederkehrend überwacht., sachverständige Stellen eingeschaltet, nachträgliche Maßnahmen an bestehende Anlagen angeordnet bzw. Emissionserklärungen des Betreibers zu Anlagen der Massentierhaltung geprüft. Das Produkt umfasst zudem Beratungen, Auskünfte, Bestätigungen und Widerspruchsverfahren.

Grundlage: BImSchG sowie im Besonderen 1., 4., 8., 11., 18. BImSchV, UVPG, div. Gesetze sowie Verordnungen, Erlasse, Satzungen und Richtlinien.

Ziele: Schutz der Umwelt vor schädlichen Einwirkungen und Sichern der hohen naturräumlichen Qualität des Vogelsbergkreises. Stärken der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit durch kompetente Beratung, transparente Entscheidung und offene Kommunikation.

Kennzahlen: Verfahren nach BImSchG in Zuständigkeit des Vogelsbergkreises

Anzahl	2012	2013	2014
Verfahren nach BImSchG	8	14	22

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

3 / 13 **Kostensatzleistungen und -erstattungen / Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**

Diese beiden Haushaltsansätze beinhalten die Überprüfungen der Einhaltung immissionsschutzrechtlichen Anforderungen (z.B. Lärmimmissionen) im Bereich der Gaststättengewerbe. Die ggf. erforderlichen Durchführungen von Lärmmessungen vor Ort und -auswertungen wurden an Sachverständige und sachverständige Stellen übertragen. Die Begleichung der Kosten für die Durchführung und Auswertung werden als Aufwandskonto und die endgültige Kostenerstattung durch den Verursacher als Ertragskonto abgebildet.

Für das Haushaltsjahr 2016 verbleiben die Ansätze bei jeweils 10.000 €. Mit einer Veränderung zu 2015 in den Fallzahlen wird nicht gerechnet.

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
 Produkt 52100 Bauordnung und Bauaufsicht

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	611.500	611.500	753.036,62
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	20.000	20.000	0,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	664,93
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	631.500	631.500	753.701,55
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-623.970	-616.980	-599.961,54
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	37.970	46.420	-20.657,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-20.000	-20.000	-321,54
14.	66	Abschreibungen	0	0	-24.581,75
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-606.000	-590.560	-645.521,83
20.	=	Verwaltungsergebnis	25.500	40.940	108.179,72
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	25.500	40.940	108.179,72
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	25.500	40.940	108.179,72
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	25.500	40.940	108.179,72

52100 Bauordnung und Bauaufsicht

Verantwortlich: Herr Bernhard Hofmann

Beschreibung: Die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere Leben, Gesundheit und natürliche Lebensgrundlagen sind bei Anordnung, Errichtung, Änderung, Instandhaltung und Abbruch von baulichen Anlagen und Gebäuden nicht zu gefährden. Dabei wird die Einhaltung der Rechtsquellen zu Vermeidung bzw. Abwehr von Gefahren im geforderten Umfang geprüft. Das Produkt umfasst Entscheidungen mit Außenwirkung wie Genehmigungen, Überprüfung, Anordnung, Entscheidung über Widersprüche zu oben genannten baulichen Vorhaben sowie interne Stellungnahmen zu Verwaltungsverfahren anderer Ämter und Behörden und zudem baurechtlichen Beratungen, Auskünfte, Bescheinigungen innerhalb bzw. außerhalb von Verwaltungsverfahren und Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.

Grundlage: HBO, HSOG, BauGB, BauNVO, UVPG, div. Gesetze sowie Verordnungen, Erlasse, Satzungen und Richtlinien.

Ziele: Vorbereiten und Unterstützen rechtlicher Rahmenbedingungen im Interesse einer flächen- und ressourcensparenden baulichen Entwicklung unter Berücksichtigung der Raumordnung und Landschaftspflege sowie Erhalt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung von baulichen Anlagen im Vogelsbergkreis; Stärken der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit durch kompetente Beratung, transparente Entscheidung und offene Kommunikation.

Kennzahlen: Rechtssichere Entscheidung in weniger als 45 Tagen nach Vollständigkeit, Anteil erfolgreicher Widersprüche weniger als 5 % bezogen auf die Bescheide
Entgangene Gebühreneinnahmen aufgrund von Befreiungstatbeständen (z. B. § 8 VwKostG, § 29 Reichssiedlungsgesetz) sowie im Gegensatz zu anderen Bundesländern in Hessen fehlendem Gebührentatbestand in VwKostO-MUELV für bauaufsichtliche Stellungnahmen zu Genehmigungsverfahren nach BImSchG (Biogasanlagen, Windenergieanlagen...).

Anzahl	2012	2013	2014
Bescheide (insgesamt)	487	457	446
davon: Dauer der Antragsbearbeitung < 45 Tage	432	388	378
Quote:	88,71%	84,90%	84,75%
davon: Bescheide zu gewerblichen Baumaßnahmen	80	93	77
davon: Dauer der Antragsbearbeitung < 45 Tage	69	78	64
Quote:	86,25%	83,87%	83,12%
isolierte Abweichungsbescheide nach § 63 HBO	40	59	34
davon: Dauer der Antragsbearbeitung < 45 Tage	37	50	30
Quote:	92,50%	84,75%	88,24%
Stellungnahmen zu Genehmigungsverfahren nach BIm-SchG	8	14	22
ordnungsbehördliche Verfahren	87	74	84
Widersprüche	31	40	33
Anteil erfolgreicher Widersprüche	2	0	0
Quote Anteil erfolgreicher Widersprüche bezogen auf die Bescheide	0,41%	0,00%	0,00%
wiederkehrende Prüfung von Sonderbauten	10	16	18
Baulasteintragungen/ -löschungen/ -veränderungen	137	152	111
Baulastauskünfte	245	194	249
Beratungen außerhalb von Verfahren	540	789	798

entgangene Gebühren aufgrund von Befreiungstatbeständen, z. B. Reichssiedlungsgesetz	199.803 €	148.341 €	81.332 €
entgangene Gebühren aufgrund fehlender Rechtsgrundlage, z. B. Stellungnahmen zu BImSchG-Genehmigungsverfahren	591.284 €	31.810 €	221.730 €

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte

Es handelt sich um Erträge aus Gebühren auf der Grundlage der Gebührensatzung des Kreises über die Erhebung von Bauaufsichtsgebühren oder Leistungen im Rahmen der Eingriffsverwaltung auf der Grundlage des Allgemeinen Verwaltungskostenverzeichnisses des Landes (Stundensätze).

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Die Kosten der Ersatzvornahmen (Pos. 13 Aufwendungen) sind durch den Eigentümer oder Zustandstörer zu ersetzen.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Diese Aufwendungen entstehen bei Zwangsmaßnahmen gem. Hess. Verwaltungsvollstreckungsgesetz im Rahmen von Ersatzvornahmen. Aufgrund von demografischem und wirtschaftlichem Wandel ist eine Zunahme an langfristig leerstehenden und baufälligen Gebäuden im Vogelsbergkreis wahrzunehmen.

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
 Produkt 52300 Denkmalschutz und -pflege

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-127.930	-128.040	-131.400,63
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-13.490	-8.690	-5.902,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-141.420	-136.730	-137.302,63
20.	=	Verwaltungsergebnis	-141.420	-136.730	-137.302,63
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-141.420	-136.730	-137.302,63
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-141.420	-136.730	-137.302,63
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-141.420	-136.730	-137.302,63

52300 Denkmalschutz und -pflege

Verantwortlich: Herr Bernhard Hofmann

Beschreibung: Die Kulturdenkmale sind als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und Entwicklung zu schützen und zu erhalten. Dabei wird die Einhaltung der Rechtsquellen zum Schutz der Kulturdenkmale in einem denkmalrechtlichen Genehmigungsverfahren oder durch Zustimmung im bauaufsichtlichen Verfahren geprüft bzw. ordnungsbehördlich angeordnet. Das Produkt umfasst zudem Beratungen, Auskünfte, Bescheinigungen, Widerspruchsverfahren und Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.

Grundlage: HDSchG, HSOG, div. Gesetze sowie Verordnungen, Erlasse, Satzungen und Richtlinien

Ziele: Pflege und Förderung des Denkmalsbestandes zur Erhaltung der Identität und im Sinne einer schonenden Entwicklung der Dörfer für die Bevölkerung und den Fremdenverkehr im Vogelsbergkreis. Hierbei sind die Erweiterung und Nutzungsänderung der Baudenkmale im Sinne einer städtebaulichen Innenentwicklung zu unterstützen. Stärken der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit durch kompetente Beratung, transparente Entscheidung und offene Kommunikation.

Kennzahlen: Rechtssichere Entscheidung in weniger als 45 Tagen nach Vollständigkeit, Anteil erfolgreicher Widersprüche weniger als 5 % bezogen auf die Bescheide, Abbrüche von Kulturdenkmälern bzw. Gebäude innerhalb von denkmalrechtlichen Gesamtanlagen

Anzahl	2012	2013	2014
Bescheide	226	221	164
davon: Dauer der Antragsbearbeitung < 45 Tage	200	178	145
Quote:	88,50%	80,54%	88,41%
Widersprüche	4	6	
Anteil erfolgreicher Widersprüche gegen beschiedene Anträge auf denkmalrechtliche Genehmigung	0	0	
erteilte Abbruchgenehmigungen für Baudenkmäler	14	14	7
abgebrochene oder sonst endgültig zerstörte Baudenkmäler	11	9	3
erteilte Abbruchgenehmigungen in Gesamtanlagen für Gebäude, die selbstk eine Baudenkmäler sind	36	17	21
abgebrochene oder sonst endgültig zerstörte Bestandteile von Gesamtanlagen, die keine Einzeldenkmäler sind	16	15	6

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
 Produkt 54200 Verwaltung der Kreisstraßen

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	957.200	955.000	955.000,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	813.960	1.607.740	1.571.264,85
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	4.000	7.000	2.528,37
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	1.775.160	2.569.740	2.528.793,22
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-47.710	-46.750	-46.796,01
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-22.140	-21.410	-24.143,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.031.000	-1.771.000	-1.764.166,38
14.	66	Abschreibungen	-1.132.190	-1.941.000	-1.891.732,38
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-3.233.040	-3.780.160	-3.726.837,77
20.	=	Verwaltungsergebnis	-1.457.880	-1.210.420	-1.198.044,55
22.	77	Finanzaufwendungen	0	0	-703,00
23.	=	Finanzergebnis	0	0	-703,00
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-1.457.880	-1.210.420	-1.198.747,55
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	29.597,56
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-30.550,56
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-953,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-1.457.880	-1.210.420	-1.199.700,55
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.457.880	-1.210.420	-1.199.700,55

54200 Verwaltung der Kreisstraßen

Verantwortlich:	Herr Horst Schmidt
Beschreibung:	Gewährleistung eines funktionsfähigen Kreisstraßennetzes in einem verkehrssicheren Zustand
Grundlage:	Hessisches Straßengesetz, Haushaltsplan Vogelsbergkreis
Ziele:	Erhalt und Verbesserung der verkehrsnotwendigen Kreisstraßen durch zielgerichtete Steuerung des verfügbaren Ressourceneinsatzes unter Berücksichtigung der Verkehrsbedeutung und des öffentlichen Interesses
Kennzahlen:	Zustandsnote < 3,0 bei allen Brückenbauwerken (Bauwerksprüfungen des ASV Schotten) Zustandsklasse ≤ 3,0 bei 80 % der Kreisstraßen (regelmäßige Untersuchung durch unabhängige externe Anbieter)

Brückenbauwerke (Stichtag 01.01.)	2012	2013	2014
Anzahl insgesamt	61	61	61
davon: Zustandsnote < 3,0	59	59	59
Zielerreichung:	96,72%	96,72%	96,72%
Straßennetz (Stichtag 01.01.)	2012	2013	2014
Kreisstraßen insgesamt, in km	305,033	305,033	305,033
davon: Zustandsnote ≤ 3,0	220,723	224,540	224,957
Zielerreichung:	72,36%	73,61%	73,75%

Gemäß der Richtlinie der Bauwerksprüfung beschreiben Zustandsnoten bei Brücken ab 3,0 bis 3,4 einen nicht ausreichenden Zustand.

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen**
Veranschlagt ist die besondere Finanzaufweisung des Landes nach dem Finanzausgleichsgesetz zur Unterhaltung der Kreisstraßen. Die tatsächlichen Zuweisung 2015 beträgt rd. 957.000 €. Für die Folgejahre sind ebenfalls 957.000 € angesetzt.
- 8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen und –zuschüssen**
Veranschlagt ist der Ertrag aus der Auflösung von passivierten Sonderposten aus erhaltenen Investitionszuschüssen auf Grundlage der Eröffnungsbilanz. Diese werden über die Nutzungsdauer des Bauwerks verteilt linear aufgelöst.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Der Aufwand für Verwaltung, Unterhaltung und Instandsetzung der Kreisstraßen ergibt sich aus einer mit Hessen Mobil vertraglich fest vereinbarten Pauschale und dem variablen Direktaufwand, mit dem zusätzliche, nicht in der Unterhaltungspauschale erfasste Leistungen abgedeckt werden. Die Pauschale beträgt derzeit 3.839,14 €/km. Bei einem Kreisstraßennetz von 305,001 km zum 01.01.2016 werden im nächsten Jahr rd. 1.171.000 € benötigt.

Für das Jahr 2016 ist eine erneute Zustandserfassung geplant. Die Kosten betragen ca. 60.000 €. Mit den Ergebnissen der geplanten Zustandserfassung steht der Verwaltung und den Kreisgremien ein zuverlässiges und objektives Planungsmaterial zur Verfügung, um ein nachvollziehbares Sanierungskonzept für die Kreisstraßen zu erarbeiten. Die letzte Zustandserfassung erfolgte im Jahr 2006.

Deckenerneuerungen

Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2014 werden in kleinen Umfang Deckenerneuerungen in den Haushalt aufgenommen werden. Für 2016 ist ein Betrag von 300.000 € vorgesehen. Die Festlegung auf einen Streckenabschnitt erfolgt im Zusammenhang mit etwaigen Maßnahmen im Rahmen des Kommunalinvestitionsprogramms.

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
 Produkt 55400 Gewässer- und Naturschutz

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	45.000	45.000	58.276,85
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	45.000	45.000	58.276,85
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-739.300	-669.820	-641.161,79
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-46.440	-57.210	-120.487,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-27.520	-27.520	-15.116,53
14.	66	Abschreibungen	0	0	-2.211,25
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-41.000	-41.000	-5.737,81
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-57.000	-57.000	-54.253,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-911.260	-852.550	-838.967,38
20.	=	Verwaltungsergebnis	-866.260	-807.550	-780.690,53
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-866.260	-807.550	-780.690,53
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-866.260	-807.550	-780.690,53
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-866.260	-807.550	-780.690,53

55400 Gewässer- und Naturschutz

Verantwortlich:	Herr Bernhard Hofmann
Beschreibung:	Naturschutz und Landschaftspflege Räumliche Planung und Entwicklung Eingriffsgenehmigungen, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Prüfverfahren und Beurteilungen Gestaltung der Umwelt Wasserbehörde a) Aufsicht über Gewässer b) Aufsicht über Abwasseranlagen c) Überwachung von VAWS-Lagerstätten d) Sanierung von Grundwasser- und Bodenschäden e) Erheben Abwasserabgabe
Grundlage:	Bundesnaturschutzgesetz, Hess. Naturschutzgesetz, Verordnungen, EU-Verordnungen und Richtlinien, Raumordnungsgesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz Beschlüsse der Kreisgremien Für Wasserschutz: WHG, HWG, BbodSchG
Ziele:	Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft Artenschutz Ressourcenschutz Ausweisung und Unterhaltung der Naturdenkmale Beratung von Gemeinden und Bürgern Förderung des Naturschutzes Wasserbehörde: Umsetzung der Pflichtaufgaben zum Schutz der Gewässer und des Bodens
Kennzahlen:	Fallzahlen zu - Stellungnahmen und Genehmigungen - Projekte - Naturdenkmäler - Wasserbehörde: Anzahl und Art der behördlichen Maßnahmen zur rechtskonformen Umsetzung der sich aus den vorgegebenen Determinanten des Zuständigkeitsbereichs ergebenden gesetzlichen Pflichtaufgaben

	2012	2013	2014
Stellungnahmen und Genehmigungen	518	515	507
Projekte	23	23	18
Naturdenkmäler	117	117	117

Art und Anzahl der Maßnahmen	2012	2013	2014
zu a: Bescheide, Stellungnahmen, Beratungen	331	345	412
zu b: Prüfungen, Beratungen, Bescheide	268	263	228
zu c: Mängelbeseitigungsmaßnahmen ohne Verwaltungsakt, Bescheide	503	500	477
zu d: Beratungen, Kontrollen, Bescheide	26	33	52
zu e: Bescheide, Beratungen	220	180	199

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 2 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**
Es wurden Gebühren für naturschutzrechtliche und artenschutzrechtliche Genehmigungen (5.000 €) sowie die Erhebung der Ausgleichsabgabe veranschlagt. In gleicher Höhe wurde die Weiterleitung der Ausgleichsabgabe unter Pos. 16 etatisiert (2.000 €).
Der Ansatz umfasst zudem die Erträge aus Bußgeldern und Verwarnungen in Höhe von 3.000 € und Gebühren im Bereich Wasserrecht in Höhe von 35.000 €.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Zur Sicherung und Pflege von Naturdenkmälern und geschützten Landschaftsbestandteilen werden im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht für Baumgutachten sowie Baumpflegekosten 20.000 € in Ansatz gebracht. Dieser Ansatz wird für das Jahr 2016 beibehalten, da weiterhin dieser Bedarf besteht. Daneben enthält die Position noch Geschäftsaufwendungen für den Naturschutzbeirat, den Aufwand für die ehrenamtliche Tätigkeit der Vogelschutzbeauftragten sowie mögliche Gutachterkosten und Kosten für Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sowie Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen.
- 15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen**
Etatisiert sind Aufwendungen für gesetzlich vorgegebene Nachsorgemaßnahmen der stillgelegten Deponie Bilskuppe in Lauterbach-Maar und die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen sowie Mitgliedsbeiträge z.B. an die Schutzgemeinschaft Vogelsberg. Zusätzlich werden die Verbandsumlage von 15.000 € für den Wasserverband Schwalm und die Umlage der Regionalversammlung von 7.000 € unter Produkt 55400 etatisiert (bis 2014 Produkt 57100).
- 16 Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen**
Es handelt sich um die Zuweisung an den Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg in Höhe von 55.000 €. Daneben ist die Weiterleitung der mit 2.000 € etatisierten Ausgleichsabgabe veranschlagt (s. Erl. Pos. 2).

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	1.015.000	0	843.700	1.177.951,48	7.461.325	4.157.725	
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0,00	324	324	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	1.015.000	0	843.700	1.177.951,48	7.461.649	4.158.049	
2.	841 Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	0	0	0	0,00	-57.217	-57.217	
3.	842 Auszahlungen für Baumaßnahmen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017:</i>	-1.567.500	-1.170.000	-1.239.650	-2.054.845,96	-11.150.260	-6.227.260	
		-----	-----	-----	-----	-----	-----	-1.170.000
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.130	0	-2.530	-2.453,14	-34.317	-21.797	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.570.630	-1.170.000	-1.242.180	-2.057.299,10	-11.241.794	-6.306.274	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-555.630	-1.170.000	-398.480	-879.347,62	-3.780.145	-2.148.225	

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
 Produkt 51100 Immissionsschutz

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-120	0	-100	-53,64	-735	-255	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-120	0	-100	-53,64	-735	-255	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-120	0	-100	-53,64	-735	-255	

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
 Produkt 52100 Bauordnung und Bauaufsicht

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungs-ermächtigungen	2015		Gesamt-auszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-770	0	-620	-375,45	-16.194	-13.114	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-770	0	-620	-375,45	-16.194	-13.114	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-770	0	-620	-375,45	-16.194	-13.114	

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
 Produkt 52300 Denkmalschutz und -pflege

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-300	0	-250	-107,27	-1.760	-560	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-300	0	-250	-107,27	-1.760	-560	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-300	0	-250	-107,27	-1.760	-560	

Teilhaushalt/Budget **63** **Bauen und Umwelt**
Produkt **54200** **Verwaltung der Kreisstraßen**

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	1.015.000	0	843.700	1.177.951,48	7.461.325	4.157.725	
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0,00	324	324	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	1.015.000	0	843.700	1.177.951,48	7.461.649	4.158.049	
2.	841 Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	0	0	0	0,00	-57.217	-57.217	
3.	842 Auszahlungen für Baumaßnahmen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017:</i>	-1.567.500	-1.170.000	-1.239.650	-2.054.845,96	-11.150.260	-6.227.260	-1.170.000
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-460	0	-370	-452,11	-3.467	-1.627	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.567.960	-1.170.000	-1.240.020	-2.055.298,07	-11.210.944	-6.286.104	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-552.960	-1.170.000	-396.320	-877.346,59	-3.749.294	-2.128.054	

5420 Kreisstraßen

Allgemeine Erläuterungen

Zur Vorbereitung des Haushaltsplans 2016 wurden alle Kreisstraßenmaßnahmen durch Hessen Mobil Schotten in Abstimmung mit der Kreisverwaltung einer Neubetrachtung unterzogen. Die Prioritätensetzung der Maßnahmen des Investitionsprogramms wurde überprüft.

Berücksichtigt bei der Veranschlagung und der Fortschreibung des Investitionsprogramms wurden auch die Wünsche der Städte und Gemeinden zum Ausbau von Ortsdurchfahrten (in Kombination mit gemeindlichen Infrastrukturmaßnahmen, Dorferneuerungsprojekten als auch im Zusammenhang mit dem gleichzeitigen Ausbau von Landesstraßen) sowie die Ergebnisse der im Jahr 2006 durchgeführten Zustandserfassung. Vorhandene Kostenberechnungen wurden aktualisiert.

Die Maßnahmen für die Haushaltsjahre 2016 bis 2017 sind im GVFG Kompensationsmittel-Programm des Landes enthalten bzw. wurden angemeldet. Die Realisierung der jeweiligen Maßnahme ist abhängig von der Gewährung von Landeszuwendungen sowie, soweit bei dem Bau von Ortsdurchfahrten auch Gehweganlagen betroffen sind, von der Schaffung der haushaltsmäßigen Voraussetzungen durch die Städte und Gemeinden. Weitere Voraussetzung ist beim Ausbau von Ortsdurchfahrten die Übernahme der nicht zuwendungsfähigen Planungs- und Bauausführungskosten durch die Städte und Gemeinden.

GVFG Kompensationsmittel-Programm

Durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden und Gemeindeverbände. Seit **2014** entfällt die Zweckbindung für diese Mittel, sie können dann von den Ländern für investive Zwecke jeder Art eingesetzt werden. Bisher hat der Vogelsbergkreis Zuwendungen in Höhe von 70% der zuwendungsfähigen Kosten für seine Projekte im Kreisstraßenbau erhalten. Mit diesem Fördersatz sind auch die Zuwendungen für die Jahre 2015 bis 2018 veranschlagt.

Planungs- und Bauaufgaben

Die Vereinbarungen zur Übertragung von Planungs- und Bauaufgaben an Kreisstraßen der Landkreise auf das Land Hessen sind zum 31.12.2012 gekündigt. Sie wurden ab dem 01.01.2013 zunächst um zwei Jahre bis zum 31.12.2014 verlängert, allerdings unter der Voraussetzung dass die bis zum 31.12.2012 vereinbarten Kostenpauschalen um 30% erhöht wurden. Die Erhöhung betraf sowohl alle ab dem 01.01.2013 neu begonnenen Planungs- und Bauphasen aus bestehenden Vereinbarungen als auch neue Vereinbarungen ab dem 01.01.2013.

Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung ist nunmehr auf die Geschäftsstelle des HLT zugegangen und hat mitgeteilt, dass bei der vereinbarten Prüfung festgestellt wurde, dass trotz der 30-prozentigen Erhöhung bei Hessen Mobil keine Kostendeckung erzielt werden konnte. In der Folge fanden Gespräche zwischen Vertretern des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung sowie Vertretern der Geschäftsstelle des Hessischen Landkreistages statt. In diesen sollte abgestimmt werden, welcher Weg zur Vertragsverlängerung bzw. -anpassung eingeschlagen werden kann, damit den Landkreisen Planungssicherheit für die Jahre 2016 ff. gegeben werden kann. Bisher konnte noch keine einvernehmliche Lösung gefunden werden.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit strebt der Vogelsbergkreis neben anderen Landkreisen eine nochmalige Verlängerung des derzeitigen Vertrages bis zum 31.12.2016 an.

Position	Erläuterungen Teilfinanzhaushalt
820	Einzahlungen aus Investitionszuschüssen
842	Auszahlungen für Baumaßnahmen

Für die im Haushaltsplan 2016 neu veranschlagten Maßnahmen gilt nachstehende Priorität:

1. **K.090.1 Ausbau freie Strecke zwischen Grebenhain-Bannerod und Grebenhain-Crainfeld (L 3178)**
2. **K.126.1 Ausbau OD Feldatal, Ortsteil Groß-Felda inkl. Stützmauer**
3. **K.073.1 Ausbau der Ortsdurchfahrt Grebenau-Udenhausen**
4. **K.050.1 Erneuerung Krebsbachbrücke in Homberg-Büßfeld**
5. **K.120.2 Ausbau OD Schwalmtal-Hopfgarten**

K.050.1 Krebsbachbrücke in Homberg, Stadtteil Büßfeld

Verpflichtungsermächtigung für Baumaßnahmen: 530.000 €

Vorbehaltlich einer Genehmigung der Fördermittel ist die Realisierung des Neubaus der Krebsbachbrücke im Homberger Stadtteil ab dem Hj. 2017 möglich.

K.073.1 Ausbau OD Grebenau-Udenhausen

Verpflichtungsermächtigung für Baumaßnahmen: 350.000 €

Der Ausbau der Ortsdurchfahrt Grebenau, Stadtteil Udenhausen soll voraussichtlich im Hj. 2017 erfolgen. Abhängig ist der Baubeginn von dem geplanten Ausbau der Landesstraße 3161. Die Planung des Ausbaues der Kreisstraße erfolgt durch die Stadt Grebenau. Die Betreuung der Bauausführung erfolgt durch Hessen-Mobil, Schotten. Die dadurch entstehenden Kosten werden dem Kreis durch die Stadt Grebenau erstattet. Die rechtsverbindliche Erklärung der Gemeinde zur Übernahme dieser Kosten liegt vor. Es erfolgt die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung. Möglich ist damit nach vorliegender Genehmigung eine Ausschreibung und Vergabe im 4. Quartal 2016. Der Baubeginn soll dann im Frühjahr 2017 erfolgen.

K.091.1 – Ausbau freie Strecke Grebenhain-Bannerod / Grebenhain-Crainfeld (L 3178)

Auszahlungen für Baumaßnahmen: 1.270.000 €

Einzahlungen aus Investitionszuschüssen: 801.500 €

Für die Kreisstraßen 90 und 91 ist eine Machbarkeitsstudie für die Kreisstraßenverbindungen zwischen den Orten Crainfeld, Bannerod und Nösberts – Weidmoos erstellt worden. Favorisiert wurde eine direkte Verbindung zur Bundesstraße 275. Dagegen hatte sich ein Bürgerprotest erhoben. Hessen Mobil hatte mehrfach darauf hingewiesen, dass die Anbindung an die B 275 die einzige förderfähige Variante sei, weil die B 275 nahezu parallel zur jetzigen K 91 verläuft. Nach einer weiteren Besprechung bei Hessen Mobil Wiesbaden ist nunmehr auch der Ausbau im Bestand förderfähig. Aktuell laufen Gespräche mit den zu beteiligten Behörden zwecks eines Unterbleibens einer Planfeststellung. Eine Reduzierung von rd. 3,1 km Kreisstraßen unterbleibt allerdings bei dieser Variante. Dementsprechend wird im Dialog mit der Gemeinde Grebenhain versucht, eine Reduzierung des rd. 30 km langen Kreisstraßennetzes auf anderen Strecken zu erreichen. Der Baubeginn ist für das Hj. 2016 vorgesehen. Die Antragstellung an das Land Hessen erfolgte am 14.08.2015.

K.120.2 Ausbaurkosten OD Schwalmtal-Hopfgarten

Verpflichtungsermächtigung für Baumaßnahmen: 290.000 €

Im Bereich der früheren Tierkörperbeseitigungsanstalt (TKBA) ist die Ansiedlung eines neuen Betriebes geplant. Auch die bereits am Standort tätige Firma plant den Ausbau der Geschäftstätigkeit. Die Gemeinde hat aufgrund des dann höheren Fahrzeugverkehrs um den Ausbau der Ortsdurchfahrt gebeten. Die Gemeinde will selbst die Zufahrt zur früheren TKBA sanieren. Zunächst soll in einem 1. Abschnitt von der Zufahrt zur früheren TKBA bis zur Brücke die OD ausgebaut werden. Die entstehenden Planungskosten werden dem Kreis durch die Gemeinde Schwalmtal erstattet. Die rechtsverbindliche Erklärung der Gemeinde zur Übernahme dieser Kosten ist in Aussicht gestellt. Eine Realisierung des Projektes wird für das Hj. 2017 angestrebt.

Begleitet wird der Ausbau mit einer Deckenerneuerung und einer Brückensanierung vom Bauwerk bis zum OD Ende, die aus dem Ergebnishaushalt finanziert werden muss.

K.126.1 Ausbaukosten OD Feldatal, Ortsteil Groß-Felda inkl. Stützmauer

Auszahlungen für Baumaßnahmen: 285.500 €

Einzahlungen aus Investitionszuschüssen: 201.500 €

Im Feldataler Ortsteil Groß-Felda ist der Neubau einer Stützmauer notwendig. Der Neubau soll im Hj. 2016 erfolgen. In einem zweiten Bauabschnitt soll auch 2016 die Ortsdurchfahrt in Richtung Zeilbach ausgebaut werden. Der Zuwendungsantrag wurde im August 2015 gestellt.

K.141.3 Ausbaukosten OD Schotten-Kaulstoß

Auszahlungen für Baumaßnahmen: 12.000 €

Einzahlungen aus Investitionszuschüssen: 12.000 €

Vorbehaltlich einer Genehmigung der Fördermittel ist die Realisierung des Neubaus der OD Kaulstoß ab dem Hj. 2018 möglich. Veranschlagt sind entstehende Planungskosten, sie sollen dem Kreis durch die Stadt Schotten erstattet werden. Entsprechende Gespräche mit der Stadt Schotten werden zurzeit geführt.

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
 Produkt 55400 Gewässer- und Naturschutz

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.480	0	-1.190	-1.464,67	-12.158	-6.238	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.480	0	-1.190	-1.464,67	-12.158	-6.238	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.480	0	-1.190	-1.464,67	-12.158	-6.238	

Teilhaushalt/Budget 80 Veterinärwesen, Verbraucherschutz

Budgetverantwortung

Dr. Maria Litmeyer

Produkte

12280 Ordnungsaufgaben der Veterinäraufsicht

41480 Fleischbeschau

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	281.000	265.000	247.951,72
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	894.800	894.800	894.789,96
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	1.175.800	1.159.800	1.142.741,68
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.228.900	-1.161.610	-1.081.412,34
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-11.550	-11.100	-11.252,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-79.000	-83.000	-42.321,14
14.	66	Abschreibungen	0	0	1.735,59
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.319.450	-1.255.710	-1.133.249,89
20.	=	Verwaltungsergebnis	-143.650	-95.910	9.491,79
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-143.650	-95.910	9.491,79
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-143.650	-95.910	9.491,79
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-143.650	-95.910	9.491,79

Teilhaushalt/Budget 80 Veterinärwesen, Verbraucherschutz
 Produkt 12280 Ordnungsaufgaben der Veterinäraufsicht

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	78.000	78.000	80.500,02
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	894.800	894.800	894.789,96
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	972.800	972.800	975.289,98
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.006.410	-942.540	-899.279,12
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-11.550	-11.100	-11.252,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-38.000	-38.000	-11.871,38
14.	66	Abschreibungen	0	0	1.708,02
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.055.960	-991.640	-920.694,48
20.	=	Verwaltungsergebnis	-83.160	-18.840	54.595,50
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-83.160	-18.840	54.595,50
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-83.160	-18.840	54.595,50
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-83.160	-18.840	54.595,50

12280 Ordnungsaufgaben der Veterinäraufsicht

Verantwortlich:	Frau Dr. Maria Litmeyer
Beschreibung:	<p><u>Lebensmittel:</u> Überwachung des Herstellens, des Behandeln und des Inverkehrbringens von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen, kosmetischen Mitteln, Nahrungsergänzungsmitteln, Tabakwaren, Wein, Fleisch, Geflügel, Fisch, Wild, Milch sowie Milcherzeugnissen.</p> <p><u>Tierseuchen:</u> Die Gesundheit der Bevölkerung und der Tiere werden durch sofortige und angemessene Maßnahmen zur Abwehr von Seuchen gewährleistet.</p> <p><u>Tierschutz:</u> Überwachung der Tierhaltungen, Tiertransporte und des Umgangs mit den Tieren während der Schlachtung.</p>
Grundlage:	<p><u>Lebensmittel:</u> Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch, Lebensmittelhygiene-Verordnung, EU-VO 178/2002; 852/2004; 853/2004; 854/2004, sowie weitere EU- und nationale Vorschriften.</p> <p><u>Tierseuchen:</u> Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung, Tiergesundheitsgesetz und die entsprechenden Verordnungen, VO (EG) 1069/2009 und 142/2011, Tierische-Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz und Verordnungen, sowie weitere EU- und nationale Vorschriften.</p> <p><u>Tierschutz:</u> Tierschutzgesetz, Tierschutz-Hundeverordnung, Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, Tierschutztransportverordnung VO (EG) 1/2005, sowie weitere EU- und nationale Vorschriften.</p>
Ziele:	<p><u>Lebensmittel:</u> Der Verbraucher wird vor Gefahren beim Verzehr und Umgang mit Lebensmitteln, Wein, Bedarfsgegenständen und kosmetischen Mitteln und vor Täuschung geschützt.</p> <p><u>Tierseuchen:</u> Die Gesundheit der Nutz-, Haus- und Wildtiere wird sichergestellt und es wird für einen umfassenden Schutz vor gesundheitlichen Gefahren für die Menschen gesorgt.</p> <p><u>Tierschutz:</u> Die Tierhaltungen, der Transport, die Tötung von Tieren und der Umgang mit Tieren erfolgt tierschutzgerecht.</p>
Kennzahlen ab 2013:	<p><u>Lebensmittel:</u> Kontrolle der EU-zugelassenen Betriebe im Bereich Lebensmittel incl. Fleischhygiene 100 %.</p> <p><u>Tierseuchen:</u> Betriebsbesuch und Beratung bei Neuauftreten von BVDV-Virämiker im Rinderbestand = 90 %. Ziel ist es, durch Hygienemaßnahmen weitere Virämiker zu vermeiden und die Unverdächtigkeit des Bestandes zu erreichen.</p> <p><u>Tierschutz:</u> Ziel ist grundsätzlich 100 % der eingehenden Anzeigen zeitnah zu bearbeiten. Es erfolgt eine Klassifizierung der Anzeigen nach Dringlichkeit.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Anzeigen, bei denen erhebliche Mängel aufgezeigt werden, die eine akute Gefahr für die betroffenen Tiere darstellen, werden in einer Frist von maximal 36 Stunden bearbeitet. 2. Anzeigen, bei denen auf Mängel im Tierschutz hingewiesen wird, die keine akuten und erheblichen Auswirkungen auf das Tierwohl haben, werden innerhalb von 5 Arbeitstagen bearbeitet.

Lebensmittel

Anzahl	2013	2014
EU-zugelassene Lebensmittelbetriebe incl. Fleischhygiene	43	44
davon: überprüfte EU-zugel. Lebensmittelbetriebe incl. Fleischhygiene	43	44

Tierseuchen:

Anzahl	2013	2014
rinderhaltende Betriebe	880	829
Bestände mit BVDV-Virämikern	6	6
davon: Betriebsbesuch und Beratung	6	6
Quote:	100,00%	100,00%

Tierschutz:

Anzahl	2013	2014
eingegangene Anzeigen	195	264
Bearbeitung innerhalb von maximal 36 Stunden	66	76
Bearbeitung innerhalb von über 36 Stunden bis 5 Arbeitstagen	129	188

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte beinhalten die Gebühren für amtstierärztliche Bescheinigungen, Auktionsüberwachungen, Exportabfertigungen, Erlaubnisse, Nachkontrollen, Schulungen und die Bußgelder und Zwangsgelder in den Gebieten Tierschutz, Tierseuchenbekämpfung und Lebensmittelüberwachung.

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Es handelt sich um die Erstattung des Landes gemäß § 5 Kommunalisierungsgesetz und beinhaltet Personalkosten zum Stichtag 31.12.2004, sowie anteilige Sachkosten und einen Pauschbetrag von jährlich 1.700 € pro beihilfeberechtigtem Bediensteten zum Stichtag 31.12.2004.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen beinhalten Vorsorgeaufwendungen für Tierseuchen, besondere Sach- und Betriebskosten für Tierschutz, Tierseuchenbekämpfung und Lebensmittelüberwachung, Unterbringung von Tieren. Für unvorhersehbare Seuchen- bzw. Krisensituationen sind für Tierschutz und Tierseuchenbekämpfung 16.800,00 € und für die Lebensmittelüberwachung 1.000,00 € eingeplant.

Aufgliederung:

Tierseuchen/Tierschutz

bes. Untersuchungskosten	1.000,00 €
Unterbringung v. Tieren	6.000,00 €
Verbrauchsmaterial	2.000,00 €
Grippeimpfung	1.200,00 €
Probentransport	3.000,00 €
Geräteausstattung	2.000,00 €
<u>Unvorhergesehenes (z.B.ASP)</u>	<u>16.800,00 €</u>
Summe	32.000,00 €

Lebensmittel

Verbrauchsmaterial	1.000,00 €
Probentransport	3.000,00 €
Geräteausstattung	1.000,00 €
<u>Unvorhergesehenes</u>	<u>1.000,00 €</u>
Summe	6.000,00 €

Teilhaushalt/Budget 80 Veterinärwesen, Verbraucherschutz
 Produkt 41480 Fleischbeschau

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	203.000	187.000	167.451,70
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	203.000	187.000	167.451,70
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-222.490	-219.070	-182.133,22
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-41.000	-45.000	-30.449,76
14.	66	Abschreibungen	0	0	27,57
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-263.490	-264.070	-212.555,41
20.	=	Verwaltungsergebnis	-60.490	-77.070	-45.103,71
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-60.490	-77.070	-45.103,71
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-60.490	-77.070	-45.103,71
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-60.490	-77.070	-45.103,71

41480 Fleischbeschau

Verantwortlich:	Frau Dr. Maria Litmeyer
Beschreibung:	Untersuchung und Überwachung der Schlachtier- und Fleischhygiene auf die Genusstauglichkeit von Fleisch
Grundlage:	EU-Vorschriften und nationale Rechtsvorschriften. EU-VO 853/2004, 854/2004, 2075/2005 (Trichinen), 999/2001 (TSE), Tierische Lebensmittelhygiene-Verordnung, sowie weitere EU- und nationale Vorschriften
Ziele:	Der Verbraucher wird vor Gefahren beim Verzehr und Umgang mit Fleisch und Fleischerzeugnissen geschützt.
Kennzahlen:	Anzahl der Schlachtier- und Fleischuntersuchungen / Anzahl der untauglichen Tiere = unter 1 %

Anzahl	2011	2012	2013	2014
Schlachttiere	19.922	18.522	18.321	17.559
Fleischuntersuchungen	19.922	18.522	18.321	17.559
davon: untaugliche Tiere	23	26	38	12
Quote:	0,1155%	0,1404%	0,2074%	0,0683%

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt**2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**

Es handelt sich um die Gebühren für Untersuchungen bei der Fleischgewinnung.

Die Festsetzung der Gebühren erfolgt seit 25.10.2014 durch die Satzung des Vogelsbergkreises über die Erhebung von Gebühren für Untersuchungen bei der Fleischgewinnung (Fleischuntersuchung-Gebührensatzung).

Im Übrigen findet Anwendung die Verordnung (EG) Nr. 882/2004 i.V.m. Nr. 26 der Anlage zu § 1 der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (VwKostO-MUKLV).

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Position umfasst die Reisekosten, Akkreditierungskosten des Landesbetriebs Hessisches Landeslabor (LHL), Verbrauchsmittel und besondere Sach- und Betriebskosten.

Akkreditierungskosten LHL für Trichinenlabor für Lauterbach	1.200,00 €
Sach- u. Betriebskosten, Verbrauchsmittel (Pepsin, Salzsäure Wildmarken u. ä.)	2.800,00 €
Schutzbekleidungs- und Gerätepauschale	3.500,00 €
Geräteausstattung (Messgeräte u. ä.)	2.500,00 €
<u>Reisekosten und Unvorhergesehenes</u>	<u>31.000,00 €</u>
Summe	41.000,00 €

Teilhaushalt/Budget 80 Veterinärwesen, Verbraucherschutz

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungs-ermächtigungen	2015		Gesamt-auszahlungs-bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-620	0	-520	-645,60	-4.871	-2.391	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-620	0	-520	-645,60	-4.871	-2.391	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-620	0	-520	-645,60	-4.871	-2.391	

Teilhaushalt/Budget 90 Land- und Forstwirtschaft

Budgetverantwortung

Karl-Peter Mütze

Produkte

55500 Förderung und Entwicklung des ländlichen Raumes

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahresabschlusses 2014
			2016	2015	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
		Ordentliche Erträge			
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.000	2.000	5.183,58
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	1.889.200	1.889.200	1.889.171,40
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	0	13.572,45
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	1.891.200	1.891.200	1.907.927,43
		Ordentliche Aufwendungen			
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-2.133.710	-1.990.330	-1.938.033,29
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-10.790	0	0,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-50.700	-50.500	-53.127,49
14.	66	Abschreibungen	0	0	1.246,50
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-229.220	-259.100	-152.119,11
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-2.424.420	-2.299.930	-2.142.033,39
20.	=	Verwaltungsergebnis	-533.220	-408.730	-234.105,96
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-533.220	-408.730	-234.105,96
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-533.220	-408.730	-234.105,96
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-533.220	-408.730	-234.105,96

*** Ende der Liste "Teilergebnishaushalt" ***

55500 Förderung und Entwicklung des ländlichen Raums

Verantwortlich:	Herr Karl-Peter Mütze
Beschreibung:	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung zur Einkommenssicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe - Umsetzung der Europäischen Agrarreform im Vogelsbergkreis - Einzelbetriebliches landwirtschaftliches Förderwesen - Überwachung bzw. Verwaltung der einzelbetrieblichen Milchquoten - Erhaltung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsressourcen sowie der Kreislaufwirtschaft - Förderung der von der Natur benachteiligten Gebiete und von umweltgerechten und den natürlichen Lebensraum schützenden landwirtschaftlichen Produktionsverfahren - Koordination und Prüfung von Umweltauflagen (auch im Rahmen der gemeinsamen Marktordnung der EU) - Minderung von Wettbewerbsverzerrungen - Mitwirkung bei regionalen und überregionalen Planungen und Genehmigungsverfahren - landwirtschaftlicher Grundstücksverkehr, Landpachtrecht - Vertragsnaturschutz im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen - Gebietsmanagement für Schutzgebiete - Landschaftspflege- und Agrarumweltkonzepte - forsthoheitliche Aufgaben - Dorfentwicklung incl. Verfahrenssteuerung, Beratung und Förderung kommunaler und privater Maßnahmen - Beratung, Organisation und Durchführung im Rahmen des Wettbewerbes „Unser Dorf hat Zukunft“ - Beratung und Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft vor dem Hintergrund demografischer Herausforderungen (Regionalentwicklung, Landtourismus) - Beratung und Umsetzung von gebietsbezogenen regionalen Entwicklungsstrategien nach LEADER - Finanzmittelmanagement Dorf- und Regionalentwicklung - Projektmanagement::Demografie, Naturschutz-Großprojekt, Klimaschutzprojekt
Grundlage:	<ul style="list-style-type: none"> - EU-Gesetze und -Verordnungen (Rat und Kommission) - ELER- Entwicklungsplan 2014 bis 2020 - Betriebsprämien- und Direktzahlungengesetz - Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem-Daten-Gesetz - Gesetz zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisation und der Direktzahlungen (inkl. Cross Compliance) - Berufsstandmitwirkungsgesetz, Reichssiedlungsgesetz - Förderrichtlinien Bund/Land (Direktzahlungen, EFP, AGZ, HALM, RL des Landes Hessen zur regionalen Entwicklung) - Dienstanweisung Europäischer Ausgleichs- und Garantiefond Landwirtschaft - Dienstanweisung des Landes Hessen Dorf- und Regionalentwicklung - Milchquotenverordnung - Düngemittelgesetz, Düngeverordnung, Pflanzenschutzgesetz - Klärschlammverordnung, Bioabfallverordnung - Grundstücksverkehrsgesetz, Gesetz über Gerichtsverfahren in Landwirtschaftssachen - Gesetz über Agrarstatistiken, Strahlenschutzvorsorgegesetz - Baugesetzbuch, Hessische Bauordnung, Denkmalschutzgesetz - WHG, HWG, BGB, LHO, HVwVfG, Hess. Landesplanungsg, Raumordnungsgesetz, WRRL - Bundes- und Hessisches Naturschutz- und Forstgesetz

Ziele:	<p><u>Förderung und Entwicklung des ländlichen Raums:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Erhalt einer geeigneten Betriebsstruktur und der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzfläche sowie Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe (AFP) 2. Umsetzung der landwirtschaftlichen Förderprogramme als Vergütung gesellschaftlich erwünschter, landwirtschaftlicher Leistungen 3. Erarbeitung von Managementplänen für die Natura 2000-Gebiete inkl. Lebensraumsicherung, Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen durch Vertragsnaturschutz 4. Walderhaltung durch Waldneuanlage und Waldrodung mit Ersatzaufforstung 5. Stärkung der dörflichen Strukturen und Funktionen in den Ortskernen 6. Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen, Verbesserung der Zukunftsperspektiven, Erhaltung der Mindestversorgung mit Gütern und Dienstleistungen, Erhaltung des Natur- und Kulturerbes im ländlichen Raum, Verbesserung des Erholungswertes 6. Koordinierung, Förderung und Umsetzung regionaler Entwicklungsvorhaben als Katalysatoren für weitere Projekte und Investitionsvorhaben mit entsprechender Finanz- und Verfahrenssteuerung
--------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Die nachfolgenden Kennzahlen spiegeln folgende Kategorien wider:
<ul style="list-style-type: none"> • Antragsflächen • Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe/ Milcherzeugung • Anzahl von Fördermaßnahmen mit Bewilligungs- und Investitionssummen sowie Auszahlungen aus bereits zugesagten Fördermitteln (Nicht erfasst sind alle Änderungsbescheide aufgrund von Finanzmittelumstellungen u. inhaltlichen Änderungen von Fördermaßnahmen) • Anzahl der Vorgänge hoheitlicher Maßnahmen • Die Steuerung/ das Management regionaler Projekte und von Verfahren.

Antragsflächen (in ha)	2012	2013	2014
Kreisfläche insgesamt	146.000	146.000	146.000
davon:			
Landwirtschaft	66.121	66.121	66.121
davon ökologischer Landbau	10.330	10.733	10.699
Natura 2000	55.000	55.000	55.000
davon Vogelschutzgebiete	50.000	50.000	50.000
davon FFH-Offenland	6.000	6.000	6.000
Vertragsnaturschutz HIAP (2014 auslaufend)	4.670	4.229	4.235
Vertragsnaturschutz HALM D1 -Grünlandextensivierung- (für 2015)	./.	./.	('5.200)
Vertragsnaturschutz HALM H1 -Naturschutzfachl. Sonderleistungen- (für2015)	./.	./.	('4.930)

Anzahl	2012	2013	2014
Landwirtschaftliche Betriebe	1.624	1.571	1.557
Milcherzeugung	126.000.000 kg	125.000.000 kg	124.500.000 kg
Berufsstandmitwirkungsgesetz -GAA-Sitzungen	5	4	4
Berufsstandmitwirkungsgesetz -Ortslandw. Sitzungen	1	1	1

Fördermaßnahmen	2012			2013			2014		
	Bew.	Fördersumme	Inv.summe	Bew.	Fördersumme	Inv. Summe	Bew.	Fördersumme	Inv. Summe
Einzelbetriebliche Investitionsförderung									
EFP - Bewilligungen-	8	1.362.399	8.014.274	10	1.615.392	8.983.881	8	1.423.000	8.227.000
EFP - Auszahlungen-		1.336.169			1.122.190			1.102.702	
Dorfentwicklungsprogramm									
Dorfentwicklung privat	114	1.572.637	6.376.642	98	1.298.408	4.932.718	63	1.080.555	4.507.727
Dorfentwicklung kommunal	34	2.045.280	3.687.321	26	717.592	1.422.282	17	404.751	632.000
Dorfentwicklung Auszahlungen								2.212.825	
LEADER – Regionalentwicklung – Bewilligungen	17	555.021	1.590.581	3	38.638	95.500	1	11.700	15.600
LEADER – Regionalentwicklung – Auszahlungen								100.544	
Betriebsprämien	1.625	17.419.012		1.546	17.468.592		1.525	17.792.314	
AGZ	1.169	1.917.741		1.139	2.274.436		1.128	2.048.443	
Agrarumweltmaßnahmen									
HIAP-Grünland	458	942.000		442	901.080		490	881.000	
HIAP-Öko	185	1.690.434		188	1.787.479		189	1.808.752	
HIAP-Sonstige /RP-Verträge	185	301.155		199	323.551		201	322.734	
HALM-Ökologischer Landbau (für 2015)	./.	./.		./.	./.		190	(*2.412.439)	
HALM-Nachhaltige Verfahren im Ackerbau (für 2015)	./.	./.		./.	./.		58	(*219.015)	
HALM-Grünlandextensivierung/ Bodenbrüter/ Kennarten (für 2015)	./.	./.		./.	./.		426	(*989.000)	
HALM-Naturschutzfachl. Sonderleistungen auf Grünland (für 2015)	./.	./.		./.	./.		463	(*486.000)	
HALIM-Sonstige -Erhalt Streuobstbestände, Arten- u. Biotopschutz (für 2015)	./.	./.		./.	./.			(*38.400)	

Summe: 3.795 29.141.848 19.668.818 3.651 27.547.358 15.434.381 4.759 29.189.320 13.382.327

Hoheitliche Aufgaben (Vorgänge)	2012	2013	2014
TÖB-Stellungnahmen und DE/RE-Stellungnahmen	269	241	276
Grundstücksverkehrsgesetz	726	813	836
Klärschlamm- und Biorohstoff-VO	1.350	1.311	832
Anträge nach Milchquotenverordnung	248	222	127
Cross-Compliance Vor-Ort-Kontrollen	30	31	20
Aufforstungs- und Waldrodungsgenehmigungen	67	23	39
Summe:	2.690	2.641	2.130

Projekte und Verfahren	2012	2013	2014
Förderschwerpunkte in der Dorfentwicklung	19 (54 OT)	16 (58 OT)	14 (65 OT)
Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" Organisation und Durchführung	Info	Auslobung	Wettbewerb
			15 Orte
Erstellung u. Umsetzung von FFH-Managementplänen, Umsetzung Maßnahmen Vogelschutzgebiet (55.000 ha)			11 (ca. 6.000 ha)
Projektmanagement in den Jahren (x)	2012	2013	2014
Bioenergieregion	x	x	x
Naturschutzgroßprojekt	x	x	x
Transnationales Kooperationsprojekt "Prograss"	x		
MORO / E-Mobilität / Demografie-Projektgruppe	x	x	x
LEADER-Region (Beratung des Regionalforums)	x	x	x
Klimaschutzprojekt			x
Geopark	x	x	

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte

Etatisiert sind Verwaltungsgebühren, insbesondere für Sachkunde- und Pflanzenschutzlehrgänge.

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Die ausgewiesene Erstattung i.H.v. 1.889.200 € ist die vereinbarte Kostenerstattung des Landes im Rahmen der Kommunalisierung.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Ansatz beinhaltet eine Position von 33.200 € für die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten von 167 Ortslandwirten und den Mitgliedern des Gebietsagrar Ausschusses. Die Aufwendungen hierfür werden durch das Land Hessen erstattet (Pos. 3). Für das Projekt MORO wurden 15.000 € berücksichtigt. Weiterhin sind noch 1.000 € für Gerichts- und Gutachterkosten sowie 1.500 € für besondere Sach- und Betriebskosten veranschlagt.

15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwendungen

Der Ansatz für die Zuweisung zur Tierseuchenkasse ist um 10.000 € zu erhöhen. Insgesamt sind somit 120.000 € zu etatisieren. Weiter werden Mittel für das Naturschutzgroßprojekt i.H.v. 95.000 € sowie 220 € für die Mitgliedsbeiträge für Vereine veranschlagt. Zudem sind für das Klimaschutzprojekt 14.000 € (Eigenmittelanteil) vorgesehen.

Teilhaushalt/Budget 90 Land- und Forstwirtschaft
 Produkt 55500 Förderung und Entwicklung des ländlichen Raumes

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2014	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2016	Verpflichtungsermächtigungen	2015		Gesamtauszahlungsbedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-440	0	0	0,00	-440	0	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-440	0	0	0,00	-440	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-440	0	0	0,00	-440	0	

*** Ende der Liste "Teilfinanzhaushalt" ***

Nr.	KVKR	Arten der Erträge und Aufwendungen	Planungszeitraum				
			2015	2016	2017	2018	2019
			- 1.000 Euro -	- 1.000 Euro -	- 1.000 Euro -	- 1.000 Euro -	- 1.000 Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8
		Erträge					
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	699	681	681	681	681
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.850	3.792	3.792	3.792	3.792
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	4.284	4.864	4.962	5.061	5.162
4.	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0
11.	5559	Andere Steuern	138	138	138	138	138
12.	558	Erträge aus Umlagen	60.258	66.926	69.579	72.331	75.185
13.	55...	Sonstige Erträge aus Steuern, sonstige steuerähnliche Erträge, sonstige Umlagen	0	0	0	0	0
14.	547	Erträge aus Transferleistungen	34.624	49.089	42.000	43.260	44.557
15.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	40.485	40.150	38.472	39.745	41.202
16.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	5.474	4.512	4.512	4.512	4.512
17.	53	Sonstige ordentliche Erträge	538	550	550	550	550
18.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Position 1 bis 17)	150.350	170.703	164.686	170.070	175.779
		Aufwendungen					
19.	62,63,640 -643,647- 65	Personalaufwendungen	-30.325	-32.977	-33.209	-34.039	-34.890
20.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-3.013	-3.152	-3.270	-3.351	-3.435
21.	60,61,67- 69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-20.956	-21.924	-22.092	-22.302	-22.515
22.	66	Abschreibungen	-6.879	-6.227	-6.289	-6.352	-6.415
23.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-4.503	-4.212	-3.212	-3.212	-3.212
24.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-19.843	-19.385	-19.914	-20.460	-21.022
25.	72	Transferaufwendungen	-69.768	-81.322	-77.799	-80.037	-82.339
26.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
27.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Position 19 bis 26)	-155.287	-169.198	-165.785	-169.754	-173.829
28.	=	Verwaltungsergebnis (Position 18 ./. Position 27)	-4.938	1.505	-1.099	316	1.950
29.	56,57	Finanzerträge	328	1.142	737	737	736
30.	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.068	-3.670	-3.924	-3.962	-3.989
31.	=	Finanzergebnis (Position 29 ./. Position 30)	-2.740	-2.528	-3.187	-3.225	-3.253
32.	=	Ordentliches Ergebnis (Position 28 und Position 31)	-7.678	-1.023	-4.286	-2.909	-1.303
33.	59	Außerordentliche Erträge	0	1.923	0	0	0
34.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
35.	=	Außerordentliches Ergebnis (Position 33 ./. Position 34)	0	1.923	0	0	0
36.	=	Jahresergebnis (Position 32 und Position 35)	-7.678	900	-4.286	-2.909	-1.303

*** Ende der Liste "Mittelfristige Ergebnisplanung" ***

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis des Jahresabschlusses	Haushaltsansatz	Haushaltsansatz	Plan	Plan	Plan
		2014	2015	2016	2017	2018	2019
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	+ Geplantes Jahresergebnis des Gesamtergebnishaushalts	-4.089.805,56	-7.677.500	899.680	-4.286.320	-2.908.960	-1.302.990
2.	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	6.661.401,52	6.878.730	6.226.500	6.288.680	6.351.650	6.415.170
3.	- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-5.326.555,54	-5.474.020	-4.511.630	-4.511.630	-4.511.630	-4.511.630
4.	+/- Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	2.018.937,38	898.900	1.280.860	1.351.340	1.385.100	1.419.730
5.	-/+ Erträge/Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens	-12.136,37	0	0	0	0	0
6.	+/- Sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge (einschließlich sonstige außerordentliche Erträge und Aufwendungen)	-7.077,58	0	0	0	0	0
7.	-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus LuL sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	3.358.775,05	866.500	574.700	573.500	572.300	839.200
8.	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus LuL sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-4.163.432,97	-618.400	-598.000	-597.300	-735.300	-632.700
9.	= Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 1 bis 8)	-1.559.894,07	-5.125.790	3.872.110	-1.181.730	153.160	2.226.780
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	4.709.268,42	4.095.700	1.583.000	3.916.000	3.534.800	3.295.800
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	232.667,73	15.000	20.000	15.000	12.500	0
12.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögens	-6.504.594,69	-10.090.110	-5.894.300	-10.362.100	-10.901.600	-10.614.350
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	113.000,00	0	0	0	0	0
14.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (davon: Auszahlungen aus der Gewährung von Krediten)	-285.674,89 0,00	-461.660 0	-75.920 0	-75.920 0	-75.920 0	-75.920 0
15.	= Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit (Nr. 10 bis 14)	-1.735.333,43	-6.441.070	-4.367.220	-6.507.020	-7.430.220	-7.394.470
16.	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	3.829.000,00	6.964.070	4.890.220	7.030.020	7.953.220	7.917.470
17.	- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	-4.532.977,26	-4.627.300	-4.560.200	-4.693.100	-4.616.700	-4.581.100
18.	= Zahlungsmittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit (Nr. 16 und Nr. 17)	-703.977,26	2.336.770	330.020	2.336.920	3.336.520	3.336.370
19.	+ Einzahlungen aus fremden Mitteln	164.191.634,65	0	0	0	0	0
20.	+ Auszahlungen aus fremden Mitteln	-160.352.198,91	0	0	0	0	0
21.	= Zahlungsmittelfluss des Haushaltsjahres aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Pos. 19 ./ 20)	3.839.435,74	0	0	0	0	0
22.	= Geplanter Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres (Summe aus Nr. 9, 15, 18 und 21)	-159.769,02	-9.230.090	-165.090	-5.351.830	-3.940.540	-1.831.320
23.	+ Geplanter Zahlungsmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	541.147,08	-11.136.433	-8.848.712	-9.013.802	-14.365.632	-18.306.172
24.	= Geplanter Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Nr. 22 und Nr. 23)	381.378,06	-20.366.523	-9.013.802	-14.365.632	-18.306.172	-20.137.492

*** Ende der Liste "Mittelfristige Finanzplanung" ***

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation und Personal

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	5.521	5.521	0
2.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	119,00	15.000	20.000	0	15.000	12.500	0	0	55.199	102.699	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	119,00	15.000	20.000	0	15.000	12.500	0	0	60.720	108.220	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-427.792,92	-819.460	-850.800	0	-870.600	-826.600	-805.350	0	-2.324.174	-5.677.524	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-55.251,91	-38.070	-40.400	0	-40.400	-40.400	-40.400	0	-159.207	-320.807	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	483.044,83	857.530	891.200	0	911.000	867.000	845.750	0	2.483.381	5.998.331	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-482.925,83	-842.530	-871.200	0	-896.000	-854.500	-845.750	0	-2.422.661	-5.890.111	0
Ohne Projektzuordnung												
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-124.734,33	0	0	0	0	0	0	0	-153.476	-153.476	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.191,19	-2.590	-3.110	0	-3.110	-3.110	-3.110	0	-19.281	-31.721	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	127.925,52	2.590	3.110	0	3.110	3.110	3.110	0	172.757	185.197	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-127.925,52	-2.590	-3.110	0	-3.110	-3.110	-3.110	0	-172.757	-185.197	0

Teilhaushalt/Budget

16 Wirtschaftsförderung und Revision

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
3.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	98.000,00	0	0	0	0	0	0	0	98.000	98.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	98.000,00	0	0	0	0	0	0	0	98.000	98.000	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-203.653,72	-6.000	-6.440	0	-6.440	-6.440	-6.440	0	-776.938	-802.698	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	203.653,72	6.000	6.440	0	6.440	6.440	6.440	0	776.938	802.698	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-105.653,72	-6.000	-6.440	0	-6.440	-6.440	-6.440	0	-678.938	-704.698	0

Teilhaushalt/Budget

20 Finanzen

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	3.087.319,45	3.204.000	523.000	0	2.974.000	2.824.000	2.525.000	0	19.600.131	28.446.131	0
3.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	15.000,00	0	0	0	0	0	0	0	30.000	30.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	3.102.319,45	3.204.000	523.000	0	2.974.000	2.824.000	2.525.000	0	19.630.131	28.476.131	0
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-92.979,00	-3.050.000	-1.050.000	0	-3.050.000	-4.050.000	-4.050.000	0	-5.006.776	-17.206.776	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-22.004,67	0	0	0	0	0	0	0	-4.065.846	-4.065.846	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-620,96	0	0	0	0	0	0	0	-78.641	-78.641	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.244,28	-397.630	-3.320	0	-3.320	-3.320	-3.320	0	-409.194	-422.474	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	118.848,91	3.447.630	1.053.320	0	3.053.320	4.053.320	4.053.320	0	9.560.458	21.773.738	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	2.983.470,54	-243.630	-530.320	0	-79.320	-1.229.320	-1.528.320	0	10.069.673	6.702.393	0
	Auszahlungen)											
Ohne Projektzuordnung												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	530.319,45	523.000	523.000	0	523.000	523.000	523.000	0	6.366.131	8.458.131	0
3.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	15.000,00	0	0	0	0	0	0	0	30.000	30.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	545.319,45	523.000	523.000	0	523.000	523.000	523.000	0	6.396.131	8.488.131	0
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-7.500,00	0	0	0	0	0	0	0	-15.000	-15.000	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-620,96	0	0	0	0	0	0	0	-16.587	-16.587	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	8.120,96	0	0	0	0	0	0	0	31.587	31.587	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	537.198,49	523.000	523.000	0	523.000	523.000	523.000	0	6.364.544	8.456.544	0
	Auszahlungen)											
1.01 Landesmittel SVA - Päd. Mittagsbetreuung Gerhart-Hauptmann-Schule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-1.652	-1.652	0

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	1.652	1.652	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-1.652	-1.652	0
1.15 Landesmittel SVA - Päd. Mittagsbetreuung Gudrun-Pausewang-Schule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-230,84	0	0	0	0	0	0	0	-2.029	-2.029	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	230,84	0	0	0	0	0	0	0	2.029	2.029	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-230,84	0	0	0	0	0	0	0	-2.029	-2.029	0
2.01 Landesmittel AfG - Gerhart-Hauptmann-Schule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-685,19	0	0	0	0	0	0	0	-246.964	-246.964	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	685,19	0	0	0	0	0	0	0	246.964	246.964	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-685,19	0	0	0	0	0	0	0	-246.964	-246.964	0
2.02 Landesmittel AfG - Geschwister-Scholl-Schule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-671.967	-671.967	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	671.967	671.967	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-671.967	-671.967	0
2.07 Landesmittel AfG - Pestalozzischule Gemünden												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-142.093	-142.093	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	142.093	142.093	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-142.093	-142.093	0
2.08 Landesmittel AfG - Astrid-Lindgren-Schule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-366.584	-366.584	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	366.584	366.584	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-366.584	-366.584	0

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
2.09 Landesmittel AfG - Grundschule Groß-Felda												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-20.703	-20.703	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	20.703	20.703	0						
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	-20.703	-20.703	0						
2.10 Landesmittel AfG - Freiherr-vom-Stein-Schule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-65.406	-65.406	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	65.406	65.406	0						
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	-65.406	-65.406	0						
2.11 Landesmittel AfG - Grundschule Homberg												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-55.452	-55.452	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	55.452	55.452	0						
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	-55.452	-55.452	0						
2.13 Landesmittel AfG - Eichbergschule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-146.446	-146.446	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	146.446	146.446	0						
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	-146.446	-146.446	0						
2.30 Landesmittel AfG - Max-Eyth-Schule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-22.748	-22.748	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	22.748	22.748	0						
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	-22.748	-22.748	0						
2.32 Landesmittel AfG - Oberwaldschule Grebenhain												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-32.754	-32.754	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	32.754	32.754	0						

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits	
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-32.754	-32.754	0
2.33 Landesmittel AfG - Ohmtalschule Homberg													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-814.091	-814.091	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	814.091	814.091	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-814.091	-814.091	0
2.36 Landesmittel AfG - Vogelsbergschule Schotten													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-24.744	-24.744	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	24.744	24.744	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-24.744	-24.744	0
2.37 Landesmittel AfG - Albert-Schweitzer-Schule													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-173,62	0	0	0	0	0	0	0	0	-15.418	-15.418	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	173,62	0	0	0	0	0	0	0	0	15.418	15.418	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-173,62	0	0	0	0	0	0	0	0	-15.418	-15.418	0
3 Bundesmittel - Stadtschule Alsfeld													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-381.490	-381.490	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	381.490	381.490	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-381.490	-381.490	0
4 Bundesmittel - Grundschule u. Digmudisschule Schotten													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-72.075	-72.075	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	72.075	72.075	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-72.075	-72.075	0
5 Bundesmittel - Gymnasium Lauterbach													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-20.915,02	0	0	0	0	0	0	0	0	-983.222	-983.222	0

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	20.915,02	0	0	0	0	0	0	0	983.222	983.222	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-20.915,02	0	0	0	0	0	0	0	-983.222	-983.222	0
6	Bundesmittle - Turnhalle Gesamtschule Mücke											
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-1.800.000	-1.800.000	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-62.053	-62.053	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	1.862.053	1.862.053	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-1.862.053	-1.862.053	0

Teilhaushalt/Budget 30 Rechtsangelegenheiten

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-728,92	-590	-730	0	-730	-730	-730	0	-4.221	-7.141	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	728,92	590	730	0	730	730	730	0	4.221	7.141	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-728,92	-590	-730	0	-730	-730	-730	0	-4.221	-7.141	0

Teilhaushalt/Budget

35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
2.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	14.648,73	0	0	0	0	0	0	0	14.648	14.648	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	14.648,73	0	0	0	0	0	0	0	14.648	14.648	0
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-60.200,00	-60.000	-210.000	0	-60.000	-60.000	-60.000	0	-587.800	-977.800	0
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	0,00	0	-200.000	0	0	0	0	0	0	-200.000	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	-168.000	-64.500	0	-20.000	-20.000	-20.000	0	-170.419	-294.919	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.002,45	-820	-1.070	0	-1.070	-1.070	-1.070	0	-2.844	-7.124	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	61.202,45	228.820	475.570	0	81.070	81.070	81.070	0	761.063	1.479.843	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-46.553,72	-228.820	-475.570	0	-81.070	-81.070	-81.070	0	-746.415	-1.465.195	0
	Auszahlungen)											
Ohne Projektzuordnung												
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-60.200,00	-60.000	-210.000	0	-60.000	-60.000	-60.000	0	-274.200	-664.200	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	-21.500	0	0	0	0	0	0	-21.500	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-241,36	-200	-270	0	-270	-270	-270	0	-492	-1.572	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	60.441,36	60.200	231.770	0	60.270	60.270	60.270	0	274.692	687.272	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-60.441,36	-60.200	-231.770	0	-60.270	-60.270	-60.270	0	-274.692	-687.272	0
	Auszahlungen)											
V.22.7 Gebäude Atemschutzstrecke Alsfeld												
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	0,00	0	-200.000	0	0	0	0	0	0	-200.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	200.000	0	0	0	0	0	0	200.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	0	-200.000	0	0	0	0	0	0	-200.000	0
	Auszahlungen)											

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	402.106,67	48.000	45.000	0	45.000	45.000	45.000	0	896.728	1.076.728	0
2.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	217.900,00	0	0	0	0	0	0	0	444.507	444.507	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	620.006,67	48.000	45.000	0	45.000	45.000	45.000	0	1.341.235	1.521.235	0
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0,00	-35.000	-16.500	0	0	0	0	0	-262.000	-278.500	0
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	0,00	0	-1.300.000	0	0	0	0	0	-371.312	-1.671.312	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-3.163.669,40	-4.155.000	-50.000	-1.650.000	-4.700.000	-4.650.000	-4.350.000	-6.707	-17.725.433	-31.482.140	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-630.849,27	-555.000	-570.000	0	-310.000	-310.000	-310.000	0	-2.711.694	-4.211.694	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.521,22	-1.240	-1.590	0	-1.590	-1.590	-1.590	0	-7.822	-14.182	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	3.796.039,89	4.746.240	1.938.090	1.650.000	5.011.590	4.961.590	4.661.590	6.707	21.078.263	37.657.830	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-3.176.033,22	-4.698.240	-1.893.090	-1.650.000	-4.966.590	-4.916.590	-4.616.590	-6.707	-19.737.027	-36.136.594	0
Ohne Projektzuordnung												
2.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	217.900,00	0	0	0	0	0	0	0	436.650	436.650	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	217.900,00	0	0	0	0	0	0	0	436.650	436.650	0
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-32.534	-32.534	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-10.218	-10.218	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-191.342,65	-10.000	-10.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	0	-307.371	-332.371	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.399,26	-1.140	-1.010	0	-1.010	-1.010	-1.010	0	-7.369	-11.409	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	192.741,91	11.140	11.010	0	6.010	6.010	6.010	0	357.494	386.534	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	25.158,09	-11.140	-11.010	0	-6.010	-6.010	-6.010	0	79.155	50.115	0
	Auszahlungen)											
F.01.1 Jugendheim Landenhausen												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-26,00	-240.000	0	0	0	0	0	0	-240.026	-240.026	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	-50.000	0	0	0	0	0	0	-50.000	-50.000	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	26,00	290.000	0	0	0	0	0	0	290.026	290.026	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-26,00	-290.000	0	0	0	0	0	0	-290.026	-290.026	0
	Auszahlungen)											
S.01.1 Baukosten Gerhart-Hauptmann-Schule Fortsetzung SIP												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-206.425	-206.425	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	206.425	206.425	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-206.425	-206.425	0
	Auszahlungen)											
S.02.1 Baukosten Geschwister-Scholl-Schule, Ailsfeld												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-139.916,95	0	0	0	0	0	0	0	-2.173.782	-2.173.782	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-88.422	-88.422	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	139.916,95	0	0	0	0	0	0	0	2.262.205	2.262.205	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-139.916,95	0	0	0	0	0	0	0	-2.262.205	-2.262.205	0
	Auszahlungen)											
S.03.1 Sanierungs- und Einrichtungskosten Junkergarten												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-3.724	-3.724	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	3.724	3.724	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-3.724	-3.724	0
	Auszahlungen)											
S.03.2 Heizungsanlage Stadtschule Ailsfeld												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	37.974	37.974	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	37.974	37.974	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.737,69	0	0	0	0	0	0	0	-486.134	-486.134	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	1.737,69	0	0	0	0	0	0	0	486.134	486.134	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-1.737,69	0	0	0	0	0	0	0	-448.160	-448.160	0
S.08.1 Baukosten Astrid-Lindgren-Schule Grebenau												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-269.311	-269.311	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	269.311	269.311	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-269.311	-269.311	0
S.09.1 Baukosten Grundschule Groß-Felda Fortsetzung SIP												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-104.879	-104.879	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	104.879	104.879	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-104.879	-104.879	0
S.13.1 Baukosten Eichbergschule - Turnhalle												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-60.464,02	0	0	0	0	0	0	0	-599.198	-599.198	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	60.464,02	0	0	0	0	0	0	0	599.198	599.198	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-60.464,02	0	0	0	0	0	0	0	-599.198	-599.198	0
S.14.1 Einrichtungskosten Schule an der Wascherde, Lauterbach												
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-4.075,76	0	0	0	0	0	0	0	-87.302	-87.302	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	4.075,76	0	0	0	0	0	0	0	87.302	87.302	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-4.075,76	0	0	0	0	0	0	0	-87.302	-87.302	0
S.200.99 Schulbudget investiv												
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-2.989,28	-200.000	-200.000	0	-200.000	-200.000	-200.000	0	-202.989	-1.002.989	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	2.989,28	200.000	200.000	0	200.000	200.000	200.000	0	202.989	1.002.989	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-2.989,28	-200.000	-200.000	0	-200.000	-200.000	-200.000	0	-202.989	-1.002.989	0
S.23.1 Ersatzneubau Wirtschaftsgebäude Schlossbergschule Ulrichstein												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-3.292,62	0	0	0	0	0	0	-6.707	-3.292	-10.000	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	3.292,62	0	0	0	0	0	0	6.707	3.292	10.000	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-3.292,62	0	0	0	0	0	0	-6.707	-3.292	-10.000	0
S.24.1 Bauliche Erweiterung Brüder-Grimm-Schule Alsfeld												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-106.969,25	0	0	0	0	0	0	0	-106.969	-106.969	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	106.969,25	0	0	0	0	0	0	0	106.969	106.969	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-106.969,25	0	0	0	0	0	0	0	-106.969	-106.969	0
S.243.11 Vernetzte Bücherei Homberg												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	4.165	4.165	0
=	Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	4.165	4.165	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-498,00	0	0	0	0	0	0	0	-7.296	-7.296	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	498,00	0	0	0	0	0	0	0	7.296	7.296	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-498,00	0	0	0	0	0	0	0	-3.131	-3.131	0
S.243.12 Investitionsprogramm Fachräume												
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-190.157	-190.157	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	190.157	190.157	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-190.157	-190.157	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
S.243.13 Grunds Schulbetreuung												
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-333	-333	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	333	333	0						
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	-333	-333	0						
S.243.14 Jugendverkehrsschule												
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-460,00	0	0	0	0	0	0	0	-1.279	-1.279	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	460,00	0	1.279	1.279	0						
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-460,00	0	-1.279	-1.279	0						
S.243.15 Zufahrt Grundschule Oberes Ohmtal - Mücke												
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-107.000	-107.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	107.000	107.000	0						
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	-107.000	-107.000	0						
S.243.16 Sachausstattung Landesaufgaben												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	26.612,13	0	0	0	0	0	0	0	47.689	47.689	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	26.612,13	0	47.689	47.689	0						
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-26.612,13	0	0	0	0	0	0	0	-47.689	-47.689	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	26.612,13	0	47.689	47.689	0						
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0						
S.243.18 Investitionszuschuss für Sportplatz in Schwalmtal												
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0,00	-35.000	0	0	0	0	0	0	-35.000	-35.000	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	35.000	0	0	0	0	0	0	35.000	35.000	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	-35.000	0	0	0	0	0	0	-35.000	-35.000	0
S.243.19 Investitionszuschuss für Sportplatz in Grebenhain												
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0,00	0	-16.500	0	0	0	0	0	0	-16.500	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	16.500	0	0	0	0	0	0	16.500	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	-16.500	0	0	0	0	0	0	-16.500	0
S.243.2 Ganztagsprogramm (Ausbau)												
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-120.000	-120.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-50.000	-50.000	0	-50.000	-50.000	-50.000	0	-50.000	-250.000	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-23.636	-23.636	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	50.000	50.000	0	50.000	50.000	50.000	0	193.636	393.636	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	-50.000	-50.000	0	-50.000	-50.000	-50.000	0	-193.636	-393.636	0
S.243.3 Sonderprogramm Schule@Zukunft												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	48.586,32	48.000	45.000	0	45.000	45.000	45.000	0	247.305	427.305	0
=	Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	48.586,32	48.000	45.000	0	45.000	45.000	45.000	0	247.305	427.305	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-104.099,48	-95.000	-135.000	0	-95.000	-95.000	-95.000	0	-393.278	-813.278	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	104.099,48	95.000	135.000	0	95.000	95.000	95.000	0	393.278	813.278	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-55.513,16	-47.000	-90.000	0	-50.000	-50.000	-50.000	0	-145.973	-385.973	0
S.243.4 Förderprogramme Berufsschulen												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	10.000	10.000	0

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	10.000	10.000	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-19.138,88	-150.000	-200.000	0	0	0	0	0	-225.152	-425.152	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	19.138,88	150.000	200.000	0	0	0	0	0	225.152	425.152	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-19.138,88	-150.000	-200.000	0	0	0	0	0	-215.152	-415.152	0
S.243.5 Ganztagsbetreuung												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	31.008,22	0	0	0	0	0	0	0	81.543	81.543	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	31.008,22	0	0	0	0	0	0	0	81.543	81.543	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-32.093,67	0	0	0	0	0	0	0	-97.824	-97.824	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	32.093,67	0	0	0	0	0	0	0	97.824	97.824	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-1.085,45	0	0	0	0	0	0	0	-16.280	-16.280	0
S.243.6 Sonderprogramm Activeboards												
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-50.005,74	-50.000	-25.000	0	-10.000	-10.000	-10.000	0	-101.207	-156.207	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	50.005,74	50.000	25.000	0	10.000	10.000	10.000	0	101.207	156.207	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-50.005,74	-50.000	-25.000	0	-10.000	-10.000	-10.000	0	-101.207	-156.207	0
S.243.8 Ganztagsausbau												
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-13.073,21	0	0	0	0	0	0	0	-51.706	-51.706	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	13.073,21	0	0	0	0	0	0	0	51.706	51.706	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-13.073,21	0	0	0	0	0	0	0	-51.706	-51.706	0
S.243.9 Adolf-Spiess-Sportanlage												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	100.000	100.000	0

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	sowie aus Investitionsbeiträgen											
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	100.000	100.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-328.286	-328.286	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	328.286	328.286	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-228.286	-228.286	0
	Auszahlungen)											
S.25.1 Erweiterung Umkleide Turnhalle Erich-Kästner-Schule, Alsfeld												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen	32.200,00	0	0	0	0	0	0	0	83.000	83.000	0
	sowie aus Investitionsbeiträgen											
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	32.200,00	0	0	0	0	0	0	0	83.000	83.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-287.171,87	0	0	0	0	0	0	0	-656.595	-656.595	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	287.171,87	0	0	0	0	0	0	0	656.595	656.595	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-254.971,87	0	0	0	0	0	0	0	-573.595	-573.595	0
	Auszahlungen)											
S.30.1 Baukosten Max-Eyth-Schule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-217.613	-217.613	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	217.613	217.613	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-217.613	-217.613	0
	Auszahlungen)											
S.30.3 Max-Eyth-Schule Landesfachklasse												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-622.421,79	0	0	0	0	0	0	0	-623.306	-623.306	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	622.421,79	0	0	0	0	0	0	0	623.306	623.306	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-622.421,79	0	0	0	0	0	0	0	-623.306	-623.306	0
	Auszahlungen)											
S.30.4 Kaufabwicklung Erweiterungsbau Max-Eyth-Schule in Alsfeld												
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	0,00	0	-1.300.000	0	0	0	0	0	0	-1.300.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	1.300.000	0	0	0	0	0	0	1.300.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	0	-1.300.000	0	0	0	0	0	0	-1.300.000	0
	Auszahlungen)											

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
S.32.1 Baukosten Oberwaldschule Grebenhain												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-155.000	-155.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	155.000	155.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-155.000	-155.000	0
S.35.1 Sanierung Gesamtschule Schlitz												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	-650.000	-650.000	-3.000.000	-4.300.000	0	-183.911	-8.133.911	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	650.000	650.000	3.000.000	4.300.000	0	183.911	8.133.911	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	-650.000	-650.000	-3.000.000	-4.300.000	0	-183.911	-8.133.911	0
S.35.3 Gesamtschule Schlitz Gesamtsanierung												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-359.245,57	0	0	0	0	0	0	0	-529.986	-529.986	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	359.245,57	0	0	0	0	0	0	0	529.986	529.986	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-359.245,57	0	0	0	0	0	0	0	-529.986	-529.986	0
S.36.1 Sanierung Vogelsbergschule Schotten												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-212.570,74	-3.665.000	0	-1.000.000	-4.000.000	-1.600.000	0	0	-3.992.420	-9.592.420	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	212.570,74	3.665.000	0	1.000.000	4.000.000	1.600.000	0	0	3.992.420	9.592.420	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-212.570,74	-3.665.000	0	-1.000.000	-4.000.000	-1.600.000	0	0	-3.992.420	-9.592.420	0
S.37.1 Baukosten Albert-Schweitzer-Schule, Alsfeld												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-928	-928	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	928	928	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-928	-928	0
S.37.2 Baukosten Albert-Schweitzer-Schule (Fortsetzung SIP)												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-587,93	0	0	0	0	0	0	0	-415.782	-415.782	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	587,93	0	0	0	0	0	0	0	415.782	415.782	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits	
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-587,93	0	0	-415.782	-415.782	0						
	Auszahlungen)												
S.38.1 Bauliche Erweiterung 1 B Alexander-von-Humboldt-Schule, Lauterbach													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-20.104,39	0	0	0	0	0	0	0	-3.569.953	-3.569.953	0	
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-144.780	-144.780	0	
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	20.104,39	0	3.714.733	3.714.733	0							
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-20.104,39	0	-3.714.733	-3.714.733	0							
	Auszahlungen)												
S.38.2 Turnhalle Gymnasium Lauterbach													
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-338.777	-338.777	0	
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-206	-206	0	
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-36.141,47	0	0	0	0	0	0	0	-36.141	-36.141	0	
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	36.141,47	0	375.125	375.125	0							
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-36.141,47	0	-375.125	-375.125	0							
	Auszahlungen)												
V.11.1 Sanierung Bahnhofstraße 49, Lauterbach													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-226.734,52	0	0	0	0	0	0	0	-982.037	-982.037	0	
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	226.734,52	0	982.037	982.037	0							
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-226.734,52	0	-982.037	-982.037	0							
	Auszahlungen)												
V.11.3 Sanierung Bahnhofstraße 51													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-116.719,05	0	0	0	0	0	0	0	-592.533	-592.533	0	
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	116.719,05	0	592.533	592.533	0							
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-116.719,05	0	-592.533	-592.533	0							
	Auszahlungen)												
V.11.4 Sanierung Goldhelg 20, Gebäude A (Altbau)													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen	263.700,00	0	0	0	0	0	0	0	263.700	263.700	0	

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	sowie aus Investitionsbeiträgen											
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	263.700,00	0	0	0	0	0	0	0	263.700	263.700	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.005.707,01	-200.000	0	0	0	0	0	0	-1.222.908	-1.222.908	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	1.005.707,01	200.000	0	0	0	0	0	0	1.222.908	1.222.908	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-742.007,01	-200.000	0	0	0	0	0	0	-959.208	-959.208	0

Teilhaushalt/Budget 43 Volkshochschule

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-14.975,31	-8.000	-15.000	0	0	0	0	0	-29.894	-44.894	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-487,82	-400	-490	0	-490	-490	-490	0	-1.813	-3.773	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	15.463,13	8.400	15.490	0	490	490	490	0	31.708	48.668	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-15.463,13	-8.400	-15.490	0	-490	-490	-490	0	-31.708	-48.668	0

Teilhaushalt/Budget

50 Soziale Sicherung

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	25.800,82	0	0	0	0	0	0	0	31.079	31.079	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	25.800,82	0	0	0	0	0	0	0	31.079	31.079	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-20.567,20	0	0	0	0	0	0	0	-20.567	-20.567	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-12.770,07	-10.670	-13.610	0	-14.050	-14.050	-14.050	0	-54.831	-110.591	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	33.337,27	10.670	13.610	0	14.050	14.050	14.050	0	75.399	131.159	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-7.536,45	-10.670	-13.610	0	-14.050	-14.050	-14.050	0	-44.319	-100.079	0

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	16.090,00	0	0	0	0	0	0	0	23.996	23.996	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	16.090,00	0	0	0	0	0	0	0	23.996	23.996	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-16.090,00	0	0	0	0	0	0	0	-23.996	-23.996	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.915,76	-3.190	-4.080	0	-4.080	-4.080	-4.080	0	-19.653	-35.973	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	20.005,76	3.190	4.080	0	4.080	4.080	4.080	0	43.649	59.969	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-3.915,76	-3.190	-4.080	0	-4.080	-4.080	-4.080	0	-19.653	-35.973	0
	Auszahlungen)											

Teilhaushalt/Budget

53 Gesundheitsdienste

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
2.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0	0	0	0	0	0	0	2.100	2.100	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	2.100	2.100	0						
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-1.163	-1.163	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-5.436	-5.436	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	6.600	6.600	0						
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	0	-4.500	-4.500	0						
	Auszahlungen)											

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	1.177.951,48	843.700	1.015.000	0	897.000	665.800	725.800	0	4.157.725	7.461.325	0
2.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0	0	0	0	0	0	0	324	324	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	1.177.951,48	843.700	1.015.000	0	897.000	665.800	725.800	0	4.158.049	7.461.649	0
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-57.217	-57.217	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-2.054.845,96	-1.239.650	-1.567.500	-1.170.000	-1.351.500	-985.000	-1.019.000	0	-6.227.260	-11.150.260	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.453,14	-2.530	-3.130	0	-3.130	-3.130	-3.130	0	-21.797	-34.317	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	2.057.299,10	1.242.180	1.570.630	1.170.000	1.354.630	988.130	1.022.130	0	6.306.274	11.241.794	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-879.347,62	-398.480	-555.630	-1.170.000	-457.630	-322.330	-296.330	0	-2.148.225	-3.780.145	0
	Auszahlungen)											
Ohne Projektzuordnung												
2.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0	0	0	0	0	0	0	324	324	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	324	324	0
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-57.217	-57.217	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-452,11	-370	-460	0	-460	-460	-460	0	-1.627	-3.467	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	452,11	370	460	0	460	460	460	0	58.844	60.684	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-452,11	-370	-460	0	-460	-460	-460	0	-58.520	-60.360	0
	Auszahlungen)											
K.047.1 Ausbaukosten OD Gemüden, Ortsteil Elpenrod - L3073												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	-3.048,52	0	0	0	0	0	0	0	270.451	270.451	0

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	-3.048,52	0	0	0	0	0	0	0	270.451	270.451	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-23.828,34	0	0	0	0	0	0	0	-405.328	-405.328	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	23.828,34	0	0	0	0	0	0	0	405.328	405.328	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-26.876,86	0	0	0	0	0	0	0	-134.877	-134.877	0
K.048.2 FS Gemüden-Hainbach/Gemüden-Otterbach												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	350.000	0	0	0	350.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	350.000	0	0	0	350.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	-60.000	-560.000	0	0	0	-620.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	60.000	560.000	0	0	0	620.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	-60.000	-210.000	0	0	0	-270.000	0
K.050.1 UF Krebsbach in Büßfeld												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	371.000	0	0	0	0	371.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	371.000	0	0	0	0	371.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-27.190,23	-24.000	0	-530.000	-563.500	0	0	0	-51.190	-614.690	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	27.190,23	24.000	0	530.000	563.500	0	0	0	51.190	614.690	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-27.190,23	-24.000	0	-530.000	-192.500	0	0	0	-51.190	-243.690	0
K.051.1 KRC Deckenbach-Schadenbach												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-6.750,00	-6.000	0	0	0	0	0	0	-12.750	-12.750	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	6.750,00	6.000	0	0	0	0	0	0	12.750	12.750	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-6.750,00	-6.000	0	0	0	0	0	0	-12.750	-12.750	0
K.059.1 Baukosten Gleenbachbrücke, Ober-Gleen												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	202.500	202.500	0

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	202.500	202.500	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-434,72	0	0	0	0	0	0	0	-326.123	-326.123	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	434,72	0	0	0	0	0	0	0	326.123	326.123	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-434,72	0	0	0	0	0	0	0	-123.623	-123.623	0
K.071.1	Ausbaukosten Alsfeld, Stadtteil Elbenrod - Stadtteil Eudorf											
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	39.200	39.200	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	39.200	39.200	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	39.200	39.200	0
K.073.1	Baukosten OD Grebenau/Udenhausen											
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	275.000	0	0	0	0	275.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	275.000	0	0	0	0	275.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	-350.000	-380.000	0	0	0	0	-380.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	350.000	380.000	0	0	0	0	380.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	-350.000	-105.000	0	0	0	0	-105.000	0
K.080.1	Ausbaukosten OD Schlitz, Stadtteil Pfordt											
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	305.181	305.181	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	305.181	305.181	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-378.403	-378.403	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	378.403	378.403	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-73.221	-73.221	0
K.080.2	Baukosten UF Fulda, Schlitz-Pfordt											
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen	0,00	280.700	0	0	0	0	0	0	280.700	280.700	0

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	sowie aus Investitionsbeiträgen											
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	280.700	0	0	0	0	0	0	280.700	280.700	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-29.171,66	-440.800	0	0	0	0	0	0	-469.971	-469.971	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	29.171,66	440.800	0	0	0	0	0	0	469.971	469.971	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-29.171,66	-160.100	0	0	0	0	0	0	-189.271	-189.271	0
	Auszahlungen)											
K.084.1	Ausbaukosten OD Wartenberg-Angersbach											
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen	203.400,00	0	0	0	0	0	0	0	418.400	418.400	0
	sowie aus Investitionsbeiträgen											
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	203.400,00	0	0	0	0	0	0	0	418.400	418.400	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-410.101,71	0	0	0	0	0	0	0	-614.597	-614.597	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	410.101,71	0	0	0	0	0	0	0	614.597	614.597	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-206.701,71	0	0	0	0	0	0	0	-196.197	-196.197	0
	Auszahlungen)											
K.091.1	Bannerod - Crainfeld (L 3178)											
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen	0,00	0	801.500	0	0	0	0	0	0	801.500	0
	sowie aus Investitionsbeiträgen											
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	801.500	0	0	0	0	0	0	801.500	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-35.372,88	0	-1.270.000	0	0	0	0	0	-35.372	-1.305.372	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	35.372,88	0	1.270.000	0	0	0	0	0	35.372	1.305.372	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-35.372,88	0	-468.500	0	0	0	0	0	-35.372	-503.872	0
	Auszahlungen)											
K.096.1	Ausbaukosten OD Freiensteinau											
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	348.892	348.892	0
	sowie aus Investitionsbeiträgen											
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	348.892	348.892	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-471.006	-471.006	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	471.006	471.006	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-122.114	-122.114	0
	Auszahlungen)											

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
K.111.2 Ausbaukosten Lauterbach, Stadtteil Blitzenrod- Stadtteil Frischborn												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	323.200	323.200	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	323.200	323.200	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-489.891	-489.891	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	489.891	489.891	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	-166.691	-166.691	0
K.120.2 OD Schwalmtal, Ortsteil Hopfgarten												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	34.000	0	0	230.000	0	0	0	34.000	264.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	34.000	0	0	230.000	0	0	0	34.000	264.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-34.000	0	-290.000	-317.000	0	0	0	-34.000	-351.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	34.000	0	290.000	317.000	0	0	0	34.000	351.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0,00	0	0	-290.000	-87.000	0	0	0	0	-87.000	0
K.122.1 Ausbaukosten OD Alsfeld, Stadtteil Altenburg												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	28.200,00	504.700	0	0	0	0	0	0	532.900	532.900	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	28.200,00	504.700	0	0	0	0	0	0	532.900	532.900	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-28.200,00	-701.200	0	0	0	0	0	0	-729.400	-729.400	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	28.200,00	701.200	0	0	0	0	0	0	729.400	729.400	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0,00	-196.500	0	0	0	0	0	0	-196.500	-196.500	0
K.123.1 Ausbaukosten OD Alsfeld												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	25.300	25.300	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	25.300	25.300	0

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.059,24	0	0	0	0	0	0	0	-29.408	-29.408	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	1.059,24	0	0	0	0	0	0	0	29.408	29.408	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-1.059,24	0	0	0	0	0	0	0	-4.108	-4.108	0
K.125.1 Baukosten Groß-Felda- B 49												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	550.000,00	0	0	0	0	0	0	0	550.000	550.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	550.000,00	0	0	0	0	0	0	0	550.000	550.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-886.754,03	0	0	0	0	0	0	0	-887.504	-887.504	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	886.754,03	0	0	0	0	0	0	0	887.504	887.504	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-336.754,03	0	0	0	0	0	0	0	-337.504	-337.504	0
K.125.2 Baukosten OD Groß-Felda												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	285.800	0	0	0	285.800	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	285.800	0	0	0	285.800	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-7.994,51	0	0	0	0	-380.000	0	0	-7.994	-387.994	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	7.994,51	0	0	0	0	380.000	0	0	7.994	387.994	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-7.994,51	0	0	0	0	-94.200	0	0	-7.994	-102.194	0
K.126.1 OD Feldatal, Erneuerung Stützmauer												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	201.500	0	0	0	0	0	0	201.500	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	201.500	0	0	0	0	0	0	201.500	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-20.797,87	-9.350	-285.500	0	0	0	0	0	-30.147	-315.647	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	20.797,87	9.350	285.500	0	0	0	0	0	30.147	315.647	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-20.797,87	-9.350	-84.000	0	0	0	0	0	-30.147	-114.147	0
K.126.2 Ausbaukosten OD Groß-Felda												

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	8.900	0	0	0	0	0	0	8.900	8.900	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	8.900	0	0	0	0	0	0	8.900	8.900	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-8.900	0	0	0	0	0	0	-8.900	-8.900	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	8.900	0	0	0	0	0	0	8.900	8.900	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
K.130.1 Baukosten Katharinenbachbrücke, Feldatal-Köddingen												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	-9.500,00	0	0	0	0	0	0	0	218.500	218.500	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	-9.500,00	0	0	0	0	0	0	0	218.500	218.500	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-2.357,42	0	0	0	0	0	0	0	-368.945	-368.945	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	2.357,42	0	0	0	0	0	0	0	368.945	368.945	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-11.857,42	0	0	0	0	0	0	0	-150.445	-150.445	0
K.133.1 Ausbaukosten OD Ulrichstein, Stadtteil Wohnfeld												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	226.200,00	0	0	0	0	0	0	0	242.950	242.950	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	226.200,00	0	0	0	0	0	0	0	242.950	242.950	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-265.290,00	0	0	0	0	0	0	0	-292.582	-292.582	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	265.290,00	0	0	0	0	0	0	0	292.582	292.582	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-39.090,00	0	0	0	0	0	0	0	-49.632	-49.632	0
K.139.1 OD Mücke-Groß/Eichen												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	207.500	0	0	207.500	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	207.500	0	0	207.500	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	-10.000	-15.000	-290.000	0	0	-315.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	10.000	15.000	290.000	0	0	315.000	0

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	0	0	0	-10.000	-15.000	-82.500	0	0	-107.500	0
	Auszahlungen)											
K.141.1 Ausbaukosten OD Sichenhausen												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	158.550	158.550	0
=	Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	158.550	158.550	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-6.784,93	0	0	0	0	0	0	0	-219.096	-219.096	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	6.784,93	0	0	0	0	0	0	0	219.096	219.096	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-6.784,93	0	0	0	0	0	0	0	-60.546	-60.546	0
	Auszahlungen)											
K.141.3 OD Schotten/Kaulstoß												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	12.000	12.000	0	21.000	30.000	518.300	0	12.000	593.300	0
=	Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	12.000	12.000	0	21.000	30.000	518.300	0	12.000	593.300	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-12.000	-12.000	0	-21.000	-30.000	-729.000	0	-12.000	-804.000	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	12.000	12.000	0	21.000	30.000	729.000	0	12.000	804.000	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	0	0	0	0	0	-210.700	0	0	-210.700	0
	Auszahlungen)											
K.250.3 Baukosten UF Moosbach-Metzlos												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	182.700,00	0	0	0	0	0	0	0	182.700	182.700	0
=	Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	182.700,00	0	0	0	0	0	0	0	182.700	182.700	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-302.758,42	0	0	0	0	0	0	0	-349.243	-349.243	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	302.758,42	0	0	0	0	0	0	0	349.243	349.243	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-120.058,42	0	0	0	0	0	0	0	-166.543	-166.543	0
	Auszahlungen)											
K.250.4 OD Grebenhain/Metzlos-Gehaag												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	3.400	0	0	0	0	0	0	3.400	3.400	0

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	3.400	0	0	0	0	0	0	3.400	3.400	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-3.400	0	0	0	0	0	0	-3.400	-3.400	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	3.400	0	0	0	0	0	0	3.400	3.400	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Teilhaushalt/Budget 80 Veterinärwesen, Verbraucherschutz

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-645,60	-520	-620	0	-620	-620	-620	0	-2.391	-4.871	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	645,60	520	620	0	620	620	620	0	2.391	4.871	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-645,60	-520	-620	0	-620	-620	-620	0	-2.391	-4.871	0

Teilhaushalt/Budget 90 Land- und Forstwirtschaft

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	Folgejahre	bereitgestellt		gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gesamtwerte												
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,00	0	-440	0	0	0	0	0	0	-440	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	440	0	0	0	0	0	0	440	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0,00	0	-440	0	0	0	0	0	0	-440	0

*** Ende der Liste "Investitionsübersicht" ***

Übersicht
über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres 2016				voraussichtlich fällige Auszahlungen		
Produkt Projekt				2017	2018	2019
11160	S.35.1	Sanierung Gesamtschule Schlitz	650.000 €	650.000 €		
11160	S.36.1	Sanierung Vogelsbergschule Schotten	1.000.000 €	1.000.000 €		
54200	K.050.1	UF Krebsbach in Büßfeld	530.000 €	530.000 €		
54200	K.120.2	OD Schwalmtal-Hopfgarten	290.000 €	290.000 €		
54200	K.073.1	OD Grebenau/ Udenhausen	350.000 €	350.000 €		
Summe			2.820.000 €	2.820.000 €	0 €	0 €

Nachrichtlich:

In der Ergebnis- und Finanzplanung vorgesehene Kreditaufnahmen

7.030.020 €

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten

Art	Stand zu Beginn des Vorjahres 01.01.2015	vorauss. Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 01.01.2016	vorauss. Stand zum Ende des Haushaltsjahres 31.12.2016
1. Verbindlichkeiten aus Anleihen			
2. Verbindlichkeiten aus Krediten von			
2.1 Bund, LAF, ERP-Sondervermögen			
2.2 Land *)			
2.3 Gemeinden und Gemeindeverbänden			
2.4 Zweckverbänden und dgl.			
2.5 Sonstiger öffentlicher Bereich	22.017.866 €	20.821.380 €	19.655.005 €
2.6 Kreditmarkt *)	33.879.745 €	31.377.191 €	34.385.485 €
2.7 Verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen			
Summe	55.897.612 €	52.198.572 €	54.040.491 €
3. Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten	88.200.000 €	97.430.090 €	103.100.820 €
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kredit- aufnahmen wirtschaftlich gleichkommen			
4.1 Leasing			
4.2 Sonstige			
Summe	0 €	0 €	0 €
5. Verbindlichkeiten der Sondervermögen mit Sonderrechnung			
5.1 Aus Krediten			
5.2 Aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen			
6. Vorübergehende Inanspruchnahme von flüssigen Mitteln aus Sonderrücklagen für andere Zwecke			
7. Anteilige Schulden ⁽¹⁾ im Rahmen von Mitgliedschaften in Zweckverbänden	7.862.426 €	7.524.989 €	n.n.
8. Anteilige Schulden ⁽²⁾ im Rahmen der Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen	10.262.766 €	9.177.612 €	9.200.421 €
9. Langfristige Mietverträge und Verpflichtungen aus ÖPP-Verträgen	27.413.204 €	26.210.381 €	23.877.175 €

⁽¹⁾ Der den Mitgliedsanteilen der Gemeinde an Zweckverbänden entsprechende Anteil an den Gesamtschulden der Verbände.

⁽²⁾ Der den Gesellschaftsanteilen der Gemeinde an Unternehmen entsprechende Anteil an den Gesamtschulden der Unternehmen

*) nachrichtl.: voraussichtl. noch nicht aufgenommene (mögl.) HER 3.055.000 6.185.070 4.890.220

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen und Rückstellungen

Art	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 01.01.2015	vorauss. Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 01.01.2016	vorauss. Stand zum Ende des Haushaltsjahres 31.12.2016
1. Rücklagen und Sonderrücklagen			
1.1 Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0 €	0 €	0 €
1.2 Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0 €	0 €	0 €
1.3 Zweckgebundene Rücklagen	0 €	0 €	0 €
1.4 Sonderrücklagen	55.944.832 €	55.944.832 €	55.944.832 €
1.4.1 Stiftungskapital		0 €	0 €
1.4.2 Sonstige Sonderrücklagen (Beteiligungswert Sparkasse Oberhessen)	55.944.832 €	55.944.832 €	55.944.832 €
Summe der Rücklagen	55.944.832 €	55.944.832 €	55.944.832 €
2. Rückstellungen			
2.1 Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen auf Grund von beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen	27.205.650 €	27.780.135 €	28.795.224 €
(davon durch Mittel der Versorgungsrücklage nach HVersRückIG gedeckt)	588.846 €	655.506 €	731.426 €
2.2 Rückstellungen aus Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungsempfängern, Beamten und Arbeitnehmern	7.274.718 €	7.455.608 €	7.652.819 €
2.3 Rückstellungen aus Bezüge- und Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen	185.753 €	10.677 €	79.237 €
2.4 Rückstellungen für im Haushaltsjahr unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung, die im folgenden Haushaltsjahr nachgeholt werden	526.687 €	0 €	0 €
2.5 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	0	0 €	0 €
2.6 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0	0 €	0 €
2.7 Rückstellungen für unbestimmte Aufwendungen für Umlagen nach dem Finanzausgleichsgesetz und für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen von Steuerschuldverhältnissen	0 €	0 €	0 €
2.8 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	5.662.737 €	5.412.737 €	4.912.737 €
2.9 Sonstige Rückstellungen	188.049 €	0 €	0 €
Summe der Rückstellungen	41.043.594 €	40.659.157 €	41.440.017 €

Übersicht über die den Fraktionen nach § 26a Abs. 4 HKO zur Verfügung gestellten Mittel

Art	Haushaltsansatz		Ergebnis der Jahresrechn. 2014
	2016	2015	
1. Gesamtbetrag der Mittel nach § 26a Abs. 4 HKO	35.000 €	35.000 €	33.613,60 €
1.1 Sockelbetrag i. H. v. 35 % der vom KT bereitgestellten Mittel berechnet gem. § 6 Abs. 3 Entschädigungssatzung	12.240 €	12.240 €	12.240,00 €
1.2 Restbetrag nach Fraktionsstärke (372 € jährlich/Fraktionsmitglied) berechnet gem. § 6 Abs. 3 Entschädigungssatzung	22.692 €	22.692 €	21.373,60 €
2. Aufteilung des Betrages unter 1. auf die einzelnen Fraktionen: (vorbehaltlich der Änderungen durch die Kommunalwahl 2016)			
2.1 Für die Fraktion CDU insgesamt	9.852 €	9.852 €	9.617,05 €
2.2 Für die Fraktion SPD insgesamt	9.480 €	9.852 €	9.852,00 €
2.3 Für die Fraktion FW insgesamt	4.272 €	4.272 €	4.272,00 €
2.4 Für die Fraktion FDP insgesamt	3.156 €	3.156 €	3.156,00 €
2.5 Für die Fraktion Bündnis 90/Grüne insgesamt	5.016 €	5.016 €	3.993,95 €
2.6 Für die Fraktion Die Linke insgesamt	3.156 €	2.784 €	2.722,60 €
Eine Aufteilung der den Fraktionen gewährten Mittel nach - Personalkosten - Sachkosten (ohne Öffentlichkeitsarbeit) - Sachkosten für Öffentlichkeitsarbeit ist nicht vorgesehen			
3. Zusätzlich an die einzelnen Fraktionen gewährte geldwerte Leitungen:	keine		

Stellenplan 2015 Beamte/Beamtinnen

Teil- haushalt	Bezeichnung	Besoldungsgruppen nach dem Bundesbesoldungsgesetz																	Zahl der Stellen			Vermerke Erläuterungen
		Höherer Dienst						Gehobener Dienst				Mittlerer Dienst							nach dem Stellenplan		tatsächlich besetzt am	
		B 6	B 4	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10/9	A 9	A 8	A 7	A 6	A 5	Anw.	DO-A	2016	2015	30.06.2015	
10	Haupt- und Personalamt	1,00	1,00			1,00		2,00	1,00	3,00	3,00							12,00	13,00	10,00		
16	Amt für Wirtschaftsfö- u. Rev.				1,00			1,00	2,00	7,00								11,00	11,00	11,00		
20	Finanzen und Kassenwesen					1,00	1,00		1,00	2,00	1,00	1,00						7,00	7,00	7,00		
30	Rechtsamt			1,00														1,00	0,00	1,00		
35	Aufsichts- u. Ordnungs-Angel.			1,00				2,00	3,00	4,00	5,00	2,00						17,00	17,00	17,00	1 A 11 ku	
40	Schulen und Liegenschaften						1,00		1,00	1,00	2,00							5,00	5,00	4,00		
43	Volkshochschule									1,00								1,00	1,00	1,00		
50	Soziale Sicherung				1,00			1,00	4,00	10,00	19,00	1,63						36,63	36,63	36,63		
51	Jugendamt				1,00				1,00	3,00	5,00	1,00						11,00	11,00	10,00		
53	Gesundheitsamt																	0,00	0,00	0,00		
63	Bauen und Umwelt					1,00			3,00	1,00	4,00	1,00						10,00	10,00	8,00	1 A 11 ku	
80	Veterinärwesen			1,00	1,00	3,00		1,00										6,00	6,00	4,00		
90	Landwirtsch. u. Daseinsvors.				1,00	1,00			2,00	4,00	4,00	2,00						14,00	14,00	14,00		
	Kreiskrankenhaus																2,00	2,00	2,00	1,00		
	ÖPNV																1,00	1,00	1,00	1,00		
	Stellenplan 2016	1,00	1,00	3,00	5,00	7,00	2,00	7,00	18,00	36,00	43,00	8,63	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	134,63			
	Stellenplan 2015	1,00	1,00	3,00	5,00	6,00	3,00	4,00	19,00	38,00	43,00	8,63	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00		134,63		
	besetzte Stellen 30.06.2015	1,00	1,00	3,00	3,00	6,00	1,00	4,00	18,00	33,00	38,00	6,63	1,00	0,00	0,00	0,00	8,00	2,00			125,63	125,63

„Der Kreisausschuss kann Prämien/Zulagen gemäß der Hessischen Laufbahnverordnung über die Gewährung von Prämien und Zulagen für besondere Leistungen (HLPZVO) vom 04.11.1998 bis max. 1 des Gesamtansatzes Dienstbezüge gewähren.“

Stellenplan 2015 Tarifbeschäftigte

Teilhaushalt	Bezeichnung	Entgeltgruppen nach TVöD für den öffentlichen Dienst														Zahl der Stellen			Vermerke Erläuterungen	
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	nach dem Stellenplan 2016	2015		tatsächlich besetzt am 30.06.2015
10	Haupt- und Rechtsamt		1,00			1,57	2,00	10,13	6,50		5,85	0,94	1,50		6,25		35,74	34,83	33,60	
16	Amt für Wirtschaftsfö.u.Rev.			1,00			2,78	2,17	1,00		0,65						7,60	7,60	7,14	GF- VC
20	Finanzen u. Kassenwesen							3,50	6,78								10,28	10,28	10,28	
30	Rechtsamt			1,00							1,00						2,00	0,00	0,50	
35	Aufsichts- u. Ordn. Angel.					1,00	1,00	8,75	18,52		10,62						39,89	38,12	31,85	1 EG 11 kw
40	Schulen u. Liegenschaften		2,00		1,00	4,00	2,00	5,00	2,60		42,73	23,87			41,22		124,42	124,42	115,50	1 EG 14 kw
43	Volkshochschule		1,00	2,00							4,25	0,75					8,00	8,00	7,00	
50	Soziale Sicherung					1,00	6,00	85,82	3,00		3,95	3,00					102,77	92,27	80,58	1 EG10 ku
51	Jugendamt		0,52	1,00		2,00	3,78	17,55	1,00		1,52	0,47		2,00			29,84	30,36	27,99	1 EG11 ku
53	Gesundheitsamt	3,75	1,82				3,00	2,52	4,43		3,98						19,50	19,50	17,76	
63	Bauen und Umwelt			1,00	1,00	6,00	1,50	2,09	4,00								15,59	15,50	13,74	1 EG12 + 2,52 EG8 ku
80	Veterinärwesen							7,65	1,00		1,60	0,50					10,75	10,75	11,65	
90	Landwirtschaft u. Daseinsvorsorge					6,70	1,00	5,00	9,50		0,70	5,50	1,00		0,32		29,72	29,72	21,76	1 EG12, 1 EG11
TVöD	Stellenplan 2016	3,75	6,34	6,00	2,00	22,27	23,06	150,18	62,58	0,00	73,35	34,28	2,50	2,00	47,79	0,00	436,10			
	Stellenplan 2015	3,75	6,34	5,00	3,00	20,27	23,06	140,20	55,06	0,00	74,10	34,28	2,50	3,00	50,79	0,00		421,35		
	besetzte Stellen 30.06.2015	2,75	6,71	3,50	3,50	15,88	25,90	112,13	67,08	0,00	56,58	43,78	1,03	3,21	37,30	0,00			379,35	
		Entgeltgruppen nach TVöD für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst														Stellenplan		besetzt am	Vermerke	
		S 17	S 16U	S 16	S 15	S 14	S 13U	S 13	S 12U	S 12	S 11U	S 11	S 10	S 9	S 8	S 7	2016	2015	30.06.2015	Erläuterungen
50	Soziale Sicherung								3,00								3,00	2,00	2,00	
51	Jugendamt	1,52			1,78	16,00			2,00	0,00							21,30	18,78	15,74	0,52 ku
SuE	Stellenplan 2016	1,52			1,78	16,00			5,00	0,00							24,30			
	Stellenplan 2015	1,00			1,00	13,31			4,69	0,78								20,78		
	besetzte Stellen 30.06.2015	1,00			1,00	10,49			3,69	0,77									16,95	
Tarifpersonal Stellenplan 2016																460,40				
Tarifpersonal Stellenplan 2015																	442,13			
TP besetzte Stellen 30.06.2015																		396,30		

Neben den o. a. Tarifstellen können im TH 40 bis zu 20,22 Stellen als Dauerarbeitsverhältnisse besetzt werden mit Pauschalbeschäftigten für

- Betreute Grundschulen
- Mittagsessenversorgung
- Mediotheken

Stellenplan 2015

Stellenübersicht

Teil- haushalt	Bezeichnung	Zahl der Stellen								
		nach dem Stellenplan						tatsächlich besetzt am 30.06.2015		
		2016			2015			Beamte	Tarifpers.	zus.
	Beamte	Tarifpers.	zus.	Beamte	Tarifpers.	zus.				
10	Haupt- und Personalamt	12,00	35,74	47,74	13,00	34,83	47,83	10,00	33,60	43,60
16	Wirtschaftsförderung u. Rev.	11,00	7,60	18,60	11,00	7,60	18,60	11,00	7,14	18,14
20	Finanzen u. Kassenwesen	7,00	10,28	17,28	7,00	10,28	17,28	7,00	10,28	17,28
30	Rechtsamt	1,00	2,00	3,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,50	1,50
35	Aufsichts- u. Ordnungs-Angel.	17,00	39,89	56,89	17,00	38,12	55,12	17,00	31,85	48,85
40	Schulen u. Liegenschaften	5,00	124,42	129,42	5,00	124,42	129,42	4,00	115,50	119,50
43	Volkshochschule	1,00	8,00	9,00	1,00	8,00	9,00	1,00	7,00	8,00
50	Soziale Sicherung	36,63	105,77	142,40	36,63	94,27	130,90	36,63	80,58	117,21
51	Jugendamt	11,00	51,14	62,14	11,00	49,14	60,14	10,00	44,94	54,94
53	Gesundheitsamt	0,00	19,50	19,50	0,00	19,50	19,50	0,00	17,76	17,76
63	Bauordnung, Denkmalpflege	10,00	15,59	25,59	10,00	15,50	25,50	8,00	13,74	21,74
80	Veterinärwesen	6,00	10,75	16,75	6,00	10,75	16,75	4,00	11,65	15,65
90	Landwirtsch/Daseinsvorsorge	14,00	29,72	43,72	14,00	29,72	43,72	14,00	21,76	35,76
	Kreiskrankenhaus	2,00	0,00	2,00	2,00	0,00	2,00	1,00	0,00	1,00
	ÖPNV	1,00	0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00	0,00	1,00
10-90	Summe	134,63	460,40	595,03	134,63	442,13	576,76	125,63	396,30	521,93

Zusätzlich zu den vorstehend den einzelnen Teilhaushalten zugeordneten Stellen wird im Stellenplan 2016 aufgrund der besonderen Situation im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik ein besonderer Stellenpool "Flüchtlingsbetreuung" im Umfang von 15 Stellen bis zur Entgeltgruppe 10 TVÖD bzw. 14 SuE eingerichtet.

Der Kreisausschuss ist ermächtigt, zur Sicherstellung der mit der Betreuung der Flüchtlinge unmittelbar verbundenen Aufgabenerfüllung notwendiges Personal in diesem Umfang erforderlichenfalls auch unbefristet einzustellen.

Die Gesamtanzahl der im Stellenplan 2016 auszuweisenden Stellen ergibt danach 610,03 Stellen

Übersicht

über die vorgesehene Zahl der Beamten im Vorbereitungsdienst, der Auszubildenden und der Praktikanten (§ 5 Abs. 3 Ziffer 2 GemHVO)

Status	Laufbahn/Berufsfeld	Ausbildungs- jahr	voraussichtlich Stellen im Hj. 2016
Beamte/Beamtinnen im Vorbereitungsdienst	gehobener Dienst bis 08/2016	3.	4
	ab 09/2014	3.	4
	ab 09/2015	2.	3
	ab 09/2016	1.	2
			9
Auszubildende	Verwaltungsfachangestellte	3.	3
		2.	5
		1.	5
			13
	Fachinformatiker medizinische Fachangestellte	3. 0	1 0
Praktikanten/Praktikantinnen	Dipl. Sozialpädagogen		2
Summe der Beamten im Vorbereitungsdienst, Auszubildenden, Praktikanten:			25

letzter Tag Hj. 31.12.

Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der verbundenen Unternehmen gem. § 1 Abs. 4 (10) GemHVO

1. Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH

Gemäß § 3 des Hessischen Krankenhausgesetzes (HKHG) gewährleisten das Land, die Landkreise und die kreisfreien Städte die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung durch leistungsfähige Krankenhäuser als öffentliche Aufgabe. Zur Erfüllung seines Sicherstellungsauftrages betreibt der Vogelsbergkreis ein Krankenhaus, das seit dem 01. 01. 1999 in der Rechtsform einer gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt wird.

Die Gesellschaft ihrerseits betreibt drei Tochtergesellschaften. Es handelt sich dabei um die *Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung Gesellschaft mit beschränkter Haftung (KAD GmbH)*, um die *Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (AMANDUS)* sowie um die *Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld gemeinnützige GmbH (GuPA)*. Seit dem Geschäftsjahr 2007 ist die Firma *Gies Dienstleistungen GmbH* als Minderheitsgesellschafter an der KAD beteiligt. AMANDUS und GuPA sind vollständig im Besitz der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH.

Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist weiterhin kritisch zu sehen. Während alle drei Tochtergesellschaften KAD, GuPA und AMANDUS das Jahr mit einem positiven Jahresergebnis abschließen konnten, hat sich die wirtschaftliche Situation der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr verbessert, jedoch wurde das Jahr 2014 weiterhin mit einem hohen Verlust abgeschlossen.

Zum Januar 2014 konnte die Chefarztstelle der Allgemein-, Viszeral- und Gefäßchirurgie und zum April 2014 die Chefarztstelle der Inneren Medizin und Geriatrie neu besetzt werden. So konnte der bis in das Jahr 2014 hineinreichende Belegungseinbruch aus dem Vorjahr gestoppt und vor allem im 2. Halbjahr fast ausgeglichen werden. Das Krankenhausjahresergebnis des Jahres 2014 betrug -2.621.823,83 € (Vorjahr -2.834.594,74 €). Ohne zwei einmalige außerordentliche Tatbestände mit einer Ergebnisbelastung in Höhe von ca. 745 T€, hätte das Krankenhausergebnis -1.876.182,83 € betragen und sich damit gegenüber dem Vorjahr um fast eine Million € verbessert.

Auf der Kostenseite tragen weiterhin die hohen Kosten der Notfallversorgung, die Kostenunterdeckung in der Geburtshilfe und Gynäkologie, die Entwicklung der Personalkosten sowie die hohen Energie- und Instandhaltungsaufwendungen zu dem hohen Defizit bei.

Im Haushaltsjahr 2015 nahm der Gesellschafter einen Verlustausgleich in Höhe von 2.000.000 € für das Jahr 2013 vor und stabilisierte mit dieser Maßnahme das Eigenkapital der Gesellschaft.

Für das laufende Wirtschaftsjahr wurde mit einem Defizit in Höhe von 1.994.376 € geplant. Aufgrund der guten Belegung im ersten Halbjahr 2015 wird damit gerechnet, dass das Defizit gegenüber dem Plan etwas geringer ausfallen wird. Die Belegungssteigerung konnte im Rahmen der Entgelt- und Budgetverhandlung mit den Krankenkassen vereinbart werden. Für die über dem bisherigen Budget liegenden Bewertungsrelationen ist nun für die nächsten drei Jahre ein Mehrleistungsabschlag in Höhe von jeweils 25% zu bezahlen. Ohne diese vereinbarte Budgeterhöhung wären jedoch für jedes Jahr der Überschreitung 65% Mehrerlösausgleiche fällig. Durch die neuerliche Diskussion um Fortführung des Krankenhausbetriebes können mögliche negative Auswirkungen auf die Belegung jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Für das Jahr 2015 wurde beim Hessischen Ministerium für Soziales und Integration wieder die Genehmigung eines Sicherstellungszuschlages für die Notfallversorgung und Intensivmedizin beantragt, nachdem die Krankenkassen dies im Rahmen der Verhandlungen abgelehnt hatten.

Begründet wurde der Antrag wie in den Vorjahren damit, dass ohne das Kreiskrankenhaus in Alsfeld die strukturellen und versorgungsstrukturellen Kriterien für die Notfallversorgung nach dem Hessischen Krankenhausrahmenplan nicht erfüllt werden können und der Versorgungsbedarf für die Notfallversorgung und elektiven Leistungen im Einzugsbereich des Krankenhauses zu gering ist, um ihn mit den Entgelten aus dem pauschalisierten Entgeltsystem kostendeckend finanzieren zu können.

Das Klageverfahren gegen den Bescheid zur Gewährung eines Sicherstellungszuschlages für die Jahre 2012 – 2014 läuft noch und es ist nicht absehbar, wann mit einem Urteil gerechnet werden kann. Damit werden durch die Krankenkassen Finanzmittel blockiert, die zur Sicherstellung der Notfallversorgung genehmigt wurden und deren Möglichkeit bewusst vom Gesetzgeber dafür geschaffen wurde.

In den nächsten Jahren wird es nicht möglich sein wieder positive Jahresergebnisse zu erreichen. Hierzu sind zwei wesentliche Maßnahmen erforderlich, die kurzfristig nicht vollständig umsetzbar sind:

- Gesellschaftsrechtlicher Zusammenschluss mit weiteren Krankenhäusern und Erreichen der damit verbundenen Synergieeffekte.
- Abschluss einer umfassenden baulichen Sanierung

Mit Schreiben vom 13.7.2015 hat das Hessische Ministerium für Soziales und Integration mitgeteilt, dass im Krankenhausbauprogramm 2015 ein Fördervolumen über 10 Mio. Euro für dringende, unvorhergesehene Maßnahmen eingeplant ist und diese Mittel für das Kreiskrankenhaus Alsfeld reserviert sind. Eine Investitionsförderung könne jedoch nicht unabhängig von der Einbindung des Kreiskrankenhauses in eine übergeordnete gesellschaftsrechtliche Struktur erfolgen. Außerdem werde eine Entscheidung zur Geburtshilfe erwartet, da die Fortführung der geburtshilflichen Abteilung nicht zu rechtfertigen sei. Zur Finanzierung des Bauvorhabens ist eine Aufteilung in die Einzelförderung des Landes sowie in Eigenmittel des Vogelsbergkreises als Träger des Krankenhauses vorgesehen. Ohne Landesförderung ist das erforderliche Bauvorhaben nicht umsetzbar.

Die bisherigen Gespräche mit dem Landkreis Hersfeld / Rotenburg und der Stadt Fulda über die gesellschaftsrechtliche Verflechtung mit dem Klinikum Bad Hersfeld und dem Klinikum Fulda waren sehr weit gediehen, zumal das Bundeskartellamt nach einer Vorprüfung bereits Zustimmung signalisiert hatte. Durch den Landkreis Hersfeld / Rotenburg wurden diese Gespräche ausgesetzt, da eine kreisinterne Lösung bevorzugt werde. Für die Stadt Fulda komme ein Zweierbündnis ebenfalls nicht in Frage. Daher sind diese verheißungsvollen Ansätze zunächst einmal gescheitert. Zur Gewinnung eines strategischen Partners wurde im Juli ein Markterkundungsverfahren eingeleitet, bei dem alle potentiellen Träger, einschließlich der privaten Klinikträger, angeschrieben wurden.

Fazit:

Aus der heutigen Sicht lässt sich eine verlässliche Prognose über die wirtschaftliche Entwicklung des Kreiskrankenhauses nicht machen, da sie wesentlich von der Umsetzung der o.g. Maßnahmen abhängt. In der Phase bis zur Konsolidierung des Kreiskrankenhauses in Alsfeld und Einbindung in eine Verbundstruktur ist eine weitere Beteiligung des Vogelsbergkreises an den Verlusten erforderlich.

Alsfeld, 14.09.2015

gez.
Assmus
Geschäftsführer

2. Grundstücksverwaltungsgesellschaft Vogelsbergkreis

Die Grundstücksverwaltungsgesellschaft Vogelsbergkreis (kurz: GVVB) wurde am 11.12.2013, gegründet und am 17.01.2014 beim Registergericht, AG Gießen, eingetragen. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000,00 Euro. Der Vogelsbergkreis ist alleiniger Gesellschafter.

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, an denen der Vogelsbergkreis beteiligt ist. Diesen Geschäftszweck erfüllt die GVVB durch die seit 30.04.2014 bestehende Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der „Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG“ (PEG). Sie vertritt die PEG, übt jedoch nicht die Geschäftsführung der KG aus. Aus dieser Beteiligung hat sie einen Anspruch auf Haftungsvergütung in Höhe von 3 % des ausgewiesenen Stammkapitals.

Das erste Jahresergebnis der Gesellschaft war mit -791,91 € leicht negativ. Dies ergibt sich aus den einmalig angefallenen Gründungskosten, die die im Geschäftsjahr zugeflossene pauschale Haftungsvergütung überstiegen. Die GVVB besitzt kein Anlagevermögen, es bestehen keine Verbindlichkeiten und keine sonstigen finanziellen Verpflichtungen. Sachverhalte, die zu einer Rückstellungsbildung verpflichten würden, liegen nicht vor. Aus der aktuellen Geschäftstätigkeit ergeben sich keine Risiken für den Kreishaushalt. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts ist keine Ausweitung der Geschäftstätigkeit geplant.

Lauterbach, 13.10.2015

Grundstücksverwaltungsgesellschaft Vogelsbergkreis GmbH
gez.:
(Stiebing)
Geschäftsführerin

3. Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG (PEG)

Der Vogelsbergkreis ist seit 30.04.2014 Mehrheitskommanditist der PEG mit einer Haftungseinlage von 23.500 €, dies entspricht 94 % des Haftungskapitals der KG. Die PEG hält das Eigentum oder sonstige grundstücksgleiche Rechte an mit Schulen und sonstigen, schulischen Zwecken dienenden Gebäuden bebauten Grundstücken und vermietet diese an den Vogelsbergkreis. Die Geschäftsführung der KG wird seit dem Zeitpunkt der Beteiligung als Mehrheitskommanditist ausschließlich durch den Kreisausschuss des Vogelsbergkreises wahrgenommen.

Die PEG hält derzeit das Erbbaurecht an zwei Grundstücken in Lauterbach, die mit der Schule an der Wascherde sowie der Vulkansporthalle bebaut sind. Zum Zeitpunkt der Übernahme der Gesellschaftsanteile war die Sanierung der Schule an der Wascherde abgeschlossen und die Schule vollständig an den Vogelsbergkreis vermietet. Die Vulkansporthalle wurde im September 2014 betriebsbereit übergeben. Für beide Objekte bestehen langfristige Mietverträge mit dem Vogelsbergkreis. Die Miete ist kostendeckend kalkuliert. Die Finanzierung des ausgewiesenen Anlagevermögens der KG ist durch den Verkauf eines Teils der Mietforderung langfristig zinsgesichert und in ihrer Laufzeit an die Mietverträge angeglichen.

Wirtschaftliche Risiken, die Auswirkungen auf die Haushaltslage des Vogelsbergkreises entfalten könnten, sind nicht erkennbar, eine Veränderung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts nicht geplant.

Lauterbach, 13.10.2015

Projektentwicklungs-GmbH & Co.
Schule an der Wascherde KG
Im Auftrag:
gez.
(Bathke)

HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT 2016 DES VOGELSBERGKREISES

I. Gesetzliche Grundlagen, Anforderungen

Landkreise, deren Haushalt nicht ausgeglichen ist, haben aufgrund § 52 Abs. 1 HKO in Verbindung mit § 92 Abs. 4 HGO ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn der Haushaltsausgleich trotz Ausnutzung aller Einsparmöglichkeiten bei den Aufwendungen und Auszahlungen und Ausschöpfung aller Ertrags- und Einzahlungsmöglichkeiten nicht möglich ist. Gleiches gilt, soweit Fehlbeträge aus Vorjahren auszugleichen sind oder nach der Ergebnis- und Finanzplanung im Planungszeitraum Fehlbeträge erwartet werden. Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 weist ein negatives ordentliches Ergebnis in Höhe von 3.061.000EUR aus, es ist demnach ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, vom Kreistag zu beschließen und der Aufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen.

§ 24 Abs. 4 GemHVO fordert, dass im Haushaltssicherungskonzept die Ursachen für den nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu analysieren sind. Das Konzept muss daneben verbindliche Festlegungen enthalten über das Konsolidierungsziel, die dafür notwendigen Maßnahmen und den angestrebten Zeitraum, in dem der Ausgleich des Ergebnishaushalts erreicht werden soll. Der Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 21. September 2015 zur kommunalen Finanzplanung und Haushalt- und Wirtschaftsführung bis 2019 weist unter Ziffer II Unterpunkt 2. darauf hin, dass für die Schutzschirmkommunen die mit dem Land getroffenen Vereinbarungen als qualifiziertes Haushaltssicherungskonzept gelten.

II. Entwicklung der Haushaltswirtschaft in den zurückliegenden Haushaltsjahren:

Die nachfolgende Abbildung aller Rechnungsfehlbeträge ermöglicht einen umfassenden Überblick über die Haushaltswirtschaft der zurückliegenden Jahre und eine bessere Einschätzung der aktuellen Lage. Dabei werden die Haushaltsjahre ab 1997 betrachtet. Das ist der Zeitraum, seit dem der Vogelsbergkreis, zunächst aufgrund von Vorgaben der Aufsichtsbehörde und seit dem Jahr 2005 aufgrund der gesetzlichen Vorschrift, der Verpflichtung zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzepts unterliegt.

Hj.	Fehlbetrag VWH	davon Fehlbeträge aus Vorjahren	jahresbezogener Fehlbetrag	nicht veranschlagte Altfehlbeträge
1997	4.813.277,06	0,00	4.813.277,06	2.904.563,60
1998	4.939.178,75	2.904.563,60	2.034.615,15	4.813.277,06
1999	11.755.828,09	9.752.455,81	2.003.372,28	0,00
2000	10.911.993,77	11.755.828,09	0,00	0,00
2001	0,00	2.457.640,09	0,00	8.454.353,68
2002	11.776.473,61	8.454.353,68	3.322.119,93	0,00
2003	4.069.665,22	0,00	4.069.665,22	11.776.473,61
2004	24.112.931,97	11.776.473,61	12.336.458,36	4.069.665,22
2005	41.422.774,66	28.182.597,19	13.240.177,47	0,00
2006	53.079.235,49	41.422.774,66	11.656.460,83	0,00
2007	56.513.744,29	53.079.235,49	3.434.508,80	0,00
2008	65.032.698,20	56.513.744,29	8.518.953,91	0,00

(alle Beträge sind in Euro angegeben)

Die vorstehende Entwicklung führte nach Umstellung der Haushaltswirtschaft auf Doppik in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 zum Ausweis einer mit -21.950.041,10 EUR negativen Nettosition. Die nach Regeln der Doppik aufgestellten Jahresabschlüsse verstärkten die nach kamerale Regeln sichtbare Tendenz zunächst noch. Nicht zuletzt durch eine endlich bei den Landkreisen direkt angekommene Entlastung von den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung lassen die letzten beiden Jahresergebnisse aber eine deutliche Verbesserung erkennen.

Hj.	ordentliches Ergebnis	saldierte ord. Ergebnis	Aufstellungsbeschluss KA	Prüfungsbescheid RPA	Vorlagebeschluss KA	Beschluss KT
1	2	3	4	5	6	7
2009	- 5.441	- 5.441	15.03.2012	01.03.2013	14.03.2013	21.03.2013
2010	- 12.597	- 18.038	16.04.2013	13.02.2015	22.04.2015	17.06.2015
2011	- 13.729	- 31.767	21.08.2013	-	-	-
2012	- 7.805	- 39.572	20.03.2014	-	-	-
2013	- 5.594	- 45.231	10.11.2014	-	-	-
2014	-1.491	-46.722	20.05.2015			

(alle Beträge in TEUR)

Es wird angestrebt, den Jahresabschluss 2015 innerhalb der gesetzlichen Frist (30.04.2016) aufzustellen.

III. Prognose für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 2015 – 2019

In gleicher Systematik wird für den von der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung erfassten Zeitraum das für die Betrachtung des Haushaltsausgleichs relevante ordentliche Ergebnis des jeweiligen Haushaltsjahres dargestellt und mit dem nach der Planung zu erwartenden Vorjahresergebnis saldiert.

Hj.	Ordentliches Ergebnis lt. mittelfristiger Ergebnisplanung	„saldierte ord. Ergebnis“ (Ergebnis lfd. Jahr + Ergebnisse Vorjahre)
1	2	3
2015*	- 6.314	- 53.036
2016	- 1.023	- 54.059
2017	- 4.286	- 58.345
2018	- 2.909	- 61.254
2019	- 1.303	- 62.557

(gemäß Haushaltsplan 2016, Gesamtergebnis- und -finanzplanung – 2019, alle Beträge in TEUR)

*: gemäß Budgetbericht zum 30.09.2015)

Die Prognose für die Haushaltsjahre 2017 bis 2019 stützt sich auf den Erlass „Orientierungsdaten zur kommunalen Finanzplanung bis 2019“ des Hessischen Innenministeriums vom 21.09.2015. Den Berechnungen liegt die gesamtwirtschaftliche Projektion der Bundesregierung nach dem Stand April 2015 zu Grunde. Diese basiert auf der zentralen Annahme, dass es (insbesondere im Euroraum) zu keinen negativen Entwicklungen kommt und der Finanzsektor stabil bleibt. Damit wird das Wirtschaftswachstum weiter positiv eingeschätzt. Das für die Steuerschätzung relevante nominale BIP-Wachstum wurde für die Projektion vom BMWi mit 3,8 % angegeben, das reale BIP wurde von der Bundesregierung mit 1,8 % gesehen, diese Erwartung wurde aktuell inzwischen leicht abgeschwächt. Die Entwicklung des

Ausgleichsvolumens über den kommunalen Finanzausgleich (KFA) wird mit einem Zuwachs von jeweils 3 % erwartet, die Zuwachsraten der für die Haushalte der kreisangehörigen Kommunen (und deren Umlagegrundlagen) ebenso relevanten Anteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer liegen, teilweise deutlich, darüber; die gemeindlichen Realsteuern und die Gewerbesteuer entwickeln sich nach der Prognose dagegen durchweg schwächer.

Bei den folgenden Ertrags- und Aufwandsarten sind Steigerungsraten entsprechend der Vereinbarung zur Gewährung von Konsolidierungshilfen aus dem Kommunalen Schutzschirm vom 17.12.2012 eingeplant:

Kostenersatzleistungen und -erstattungen:	2,0 %
Erträge aus Transferleistungen:	3,0 %
Personal- und Versorgungsaufwendungen:	2,5 %
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Steigerung bei Mieten)	1,0 %
Abschreibungen	1,0 %
LWV-Umlage und Transferaufwendungen:	3,0 %
Transferaufwendungen Teilhaushalt 51 (Jugendhilfe)	2,5 %

Setzt man die mittelfristige Ergebnisplanung mit den gleichen Steigerungssätzen für die Jahre 2020 bis 2022 fort, kann erstmals im Finanzplanungsjahr 2020 ein Überschuss des ordentlichen Ergebnisses ausgewiesen werden. Dies entspricht der unter den Regeln des kommunalen Schutzschirms getroffenen Vereinbarung.

Haushaltsjahr	2020	2021	2022
ordentliches Ergebnis	524	2.470	4.540

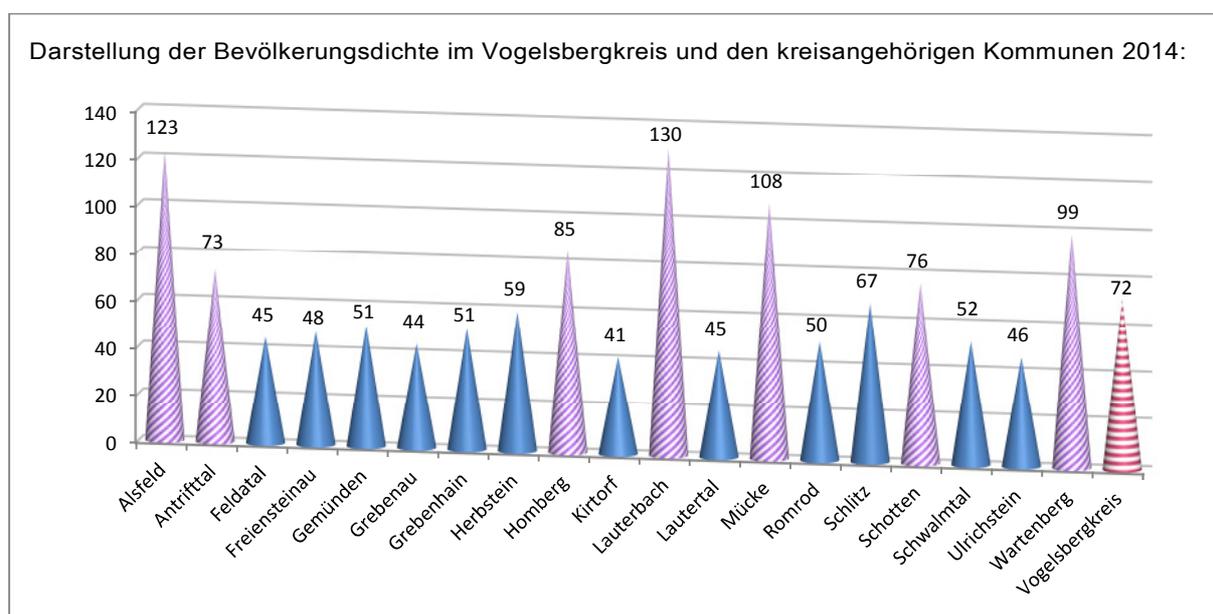
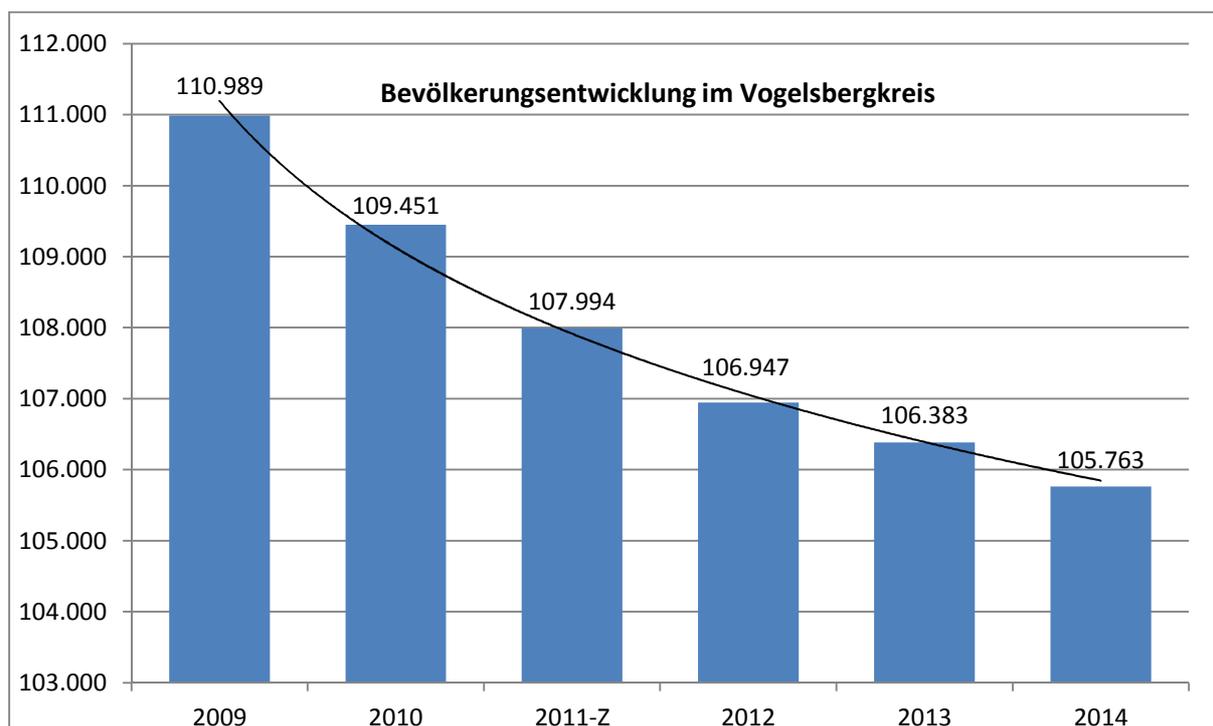
(alle Beträge in TEUR)

IV. Ursachen der Entwicklung

Trotz aller ernsthaften Konsolidierungsbemühungen der vorangegangenen Haushaltsjahre, die seit 1997 durch die Aufsichtsbehörde mit Auflagen und Bedingungen im Rahmen der Haushaltsgenehmigung begleitet wurden, hat sich die Haushaltslage des Kreises kontinuierlich verschlechtert. Schon allein das belegt die strukturell bedingte Unterfinanzierung des Landkreises.

Die Kombination „ländlicher Flächenkreis“ in Verbindung mit den landkreisspezifischen Aufgabenschwerpunkten „Schulträgerschaft“, „Sozial- und Jugendhilfe“, „Straßenbau“ und „öffentlicher Personennahverkehr“ stellt eine besondere Belastung dar, die in den letzten beiden Jahrzehnten nahezu ausnahmslos zu einer defizitären, nicht konsolidierungsfähigen Haushaltslage führte. Der Vogelsbergkreis ist mit einer Fläche von 1.459 km² der drittgrößte, aber mit inzwischen nur noch rund 72 Einwohnern je km² (in 2014) der am dünnsten besiedelte Landkreis in Hessen. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte der hessischen Landkreise betrug zum Stand 31.12.2014 227 EW/km² und ist damit mehr als drei Mal so hoch wie aktuell im Vogelsbergkreis. Allein aus diesen Fakten lässt sich erklären, dass beispielsweise die Erschließung mit Straßen - der Vogelsbergkreis hat mit 305 km Kreisstraßen das

fünftgrößte Kreisstraßennetz zu unterhalten – oder die Schülerbeförderung und der öffentliche Nahverkehr sehr kostenaufwändig sind, weil große Strecken überwunden werden müssen, die dazu vorzuhaltenden Einrichtungen aber nur von vergleichsweise wenigen Personen genutzt und finanziert werden. Einrichtungen wie Schulen und Sportstätten müssen zudem zahlreich und in kleinen Einheiten bereitgestellt werden, um die Wege und die Transportzeiten für die Betroffenen nicht unzumutbar werden zu lassen. All dies erhöht die Fixkosten dieser Einrichtungen gegenüber dem dichter besiedelten Raum erheblich. Die erkennbar weiterhin rückläufige demografische Entwicklung verstärkt diesen Trend weiter, auch wenn sich die Dynamik des Bevölkerungsrückgangs in den letzten beiden Jahren leicht abschwächte.



Jahr	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009	2014
Alsfeld	17.986	16.895	16.912	17.750	18.027	17.674	16.742	15.889
Antrifftal	2.010	2.023	2.099	2.162	2.245	2.190	2.023	1.933
Feldatal	3.022	3.092	2.968	3.126	2.989	2.864	2.682	2.529
Freiensteinau	3.167	3.141	3.261	3.426	3.476	3.454	3.303	3.150
Gemünden	2.943	2.936	2.939	3.296	3.308	3.248	2.942	2.827
Grebenau	2.845	2.924	3.040	3.092	3.031	2.746	2.593	2.414
Grebenhain	4.787	4.804	4.936	5.332	5.327	5.230	5.001	4.662
Herbstein	4.560	4.499	4.840	5.319	5.200	5.178	4.921	4.698
Homberg	7.411	7.406	7.539	7.985	8.096	7.903	7.654	7.445
Kirtorf	3.239	3.261	3.456	3.668	3.686	3.579	3.282	3.242
Lauterbach	14.589	14.356	13.960	14.838	14.668	14.508	13.975	13.226
Lautertal	2.506	2.490	2.550	2.688	2.699	2.611	2.514	2.394
Mücke	8.766	8.931	9.065	10.101	10.258	10.163	9.660	9.276
Romrod	2.813	2.824	2.964	3.035	3.137	3.092	2.910	2.726
Schlitz	9.397	9.399	9.674	10.324	10.286	10.243	9.833	9.534
Schotten	9.629	9.639	10.500	11.626	11.478	11.531	10.955	10.111
Schwalmtal	3.212	3.150	3.243	3.338	3.334	3.180	2.919	2.821
Ulrichstein	3.224	3.196	3.500	3.591	3.376	3.252	3.094	2.987
Wartenberg	3.492	3.514	3.654	3.843	4.049	4.072	3.986	3.899
Summe VB	109.598	108.480	111.100	118.540	118.670	116.718	110.989	105.763

Einwohner in den Städten und Gemeinden des Vogelsbergkreises zum 31.12., Hessisches Statistisches Landesamt

Seit einigen Jahren ist bereits festzustellen, dass alle in den Verdichtungsräumen vorhandenen Auffälligkeiten und Defizite mit ihren finanziellen Auswirkungen längst auch bei uns angekommen sind. Hinzu kommt, dass der Anteil der Menschen, die im Laufe ihres Erwerbslebens länger ohne Beschäftigungsmöglichkeit sind oder über ein geringeres Einkommen verfügen, in ländlichen Räumen generell höher ist. Sie sind deshalb überdurchschnittlich hoch von Altersarmut betroffen. Das Lohnniveau liegt nach Erhebungen des statistischen Landesamts im Vogelsbergkreis seit Jahren um mehr als 40 % unter dem Landesdurchschnitt. Über die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die der örtliche Träger der Sozialhilfe, der Landkreis, zu tragen hat, bildete sich diese Situation im Kreishaushalt ab. Durch das Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen wurde umgesetzt, dass die Kommunen zumindest von diesen letztgenannten Aufwendungen dauerhaft und nachhaltig entlastet werden. Durch die ab 2014 geltende 100%ige Beteiligung des Bundes an den Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung konnte so auch eine spürbare Entlastung des Ergebnishaushaltes erreicht werden, die maßgeblich zu dem erkennbaren Rückgang des Jahresfehlbetrages beitrug.

Die einzige selbst beeinflussbare Finanzierungsquelle der Landkreise war und ist die Kreis- und Schulumlage. Da der Hebesatz hier die in der Vergangenheit zulässige Höchstgrenze von 58% erreicht

hatte, bestand auch in diesem Bereich seither kein Gestaltungsspielraum mehr. Mit dem vom Landesgesetzgeber neu geregelten KFA wird ab dem Ausgleichsjahr 2017 die Kreisumlage wieder freigegeben, eine Erhöhung des Umlagehebesatzes um bis zu 0,5 Prozentpunkte ist danach ohne aufsichtsbehördliche Genehmigung zulässig, größere Veränderungen unterliegen der Genehmigungspflicht.

V. Bereits umgesetzte Konsolidierungsmaßnahmen

1. Personalaufwand – Personalstellen lt. Stellenplan

Hj.	Stellen lt. Stellenplan	besetzte Stellen zum 30.06.	Veränderung der besetzten Stellen zu 2010	prozentuale Veränderung zu 2010
2010	559,85	526,04		
2011	558,85	527,90	1,86	0,35 %
2012	570,76	525,70	-0,34	-0,06 %
2013	570,76	527,45	1,41	0,27 %
2014	570,76	523,16	-2,88	-0,55 %
2015	576,76	521,93	-4,11	-0,78 %

Personalaufwand und Stellenplan stehen seit jeher – in verstärktem Maß jedoch bei defizitären Haushalten – im Brennpunkt der öffentlichen Wahrnehmung, ihnen gilt daher die vorrangige Aufmerksamkeit der politischen Gremien. Bereits das erste Haushaltskonsolidierungskonzept enthielt Festlegungen, den Personalaufwand einzudämmen und die Zahl der besetzten Stellen zu reduzieren. Diese Zielsetzung wird kontinuierlich weiter verfolgt. Die vorstehende Tabelle zeigt, dass die Entwicklung der Stellen in den letzten fünf Jahren trotz Übernahme neuer Aufgaben und neuer gesetzlich verordneter Standards in nahezu allen Bereichen der Verwaltung weitgehend stabil geblieben ist (Veränderung der tatsächlich besetzten Stellen zu 2010 unter 1%). Der Grund hierfür liegt auch in der konsequenten Anwendung aller verfügbaren Instrumente (Stellenbesetzungssperren, zeitlich verzögerte Beförderungs- und Höhergruppierungsentscheidungen, Einzelfallprüfung bei Personalbedarfsforderungen unter Anlegung strenger Maßstäbe, flache Hierarchiestrukturen, Nutzung technischer und organisatorischer Gestaltungsmöglichkeiten). Beispiele für Bereiche, die in der letzten Zeit trotzdem zusätzlichen Personalbedarf verursacht haben, sind:

Betreuungsangebote und pädagogische Mittagsbetreuung an insgesamt 41 Schulen, Anlagenbuchhaltung, Kosten- und Leistungsrechnung, Gesamtabschluss, Beteiligungssteuerung, Bildungsberatung, Kommunalisierung sozialer Hilfen, Eingliederungshilfe, Hilfen für Asylbewerber einschl. Asylbetreuung, Kinderbetreuung, Kindergesundheitsschutzgesetz, Tagespflege, schulbezogene Jugendsozialarbeit, Infektionsschutz, Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung, Führerschein- und Waffenrecht, Bildungs- und Teilhabepaket, Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts, Zentrale Leitstelle, vorbeugender Brandschutz, Sachbearbeitung Rettungsdienst, Verstärkung Landschaftspflege im Rahmen der Dorferneuerung.

Auch durch die Beteiligung der Kreisverwaltung an zahlreichen Vergleichsringen, vergleichenden Untersuchungen (Kfz-Zulassung, Personalservice, Baugenehmigungen, Jugendhilfe) und nicht zuletzt vergleichenden überörtlichen Prüfungen (z.B. Volkshochschulen, Kreisumlage, Kreisstraßen, wirtschaftliche Betätigung, Rechnungsprüfungsämter, Haushaltsstruktur Landkreise, Asyl, Jugendhilfe) kann belegt werden, dass der Vogelsbergkreis die Forderung, auch den zur Erfüllung der Pflichtaufgaben erforderlichen Personalbestand auf das unabweisbare Maß zu beschränken, umgesetzt hat.

Das Regierungspräsidium in Gießen als zuständige Aufsichtsbehörde begrenzte in Gestalt einer Auflage zu den Genehmigungen der Haushaltssatzungen jeweils die zulässige Anzahl der tatsächlich besetzten Stellen zum Stand 30.06. für das

Haushaltsjahr 2010 auf	442,78 Stellen
Haushaltsjahr 2011 auf	440,89 Stellen
Haushaltsjahr 2012 auf	440,89 Stellen
Haushaltsjahr 2013 auf	440,76 Stellen
Haushaltsjahr 2014 auf	441,73 Stellen

jeweils bereinigt um die Stellen der kommunalen Vermittlungsagentur. Mit der Haushaltsgenehmigung 2015 wurde die Stellenbegrenzung seitens der Aufsichtsbehörde nicht mehr weiter fortgeführt, weil nicht schlüssig darzulegen war, inwieweit die massive Beschränkung der Personalstellen tatsächlich zu einer Haushaltskonsolidierung beigetragen hat. Durch die Vergabe des Reinigungsdiensts an private Anbieter entstand beispielsweise zusätzlicher Sachaufwand. In vielen Bereichen führt die knappe bis unzureichende Personalausstattung der Verwaltung letztlich zu Mehraufwand. Ein Beispiel hierzu: Bericht der 150. Vergleichenden überörtlichen Prüfung Haushaltsstruktur „Landkreise“ mit der Empfehlung, eine Ausweitung der präventiven Angebote im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zu prüfen. Daraus resultiert die Zunahme um drei Stellen im Stellenplan 2015 für die schulbezogene Jugendsozialarbeit. Aktuell wurde die Arbeitszeitbemessung der Bediensteten in den Schulsekretariaten nach einem von der KGST neu entwickelten Berechnungsmodell überprüft, das dem in diesem Tätigkeitsfeld in den letzten Jahren stark gewandelten Aufgabenzuschnitt Rechnung trägt. Daraus ergab sich über alle Standorte ein Mehrbedarf von 2 Stellen, der erstmals im Stellenplan 2016 berücksichtigt ist.

Zum Stand 30.06.2015 stellt sich die tatsächliche Stellenbesetzung wie folgt dar:

tatsächlich besetzte Stellen lt. Stellenplan zum Stichtag:	Beamte (incl. Anwärter)	Tarifpersonal	zusammen	davon KVA	gesamt ohne KVA
30.06.2015	125,63	396,30	521,93	79,83	442,10

2. Freiwillige Aufwendungen

Die Aufwendungen für Geschäftsbereiche, die nicht zu den uneingeschränkten Pflichtaufgaben zu zählen sind (auszusondernde Aufgaben), waren durch langjährige aufsichtsbehördliche Auflagen auf einen Betrag von 1,5 Mio. EUR begrenzt. Nach einer in 2012 erfolgten Neubewertung wurden, in Abstimmung mit dem Regierungspräsidenten, mehrere Aufgabenfelder aus diesem Aufgabenkatalog heraus genommen (Breitbandversorgung, VB-Consult, Hessencampus). Die Aufsichtsbehörde begrenzte daraufhin mit der Genehmigung zum Haushalt 2013 den Höchstbetrag der verbleibenden freiwilligen Leistungen auf nur noch 1,3 Mio. EUR. Diese Vorgabe wird auch mit dem aktuellen Haushaltsplanentwurf 2016 eingehalten.

Produkt	Bezeichnung	2016 Ansatz
11100	Unfallversicherung für Mandatsträger	910 €
11100	Zuweisungen an die Fraktionen (Geschäftsführungsbedarf)	35.000 €
11100	Aufwendungen f. Öffentlichkeitsarbeit (Verfügungsmittel, Ehrengeschenke etc.)	6.000 €
11100	Partnerschaften des Kreises	6.000 €
11100	Öffentlichkeitsarbeit Gleichstellungs- und Migrationsbeauftragte	3.000 €
11100	PR- und Werbemaßnahmen Pressestelle/Kommunikation	1.000 €
11110	Ehrengeschenke, Nachrufe, Kranzspenden	1.200 €
11110	Zuschussbedarf Kantine, Sitzungsdienst	50.650 €
11160	Gebäudebewirtschaftungskosten Ausbildungszentrum Naturschutz (AZN)	3.600 €
12600	Zuweisung an Kreisfeuerwehrverband	8.200 €
24300	Besondere schulische Initiativen (Zuschuss AZN)	20.000 €
24300	Projekt Schuljahr der Nachhaltigkeit	5.000 €
28100	Verleihung Kulturförderpreis	3.000 €
28100	Kultursommer Mittelhessen	3.500 €
28100	Förderung der Musikschulen	20.450 €
28100	Zuschüsse für Vereine und überregionale Veranstaltungen	400 €
33100	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	6.000 €
35100	Aufwand Lokales Bündnis	10.000 €
35100	Sonstige soziale Angelegenheiten incl. Familien-u. Frauenförderung lt. beil. Liste	241.500 €
36200	Kinder- und Jugendarbeit - bereinigter Zuschussbedarf lt. Liste	266.440 €
36200	Betrieb der Jugendheime/Zeltlager - bereinigter Zuschussbedarf	196.960 €
42100	Zuweisung an Sportvereine	89.000 €
55400	Förderung des Naturschutzes	4.000 €
55400	Ausgaben für den Tierschutz	600 €
55500	Mitgliedsbeiträge Förderung der Landwirtschaft	220 €
55500	Naturschutzgroßprojekt	95.000 €
55500	Aufwand Demografieprojekt (Moro)	15.000 €
55500	Klimaschutzprojekt: Restabwicklung, Projekt kann 2015 nicht abgeschlossen werden	14.000 €
57100	Förderung d. Regionalimages (einschließlich Herbstmesse)	20.000 €
57100	Kostenanteil für Begleitung des Beteiligungsverfahrens SuedLink (Hamelner Erkl.)	6.000 €
57100	Laufende Mitgliedsbeiträge	900 €
57100	Kosten Gütegemeinschaft mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung	5.000 €
57100	Zuweisung VB-Touristik	100.000 €
57100	Zuweisung Geopark Vulkanregion	50.000 €
57100	Kosten Unternehmerdialog	10.000 €
	EUR	1.298.530 €

3. Interkommunale Zusammenarbeit

Der Vogelsbergkreis praktiziert seit vielen Jahren interkommunale Zusammenarbeit in nahezu allen Bereichen seines Wirkungskreises:

- Kooperationen mit anderen Landkreisen/kreisfreien Städten:
in den Geschäftsfeldern Betreuung langzeitarbeitsloser Menschen, Medieneinsatz in den Schulen, Katastrophenschutz, Jugendförderung und Erwachsenenbildung;
- Kooperationen mit kreisangehörigen Städten und Gemeinden
in den Geschäftsfeldern Abfallentsorgung, Gewerbeüberwachung, Kfz-Zulassung, Einbürgerung, betriebsärztlicher Dienst, Arbeitssicherheit, Bau und Betrieb von Sportstätten, Jugendsozialarbeit, Tourismus. In 2015 neu hinzugekommen ist die Gehalts- und Besoldungsabrechnung der kommunalen Beschäftigten sowie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Geoinformationsdatennutzung (GIS).
- Kooperationen mit privatrechtlichen Organisationen, Kirchen
vor allem zur Wahrnehmung sozialpolitischer Aufgaben und im Bereich der Wirtschaftsförderung. Hier ist auch die angestrebte IKZ Sportentwicklungsplanung zu nennen, die in Kooperation mit dem Sportkreis Vogelsberg e.V. und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden umgesetzt werden soll.
- Bündelung der Aufgaben im Breitbandausbau:
Zusammenarbeit des Zweckverbandes Oberhessische Versorgungsbetriebe mit den Landkreisen Wetterau und Vogelsberg und einem Großteil der Städte und Gemeinden dieser beiden Landkreise

4. Veräußerung von Liegenschaften

Die zum Schulbetrieb des Kreises aufgrund stetig sinkender Schülerzahlen nicht mehr benötigte Liegenschaft Grundschule Friedrichstraße Homberg/Ohm wurde im Jahr 2012 an die Stadt Homberg/Ohm zum Preis von 210 T€ veräußert, der Erlös trug zur Reduzierung der Schuldenaufnahme für Investitionen bei.

Das ebenfalls nicht mehr für den Schulbetrieb benötigte Gebäude der ehemaligen Grundschule Herbstein-Stockhausen musste nach einem in 2013 ergangenen Urteil des Verwaltungsgerichts Gießen unentgeltlich an die Stadt Herbstein zurück übertragen werden, der Vorgang wirkte sich nicht auf die Haushaltskonsolidierung aus, da die Liegenschaft in die Eröffnungsbilanz bereits vorsorglich ohne Wert aufgenommen war.

Im Jahr 2014 konnte das nicht mehr schulisch genutzte Grundstück mit Gebäude der Eichbergschule in Frischborn zum Preis von 37 T€ verkauft werden, nachdem die Stadt Lauterbach auf die Rückübertragung der hoch sanierungsbedürftigen Liegenschaft verzichtet hatte.

Die Veräußerung der ehemals als Frauenhaus genutzten Liegenschaft in Alsfeld-Altenburg konnte

bisher nicht realisiert werden, das Gebäude ist aktuell vermietet (jährlicher Ertrag: 16 T€). Es wird weiterhin angestrebt, die Liegenschaft zu veräußern.

Die seit langem beabsichtigte Veräußerung des ehemaligen Jugend- Freizeitheimes auf der Insel Wangerooge konnte zum 01.12.2014 vollzogen werden, der erzielte Kaufpreis entsprach in etwa dem Buchwert.

VI. Geplante Konsolidierungsmaßnahmen lt. Schutzschirmvertrag

Mit dem Abschluss der Vereinbarung zwischen dem Land Hessen und dem Vogelsbergkreis vom 17.12.2012 über Maßnahmen zur Erreichung des Haushaltsausgleichs nach § 3 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes zur Sicherstellung der dauerhaften finanziellen Leistungsfähigkeit konsolidierungsbedürftiger Kommunen (Schutzschirmgesetz – SchuSG) hat sich der Vogelsbergkreis verpflichtet, folgende Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen:

lfd.Nr.	PB	Maßnahme
1	01	Produktbereich Innere Verwaltung u.a. Reduzierung Personalaufwand
2	01	Liegenschaftsverwaltung Reduzierung des Mietaufwands
3	04	Volkshochschularbeit Erhöhung der Teilnahmeentgelte
4	05	Soziale Leistungen Erstattung Grundsicherung im Alter/bei Erwerbsminderung SGB XII
5	06	Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe Reduzierung Transferaufwendungen
6	07	Gesundheitsdienste Erhöhung Fleischbeschaugebühren
7	16/03	Allgemeine Finanzwirtschaft Mehrerträge KFA

Die einzelnen Maßnahmen und ihre aktuell erwartete Entwicklung über den gesamten Konsolidierungszeitraum werden im Folgenden dargestellt (alle Beträge in TEUR).

1. Reduzierung des Personalaufwands

	2016	2017	2018	2019	2020
lt. Vereinbarung 2012	29.717	30.460	31.221	32.002	32.802
lt. HH-Entwurf 2016	32.399	33.209	34.039	34.890	35.762
Differenz zu Vertrag	2.682	2.749	2.818	2.888	2.960

Mit der Konsolidierungsvereinbarung hat sich der Kreis verpflichtet, den Personalaufwand durch organisatorische Maßnahmen zu begrenzen. Die Basis dieser Vereinbarung bildete der Haushaltsansatz 2013. Die Besoldungserhöhung zum 01.07.2013 war im Haushalt 2013 nicht eingerechnet. Zudem ergab sich seit dem die Notwendigkeit, zur Sicherstellung der Erfüllung gesetzlich zugewiesener Aufgaben mehrere Stellen zusätzlich zu besetzen (siehe Gliederungspunkt V., Nr.

1), die ebenfalls nicht im kalkulierten Personalaufwand berücksichtigt werden konnten. Damit konnte der angestrebte Konsolidierungsbeitrag nicht erwirtschaftet werden. Der Ausfall konnte jedoch durch andere Konsolidierungsbeiträge ersetzt werden. Die Begrenzung des Personalaufwands bleibt weiterhin Ziel der Haushaltskonsolidierung. Allerdings bieten sich wegen der bereits seit vielen Jahren restriktiven Personalbewirtschaftung nur noch sehr begrenzte Möglichkeiten. Zudem werden diese Bemühungen durch die Verschärfung gesetzlicher Standards und neuer Aufgaben konterkariert.

Von der aktuellen Flüchtlingsproblematik sind mehrere Aufgabenbereiche der Kreisverwaltung intensiv betroffen. Die im Stellenplan 2016 bereits eingearbeiteten Stellenbedarfe sind wie die Bedarfskalkulation von Erträgen und Aufwendungen auf dem Stand von Ende August 2015 berücksichtigt. Bei Abfassung der Fortschreibung des HSK sind diese Annahmen aber bereits weitgehend überholt. Es gibt jedoch aktuell keine bessere, verlässliche Kalkulationsgröße. Zur Abdeckung eines möglicherweise zusätzlich entstehenden Stellenbedarfs sieht der Stellenplan daher vorsorglich einen „Stellenpool Flüchtlinge“ im Umfang von 15 Stellen vor. Damit soll dem Kreisausschuss die Handlungsfähigkeit erhalten werden für den Fall, dass aus der Versorgung der Flüchtlinge unmittelbar entstehender zusätzlicher Personalbedarf nicht durch befristete Verträge gedeckt werden kann. Ohne diese Möglichkeit müsste vor entsprechenden Stellenausschreibungen sonst zunächst der Stellenplan im Wege einer Nachtragshaushaltssatzung angepasst werden. Der Kreisausschuss wird anstreben, dass die Schutzschirmvereinbarung auch bei zusätzlichem Personal- und Transferaufwand eingehalten wird.

Die Haushaltssatzung 2016 bestimmt weiterhin eine Stellenbesetzungssperre von 12 Monaten, die grundsätzlich für alle frei werdenden Stellen gilt. Über Ausnahmen in begründeten Einzelfällen und über eine Wiederbesetzung der Stelle nach Ablauf der Sperre entscheidet der Kreisausschuss nach Vorlage einer Stellenbedarfsanalyse. Diese muss mögliche Alternativen (Leistungsänderungen, Organisationsänderungen) darstellen und deren Aufwand beziffern.

Die hausinterne Überprüfung aller Ämter hat in 2013 mit dem Haupt- und Rechtsamt begonnen, wurde in 2014/2015 mit dem Amt für Finanzen und Kassenwesen fortgeführt und wird in den Folgejahren fortgesetzt. Sie hat zum Ziel, die innere Organisation und den Personaleinsatz bedarfsgerecht zu steuern und soll mit eigenem Personal durchgeführt werden. Wegen des dadurch sehr begrenzten Ressourceneinsatzes wird die gesamte Maßnahme einige Zeit in Anspruch nehmen. Die Erfahrungen der ersten beiden Jahre haben zudem gezeigt, dass die Aufgabe ohne eine Aufstockung von Stellen nicht durchgeführt werden kann. Daher wurde bereits in 2015 eine zusätzliche Stelle im Bereich Personalentwicklung vorgesehen.

Mit der Neuorganisation des Hausmeister- und Reinigungsdienstes für die kreiseigenen Liegenschaften soll von einer an der Schulgröße orientierten Stundenbemessung auf eine an Grund-

stücks- und Gebäudegrößen angelehnte Berechnung umgestellt werden. Neben einer objektiveren Arbeitszeitbemessung soll die Bildung von regionalen Stundenpools (z.B. an größeren oder benachbarten Schulstandorten) eine verlässliche, wirtschaftliche Vertretungsregelung und die Ausführung von Unterhaltungsmaßnahmen mit eigenen Kräften ermöglichen.

Im Dialog mit den kreisangehörigen Kommunen wird angestrebt, die interkommunale Zusammenarbeit weiter zu intensivieren. Geprüft werden Dienstleistungen in den Bereichen Liegenschaftsverwaltung, Kassengeschäfte, Schulen und Soziales. Die dem Kreis als Pflichtaufgabe zugewiesene schulbezogene Jugendsozialarbeit wird mittlerweile in drei Kommunen mit der gemeindlichen Kinderbetreuung und Jugendarbeit verknüpft. Mit der Gemeinde Mücke sowie den Städten Alsfeld und Schotten wurden in 2014 entsprechende Verträge abgeschlossen, weitere Kommunen sind interessiert.

Die Beteiligung an dem durch den Hessischen Landkreistag initiierten Kennzahlenvergleich in der Jugendhilfe ist angelaufen, nachdem die Teilnahme am Kennzahlenvergleich SGB XII als erfolgreich bewertet wird. Hierzu wurden die operativen Arbeiten aufgenommen, mit ersten Erkenntnissen ist im kommenden Jahr zu rechnen.

2. Reduzierung des Sach- und Dienstleistungsaufwands

	2016	2017	2018	2019	2020
lt. Vereinbarung 2012 ohne Gastschulbeiträge	22.448	22.659	22.871	23.086	23.302
lt. HH-Entwurf 2016	21.924	22.092	22.302	22.515	22.730
Differenz zu Vertrag	-524	-567	-569	-571	-572

Die Beträge lt. Schutzschirmvertrag wurden um die Gastschulbeiträge bereinigt, da diese nun unter der Kontengruppe 71 etatisiert sind.

Zur Reduzierung des Sach- und Dienstleistungsaufwands liegt der Fokus bereits seit Jahren auf der Optimierung des Energieverbrauchs der kreiseigenen Liegenschaften. Durch die abgeschlossene Sanierung der Schule an der Wascherde, die weitgehend abgeschlossene Sanierung der Alexander-von-Humboldt-Schule sowie weitere Sanierungsmaßnahmen lag der Einspareffekt weiterhin über dem vereinbarten Konsolidierungspotential. Die Aufwendungen für die Gebäudebewirtschaftung der Schulen konnte somit im Vergleich zum Schutzschirmvertrag im Haushalt 2016 mit 472 T€ geringer angesetzt werden.

Bezüglich der Mieten für die Schule an der Wascherde und die Vulkan-Sporthalle liegt die Einsparung weiterhin bei zusammen 329 T€. Die Mehrheitsbeteiligung an der Gesellschaft ermöglichte es dem Vogelsbergkreis, die Miete neu zu kalkulieren.

Dem gegenüber standen die steigenden Sachkosten für die Fremdreinigung der Schulen. Im Vergleich zum Schutzschirmvertrag sind Mehraufwendungen in Höhe von 325 T€ veranschlagt.

3. Produkt Volkshochschule: Erhöhung der Teilnahmeentgelte

	2016	2017	2018	2019	2020
lt. Vereinbarung 2012	494	494	494	494	494
lt. HH-Entwurf 2016	494	494	494	494	494
Differenz zu Vertrag	0	0	0	0	0

Zur Erreichung eines ausgeglichenen ordentlichen Ergebnisses innerhalb des durch das Schutzschirmgesetz vorgegebenen Zeitraums wurde als eine Maßnahme die Erhöhung der Teilnahmeentgelte umgesetzt. Mit der Erhöhung um 0,20 EUR je Unterrichtseinheit wurde der Kostendeckungsgrad der Volkshochschule verbessert, die Kursgebühren betragen damit 2,50 EUR/UE. Die zu erwartenden Mehrerträge und -aufwendungen für die Betreuung zusätzlicher Flüchtlinge sind nicht veranschlagt, es wird von einer kostendeckenden Erstattung ausgegangen.

4. Produktbereich Soziale Leistungen: Erhöhung der Erstattung Grundsicherung SGB XII

Die Rahmenvereinbarung über den Kommunalen Schutzschirm zwischen der Hessischen Landesregierung und den Kommunalen Spitzenverbänden legt fest, dass die Landkreise die ab dem Jahr 2013 entstehenden Mehrerträge aus der Erstattung der Aufwendungen für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit (SGB XII) uneingeschränkt zur Konsolidierung einsetzen, soweit diese nicht durch gesetzlich bedingte Mehraufwendungen aufgezehrt werden.

Im Konsolidierungszeitraum wird sich diese Maßnahme nach aktueller Einschätzung wie folgt entwickeln:

	2016	2017	2018	2019	2020
lt. Vereinbarung 2012	4.730	4.872	5.018	5.169	5.324
lt. HH-Entwurf 2016	5.738	5.910	6.087	6.270	6.458
Differenz zu Vertrag	1.008	1.038	1.069	1.101	1.134

Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, dass die Erstattungen über den bei Antragstellung kalkulierten Erträgen liegen. Allerdings ergibt sich daraus kein zusätzliches Konsolidierungspotential, weil sich im gleichen Umfang auch die korrespondierenden Transferaufwendungen erhöhen.

5. Produktbereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe: Reduzierung der Transferaufwendungen

	2016	2017	2018	2019	2020
lt. Vereinbarung 2012	19.798	20.293	20.800	21.320	21.853
lt. HH-Entwurf 2016	18.777	19.246	19.728	20.221	20.726
Differenz zu Vertrag	-1.021	-1.047	-1.072	-1.099	-1.127

Der Konsolidierungsmaßnahme lag die Annahme zugrunde, dass sich durch die Verstärkung präventiver Angebote die besonders kostenträchtigen Hilfemaßnahmen der gesetzlichen Jugendhilfe reduzieren lassen. Zunächst aus Mitteln des sogenannten Bildungs- und Teilhabepakets finanziert

wurde seit 2012 mit drei Beschäftigten an mehreren Schulstandorten Schulsozialarbeit etabliert. Die Angebote haben sich nach Einschätzung des Jugendamts durchweg sehr bewährt und bereits von Beginn an dazu beigetragen, die gesetzliche Aufgabenstellung bedarfsgerechter und wirtschaftlicher zu erfüllen. Dies zeigt sich in dem kalkulierten Transferaufwand. Für 2016 ist nach der aktuellen Situation zwar mit einer erheblichen Ausweitung des Transferaufwands durch die zum Stand 15.10.2015 angekündigte Zuweisung von zusätzlich 94 unbegleiteten minderjährigen Ausländern zu rechnen, allerdings wird dieser vollumfänglich erstattet und wird sich somit nicht auf den ausgewiesenen Fehlbedarf auswirken. Nach einer zum 01.11.2015 in Kraft getretenen Gesetzesänderung gilt dies auch für den zusätzlich entstehenden Personalbedarf des allgemeinen sozialen Dienstes, Vormundschaftswesens und der sog. wirtschaftlichen Jugendhilfe.

6. Produktbereich Gesundheitsdienste (Teilhaushalt 80): Erhöhung der Fleischbeschaugebühren

-	2016	2017	2018	2019	2020
lt. Vereinbarung 2012	187	187	187	187	187
lt. HH-Entwurf 2016	203	203	203	203	203
Differenz zu Vertrag	16	16	16	16	16

Die vereinbarte Wirkung kann erstmals im Haushaltsjahr 2015 durch den Erlass einer Gebührensatzung erreicht werden.

7. Produktbereich Allgemeine Finanzwirtschaft/Schulträgeraufgaben (nur Schulumlage): Mehrerträge aus dem Kommunalen Finanzausgleich

	2016	2017	2018	2019	2020
lt. Vereinbarung 2012	74.670	77.890	81.251	84.759	88.420
lt. HH-Entwurf 2016	78.689	79.007	82.354	85.965	89.711
Differenz zu Vertrag	4.019	1.117	1.103	1.206	1.291

Auch diese Konsolidierungsmaßnahme wurde als für die Landkreise verpflichtend in der Rahmenvereinbarung zwischen Landesregierung und Kommunalen Spitzenverbänden festgeschrieben. Demnach müssen alle aus dem Kommunalen Finanzausgleich zu erwartenden Mehrerträge uneingeschränkt zur Konsolidierung des Haushalts eingesetzt werden, soweit diese nicht durch gesetzlich bedingte Mehraufwendungen aufgezehrt werden. Die vorstehende Tabelle bildet jeweils die Erträge aus Zuweisungen und Umlagen reduziert um die Aufwendungen aus Krankenhaus- und LWV-Umlage ab. Für das Jahr 2016 zeigt sich eine wesentliche Verbesserung zum Schutzschirmvertrag. Die ist darauf zurückzuführen, dass trotz bzw. wegen der durch die Neuregelung KFA erfolgten Schlechterstellung des Vogelsbergkreises auf die Zuführung eines Teils der Schlüsselzuweisungen zum Finanzhaushalt verzichtet wurde.

Das Konsolidierungsziel bis 2020 lässt sich nur bei einer jährlichen Steigerung des Kreisumlagehebesatzes um 0,5%-Punkte ab 2017 halten, da die verbleibenden Erträge aus dem kommunalen

Finanzausgleich sich lt. Finanzplanungserlass nicht in dem Umfang entwickeln werden, wie dies noch bei Abschluss der Konsolidierungsvereinbarung im Jahr 2012 erwartet werden durfte.

VII. Fazit und Ausblick

Es ist weiterhin vorrangiges Ziel der Kommunalpolitik im Vogelsbergkreis, die Leistungsfähigkeit des Landkreises durch einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt wieder herzustellen. Dies wird nach der über den Finanzplanungszeitraum hinaus fortgeführten Prognose im Rahmen des Berichtswesens zum Kommunalen Schutzschirm weiterhin für das Jahr 2020 angestrebt. Die höheren Erstattungen, die der Kreis für die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhält, tragen ebenso wie die in den vergangenen Jahren aufgrund der robusten Wirtschaftslage gestiegenen Erträge aus dem Kommunalen Finanzausgleich zur Haushaltsentlastung bei.

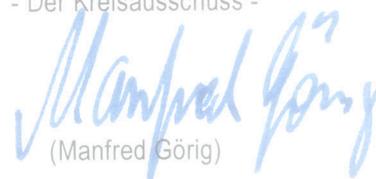
Auf die Risiken, die auf dem Haushaltspan 2016 lasten, wurde bereits mehrfach hingewiesen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird davon ausgegangen, dass es gelingt, in den Verhandlungen mit dem Land über die Kostenerstattung nach dem Landesaufnahmegesetz eine auskömmliche Regelung zu erzielen, die auch den bei den Kommunen zwingend entstehenden Personal- und Sachkostenaufwand einbezieht. Dies ist eine zwingende Folge des Verfahrens zur Bedarfsermittlung für den KFA, weil das Land die Finanzströme für das Produkt „Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ bei der Ermittlung des vertikalen Bedarfs vollständig eliminiert.

Trotzdem kann nicht verhindert werden, dass der Kassenkreditbedarf bis 2020 weiter ansteigt und die Kreisfinanzen zukünftig damit einem erheblichen Zinsrisiko ausgesetzt sind. Die Hoffnung, der neu gestaltete kommunale Finanzausgleich werde zu einer nachhaltigen Stabilisierung der Kreisfinanzen führen, muss der Vogelsbergkreis jedenfalls nach Kenntnis der ersten belastbaren Zahlen für das erste Finanzausgleichsjahr neuer Rechnung aufgeben. Nach wie vor gilt aber, dass die Kreisfinanzen nachhaltig aber nur dann stabilisiert werden können, wenn uns für die von Bund und Land übertragenen Aufgaben eine angemessene Finanzausstattung gewährt wird. Dafür gilt es weiter zu streiten.

Lauterbach, den 15.12.2015

VOGELSBERGKREIS

- Der Kreisausschuss -



(Manfred Görig)

Landrat